Antifaschistisches
INFO
43
BLATT
April/Mai 1998 6,– DM

Schwerpunkt:
Leipzig, Passau, Dresden – Hinter den Kulissen der NPD





Internationales:
Schweden, Frankreich, Rußland u.a.

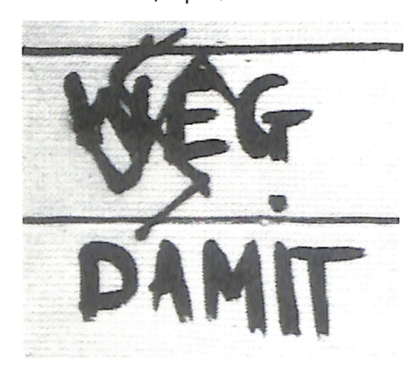
GEGEN JEDEN RECHTEN KONSENS
Antifaschismus läßt sich nicht verbieten
Stoppt rassistische und faschistische Übergriffe

Saalfeld:
Rechter Konsens in der Praxis – Chronologie eines Skandals

MIT 10 SEITEN *Was geht ab?*

Impressum

Antifaschistisches Info-Blatt
12. Jahrgang
Nr. 43, April/Mai 1998



Redaktion:
AIB, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Fax.: +49 - 30 - 694 67 95
e-mail: aib@mail.nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

Internet:
http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib

Konto:
J. Lehmann, 411 960 - 105,
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10
(Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

Erscheinungsweise: Fünf mal im Jahr

Preis: 6,- DM

Abo: 30,- DM/Jahr (s. vorletzte Seite)

Anzeigen:
Wir bringen nur Anzeigen von Sachen, die wir kennen und gut finden. Also, bei Broschüren und Zeitungen bitte immer ein Exemplar mitschicken. Austauschanzeigen auf Anfrage möglich. Eine Anzeigenpreisliste gibt es nicht, wenn uns aber jemand Geld spenden will, weil wir eine bestimmte Anzeige abgedruckt haben, dann haben wir natürlich nichts dagegen.

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhalt

Antifaschismus mit Biß!

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen!

Zunächst müssen wir Euch in diesem Editorial eine schlechte Nachricht überbringen: Das Einzelheft des AIB wird ab dieser Ausgabe sechs anstatt wie bisher fünf Mark kosten. Diese Entscheidung ist bei uns sehr lange diskutiert worden, und sie ist uns schwer gefallen, obwohl es die erste Preiserhöhung seit vier Jahren ist und der Abopreis mit 30 Mark für fünf Ausgaben gleich bleiben wird. Unsere letzte Ausgabe hatte zusammen mit der »Was geht ab?« bereits 68 Seiten und war damit so umfangreich, wie es bisher nur in absoluten Ausnahmesituationen der Fall war. Als Ausnahme können wir uns einen derartigen Umfang leisten; momentan zeichnet sich aber ab, daß wir 60 Seiten und mehr brauchen, um die entscheidenden Sachen unterzubringen. Dies hängt sicher nicht zuletzt mit der momentanen Offensive von Rechts zusammen. Erschwerend kommt hinzu, daß erst kürzlich die Papierpreise gestiegen sind.

Auch wenn wir immer wieder Sachen rausschmeißen, kürzen wo es geht und unser Layout alles andere als großzügig ist: Letztendlich standen wir vor der Entscheidung, die Zeitung wieder mit weniger Seiten zu produzieren und somit viele Sachen außen vorzulassen oder eben den Preis zu erhöhen. Wir haben uns für letzteres entschieden, weil wir der Meinung waren und sind, daß es gerade in heutigen Zeiten unerläßlich ist, mit den unterschiedlichsten Informationen über alles, was rechts ist, versorgt zu sein. Aktive Antifas, interessierte Einzelpersonen und alle anderen, die sich gegen einen rechten Konsens und die faschistische Formierung stellen: Wir wollen, daß möglichst viele Menschen auch weiterhin die Möglichkeit haben, sich abseits staatlicher Verharmlosungen sowohl umfassend über organisierten Neofaschismus, rechte Subkultur, staatlichen Rassismus und Diskussionen über antifaschistische Strategien zu informieren, als auch mit eigenen Artikeln und Berichten dazu beizutragen.

Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß wir mit sechs Mark eine Schallgrenze überschritten haben. Euch als unsere LeserInnen haben wir aber so eingeschätzt, daß Ihr lieber eine Mark mehr zahlt, als nur halb informiert zu sein. In diesem Sinne hoffen wir, daß Ihr uns weiter treu bleiben werdet und wie gesagt: Der Abopreis bleibt. Sollten wir uns in unserer Einschätzung getäuscht haben oder habt Ihr andere Anregungen und Kritiken, sind wir dafür immer offen. Um Mißverständnissen vorzubeugen sei an dieser Stelle noch einmal gesagt, daß wir nach wie vor unentgeltlich arbeiten und alle unsere Einnahmen für die Erstellung der Zeitung verwendet werden.

Besonders bedanken möchten wir uns beim »VEB laut & lästig« aus dem Rhein-Neckargebiet, die am 17. Februar in Mannheim (mal wieder) ein Soli-Konzert für das AIB ausgerichtet haben und somit dafür gesorgt haben, daß sich unsere KorrespondentInnen »im Süden« mit der notwendigen neuen Computertechnik ausrüsten konnten. Unser Dank geht natürlich auch an die Bands Stage Bottles und Rip-Off (beide aus Frankfurt/Main). Eine Anzeige vom VEB laut & Lästig findet ihr in diesem Heft.

Zu dieser Ausgabe bleibt zu sagen, daß wir den geplanten Schwerpunkt »Wahlen« kurzfristig zu(un)gunsten der NPD gekippt haben. Als Motor der derzeitigen faschistischen Formierung kommt der ältesten neofaschistischen Partei der Bundesrepublik eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu, die wir im Schwerpunkt dieser Ausgabe noch einmal genauer unter die Lupe nehmen. In den vorangegangenen Ausgaben eher dünn geraten, sind diesmal die Sparten »Braunzone« und »Internationales« wieder umfangreicher besetzt, auch das Ressort »AntifaschistInnen werden aktiv« beinhaltet mehr als sonst. Besonders ans Herz legen möchten wir Euch an dieser Stelle ausdrücklich den Artikel über das Treiben des BÜNDNIS RECHTS FÜR LÜBECK und den Beitrag »Hehl's Welt wankt« über die antifaschistischen Aktivitäten gegen den Nazi-Laden HEHL'S WORLD, die von einem breiten Bündnis vor Ort getragen werden. Für »Neue Rechte«-SpezialistInnen wird mit Sicherheit der Artikel über die SYNERGÉES EUROPÉENNES von besonderem Interesse sein.

Leider mußten wir auch aus dieser Ausgabe schweren Herzens wieder einiges rausschmeißen. Verschoben wurden unter anderem Artikel über Heiden und rechte Aktivitäten in Sachsen-Anhalt sowie Beiträge über die Briefbombenattentäter und Finanzierung von Nazi-Organisationen in Österreich. Wir hoffen, daß diese Artikel in der kommenden Ausgabe neben dem Aktuellen Platz finden werden. Die Ressorts »Frauen«, »Geschichte« sowie »Briefe an das AIB« fehlen in dieser Ausgabe völlig, was nicht zuletzt auch auf eine mangelnde Beteiligung durch Euch zurückzuführen ist. Viel Spaß beim Lesen und in Erwartung Eurer Reaktionen und Diskussionsbeiträge

Eure AIB-Redaktion

Alltäglicher Antifaschismus

Von der Formierung der extremen Rechten, »befreiten Zonen«, staatlichem Totalitarismusansatz und antifaschistischen Antworten

Die Statistiken vermelden einen starken Anstieg neofaschistischer Straf- und Gewalttaten; kaum ein Wochenende, an dem nicht mindestens eine größere Aktion der extremen Rechten auf dem Programm stünde; die NPD kann mit Unterstützung der gesamten Neonazi-Szene soviele Anhänger nach Dresden, Passau und voraussichtlich Leipzig mobilisieren, wie die extreme Rechte in dieser Kontinuität schon lange nicht mehr.

Nach Jahren der relativen Ruhe und der Umstrukturierung der Nazi-Szene Mitte der Neunziger, nach einem leichten Aufschwung, der vor zwei Jahren seinen Anfang nahm, befinden sich die Neofaschisten momentan am Anfang eines Auftriebs, dessen Ende und Folgen kaum abzusehen sind. Mit der gewandelten NPD als einigender Struktur formieren sie sich und finden zusammen. Zumindest rechts von Reps und DVU ist eine organisatorische Einigung im neofaschistischen Lager zu beobachten, wie es sie in dieser Form noch nicht gab. Lediglich kleinere Neonazi-Gruppierungen, wie zum Beispiel verschiedene Kameradschaften und der Freiheitliche Volksblock, verweigern sich der rechten Sammlung in und um die NPD. Dessen ungeachtet wird die alte neofaschistische Partei nicht müde, ihren Führungsanspruch zu propagieren und versteht es, weite Teile der Szene mit Großveranstaltungen und dem Flair des Erfolgs an sich zu binden.

Die Gefahr, die von der NPD ausgeht, liegt weniger in ihrer Existenz alleine begründet, und auch Wahlerfolge, die sie als wirkliche politische Kraft etablieren könnten, scheinen ihr derzeit noch nicht vergönnt. Besorgniserregend ist vielmehr die Wirkung für die gesamte extreme Rechte, die vom Erfolg der Einigungsbestrebungen der NPD ausgeht: In Terrorstrukturen ausgebildete Neonazis, rechte Skins, Altfaschisten, von den Reps enttäuschte Rechtswähler kommen nun zusammen. Die extreme Rechte auf dem Weg zu ihrem alten Ziel, der einigenden Partei. Die auf dieser Entwicklung fußende Euphorie hat die gesamte Nazi-Szene erfaßt und in Bewegung versetzt. Und das unter wesentlich anderen gesellschaftlichen Bedingungen, als es Anfang der neunziger Jahre der Fall war: Trotz eines gewissen Maßes staatlicher Repression und trotz eines gesellschaftlichen Rechtsrucks, der einen Teil des extrem rechten Potentials ins vorgeblich demokratische Spektrum überführt haben sollte, meldet sich die Nazi-Szene in alter Stärke zurück. Infolgedessen müssen wir uns nicht nur auf einen weiter in Qualität und Quantität steigenden faschistischen Terror gefaßt machen, der erfahrungsgemäß im Spätsommer und Frühherbst seine Höhepunkte findet. Eine starke faschistische Bewegung ist gleichzeitig auch ein Nährboden für einen immer aggressiver auftretenden Rassismus und einen gesellschaftlichen Rechtsruck, der wiederum der extremen Rechten Auftrieb verschafft. Ein schwer zu brechendes Wechselspiel.

Staatlichen Stellen scheint die Nazi-Formierung derzeit nicht gerade gelegen zu kommen – zumindest auf offiziell politischer Ebene. Der staatliche Reflex auf die Aufbruchstimmung bei der extremen Rechten und den stärker werdenden antifaschistischen Widerstand ist die praktische Umsetzung der Totalitarismustheorie: In der sich zuspitzenden Konfrontation zwischen extremer Rechter und AntifaschistInnen schlägt der Apparat mit steigender Vehemenz gegen Links und will die Verhinderung von »Weimarer Zuständen« suggerieren. Damit findet eine Theorie ihre Praxis, die nicht nur reaktionär und gegen links eingestellt ist, sondern zu der auch die Relativierung von Auschwitz gehört. Die geistigen Väter der Totalitarismustheorie sind selbst Rechte und gehören zu einem Geflecht von Ideologen mit sehr guten Kontakten zum rechten Rand.

Selbst vor der offensichtlichen Aushebelung von Grundrechten wird nicht halt gemacht. Das Recht auf Versammlungsfreiheit wird weiter eingeschränkt, der massenhafte Gebrauch von Unterbindungsgewahrsam die Regel und der Einsatz von Vorkontrollen immer rigoroser. Wer an einer antifaschistischen Demonstration teilnehmen will oder sich auch nur in deren Nähe befindet, gilt bereits grundsätzlich als verdächtig. Die Ereignisse von Lübeck und Saalfeld, wo sich alleine an einem Wochenende über 500 AntifaschistInnen im Polizeigewahrsam wiederfanden, sprechen eine deutliche Sprache. Einmal mehr zeigt sich hier, daß die massiven staatlichen Großeinsätze gegen Nazis, wie zum Heß-Marsch im vergangenen Jahr, bei aller kurzfristiger Genugtuung als politisch äußerst gefährlich eingeschätzt werden müssen. Die Strategen der Inneren Sicherheit werden die auf diesem Wege legitimierten Maßnahmen letztendlich doch vor allem gegen AntifaschistInnen und die Linke einsetzen und zum Ausbau des »starken Staates« nutzen.

Waren es zu Beginn der neunziger Jahre noch vor allem Konservative, Innenminister, Polizeiapparat und andere staatliche Stellen, die den Rechtsruck und den ungeahnten Aufschwung der extremen Rechten mit ihrer rassistischen Hetze und ständiger Verharmlosung vorantrieben, so kommen die Rechten jetzt von nahezu alleine wieder in Bewegung. Unterstützt werden sie nicht mehr von einem eindeutigen politischen Signal und einer krassen Verschärfung des Klimas von oben, sondern »nur« noch von einer gesellschaftlichen Stimmung. Und auch wenn abzuwarten bleibt, ob sich die deutsche Politik und insbesondere ihre konservativ-reaktionären Teile angesichts sich zuspitzender sozialer Konflikte und der derzeitigen Stärkung der SPD nicht wieder der Nazis als Handlanger bedienen werden: Momentan sieht es so aus, als würde man versuchen, die Geister wieder loszuwerden, die man rief. Staatliche Stellen sind nicht selten zumindest leidlich bemüht, neofaschistische Gewalttaten zu verfolgen und teilweise auch gegen offizielle politische Aktionen der Neofaschisten vorzugehen. Die regionalen Unterschiede sind dabei groß: Während in Brandenburg so gut wie alle Aktionen der NPD unterbunden werden, tun andere Bundesländer dies überhaupt nicht.

Nur zu gelingen scheint das Austreiben der gerufenen Geister nicht; der gesellschaftliche Boden ist dazu bereits zu sehr für die Rechten bereitet worden, dafür sind neofaschistische Ideen und Strukturen und Rassismus bereits zu weit verankert und vom »Law-and-Order«- zum gesellschaftlichen Problem geworden. Dies schlägt sich deutlich im Umgang mit den »bösen Verwandten« vor Ort nieder. Gerade im Osten haben sich Gesellschaft und staatliche Institutionen mit der vor allem in Kleinstädten und auf dem Land zu bemerkenden kulturellen Vorherrschaft der Rechten unter Jugendlichen arrangiert. Einerseits sind die Rechten die sauberen, ordentlichen Jungs von nebenan, die außerdem noch ziemlich arm dran sind. Als Störer des kommunalen Friedens gelten vielmehr die linken Jugendlichen und diejenigen, die die Jungs von nebenan als Neonazis verunglimpfen oder die Region gar als rechte Hochburg bezeichnen. Andererseits gibt es auch ohne Zweifel nicht wenige Menschen in diesen Gegenden, die zwar antifaschistisch eingestellt sind, aber durch den faschistischen Terror und die aufgezwungene Konfrontation auf der Straße Angst haben und auch aufgrund fehlender Ansatzpunkte für antifaschistisches Engagement öffentlich nur selten wahrzunehmen sind.

Wie der durch diese Faktoren bestimmte rechte Konsens funktioniert, hat sich erneut eindrucksvoll in Saalfeld gezeigt, wo eine antifaschistische Bündnisdemonstration im Prinzip zum zweiten Mal unterbunden wurde, während Neonazis aus der Region nahezu ungestört einen Aufmarsch durchführen konnten. In dieser Stimmung entsteht das, was oft mit dem falsch verwendeten Begriff und Modewort »befreite Zone« bezeichnet wird. Unglücklich gewählt in diesem Zusamenhang ist der Begriff deshalb, weil es sich um eine Wortschöpfung aus dem Nazi-Vokabular handelt, die eine bestimmte, aus linker Theorie und Praxis abgekupferte Strategie beschreibt und daher originär für etwas anderes steht, als das, wofür er benutzt wird. Was wir in den zahlreichen Orten vorfinden, die insbesondere von den Medien als »befreite Zonen« bezeichnet werden, ist nicht das Ergebnis der umgesetzten Nazi-Strategie, wie sie in dem »Befreite Zonen«-Papier beschrieben wird und die die bewußte Erringung der politischen und kulturellen Vorherrschaft vorsieht. Wer sich die Situation vor Ort genau anschaut und analysiert muß bestätigen, daß es sich um eine vielmehr aus gesellschaftlichen Prozessen entstehende kulturelle Dominanz unter Jugendlichen handelt, die auf der Straße die Macht haben und in ihrem Handeln von staatlichen Stellen und Teilen der Bevölkerung bestärkt werden.

Genau dieser Zustand ist es aber, der den Erfolg der Nazis ausmacht und aus dem sich ihre Mobilisierungen speisen. Sich als Protestkultur und Lebensgefühl verstehend, bildet die rechte Subkultur und Jugend den Grund, auf dem die Nazi-Kader agieren, mobilisieren und rekrutieren können. Diese braune Basis, der staatliche Stellen und kommunale Institutionen – selbst wenn sie es wollten – mit repressiven Mitteln oft nicht mehr Herr werden könnten, ist die Grundlage für München, Dresden, Passau... Diese Großveranstaltungen sind es wiederum, die dem einfachen Nazi eine Erlebniswelt und ein Erfolgsgefühl vermitteln, anpolitisieren und Anziehungskraft ausstrahlen. Das auf diesem Weg entstandene Wechselspiel zwischen politischen Aktionen und rechter Subkultur und Jugend läßt die sich bedingenden Entwicklungen gegenseitig hochschaukeln.

Für die antifaschistische Bewegung bedeuet die derzeitige Situation vor allem zweierlei: Einerseits ist es natürlich wichtig, den Nazi-Mobilisierungen entgegenzutreten, zu versuchen, ihnen ihre Erfolgserlebnisse zu nehmen und offensiv zu zeigen, daß es Widerstand gegen Rechtsruck und faschistische Mobilisierung gibt. Dafür ist es richtig und notwendig, Bündnisse zu schließen und sich mit anderen gesellschaftlichen Kräften im Kampf gegen die Nazi-Formierung und jeden rechten Konsens zusammenzutun. Als erfolgreiches Beispiel mag die Demonstration in Saalfeld gelten. In den kommenden Auseinandersetzungen werden wir uns noch seltener als bisher nur ein paar hundert oder tausend Neonazis gegenüber sehen. Um dem etwas entgegensetzen zu können, ist es unerläßlich, sich mit jenen Gruppierungen zusammenzutun, die sich dem Zeitgeist noch nicht angepaßt haben. Gerade in ländlichen Regionen, wo es oft kaum unabhängigen antifaschistischen Widerstand gibt, verstärken bzw. beginnen derzeit angesichts der rechten Mobilisierungen andere gesellschaftliche Kräfte, wie beispielsweise Gewerkschaften, antifaschistische Aktivitäten. Als Beispiel dafür sind die zahlreichen Aktivitäten erstaunlich vieler Passauer BürgerInnen gegen den NPD-Kongreß in ihrer Stadt zu nennen. Hier gilt es, Unterstützung zu leisten und Bündnisse zu schließen. Dafür kann es aber auch notwendig sein, Zugeständnisse zu machen und andere Aktionsformen und Herangehensweisen als Teil eines vielschichtigen, facettenreichen, lebendigen antifaschistischen Widerstands zu begreifen. Trotzdem ist es wichtig, unsere eigenen Positionen, Aktionsformen und Lebensgefühle, die unsere Attraktivität für Jugendliche ausmachen, zu vermitteln und – mit der notwendigen Portion Selbstkritik – auch dazu zu stehen. Aus der Praxis wissen wir, daß nur eine ausgewogene Mischung zwischen dem Aufbau eigener Strukturen, der Schaffung von Kristallisationspunkten für emanzipatorische Ideen und Politik einerseits, und Bündnissen andererseits, letztendlich erfolgreich ist. Oft bedeutet Bündnisarbeit alles andere als Zuckerschlecken; sie ist immer wieder eine Gratwanderung zwischen taktisch-politischen Zugeständnissen, ernsthafter Annäherung und notwendigem Beharren auf eigenen Positionen.

Andererseits wird es uns perspektivisch nicht weiterhelfen, sich an den offensichtlichsten Symptomen der Rechtsentwicklung in Form rechter Aufmärsche abzuarbeiten. Wenn es uns beispielsweise nicht gelingen sollte, einen großen Naziaufmarsch am 1. Mai zu verhindern, geht damit die Welt nicht unter. Zwar wird ein erfolgreicher Aufmarsch ein mobilisierender Faktor für die Nazis sein, aber andersrum ist uns auch noch lange nicht geholfen, wenn wir den Aufmarsch verhindern können: Mobilisierungspotential, Rechtsentwicklung und brauner Bodensatz sind damit noch immer nicht vom Tisch. Und genau hier liegt das Problem. Antifaschistischer Widerstand droht zur hilflosen Reaktion zu verkommen, wenn er nur in rechten Hochzeiten krampfhaft versucht, der Entwicklung etwas entgegenzusetzen. Wenn wir der Nazi-Formierung und dem sich verschärfenden Rechtsruck wirklich etwas entgegensetzen wollen, müssen wir den braunen Bodensatz, die rechte Vorherrschaft vor Ort angehen. Nur wenn es uns gelingt, eine linke kulturelle und basispolitische Alternative zum rechten Mainstream wieder breiter zu etablieren, haben wir eine Chance, die kulturelle Vorherrschaft der Nazis und damit ihre Formierung wirklich zu brechen. Dafür aber braucht es langfristig vor Ort angelegte Strukturen, die es neben aller Gegenmobilisierungen aufzubauen und zu unterstützen gilt. Unabhängiger antifaschistischer Widerstand und linke Subkultur können nur entstehen und sich weiterentwickeln, wenn die nötigen Freiräume dafür geschaffen werden.

In diesem Sinne hilft es auch nicht sonderlich viel, wenn sich jetzt angesichts der rechten Offensive wieder alle auch in anderen Bereichen aktive Menschen auf das Thema Antifa stürzen und alles andere stehen und liegen lassen, bis der akute Druck der rechten Offensive vorbei ist. Die Probleme »extreme Rechte« und »Rassismus« werden sich weder morgen noch übermorgen erledigen. Deshalb sollten vielmehr alle Menschen schauen, wie sie vor Ort bei sich neben ihren anderen Aktivitäten gegen Rassismus und Neofaschismus vorgehen können und dies auch dauerhaft in Zusammenarbeit mit den antifaschistischen Gruppen und Strukturen praktizieren. ■





Aufbruchstimmung

Die NPD auf dem Weg zur »politischen Heimat für alle nationalen Strömungen in Deutschland«?[1]

Vor wenigen Jahren noch galt die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) als unbewegliche und verstaubte Stammtischpartei. Ihre herausragenden Merkmale waren ein überschuldetes Parteikonto und ein ebenso bankrottes Programm. Mit ihrer Wandlung von der Wahl- zur »Kampfpartei«, der populistischen Verknüpfung klassisch neofaschistischer und sozialer Themen sowie der Öffnung gegenüber dem NS-Spektrum und der Einbindung der neonazistischen Subkultur entwickelt die Partei heute eine starke Integrationskraft. Diese bringt sie als ernstzunehmende Sammlungsorganisation rechts von Reps und DVU wieder nach vorne. Der endgültigen Abstieg ins Sektendasein, der der alten neofaschistischen Partei noch vor wenigen Jahren drohte, ist mit ihrer Umorientierung, die jetzt Früchte trägt, abgewendet. Aufbruchstimmung macht sich breit. Dem Ruf der Basis nach einer »vereinigten nationalen Bewegung« scheint Rechnung getragen zu werden.

1964 als Sammlung der im Zerfall befindlichen Altnazi-Parteien gegründet, erlebte die NPD kurze Jahre des Aufstieges. Nach dem Scheitern bei der Bundestagswahl 1969 und dem damit mißlungenen Versuch, sich mit national-konservativem Image parlamentarisch zu etablieren, folgte der stetige Niedergang, der auch durch einige Wahlerfolge Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre nicht aufgehalten werden konnte. 1991 war die Partei unter ihrem damaligen Vorsitzenden Martin Mußgnug finanziell und programmatisch derart heruntergewirtschaftet, daß ihre Auflösung zeitweise eine beschlossene Sache schien.

Dann trat der Studienrat a.D. Günter Deckert als Vorsitzender an, um den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Er verordnete einen radikalen Kurswechsel: Das national-konservative Image wurde endgültig ad acta gelegt und die NPD statt dessen zur *»Kampfpartei«* erklärt. Mit den aggressiven Parolen des neuen Vorsitzenden trat die NPD somit in eine Phase der Neukonstituierung ein, deren inhaltliche Ausrichtung keine Tabus mehr kannte und kennt. An diese Umorientierung geknüpft war das Kalkül, die Partei im NS-Spektrum als politische Alternative anzubieten und das organisatorische Vakuum zu füllen, in dem sich viele NS-Aktivisten infolge der staatlichen Verbote befanden. Als verbotsresistente und somit übriggebliebene Partei sah sich die NPD in der Lage, eine legale Plattform für weitergehende Aktivitäten zu stellen. Dieser Kurs wurde ab 1996 von Udo Voigt geschickter und erfolgreicher fortgesetzt. Der Nachfolger Deckerts im Amt des Parteivorsitzenden trug mit seiner ersten Amtshandlung – der Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse – der Umorientierung der Partei auch formal Rechnung. Er, der bereits als »zweiter Mann« hinter dem ehemaligen Vorsitzenden Deckert die strategischen und taktischen Fäden gezogen hatte, ist der Garant der angestrebten Sammlung aller rechtsradikalen und neonazistischen Kräfte.

Um *»die Glaubwürdigkeit (...) im nationalen Lager zu stärken«*[2], ist die NPD bemüht, den veränderten Kurs auch in der Praxis deutlich zu machen und sich an fraktionsübergreifenden Projekten des NS-Spektrums, wie der Organisation der alljährlichen »Rudolf-Heß-Gedenkmärsche«, zu beteiligen. Gleichzeitig versucht sich die Partei im Aufbau langfristiger Allianzen, wie beispielsweise dem 1994 ausgerufenen Bündnis Deutschland als Zusammenschluß der *»nationalen Kräfte«* in einer *»Fundamentalopposition zur Rettung völkischer (...) Lebensgrundlagen«*.[3]

Das auf diesen Wegen untermauerte, nicht gerade uneigennützige Angebot an das NS-Spektrum, die NPD als legale Plattform zu nutzen, wurde vielfach dankend angenommen und bringt der Partei den Zulauf aus der neofaschistischen Subkultur und dem NS-Spektrum ein. Eindrucksvolles Beispiel für diese »eine Hand wäscht die andere«-Entwicklung ist die quasi-Überführung des vom Verbot bedrohten Neonazi-Vereins Die Nationalen e.V. in die Partei. Die NPD kann nun Dank dessen in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Berlin auf weitere eingespielte Strukturen zurückgreifen. Den Neonazis von den Nationalen bietet sich dafür die Möglichkeit, ihre Politik ohne staatlichen Repressionsdruck unter anderem Namen fortzusetzen, und ihr ehemaliger Chef Frank Schwerdt wurde mit einem Posten im NPD-Bundesvorstand belohnt.

»Die NPD hat mittlerweile eine Magnetwirkung auf das nationale Lager«[4], kommentierte Parteichef Voigt den derzeitigen Erfolg der angestrebten Entwicklung zur Sammlungsorganisation mit Führungsanspruch. Beispielhaft hierfür ist der Landesverband Sachsen, der binnen weniger Monate zum Vorzeige-LV der NPD avanciert ist und seine Mitgliederzahl von 300 auf über 1.000 steigern konnte. Die Klüngeleien reichen dort bis hin zur rechtskonservativen Deutschen Sozialen Union (DSU), deren Stadtratsmitglieder in der Kreisstadt Wurzen NPD-Propaganda während der Stadtratssitzungen verteilten. Bei den Dresdner Freitagsgesprächen sitzen beide Parteien in trauter Eintracht zusammen.

Der »Kampfpartei« NPD geht es vorerst weniger um schnelle Wahlerfolge, als um den kontinuierlichen Aufbau tragfähiger Strukturen. Methodisch bedient sie sich einer Doppelstrategie: Eine von der Parteiführung dirigierte *»nationale außerparlamentarische Opposition«* (Napo) soll die Schnittstelle zum rekrutierbaren und mobilisierbaren Umfeld bilden und auch nach eventuellen Wahlerfolgen das Zusammenspiel zwischen »Bewegungs-« und Kaderebene gewährleisten. Somit wird eine Anbindung an die Partei ermöglicht, ohne daß man Mitglied werden muß.

Dem »Bewegungs«-Umfeld – vor allem dem großen Potential in der rechten und neonazistischen Subkultur – wird eine maßgebliche Rolle zugedacht. Bereiten doch deren kulturelle »Hegemonie«-Ansätze vor Ort einen geradezu idealen Boden für Agitation, Strukturaufbau und eine gesamtgesellschaftliche Binnenwirkung. Aufmärsche wie 1997 in München

gegen die Wehrmachtsausstellung mit 5.000 Teilnehmern oder der Kongreß in Passau im Februar, die überwiegend von jugendlichen Naziskins geprägt waren, belegen die Integrationskraft der NPD gerade in diesen Kreisen. Voigt zieht selbstzufrieden Bilanz, daß unter den 1.640 Neueintritten im Jahre 1997 mehr als zwei Drittel jünger als 30 Jahre alt gewesen seien.

Die neue Phase der JN-Konzeption

Als Bindeglied zwischen der Parteiführung und der neuen Neonazi-Generation fungiert mit den Jungen Nationaldemokraten (JN) eine Jugendorganisation, die zum einen Schnupperkurse für NeueinsteigerInnen anbietet, ihren Schwerpunkt jedoch in der Heranbildung von Kadern setzt. Schützenhilfe kam dabei vor allem von Führungskadern der Nationalistischen Front (NF), die nach dem NF-Verbot 1992 reihenweise in die Parteigliederungen der JN/NPD gewechselt waren.

Während der JN-Bundesschulung 1996 in Thüringen referierte der ehemalige NF-Funktionär Steffen Hupka über das Kaderverständnis der JN, welches – wie aus einem internen Papier der JN hervorgeht – identisch mit dem der NF ist. *»Neben der natürlichen Auslese, die Mitläufer von politischen Aktivisten trennt, braucht die Organisation geschulte und konstruktiv arbeitende Führungskräfte. Eine straff geführte Organisation, wie wir sie in unserem revolutionären Befreiungskampf brauchen, funktioniert aber nur dann, wenn das Gerüst dieses Personenzusammenschlusses auf einer natürlichen Hierarchie aufgebaut ist, wobei wir bei der Ein- und Unterordnung wären. Dieses hierarchische Verhaltensmodell ist deshalb nichts neues, sondern gerade für uns Nationalisten Grundvoraussetzung unserer gesamten nationalen Wertewelt.«*[5]

Nicht nur die »Wertewelt« der verbotenen NF wurde kopiert, sondern auch deren organisatorische Gliederung: Mitgliedsanwärter müssen während ihrer sechsmonatigen Probezeit an den Grundschulungen teilnehmen, sie *»haben (...) keine besonderen Rechte. Dagegen bestehen die Pflichten aus aktivem politischen Einsatz und aus der regelmäßigen Beitragszahlung«.*[6] Auf der Grundlage eines Stufenmodells, das dazu dient, *»die Gesamtorganisation zu straffen und führbar zu machen«*[7], dauert die Ausbildung zum vollwertigen JN-Kader etwa zwei Jahre. Einem elitären Menschenbild entsprechend habe sich der NPD-Jugendkader *»durch seinen kontinuierlichen Einsatz (...), Ausdauer, Überlegung, Führungsqualität, Charakterstärke und Opferbereitschaft«* zu beweisen.[8] Propagiert wird dabei das Bild von einem durch den »legionären Geist« inspirierten »politischen Soldaten«. Als historisches Vorbild dient der JN die SS. Wie diese strebt sie an, die *»disziplinierteste und revolutionärste Kampforganisation in Deutschland zu werden«.*[9]

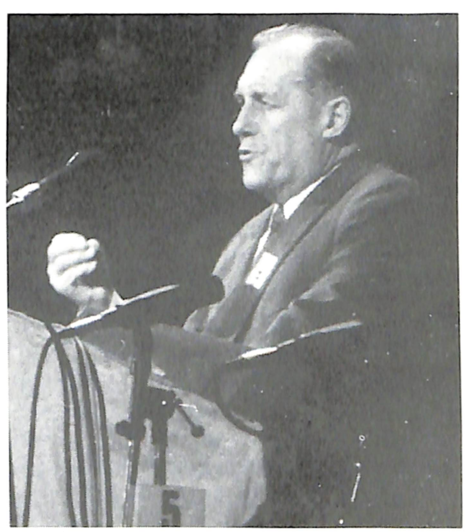
War die Rolle der JN in den letzten Jahren neben der Kaderausbildung darauf ausgerichtet, als Vorhut der NPD die Sammlungsbemühungen voranzutreiben, so tritt sie mit der weitgehenden Integration des NS-Spektrums in die NPD in eine neue Phase. Die bewährten JN-Kader übernehmen jetzt Ämter in der Mutterpartei. Udo Voigt, als ehemaliger Leiter des JN-Schulungszentrums im italienischen Iser einst selbst für die Ausbildung des Nachwuchses zuständig, zeichnet für diesen Schritt verantwortlich. Ihm zufolge bedarf die NPD-Führung einer motivierenden Ergänzung und Auffrischung. Mit der Wahl von JN-Kadern wie Klaus Beier, Steffen Hupka und Jürgen Distler in den NPD-Bundesvorstand wurde dem während des Bundesparteitag am 10./11. Januar '98 im mecklenburgischen Stavenhagen Rechnung getragen.

Von der Kampf- zur Wahlkampfpartei?

In der Vergangenheit scheiterten rechtsradikale und neofaschistische Parteien bei Wahlen zumeist an der Fünf-Prozent-Hürde, weil sie durch gleichzeitige Wahlantritte um dasselbe Wählerpotential konkurrierten. Beispielsweise fehlten der DVU 1997 bei der Hamburger Senatswahl gerade einmal 200 Stimmen für den Einzug ins Parlament, während die Reps 1,3 Prozent erhielten. Aufrufe zu gemeinsamen Wahlantritten und derartige Versuche gab es in der Vergangenheit regelmäßig, sie scheiterten jedoch meist an den wahltaktischen Überlegungen der als »gemäßigt« geltenden Rechten. Die für eine Einigung auf breiter Ebene nötige Zurückstellung der Führungsansprüche durch die verschiedenen Parteispitzen scheint nach wie vor undenkbar, wenn man von regionalen Ausnahmen wie dem »Bündnis Rechts« in Lübeck absieht. Gerade die NPD lehnt eine Zusammenarbeit mit den »gemäßigten« rechten Parteien ab und feiert sich selbst als *»Speerspitze der nationalen Erneuerung«*[10], obwohl sie als Wahlpartei immer noch im Null-Komma-Bereich liegt.

Ob sich letzteres in Zukunft ändern wird, hängt angesichts der fehlenden Einigung zwischen den verschiedenen Parteien davon ab, inwieweit es der NPD gelingt, neben der NS-Fraktion auch andere Spektren der extremen Rechten anzusprechen und zu integrieren. Zugute kommen wird ihr dabei der Zerfall der Deutschen Liga, wie auch das Drängen auf eine Einigung an der Basis anderer Parteien, was





von oben nach unten:
Manfred Roeder, Herbert Schweiger, Frank Rennicke und Jörg Hähnel beim NPD-Kongreß in Passau





sich in verschiedenen Initiativen niederschlägt.[11] Dieses Drängen kann von den Parteiführungen kaum kontrolliert werden und hat unter Umständen zur Folge, daß sich enttäuschte Mitglieder abwenden und auf den Erfolgszug NPD aufspringen. Der wachsende Unmut an der Basis der Reps gegen den Abgrenzungskurs ihrer Bundesführung hat bereits Schritte in diese Richtung bewirkt: Im Mai vergangenen Jahres trat der Wartburg-Kreisverband der Reps geschlossen zur NPD über. Der ehemalige Vorsitzende des bayerischen Rep-Landesverbands, Otmar Wallner, wirbt mittlerweile für die NPD und fungiert als Kronzeuge gegen den Abgrenzungskurs der Rep-Bundesführung. Der ehemalige Rep-Landesvorsitzende in Sachsen, Winfried Petzold, ist heute sächsischer Landesvorsitzender der NPD. Diese Tendenz könnte sich angesichts eines kaum zu erwartenden Erfolges der Reps bei der kommenden Bundestagswahl verstärken.

Mit ihrer flächendeckenden Struktur, dem verjüngten und gut geschulten Führungskaderstamm, dem nicht zu unterschätzenden Umfeld und der hohen Anzahl von aktiven Parteimitgliedern besonders in Ostdeutschland müssen der NPD letztendlich die besten Aufstiegschancen unter den Rechtsaußenparteien eingeräumt werden. Wenn es ihr gelingen sollte, den momentanen Aufschwung zu halten oder gar zu steigern, wäre ein schrittweises Etablieren als faschistisch-populistische Wahlpartei denkbar. Die dafür nötige, zumindest teilweise Abkehr vom offenen NS-Kurs könnte allerdings zum innerparteilichen Konfliktherd werden.

Wirtschaft und Soziales im Zeichen der arischen Volksgemeinschaft

Die Perspektiven der NPD als Wahlpartei werden maßgeblich von ihren Standpunkten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik abhängig sein. Dementsprechend ist die Partei in diesen Bereichen um Profilierung bemüht. Populistisch und Besitzstandsängste schüren wollend, trägt sie im Wahljahr '98 das altbekannte rassistische Strickmuster von den *»deutschen Arbeitsplätzen für Deutsche«* vor sich her. Gebetsmühlenhaft fordert sie eine *»Sonderrückführsteuer«* für *»Betriebe, die ausländische Arbeitnehmer beschäftigen«*[12], *»protektionistische Maßnahmen* [wie] *Sonderzölle«*[13] oder die Ablehnung der *»Globalisierung der deutschen Wirtschaft«*[14]. Auf der Grundlage nationalsozialistischer Wirtschaftskonzeptionen kommt sie zum »Gesellschaftsmodell« der arischen Volksgemeinschaft. Vorgeschoben werden dem scheinbar antikapitalistische Positionen, die sich bei genauem Betrachten schnell als Worthülsen faschistischer Agitation entlarven.

»Wir müssen es schaffen, daß die deutschen Arbeiter zu unseren Kundgebungen kommen«[15] benannte Parteichef Voigt in seiner Rede während des Kongresses in Passau die Adressaten der Wirtschafts-»Politik«. Eckpunkte der NPD-Modelle für den »Standort Deutschland« lassen sich mit einer nationalstaatlich gelenkten Ökonomie, frühkapitalistischen Betriebs- und Ausbeutungsverhältnissen, sowie agrargeprägten Lebensräumen zusammenfassen. So sei etwa *»eine Sozialpolitik nach dem Traumbild«*[16] des Wohlfahrtsstaates unsozial, und die *»unternehmerische Freiheit«*[17] das Ziel nationaldemokratischer Wirtschaftspolitik. Deren ideologische Hintergründe wurden 1997 als Grundsatzartikel in der NPD-Parteizeitung Deutsche Stimme unter der Überschrift »Das 'Gesetz der komparatiblen Kostenvorteile' als Alibi für die Globalisierung der Wirtschaft«[18] publiziert. Der Autor Per-Lennart Aae[19] wirft hierin die Frage auf, ob *»die Spezialisierung der Volkswirtschaft (...) in Kauf genommen werden«*[20] müsse, *»wenn dadurch das Land denaturiert, die Bevölkerung kulturell und strukturell degeneriert und der soziale Friede zerstört«*[21] würde. Die realen Gegebenheiten einer modernen Gesellschaft ignorierend vertritt er die Position, daß die »Völker und Siedlungsräume« im organischen, biologischen-kulturellen und systemtheoretischen Sinne erhalten werden müßten. Das heißt nichts anderes, als daß die Voraussetzungen für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik nach den Vorstellungen Aaes auf völkischen, rassistischen Gesellschaftsmodellen beruhen. Dementsprechend fordert er eine *»raumorientierte nationale Volkswirtschaftsordnung«*.

Die geistigen Väter der Terminologie Aaes traten in dem von ihm geleiteten »wirtschaftspolitischen Forum« am 7. Februar in Passau auf. Im wesentlichen sind dies der Hamburger Reinhold Oberlercher und Herbert Schweiger aus Österreich. Oberlercher, ein ehemaliger APO-Aktivist, befürwortet mittels sich intellektuell gebärdender Rhetorik einen bäuerlichen Ständestaat, der auf den rassistisch definierten »Wurzeln« eines Volkes stehen solle. Schweiger wurde in Österreich für sein Buch *»Evolution und Wissen – Neuordnung der Politik«* erst kürzlich wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung zu einer Haftstrafe von 15 Monaten verurteilt. An Deutlichkeit läßt auch er, der ehemalige Berater und Ideologe für die Führungsriege der verbotenen Nationalistischen Front, es nicht mangeln: So könne *»die Neuordnung der Wirtschaftspolitik nur vom Gesichtspunkt des organisch ge-*

Der Weg ist das Ziel...

Ohne Beteiligung von 55 »KameradInnen« aus dem Rhein-Main-Gebiet mußte der Passauer Wahlkampfkongreß stattfinden – ihr Bus, so bedauerte ein NPD-Sprecher in Passau, wurde *»an der Abfahrt gehindert«*. Dies war jedoch eine recht nüchterne Umschreibung für das, was den Neonazis, unter ihnen die Vorsitzende der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene (HNG), Ursula Müller, widerfuhr, die in den späten Nachtstunden vom Frankfurter Hauptbahnhof Richtung Passau starteten.

Der von der JN-Funktionärin Kerstin Vogel aus Wölfersheim (Wetteraukreis) angemeldete Bus wurde nach nur fünfminütiger Fahrt unmittelbar vor der Autobahnauffahrt zum Halt gezwungen und von 15 AntifaschistInnen mit Steinen, Signalraketen und – nach Angaben der Neonazis – auch mit Eisenstangen angegriffen. Das Resultat war ein schwer beschädigter Bus (60.000 DM Sachschaden), dem es offensichtlich gerade noch gelang, zu flüchten und die nächstgelegene Polizeiwache anzusteuern. Nach Presseangaben erlitten mindestens zwei Neonazis Verletzungen.

Aufmärsche und andere Aktivitäten der NPD, wie hier am 21. März '98 in Zittau, finden mittlerweile nahezu jedes Wochenende statt





Der Mob gröhlt nach, was die Führungsriege vorgibt: Holger Apfel, Udo Voigt, Jürgen Distler und Frank Rennicke (v.l.n.r.) während des Kongresses in Passau

wachsenen Volksganzen erfolgen«.[22] Das »Volk« wird dabei durch eine Bluts- und Genverwandschaft definiert. Im Resultat fordert er »*eine Lebensordnung, welche die geografisch bedingte Entwicklung von Mensch, Tier und Pflanze als organisch gewachsene Arten anerkennt*«. Rassismus und Apartheid sind die Grundsätze, auf denen Schweigers wirtschafts- und sozialpolitische Konzepte fußen. Diese finden sich im 1997 neu erschienen Parteiprogramm der NPD wieder. Die Handschrift Schweigers oder zumindest seine geistige Urheberschaft zieht sich wie ein brauner Faden durch die programmatischen Erklärungen der Partei.

Resümee

Die deutsche NS-Bewegung befand sich in den vergangenen Jahren in einer Übergangs- und Umstrukturierungsphase. Organisationsmodelle, die von terroristischen Kleingruppen über scheinbar unabhängig agierende Kameradschaften und subkulturelle NS-Vereinigungen, bis hin zu parteiorientierten Zusammenschlüssen reichten, treten zunehmend in den Hintergrund. Aktuell ist die Lage durch eine Konsolidierungs- und Formierungsphase gekennzeichnet, in der sich bestehende Strukturen in das gemeinsame Projekt NPD eingliedern. Die Partei verspricht den Gescheiterten wie den Emporkömmlingen einen Neuaufbruch und nachfolgend fette Jahre. Ihre Mitgliederzahl von aktuell gut 4.000 kann dabei nicht mit den 28.000 verglichen werden, die die NPD Ende der sechziger Jahre hatte, stützte sich die »alte« NPD doch vor allem auf radikale Vertriebene und nostalgische Altnazis. Ihr heutiger Mitgliederstamm – das Klientel von Passau zeigt es deutlich – besteht vor allem aus der jungen Generation der Neonazis. Angesichts der Tatsache, daß die bislang größte Neonaziorganisation der letzten Jahrzehnte, die 1992 verbotene Deutsche Alternative, in ihrer Hochzeit etwa 1.200 Mitglieder aufzuweisen hatte, muß dies nicht nur als quantitativer und qualitativer Sprung, sondern auch als Novum gesehen werden: Das NS-Spektrum sammelt sich in einer Organisation, der einigenden Partei. Ebenfalls neu an der heutigen NPD ist ihre Integrationsfähigkeit. Ihr ist es gelungen, sich Teilen der neofaschistischen Subkultur als deren politischer Arm anzudienen und diese teilweise sogar schon auf Parteilinie zu bringen. Die scheinbar widerspruchslose Verknüpfung von Erlebniswelt und politischer Schulung sowie die von den Hintergrundfiguren des NS-Spektrums zugesicherte Rückendeckung lassen mancherorts eine gefährliche Dynamik entstehen.

Entscheidend für die weitere Entwicklung wird nicht nur sein, ob es der NPD gelingt, die verschiedenen Fraktionen des NS-Spektrums zusammenzuhalten, sondern auch, ob sie es schafft, andere Teile der extremen Rechten zu integrieren. Die dann entstehende Mischung in der Partei wäre zwar höchst gefährlich, aber auch so unterschiedlich, daß sie über dann mögliche Wahlerfolge hinaus wohl nur schwerlich zusammenzuhalten sein wird. Um den Aufschwung zu halten, der die Partei derzeit nach vorne bringt und ihr den Rücken für den Parteiaufbau und -ausbau freihält, muß sie Erfolge vorweisen. Das bedeutet einerseits, daß sie weiterhin Gemeinschaftserlebnisse wie Großveranstaltungen und Aufmärsche bieten und die bisherigen Größenordnungen der Mobilisierungen steigern muß. Ob ihr das gelingt, wird der 1. Mai in Leipzig zeigen. Andererseits wird einiges davon abhängen, ob die Partei ihre Wahlziele erreichen kann: Konkret anvisiert sind 0,5 Prozent bei der Bundestagswahl in diesem Jahr, für die die NPD eine flächendeckende Kandidatur angekündigt hat. Mit der daraus resultierenden Wahlkampfkostenrückerstattung sollen die kommenden Wahlkämpfe finanziert werden. Auf einen Erfolg in Form des Sprungs über die Fünf-Prozent-Hürde setzt die Partei dann bei der Kommunalwahl im kommenden Jahr in Sachsen, wo sie ihren stärksten Landesverband hat.

Daß das Zusammenspiel der verschiedenen strategischen wie auch ideologischen Ansätze in und um die NPD durchaus Widersprüche in sich birgt, geht in der momentanen Euphorie unter bzw. wird zurückgestellt und teilweise auch unterdrückt. Diese Widersprüche werden jedoch relevant, wenn in das zur Zeit wie geschmiert laufende Räderwerk eine Phase des Stillstandes einkehrt, der Aufschwung abebbt und die ersten Rückschläge verkraftet werden müssen. Dann erst wird sich zeigen, ob es der NPD gelungen ist, tragfähige Strukturen aufzubauen, die einen langfristigen Erfolg sichern. Es wäre nicht das erste Mal, daß eine Partei auf Erfolgskurs so schnell wieder im braunen Sumpf verschwindet, wie sie aus ihm emporkam. ■

1) Udo Voigt in Deutsche Stimme, Ausgabe 6/97, Juni 97, Stuttgart, S.3
2) Holger Apfel auf der Pressekonferenz während des NPD-Kongresses am 7. Februar '98 in Passau
3) Günther Deckert in Deutsche Stimme, Ausgabe 10+11/94
4) Udo Voigt auf der Pressekonferenz während des NPD-Kongresses am 7. Februar '98 in Passau
5) Organisationsinternes Schreiben der Jungen Nationaldemokraten
6) a.a.O.
7) a.a.O.
8) a.a.O.
9) a.a.O.
10) Udo Voigt in Deutsche Stimme, Ausgabe 6/97, Juni 97, Stuttgart, S.3
11) In regionalen Koordinierungsgesprächen, sogenannten Runden Tischen, wurde ab 1995 über Perspektiven einer Sammlung des Rechtsaußen-Spektrums diskutiert. Unterstützung finden die Sammlungsansätze bei einem Kreis führender Personen des neofaschistischen Spektrums, die parteiungebunden über den Fraktionsgräben stehen: Zu jeder erdenklichen Gelegenheit tingeln der ehemalige Rep-Vorsitzende Franz Schönhuber, der ehemalige Deutsche Liga-Chef Harald Neubauer, der Herausgeber der Publikation Europa Vorn, Manfred Rouhs, und Alfred Mechtersheimer vom Friedenskomitee 2000 auf Einigungs-Promotiontour zu Veranstaltungen der verschiedenen braunen Wahlparteien.
12) NPD-Flugblatt »*Erst der Euro, dann die Pleite*«, 1997
13) Udo Voigt in Deutsche Stimme, Ausgabe 6/97, Juni 97, Stuttgart, S.3
14) NPD-Bundesvorstand (Hrsg.): Parteiprogramm der NPD, Stuttgart, September 1997, S.6
15) Udo Voigt in seiner Rede während des NPD-Kongresses am 7. Februar '98 in Passau
16) NPD-Wahlprogramm 1998, S.2
17) NPD-Bundesvorstand (Hrsg.): Parteiprogramm der NPD, Stuttgart, September 1997, S.5
18) Deutsche Stimme, Ausgabe 6/97, Juni 97, Stuttgart, S.6-7
19) Aae ist Mitglied des NPD-Bundesvorstands und Leiter der NPD-Rechtsabteilung
20) Deutsche Stimme, Ausgabe 6/97, Juni 97, Stuttgart, S.6-7
21) a.a.O
22) Herbert Schweiger: »Evolution und Wissen - Neuordnung der Politik«, 1995, S.425



Passau: Die NSDAP vor Augen

Die Kulisse erinnerte an eine NSDAP-Veranstaltung Anfang der dreißiger Jahre im Münchner Löwenbräukeller: Bierdunst, schwerer Zigarettenqualm und ein Stimmengewirr deutschnationaler Parolen wabern durch den Saal, in dem sich die neofaschistischen Möchtegernführer von einem dankbaren und aufgepeitschten Publikum feiern lassen. Gut 4.500, vor allem junge Neonazis und Faschisten waren dem Ruf der NPD zum *»Tag des nationalen Widerstands«* in die Passauer Nibelungenhalle gefolgt. Zusammen mit den Führern aller verbotenen NS-Gruppen und -Parteien zelebrierten sie in großer Euphorie ihre neugewonnene Eintracht. Mit verklärten und bisweilen auch glasigen Blicken mochten viele der Anwesenden die Veranstaltung als offiziellen Startschuß zu einer neuen Sammlungsorganisation nach dem Vorbild der NSDAP gesehen haben.

Ebenso symbolträchtig wie hochkarätig war die dazu aufgefahrene Nazi-Prominenz: Neben dem verurteilten Rechtsterroristen Manfred Roeder traten mit dem Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger und dem österreichischen Vorstandsmitglied der Deutschen Kulturgemeinschaft (DKG), Herbert Schweiger, zwei der wichtigsten Hintergrundfiguren der NS-Strukturen als Referenten vor der braunen Einheitsfront auf. Daß deren Engagement in der Vergangenheit vor allem der 1992 verbotenen Nationalistischen Front gegolten hatte, beinhaltet für NPD-Chef Udo Voigt weniger belastende als positive Elemente. Er fragt nicht, *»was gestern einer war«*, sondern nur, was dieser zukünftig bereit sei, *»für unser Land zu tun«*.[1] Die Auftritte der ehemaligen NF-Ideologen und -Berater haben für ihn einen integrativen Symbolcharakter, ohne den die NPD *»den Saal nicht voll«*[2] bekäme und sie verfehlten ihre Wirkung nicht: Mit Christian Worch, Friedhelm Busse, Jürgen Mosler, Michael Swierczek, Wolfram Nahrath und anderen waren die Leitfiguren unter anderem der Nationalen Liste, der FAP, der Nationalen Offensive und der Wiking Jugend (allesamt verboten) zum NPD-Wahlkongreß erschienen. Auch Reinhold Oberlercher (Deutsches Kolleg), Leo Thenn (ehemals Rep-Funktionsträger, jetzt Vereinigte Rechte), Gert Sudholt (rechsextremer Verleger und ehemaliger Vorsitzender der Gesellschaft für freie Publizistik) und Manfred Rouhs (Europa Vorn) machten ihren Spektren und Richtungen mit der Teilnahme an den Diskussionsforen während der Veranstaltung deutlich, daß an der NPD kaum noch vorbeizukommen ist.

Ganz auf das Publikum zugeschnitten waren die Reden der Veranstaltung. Der ehemalige Berliner Rep-Vorsitzende Klaus Weinschenk – heute Mitglied im NPD-Bundesvorstand – kam nicht umhin, sich als *»sozialer Nationalist«* zu outen und in der NPD die *»einzig konsequent nationale«* Kraft zu sehen. Als Stimmungsmacher für das Publikum betätigte sich Udo Voigt, der für den ersten Mai in Leipzig einen Aufmarsch mit 20.000 TeilnehmerInnen ankündigte. Mit der Parole *»Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche«* gab er den Takt für den braunen Mob vor, der pflichtgemäß gröhlend *»Deutschland den Deutschen, Ausländer raus«* antwortete. Umrahmt wurden die Referenten des Kongresses von einem »kulturellen Programm«. Voigt und die NPD-Laienschauspiel-Gruppe boten ein »politisches Kabarett« dar, für die musikalische Begleitung sorgten die obligatorischen Jammerbarden Jörg Hähnel, JN-Bundesvorstandsmitglied, und Frank Rennicke.

Neben der für die eher schlichten Gemüter konzipierten Saalveranstaltung fanden mehrere richtungsweisende Diskussionsforen am Rande des Wahlkongresses statt. Sie sollten den *»neuen Schwung«* schaffen, um *»in den politischen Kampf der kommenden Jahre zu gehen«*.[3] Und so trafen sich dort überwiegend Kader, um Themen wie »Einheit der Rechten – Trugbild oder Zukunftsvision«, »Rechtskampf in der BRD« und

Sie hatte der Kongreß der NPD vor allem angezogen: Junge Neonazis und rechte Skinheads in Passau

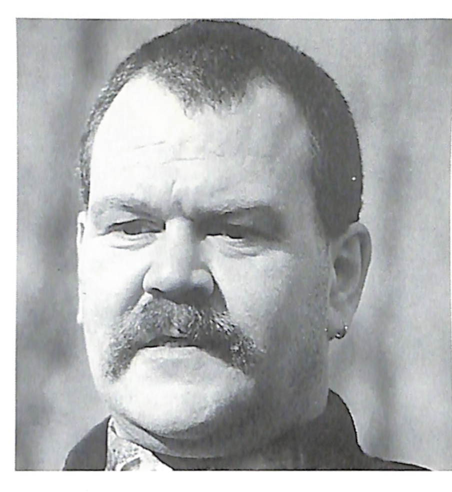


Foto: Theo Haelmann





Foto: Theo Haelmann



»Nationalistische Wirtschaftspolitik heute« zu diskutieren. Dabei waren weniger »neue« Inhalte, als vielmehr altbekannte faschistische Hausmannskost zu hören. Der Vortrag von Herbert Schweiger zur Wirtschaftspolitik beispielsweise läßt sich als Quasi-Lesung seines in Österreich verbotenen Buches »Evolution und Wissen – Neuordnung der Politik« zusammenfassen. Dort schreibt er, daß »*die Weltkriege I und II*« nur »*begrenzte Konfrontationen für teilherrschaftliche Ziele*« gewesen wären.[4] Einem dritten Weltkrieg mißt er die Entscheidung zu, »*welche Großrasse die endgültige Herrschaft über die Erde*« ausübe.[5] Neben diesen apokalyptischen Endsieg-Visionen liefert er Konzepte zur »*Abschaffung der Zinsknechtschaft*« sowie der Einführung einer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ordnung nach dem Vorbild des Nationalsozialismus. Schweiger propagiert letztendlich eine arische Volksgemeinschaft, deren Wirtschaftssystem auf rassistischen und biologistischen Grundvoraussetzungen basiert.

Die organisatorische Umsetzung derart gelagerter Ziele wurde im »Einheit der Rechten«-Forum behandelt. Voigt stellte dort die strategischen Überlegungen der NPD dar. So befürwortete er den Aufbau einer »*nationalen außerparlamentarischen Opposition*« zur Sammlung der Basis und Befriedigung der gegen die

Teile des Passauer Ordnerdienstes. Die Leitung übernahm Sascha Roßmüller (unten links)

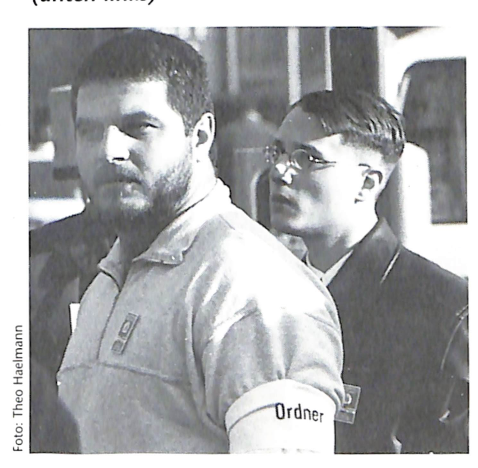


Foto: Theo Haelmann

Wahlstrategie eingestellten Nazis. Frank Schwerdt, ehemals Vorsitzender der Nationalen und jetzt Mitglied des NPD-Bundesvorstands, dozierte über die Zusammenarbeit mit den sogenannten »freien Kameradschaften«, welche ausgedehnt werden müsse, wenn die NPD als integrale Kraft wirken wolle.

Gezeigt hat der »Bundeswahlkongreß« der NPD vor allem, daß die Partei zum Sammlungs- und Auffangbecken nicht nur für die verbotenen Neonazi-Gruppierungen geworden ist. In den vergangenen Jahren war die Szene in einem Umstrukturierungsprozeß damit beschäftigt gewesen, ihre Anhängerschaft über die Verbote von Einzelorganisationen und Aktivitäten in Splittergruppen hinaus bei der Stange zu halten. Nun ist die neue Sammlungsorganisation gefunden. Die Neuformierung weiter Teile der extremen Rechten rechts von Reps und DVU ist mit ihrer Überführung in den Parteizusammenhang NPD bzw. Orientierung in dessen Richtung in eine neue Phase getreten. Als Signaleffekt für die Binnenstruktur gedacht, wurde dies am 7. Februar demonstriert.

Die NPD versteht es, den verschiedene Strömungen insbesondere der NS-Fraktion eine Plattform zu geben. Ob ihr das auch langfristig gelingt und ob sie in der Lage sein wird, über einen »Tag des Nationalen Widerstands« hinaus tragfähige Strukturen zu etablieren, muß sich allerdings noch herausstellen. Die Grundlagen jedenfalls sind gelegt und werfen zukünftige Schatten voraus. ■

1) Udo Voigt auf der Pressekonferenz während des NPD-Kongresses am 7. Februar '98 in Passau
2) a.a.O.
3) aus der Einladung zum NPD-Kongreß in Passau
4) Herbert Schweiger: »Evolution und Wissen – Neuordnung der Politik«, 1995, S. 447
5) a.a.O.

Mehrere tausend AntifaschistInnen verschiedenster Spektren und zahllose Passauer BürgerInnen beteiligten sich an diversen Aktivitäten gegen den NPD-Kongreß.



Foto: Theo Haelmann



Dresden: Wenn der stärkste





Wie in zahlreichen anderen Städten, so war auch in Dresden die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« des Hamburger Instituts für Sozialforschung willkommener Anlaß für Geschichtsleugner jeglicher Couleur, ihre Aktionen zu starten. Neben diversen Aktivitäten aus dem Bereich Braunzone (siehe Artikel im Ressort Braunzone) taten sich dabei vor allem die Neonazis und anderen Rechtsextremisten in und um die NPD hervor. Die Partei hat in Sachsen mit gut 1.000 Mitgliedern nicht nur den stärksten Landesverband. Zu allem Überfluß ist Dresden auch noch Sitz der Bundesgeschäftstelle der NPD-Jugendorganisation JN unter Leitung von OLIVER HÄNDEL.

Somit verwunderte es kaum, daß am 24. Januar etwa 1.200 Neofaschisten dem Ruf der NPD gefolgt waren, um durch Dresden zu marschieren. Der schon lange geplante Aufmarsch richtete sich nicht nur gegen die Wehrmachtsausstellung, sondern war gleichzeitig auch der offizielle Auftakt der NPD für das Wahljahr 1998. Eine antifaschistische Bündnisdemonstration gegen den Aufmarsch mit etwa gleich vielen TeilnehmerInnen war per Auflagen aus der Innenstadt verbannt worden. Nur vereinzelt gelang es Gruppen von Antifas, durch die Polizeiketten zu sickern und die Nazis zumindest mit Sprechchören zu ärgern und ihrem Ärger somit Luft zu verschaffen.

Angemeldet worden war der NPD-Aufmarsch vom Landesverband Sachsen in Person von JÜRGEN SCHÖN, dem stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden aus Leipzig. Die überwiegende Mehrheit der 1.200 Teilnehmer kam aus Sachsen und anderen ostdeutschen Bundesländern. Alleine aus dem Niederschlesischen Oberlausitzkreis reisten mehr als







oben links: ***Auch Thorsten Heise (2.v.l.) und Jens Hessler (1.v.r.), beide im Bereich neofaschistischer Subkultur aktiv, beteiligten sich an dem Aufmarsch***

oben rechts: ***Der Neonazi Ulli Diehl (JN Saarland) war am Dresdner Hauptbahnhof in eine Auseinandersetzung mit AntifaschistInnen verwickelt. Als die Bildzeitung ihn fälschlicherweise als unbeteiligten Bürger mit Foto präsentierte, sah sich JN-Kader Sascha Wagner bemüßigt, dies als Tat der »Lügenpresse« zu outen. Seinen Kameraden outete er mit Namen und Foto gleich mit***

Alle weiteren Bilder zeigen TeilnehmerInnen des Aufmarsches.

Landesverband mobilisiert...

100 Nazis an. Dort ist seit Sommer 1997 Frank Schwerdt verstärkt aktiv und außerdem lebt Gregor Janik, NPD-Bundesvorstandsmitglied und Rechtsanwalt, in Zittau. Weitere große Abordnungen waren aus Chemnitz, Zwickau und Riesa/Großenhain gekommen. 80 Nazis aus der Browntown Wurzen, die per Zug nach Dresden kommen wollten, schafften es nicht bis in die Elbstadt. Nachdem sie eine Gruppe Leipziger Antifas, die ebenfalls mit dem Zug zur Gegendemonstration unterwegs waren, angegriffen hatten, kam es auf einem Feld nahe Wurzen zur offenen Auseinandersetzung. Infolge dessen wurde unter anderem Sascha Wagner, Mitglied im JN-Bundesvorstand, verletzt, und die Nazis ergriffen die Flucht.

Neben zahlreichen Kadern der sächsischen NPD/JN-Führungsebene beteiligten sich an dem Aufmarsch unter anderem auch der JN-Jammerbarde Jörg Hähnel (Frankfurt/Oder) und NPD-Kader Steffen Hupka (Quedlinburg), der vermutlich die Busse aus Sachsen-Anhalt koordinierte. Der erst vor einem Vierteljahr aus dem Gefängnis entlassene ehemalige GdNF-Kader Christian Worch war ebenso anwesend wie der ehemalige Landesvorsitzende der niedersächsischen FAP Thorsten Heise und Jens Hessler.

Unterdessen geht der Parteiaufbau der NPD in Sachsen weiter: Nur einen Tag nach dem Aufmarsch, am 25. Januar, nahm der Kreisverband Sächsische Schweiz unter der Anwesenheit des Bundesvorsitzenden Udo Voigt acht neue Mitglieder auf. Eine der neuen NPD-MitstreiterInnen war Katrin Woltersdorf aus Bad Schandau, die das 1.000. Mitglied in den Reihen der Partei in Sachsen ist. Mittlerweile dürfte die NPD Sachsen ungefähr 1.100 »Kameraden« haben. ■











oben links: **Ronny Thomas von der eng an die NPD angebundenen »Kameradschaft Sachsenfront« hatte bereits wiederholt Funktionen bei NPD-Aktionen inne. Am 24. Januar betätigte er sich als Chefordner**

oben rechts: **Auch der frisch entlassene Christian Worch (rechts) war mit einigen Kameraden angereist**

Zweites Bild von unten: **Die NPD-Führungsriege als Vorhut des Aufmarsches – Jürgen Schön (1.v.l.), Udo Voigt (3.v.l.) und Winfried Petzold (1.v.r.)**

Alle weiteren Bilder zeigen TeilnehmerInnen des Aufmarsches.

Wie kriminell ist die NPD?

Immer wieder versucht die NPD/JN, ihr Image als legale Wahlpartei aufzupolieren. NPD-Führungskader wie Udo Voigt leugnen jegliche Verwicklungen von NPD/JN-Mitgliedern in gewalttätige Neonaziaktivitäten. Andererseits unternimmt die NPD momentan aber alles, um das Klientel der militanten Neonaziszene und gewalttätige Skinheads in die NPD-Strukturen einzubinden. Da ist es kaum verwunderlich, daß die Lippenbekenntnisse der NPDler zu Gewaltfreiheit und ihr ständiges Gejammer, »Opfer« antifaschistischer und/oder staatlicher Gewalt zu sein, nichts als hohle Phrasen sind.

Schon 1968 hatte die NPD eine als Ordnerdienst (OD) bezeichnete parteiinterne Schlägertruppe aufgebaut. Das erste Mal sorgte der OD bundesweit für Schlagzeilen, als einige seiner Mitglieder im Juli 1969 in Frankfurt anläßlich einer NPD-Wahlkampfveranstaltung mit Schlagstöcken und Elektrostäben auf antifaschistische DemonstrantInnen einprügelten. Einen Monat später verletzte der damalige OD-Bundesbeauftragte Klaus Kolley nach einer Demonstration in Kassel zwei jugendliche AntifaschistInnen durch Schüsse.[1]

Um einem drohenden Verbot zuvorzukommen, löste die NPD den OD formal auf. Dieselben Kader bauten dann den Organisationsdienst auf, dessen Mitglieder in sogenannten Aktiv-Gruppen weiterhin ihrer Lieblingsbeschäftigung – Wehrsport, Angriffe auf AntifaschistInnen und Presse, Waffenschmuggel – nachgingen und die Schnittstellen zu den diversen neonazistischen Terrorgruppen der siebziger und achtziger Jahre bildeten. Erinnert sei hier nur an den NPD-Ortsbereichsleiter in München-Fürstenried, Otto Herzinger, der zusammen mit dem damaligen NPD-Ordner Günter Duhse 1970 wegen Waffenschmuggels festgenommen wurde. Oder an das NPD-Mitglied Bernd Hengst aus Bad Godesberg, in dessen Auto 1971 eine Maschinenpistole gefunden wurde und der Mitglied einer rund 20köpfigen Wehrsportgruppe war, die sich hauptsächlich aus den Mitgliedern des NPD-Kreisverbandes Rhein-Sieg und dem dortigen NPD-Ordnerdienst rekrutierte.[2]

Darüber hinaus gab es in den siebziger und achtziger Jahren immer enge personelle und politische Verflechtungen zwischen der NPD und militanten Nazischlägern und Terrorgruppen, wie beispielsweise der Hansa-Bande um Michael Kühnen und Christian Worch in Hamburg, der Wehrsportgruppe Hoffmann in Hessen und der NS-Kampfgruppe Mainz. Bundesweit traten eine Reihe von NPD-Mitglieder und Sympathisanten in Erscheinung, die später als Kader militanter Neonaziorganisationen für die Terroranschläge der achtziger Jahre, die Pogromwelle Anfang der Neunziger und die Briefbombenserie in Österreich verantwortlich waren.

Dazu gehören unter anderem: Der Berliner GdNF-Kader Winfried Arnulf Priem, der 1974 als Landtagskandidat der NPD in Baden-Württemberg kandidierte.[3] Im engsten Umfeld der NPD bewegte sich auch Eckehard Weil, der schon 1971 in der militanten Westberliner Nationalen Deutschen Befreiungsbewegung (NDBB) aktiv war und später die Briefbombenserie in Österreich entscheidend mitvorbereitete.[4] Und Eberhard Hefendehl, einer der Drahtzieher und Drucker der Anti-Antifa-Broschüre »Einblick«, der schon 1978 zusammen mit dem stellvertretenden Koblenzer NPD-Kreisvorsitzenden und Gauführer der Wiking Jugend, Klaus Dieter Hoffmann aus Munster, und zwei weiteren Neonazis in Koblenz wegen eines Angriffs auf ein WDR-Kamerateam vor Gericht stand.[5] Auch der als zentrale Figur im internationalen Netz der Holocaustleugner agierende Udo Walendy aus Vlotho begann seine Neonazikarriere bei der NPD. Er kandidierte 1965 bei den Bundestagswahlen für die NPD und war Mitglied im NPD-Bundesvorstand.[6] Heute, in den Zeiten des Aufschwungs, ist er den Schoß der Partei zurückgekehrt und kandidiert für die NPD bei der Bundestagswahl.

Nicht vergessen werden sollte auch die direkte Beteiligung von NPD-Kadern an der Welle von Brandanschlägen gegen Flüchtlingswohnheime Anfang der neunziger Jahre. Bekanntestes Beispiel: Der stellvertretende NPD-Vorsitzende von Schleswig-Holstein, der heute 70jährige Heinrich Förster, wurde im April 1995 als Drahtzieher eines Anschlags auf ein Flüchtlingswohnheim in Bahlen bei Boitzenburg (Mecklenburg-Vorpommern) wegen versuchten Mordes zu vier Jahren Haft verurteilt. Förster hatte eine Gruppe von 30 rechten Jugendlichen und Naziskins zu dem Angriff auf die Flüchtlinge angestiftet. Als weiterer Hauptverantwortlicher für den Angriff wurde der NPD-Vorsitzende des Kreises Hagenow, der heute 31jährige Rüdiger Klasen, zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Klasen war von Förster als Verantwortlicher für den NPD-Aufbau in Mecklenburg-Vorpommern bestimmt worden und soll von Förster Geld für den Angriff erhalten haben. Förster wohnte in Mölln und hatte enge Kontakte zu Michael Peters, einem der Attentäter von Mölln. Beide waren nach Angaben der Schweringer Staatsanwaltschaft im NPD-Kreisvorstand Lauenburg tätig.[7]

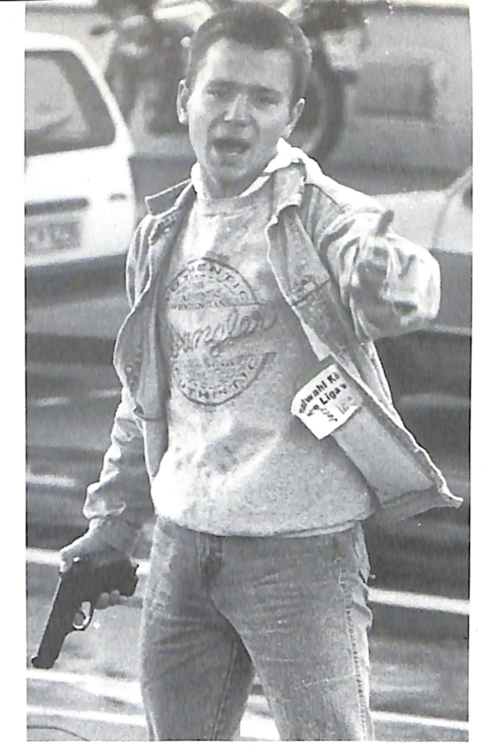
Für Schlagzeilen über fast zwei Jahrzehnte sorgte auch ein weiteres NPD/JN-Mitglied – der Diplom-Chemiker Peter Naumann. Er nutzte die NPD seit Anfang der 70er Jahre als Plattform, um seinen terroristischen Aktivitäten einen legalen Rahmen zu verschaffen. Naumann trat 1970 der JN bei, wurde 1972 JN-Vorsitzender in Wiesbaden und 1976 stellvertretender JN-Bundesvorsitzender. Naumanns »Spezialität« waren Sprengstoffanschläge, wie beispielsweise 1978 auf antifaschistische Denkmäler bei Rom und auf zwei Fernsehsendemasten. 1981 wurde in einem Waffendepot in der Lüneburger Heide mit 150kg Sprengstoff, Panzerfäusten und Munition ein Fingerabdruck Naumanns gefunden. Nachdem Naumanns Plan zur Befreiung von Rudolf Heß aus dem Spandauer Kriegsverbrechergefängnis 1982 scheiterte, gründete er mit dem Völkischen Bund eine Vorfeldorganisation für den militanten Untergrund und wurde 1985 stellvertretender NPD-Vorsitzender in Wiesbaden. Bei einem Prozeß wurde Naumann 1988 u.a. wegen drei Sprengstoffanschlägen zu vier Jahren Haft verurteilt. Kaum aus der Haft entlassen, baute er erneut Bomben. Bei einer Hausdurchsuchung 1995 wurden in seiner Wohnung zwei Rohrbomben gefunden. Im August 1996 trat Naumann dann die Flucht nach vorne an und übergab 13 Waffendepots an die Polizei. Gleichzeitig verbreitete er eine *»Erklärung zur kämpferischen Gewaltfreiheit«* und warf den staatlichen Geheimdiensten vor, die rechte Szene *»zu einem Kampf provozieren«* zu wollen, *»der von Anfang an darauf angelegt ist, daß wir ihn verlieren.«*[8]

Und heute? Ein Blick auf den Passauer NPD-Bundeswahlkongreß macht deutlich, daß die NPD nach wie vor engste Beziehungen zu den Aktivisten und Vordenkern des Naziterrorismus pflegt: Denn der us-amerikanische Neonazi und Chef der National Alliance, William Pierce sollte eigentlich in Passau als Redner auftreten, wurde dann allerdings vom Staatsschutz daran gehindert. Seine Biografie und seine Veröffentlichungen stehen vor allem für eines: Die offensive Propagierung rassistischen und faschistischen Terrors. Pierce ist Autor der sogenannten »Turner Tagebücher«, die er

1978 unter dem Pseudonym Andrew Macdonald in den USA veröffentlichte. Seitdem wurde das Buch, in dem im Science-Fiction-Stil der »Rassenkrieg« einer fiktiven Naziterrorgruppe namens The Order geschildert wird, weltweit rund 200.000 Mal verkauft. Die »Turner Tagebücher« lesen sich nicht nur wie eine Anleitung zum neonazistischen Guerillakrieg: Die darin enthaltenen Bastelanleitungen zum Bombenbau, das Ausspähen und Töten potentieller »Gegner« werden auch nicht nur von us-amerikanischen Nazis buchstabengetreu in die Tat umgesetzt. So wurde beispielsweise der Sprengsatz, der 1995 in Oklahoma City 168 Menschen tötete, aus den gleichen Bestandteilen zusammengebastelt wie die fiktive Bombe, mit der The Order in den Turner Tagebüchern gegen Bürogebäude der US-Bundesregierung vorgeht. Dort heißt es: *»Mein Tagewerk begann gestern kurz vor 5 Uhr morgens, als ich Ed Sanders in der Garage von Einheit 8 half, Heizöl mit dem Ammoniumnitrat-Dünger zu mischen.(...) Da wir nur zweieinhalb Tonnen Sprengstoff hatten, brauchten wir keinen großen Lkw. Deswegen beschlossen wir, den kleinen Lieferwagen einer Schreibwarenfirma zu klauen. Als der Fahrer – ein Neger – die Hintertür öffnete und hineinkletterte, sprang Henry ihm hinterher und beseitigte ihn schnell und lautlos mit seinem Messer. (...) Wenn wir das System nicht zerstören, wenn wir diesen Krebs nicht aus unserem Fleisch herausschneiden, dann wird unsere ganze Rasse sterben.«*[9]

Der 65jährige Pierce lebt heute auf einem abgelegenen, militärisch gesicherten Camp in West Virginia. Er betätigt sich als Waffenhändler und zieht im Hintergrund die Fäden für die National Alliance, die Kaderschmiede für die gesamte us-amerikanischen Neonaziterrorszene. Darüber hinaus betreibt Pierce einen weltweiten Propagandaversand. Er gilt neben Louis Beam als einer der Vordenker des Konzepts des »führerlosen Widerstands«, das seit Anfang der neunziger Jahre auch in Deutschland Anhänger gefunden hat.

Ein weiteres aktuelles Beispiel für die direkte Beteiligung von NPD-Mitgliedern und Kadern an gewalttätigen Aktionen kommt aus Sachsen. Nach einer NPD-Veranstaltung am 31. Januar 1998 in Weißwasser hatten acht Naziskins unter »Sieg Heil«-Rufen die Wohnung von zwei linken Jugendlichen überfallen. Sie schlugen die beiden brutal zusammen und zerstörten die Wohnungseinrichtung. Bei der Durchsuchung der Wohnungen der acht Angreifer aus dem ostsächsischen Rothenburg, die zwischen 17 und 34 Jahre alt sind, fand die Polizei unter anderem Baseballschläger,



Oliver Händel, JN-Bundesgeschäftsstellenleiter in Dresden, war vor wenigen Jahren noch bei der DLVH aktiv. Für sie machte er in Köln Wahlkampf auf seine Art

Totschläger, ein Würgeholz und Luftdruckpistolen sowie NPD-Mitgliedsausweise.[10]

Auch bei Anti-Antifa-Aktivitäten sind eng an die NPD/JN-Strukturen angebundene Neonazikader in der jüngsten Zeit wieder aufgefallen. Mitte März überfiel André Werner aus Frankfurt/Oder, die rechte Hand des JN-Barden und -Kaders Jörg Hähnel, gemeinsam mit einem anderen stadtbekannten Naziskin einen polnischen Studenten, der schon im Oktober letzten Jahres aufgrund seines antifaschistischen Engagements Opfer eines faschistischen Angriffs war. Werner hielt dem polnischen Studenten eine Gaspistole an den Kopf, während sein Mitangreifer Fotos machte. Die beiden verabschiedeten sich mit dem Satz *»Grüße von der Anti-Antifa«*. Der polnische Student erstattete Anzeige und wenige Tage später wurde Werner, den die Staatsanwaltschaft als *»den jungen Röhm der Bewegung«* bezeichnete, in einem Schnellverfahren zu einem Jahr Haft ohne Bewährung verurteilt. Als sein Verteidiger trat der bekannte Berliner Nazianwalt Aribert Streubel auf. [11]

Sicherlich lassen sich noch weitere Beispiele von NPD/JNlern finden, die direkt an Angriffen auf MigrantInnen, Flüchtlinge, AntifaschistInnen und Punks beteiligt waren, wie z.B. der damalige NPD-Vorsitzende aus Gelnhausen, der im Mai 1994 wegen eines Angriffs auf einen Punk zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde oder Peter Strumpler von der JN aus Dillingen.

Aber nicht nur Einzelpersonen aus der NPD/JN stehen für gewalttätige Aktionen. Der Berliner Nazikader Frank Schwerdt, Mitglied im NPD-Bundesvorstand und ehemaliger Vorsitzender der aufgelösten Nationalen e.V., baut mitsamt seinen engsten Getreuen, wie beispielsweise Christian Wendt und Mike Penkert (ex-Kameradschaft Beusselkiez) aus Berlin und Udo Hempel (ex-Junges Nationales Spektrum) aus Weißwasser, innerhalb der NPD eine eigene Struktur auf: Die Aktionsgemeinschaft Nationaler Sozialisten in und außerhalb der NPD (AGNS). [12] Die AGNS versteht sich selbst als *»die geistige und revolutionäre Speerspitze der nationalen Opposition«*. [13] Für den Fall weiterer staatlicher Verbote von Naziorganisationen ruft die AGNS gezielt zum *»totalen Widerstand«* gegen *»das System«*. In einem sogenannten BBZ.Gespräch macht Andreas Schulz, ehemaliger Vorsitzender der Hochschulgruppe der aufgelösten Nationalen die eigentlichen Ziele der AGNS deutlich: *»Eine Revolution, also ein politischer Umsturz bedarf ja keiner Partei wie der NPD, sondern konkreter revolutionärer Umstände.(...) Die AGNS hat sich für den legalen Weg entschieden, nicht weil sie den Parlamentarismus als Allheilmittel ansieht, sondern weil es für militante Aktionen im Volk kein Verständnis und keine Basis gibt.«*[14] Mit der AGNS sollen sowohl die Strukturen der Nationalen als auch unabhängige Kameradschaften aus den ostdeutschen Bundesländern an die NPD angebunden werden, um deren Wahlparteienstatus optimal auszunutzen.

Spätestens nach den Auftritten des verurteilten Neonaziterroristen Manfred Roeder beim NPD-Parteitag in Stavenhagen und in Passau kann niemand mehr sagen, er wüßte nicht, wofür die NPD/JN steht: Terror gegen alle, die nicht in das faschistische Weltbild passen. ■

1) »Wie kriminell ist die NPD? Analyse, Dokumente, Namen«, buntbuch, Hamburg 1980, S. 37 f.
2) ebenda, S. 38
3) ebenda, S. 41
4) ebenda, S. 39, S. 43, S. 63
5) ebenda, S. 88
6) ebenda, S. 131
7) Der Tagesspiegel, 30.1.1993; Neues Deutschland, 25.5.1995
8) siehe Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 501 f.
9) detaillierte Informationen über Pierce und die Turner Diaries in: AIB Nr. 30, Juni/Juli 1995
10) AFP, DPA-Meldungen vom 19.2.1998
11) u.a. Der Tagesspiegel und Berliner Zeitung, vom 18.2.1998
12) Internet-Ausgabe der Berlin-Brandenburger Zeitung (BBZ) vom 19.2.1998
13) ebenda
14) Internet-Ausgabe der BBZ

Mobilmachung für den 1. Mai



Zur gesellschaftlichen Situation, Nazistrukturen und NPD/JN in Sachsen

Die Generalprobe in Passau ist den Nazis gelungen. Knapp 5.000 Faschisten übten fleißig im Sitzen, was sie am 1. Mai auch wieder auf der Straße demonstrieren wollen – einen Naziaufmarsch. Nicht irgendeinen, wie wir sie in der letzten Zeit schon zu oft erleben mußten, sondern vermutlich einen der größten seit Bestehen der Bundesrepublik. Angeblich 10.000 und mehr Teilnehmer werden von der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und ihrer Jugendorganisation, den Jungen Nationaldemokraten (JN), in Leipzig erwartet. Nachdem am 1. März vorigen Jahres 5.000 von der NPD/JN mobilisierte Nazis in München gegen die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« des Hamburger Instituts für Sozialforschung demonstrieren konnten, mußten sie am 1. Mai letzten Jahres in Leipzig einen herben Rückschlag einstecken. Der großmäulig angekündigte Aufmarsch von 10.000 Nazis, die sich »*Stück für Stück die Straße zurück erkämpfen*« wollten (Holger Apfel, JN-Bundesvorsitzender), fiel ins Wasser. Mittlerweile ist die Niederlage vom Vorjahr längst vergessen und spätestens mit der erneuten Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung, diesmal in Dresden, hat die NPD ihre Führungsrolle manifestiert. Der nun für den 1. Mai geplante Aufmarsch der NPD/JN unter dem Motto »Arbeitsplätze zuerst für Deutsche« soll all dies in den Schatten stellen. Der Aufzug ist seit fast einem Jahr angemeldet und die Mobilisierung läuft schon seit Monaten: Hauptsächlich über das Internet, inzwischen aber auch per Flugblatt, Plakat und Aufkleber wird geworben, und nicht zuletzt in Passau wurde ein Großteil der Nazis auf diesen Tag eingeschworen.

Seit geraumer Zeit vollzieht sich in vielen Landkreisen und Städten Sachsens eine ähnliche Entwicklung, wie man sie schon im Muldentalkreis (Wurzen) beobachten konnte. Dort schafften sich Nazis in ihrem Sinne Freiräume, von denen aus sie, bis auf wenige Ausnahmen, ungestört agieren können.

Gerade in den ostdeutschen Bundesländern handeln die Neonazis innerhalb eines gesellschaftlichen Zustandes, in dem sie sich der Unterstützung durch Teile der Bevölkerung gewiß sein können. Ihre Dominanz zumindest unter Jugendlichen schafft ein Klima, in dem sie sich selber als elitäre Vorreiter des rassistischen Teils der Bevölkerung begreifen können. Die rechte Jugendszene besteht und agiert dabei erstmal unabhängig von Parteien und Organisationen. Das rechte Klientel muß nicht zwangsläufig organisiert sein, der Zusammenhalt funktioniert ebenso über die verbindende Subkultur, über Nazikonzerte und Partys. In den Neubaugebieten der Städte findet sich ausnahmslos ein Geflecht von verschiedenen, cliquenartig strukturierten Nazigruppen, deren Dominanz es anderen Jugendlichen erschwert, sich der rechten Hegemonie zu entziehen.

Doch auch aus anderen Teilen der Bevölkerung werden sie nicht nur toleriert, sondern auch beschützt, ja sogar belohnt. Hier sei auf die »akzeptierende Jugendarbeit« mit rechten Jugendlichen hingewiesen, die den Tätern vor und nach ihren Angriffen einen sicheren Zufluchtsort in Form von Jugendclubs bietet und sie als eigentliche Opfer darstellt. Dies als pures Unwissen über die Gefährlichkeit der Nazis gelten zu lassen, wäre fatal. Denn ein entscheidender Teil der Bevölkerung findet im Auftreten der Nazis auch seine eigenen Vorstellungen von gesellschaftlicher Ordnung wieder: Ein Deutschland, das sauber, fleißig und ordentlich ist. Alle, die dieses Selbstbild anzugreifen scheinen, haben hier nichts zu suchen. In Kurzform heißt das: Ein rechter Konsens in einem nicht kleinen Teil der Bevölkerung; Akzeptanz der Naziaktivitäten; nicht-akzeptierte Menschen werden angegriffen und vertrieben; regelmäßig stattfindende Partys und Konzerte mit bis zu 1.000 Teilnehmern sowie Naziaufmärsche. Alleine 1997 hat sich die Anzahl der Faschokonzerte mit etwa hundert erfassten im Vergleich zum Vorjahr nahezu vervierfacht. Nur in wenigen Kleinstädten oder Stadtteilen können Antifas und AntirassistInnen Widerstand leisten und aktiv agieren, wobei sie mehr und mehr mit der Repression des Staates konfrontiert werden. Dies läßt die Situation immer häufiger eskalieren.

NPD/JN in Sachsen und Leipzig

Die NPD/JN gilt schon seit längerem als Auffangbecken für Neonazis. Eine große Rolle spielt die Integration von militanten Kameradschaften und Organisationen sowie von unorganisierten Neonazis. Mehrere »autonome Kameradschaften« fanden so den Weg in parteiinterne Strukturen, ohne ihre Eigenständigkeit aufzugeben. In Sachsen traten zum Beispiel die Mitglieder der Nationalen nach ihrer Selbstauflösung komplett der NPD bei.

Ihren momentanen Erfolg in Sachsen verdankt die NPD/JN vor allem dem Umstand, daß es bisher nur ihr gelungen ist, innerhalb der rechten Jugendszene größeren Einfluß zu erlangen. Sie kann zu verschiedenen Aktionen viele der unorganisierten Nazis mobilisieren, die sich im Gegensatz zu den Naziaufmärschen Anfang der neunziger Jahre der Parteilinie unterordnen. Wie sich in Dresden gezeigt hat, ist es der NPD ein leichtes, Alkohol- und Rauchverbot zumindest während ihren Aufmärschen durchzusetzen. Das spricht dafür, daß es den Nazis nicht nur um den Spaß, um das Erleben der eigenen Stärke geht, sondern die Autorität der NPD weitgehend akzeptiert und ihre politische Stoßrichtung mitgetragen wird. Vor diesem Hintergrund verwundern auch die vielen Neuzugänge der Partei in Sachsen nicht, von denen fast 70 Prozent unter dreißig Jahre alt sind.

Die NPD verfügt in Sachsen mit nach eigenen Angaben 19 Kreisverbänden über eine nahezu flächendeckende Struktur. Der Landesverband ist mit über 1.000 Mitgliedern nicht nur der größte der NPD-Landesverbände, er hat auch mehr Mitglieder als die Grünen in Sachsen. Leipzig stellt mit 200 Mitgliedern den größten Kreisverband. Seit Oktober 1997 befindet sich in Dresden seit dem Zuzug von Oliver Händel (JN-Bundesvorstand) und Katharina Handschuh

(ehemalige Bundesmädelbeauftragte der JN) die Bundesgeschäftsstelle der JN. Es dürfte kein Zufall sein, daß Händel – einer der Organisatoren des Münchener Aufmarsches – nach Sachsen gezogen ist. Bis zu den Kommunalwahlen in Sachsen 1999 will die NPD versuchen, in allen Kreisen Verbände zu gründen. Die Aussichten auf einen Erfolg bei der kommenden Wahl dürften in einzelnen Kreisen sehr gut sein.

Auch bei bundesweiten und internationalen Parteiaktionen spielen die »Kameraden« aus Sachsen eine wichtige Rolle. So fuhren nach München und Passau jeweils mehrere Reisebusse aus Leipzig, Dresden, Wurzen, Weißwasser und Plauen ab. In Passau war der LV Sachsen mit etwa 600 Teilnehmern der stärkste, und die Leipziger Kameraden durften den Saalschutz mitübernehmen. Zu den Franco-Gedenktagen fuhr der NPD-Bus mit 60 Nazis ebenfalls in Sachsen ab.

Schon seit der »Wende« 1989 legen die Nazis besonders große Bemühungen auf den Freistaat Sachsen und die sogenannte «Heldenstadt der friedlichen Revolution« Leipzig. 1990 gründete sich hier der ostdeutsche Ableger der NPD,



oben: ***Matthias Paul, NPD-Vorsitzender Dresden/Meißen***
unten: ***Winfried Petzold, NPD-Landesvoristzender Sachsen***



die Mitteldeutschen Nationaldemokraten (MND). Einer der Mitbegründer der MND war der jetzige stellvertretende Bundesvorsitzende der NPD und Geschäftsführer des Landesverbandes Sachsen, Jürgen Rainer Schön. Noch im gleichen Jahr trat die Partei geschlossen der NPD bei. In den Folgejahren steckten nahezu alle rechten Parteien in Leipzig in einer Krise und dümpelten vor sich hin.

Mit der inhaltlichen und personellen Umstrukturierung der NPD/JN erlebt die Partei in nahezu allen Regionen Sachsens einen Aufschwung. Einen nicht unwesentlichen Einfluß auf diese Entwicklung hatte der sogenannte Leipziger Kreis, der seit etwa 1995 regelmäßige Treffen durchführte und ein Zusammenschluß von Neonazis verbotener und legaler Organisationen ist. Durch ihn schaffte es die NPD in Leipzig, das verbliebene rechte Spektrum an sich zu binden. Enge Kontakte und eine gute Zusammenarbeit bestanden und bestehen außerdem zur Nazi-Szene im Leipziger Umland, hauptsächlich nach Wurzen. Wie wichtig diese regelmäßigen Treffen für die NPD waren, zeigt der Umstand, daß einige Aktive des Leipziger Kreises in der NPD wichtige Funktionen übernahmen. So zum Beispiel das ehemalige Mitglied der in Leipzig relativ unbedeutenden Reps, Winfried Petzold, der jetzt Landesvorsitzender der sächsischen NPD ist. Andere Schwerpunkte des Leipziger Kreises waren die Zeitung Sachsen-Stimme und regelmäßige Veranstaltungen mit Gastrednern unter dem Motto »*Ein Herz für Deutschland*«. Die »Sachsen-Stimme« ist die wichtigste Mitteilungspostille der sächsischen NPD; Ursula Mann (Aufbruch 94) zeichnet für sie verantwortlich. Viele Artikel sind aus anderen Zeitschriften abgeschrieben, aber zu finden sind auch Beiträge von Udo Voigt (Vorsitzender der NPD), Jürgen Schön und dem früheren Leipziger DVU-Kader Wolfgang Schüler, der später Schatzmeister der NPD-Sachsen wurde. Die vergangenen Jahre waren aber auch in Sachsen von Querelen innerhalb der Partei gekennzeichnet, die sich besonders auf den Kreisverband Leipzig auswirkten. Dieser Streit wurde von zwei Flügeln innerhalb der NPD geführt, die jeweils Günther Deckert oder Udo Voigt favorisierten.

Wie gut die regionale Organisierung dennoch vorangeschritten ist, zeigte sich am 1.Mai '97, als es etwa 200 NPDlern aus Leipzig und umliegenden Städten trotz Demonstrationsverbotes in Leipzig gelang, im Nachbarort Grimma ungestört aufzumarschieren. Verantwortlich für diese Aktion waren wieder einmal Jürgen Schön und Markus Müller (Vorsitzender KV Muldental). Wenige Tage später meldete die NPD eine Kundgebung für den 1. Mai 1998 an.

Die sächsischen NPD-Kreisverbände

Muldental (Markus Müller)
Delitzsch (Steffen Werner)
Leipzig (Jürgen Hößler)
Döbeln (Anja Ulbricht)
Chemnitz (Robert Rohlauf)
Zwickau/Chemnitzer Land (Siegfried Kalla)
Torgau/Oschatz (Karsten Hesse)
Zittau (Holger Zimmermann)
Niederschlesischer Oberlausitzkreis
Plauen/Vogtland (Heintje Peters)
Dresden/Meißen (Matthias Paul)
Görlitz (Jürgen-Uwe Krumpholz)
Sächsische Schweiz (Michael Wiegand)
Mittweida (Peter Söffner)
Riesa/Großenhain
Stollberg
geplant: Freiberg

Der 1. Mai 1998

Mit einem Verbot der Nazidemonstration am Völkerschlachtdenkmal ist nicht zu rechnen, da sie als Wahlkampfveranstaltung gilt. Den Verbotsgrund vom vergangenen Jahr – der angebliche Polizeinotstand – umgeht die Partei durch die frühzeitige Anmeldung der Demonstration. Die Zahl von bis zu 10.000 zu erwartenden Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet wird von Leipziger Antifas als realistisch eingeschätzt. Der Aufmarsch ist für die NPD/JN extrem wichtig, da sie auf Erfolge angewiesen ist und mit der Kundgebung weitere Mitglieder an sich binden und ihre Position als Führungspartei innerhalb der rechtsextremen Szene ausbauen will. Das Motto der Kundgebung »*Arbeit zuerst für Deutsche*« spricht nicht nur Neonazis an. Angesichts der gesellschaftlichen Situation, gerade im Osten, ist es kaum noch möglich, das Thema der sozialen Frage mit Erfolg von links zu besetzen. Um so wichtiger ist es, daß Antifas an dem Tag mit aller Kraft versuchen, diesen Aufmarsch von Neonazis, der zu dem Größten der vergangenen Jahre werden könnte, zu verhindern. ■

Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

Naziwahlkampf in Lübeck

Mit 3,6% der gültigen Stimmen erreichte das im wesentlichen von der NPD und der Hamburger Nationalen Liste getragene Bündnis Rechts für Lübeck bei der schleswig-holsteinischen Kommunalwahl am 22.02.98 mehr als ein Achtungsergebnis. Vorausgegangen war ein Wahlkampf, der von einer massiven Stimmungsmache gegen AntifaschistInnen geprägt war. An dieser Hetze beteiligten sich neben dem BGL auch die Lübecker Tageszeitung »Lübecker Nachrichten« sowie die örtliche CDU. Zweimal versuchten die Nazis, Wahlkampfaufmärsche durchzuführen. Am 31.01. scheiterte der erste Versuch am breiten antifaschistischen Widerstand. Dank der massiven Unterstützung durch weit über 1.000 Polizisten konnte das BRL allerdings am 14.03.98 – geschützt von Wasserwerfern und Räumpanzern – durch den Stadtteil St.Lorenz-Nord marschieren. Über 400 festgenommene AntifaschistInnen und ein kompletter Ausnahmezustand in einigen Stadtteilen Lübecks waren der Landesregierung kein zu hoher Preis, um den Naziaufmarsch, an dem sich große Teile der Führungsebene der GdNF sowie der verbotenen FAP beteiligten, durchzuprügeln. Wenn den Nazis schließlich doch noch 1,4 % zum Einzug in das Lübecker Stadtparlament fehlten, ist dies sicherlich zu einem nicht unerheblichen Teil den Aktivitäten der Lübecker AntifaschistInnen zu verdanken.



Das BRL ist ein Produkt der seit über zwei Jahren funktionierenden Annäherung verschiedener Nazigruppierungen in Schleswig-Holstein und Hamburg unter dem Namen Bündnis Rechts. Der Annäherungsprozeß lockte anfangs insbesondere unzufriedene Mitglieder der Republikaner, der DVU sowie der DLVH. Für diese Entwicklung stehen Kader wie Ingo Stawitz, der nach seiner Wahl in den Kieler Landtag als DVU-Abgeordneter zunächst zur DLVH überwechselte, um später der NPD beizutreten. Oder der Lübecker Ulrich Schwetasch, in den Achtzigern Mitglied des Hamburger NPD-Ordnerdienstes, zwischenzeitlich bei der DVU aktiv und inzwischen offensichtlich Gründungsmitglied des schleswig-holsteinischen Ablegers des Freiheitlichen Volksblocks (FVB). Neben diesen Kadern, die inzwischen die Reste der schleswig-holsteinischen NPD um sich scharen, bildet die verbotene Hamburger Nationale Liste und ihr direktes Umfeld das Rückgrat sowohl des Bündnis Rechts als auch des BRL. Während in den vergangenen zwei Jahren die »etablierten« Politiker aus dem NPD-Umfeld vor allem für die »politischen« Beiträge – also Veranstaltungen, Redebeiträge etc. – zuständig waren, stellten die NL und die ihr bundesweit verbundenen Organisationen die Teilnehmer und die Infrastruktur für Aktionen.

Soweit dies von Außen beurteilt werden kann, begann die Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppierungen, die später zum Bündnis Rechts führte, innerhalb der Fraktion der DLVH im Kieler Landtag. Diese stellte nämlich Philip Steinbeck, einen ehemaligen Funktionär der Nationalen Sammlung – eine der vielen Vorfeldorganisationen der GdNF – , als Referenten an. In der Fraktion war Ingo Stawitz die treibende Kaft. Stawitz suchte Kontakt zu militanten Nazis. Er traf sich beispielsweise offiziell mit den FAP-Kadern Goertz und Steinbeck. Steinbeck verfügt über die notwendigen Kontakte in das GdNF-Spektrum, die für die weitere Kontaktaufnahme notwendig waren. Die ersten Veranstaltungen des Bündnis Rechts im Jahr 1996 wurden weitgehend von dem Spektrum um Stawitz und den Überresten der NPD-Schleswig-Holstein getragen. Militante Nazis nahmen daran zwar teil, waren aber noch nicht direkte Mitveranstalter.

Die weitergehende Zusammenarbeit als Bündnis Rechts bzw. als BRL lag für beide Seiten aus unterschiedlichen Gründen nahe. Stawitz, die Rest-NPD und ihr Umfeld brauchten ein Bündnis, um in ihrem Sinne – also auch parlamentarisch – antreten zu können. Denn nur mit einem breiten Bündnis, das die militanten Nationalsozialisten einschließt, können diese Kräfte überhaupt Wahlkämpfe und Veranstaltungen durchführen. Denn die NPD ist in Schleswig-Holstein inzwischen so schwach, daß sie beispielsweise in ihrer ehemaligen Hochburg Lauenburg nicht einmal die notwendigen Unterschriften für die Teilnahme an der Kommunalwahl zusammenbrachte. Und die DLVH hatte nie eine tragfähige Basis. Die Republikaner sowie die DVU stellen für diese offen nazistisch auftretenden Kräfte keine Alternative dar. Stawitz Eintritt in die NPD war daher vor allem ein strategisch-taktischer Schritt.

Für die Struktur um die Hamburger NL stellte sich die Situation anders dar. Ihre Funktionäre bilden eine klandestine Leitungsebene, die aus dem Hintergrund und ohne Rücksicht auf die jeweilige Organisationsmitgliedschaft ihre Politik entwickelt. International sind sie in der NSDAP/AO, bundesweit wohl immer noch im Rahmen der ehemaligen GdNF-Strukturen organisiert. Um öffentlich auftreten zu können, brauchen sie legale Organisationen, möglichst mit Parteienstatus, weil dieser größtmöglichen Schutz verspricht. Diese Vorfeldorganisationen sind austauschbar. Um ihren Bestand wird nicht gekämpft, eine ersetzt die nächste. Nach den Verboten Anfang der Neunziger hatte dieses Spektrum Schwierigkeiten, seine öffentliche Arbeit fortzusetzen. Die Konsequenz aus dieser Erfahrung ist die Rückkehr zu den alten Prinzipien und die Suche nach legalen Strukturen, unter deren Fahne Aufmärsche und Veranstaltungen durchgeführt werden können. Dies erklärt auch die in der letzten Zeit verstärkte organisatorische und personelle Verstrickung und Zusammenarbeit mit der JN und der NPD. Doch aus verschiedenen Gründen – zum einen ist auch ein Verbot der JN nicht ausgeschlossen, und andererseits gibt es Streitigkeiten über die politische Linie – wird diese Taktik nicht auf die

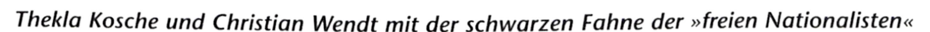
JN/NPD beschränkt. So trat im Rahmen des Bündnis Rechts z.B. der Bund für Gesamtdeutschland auf. Hinter dem BGD-Schleswig-Holstein verbergen sich mit Andreas Rothmann und André Schwelling persönliche Freunde von Christian Worch, die nebenher in der JN bzw. in der NL-nahen Patriotischen Jugend Henstedt-Ulzburg aktiv sind. Über die Zeitung Hamburger Sturm und in dem neuen Magazin Zentralorgan, die beide aus dem engen NL-Umfeld produziert werden und für die zur Zeit Tobias Thiessen und Thorsten Bärthel verantwortlich zeichnen, forciert die GdNF ihre Kritik an JN und NPD. Gleichzeitig ist die GdNF damit gezwungen, ihrerseits erfolgreiche Aktionen durchzuführen. Mit dem Wahlkampf in Lübeck eröffnete sich für Worch und Co. die Möglichkeit, endlich in größerem Umfang die eigene »Linie« zu präsentieren und zu zeigen, daß die ständig beanspruchte Führungsrolle tatsächlich verdient ist. So erklärt sich auch die überdurchschnittliche Beteiligung von Nazifunktionären des GdNF-Spektrums aus dem gesamten Bundesgebiet an den beiden Demonstrationen in Lübeck.

Die Motivation für die Teilnahme am Wahlkampf des BRL war also für die daran beteiligten Neonazigruppierungen und -kader sehr unterschiedlich. Den Wahlkampfauftakt bildete der Versuch eines Aufmarsches am 31. Januar im Lübecker Stadtteil Moisling. In Moisling hatte sich bei vergangenen Wahlen ein rechtes Wahlpotential von 15% gezeigt, und die Nazis hofften, hier groß aufmarschieren zu können. In der Woche vor dem Aufmarsch hatten sie mit massiver Plakatwerbung im Stadtteil begonnen. Dagegen machten Lübecker AntifaschistInnen mobil. Neben dem Lübecker Bündnis gegen Rassismus beteiligten sich soziale und kirchliche Gruppen sowie mehrere SPD-Ortsvereine an den Gegenaktivitäten. Gegen den Druck der Lübecker Tageszeitung, der Kreis-SPD, der Polizeiführung und Teile der Landesregierung, die ein Verbot der Antifaaktivitäten in Moisling planten, wurde gemeinsam eine Kundgebung und ein Blockadeversuch organisiert. Unterstützt wurden die AntifaschistInnen vom Lübecker Bürgermeister Bouteiller, der trotz großen Drucks von Rechts ein Verbot der Nazidemo aussprach, das allerdings kurzfristig vom Verwaltungsgericht aufgehoben wurde. Durch Straßenblockaden wurde die Anreise der Nazis verzögert. Die Polizei nahm etwa 80 BlockiererInnen fest und schleuste die ungefähr 150 Nazis nach Moisling. Nachdem allerding auf der geplanten Demonstrationroute die ersten Barrikaden aufgebaut wurden und Bürgermeister Bouteiller erneut massiven Druck auf die Polizeiführung ausgeübt hatte, entschied diese sich dazu, die Nazis unverrichteter Dinge nach Hause zu schicken. Bei diesem Aufmarschsversuch zeigte sich die eigentliche Struktur des BRL. Die Angereisten kamen fast ausschließlich aus dem militanten Spektrum. Bei den Verhandlungen mit der Polizei waren zwar die führenden Kandidaten des BRL anwesend, verhandelt wurde jedoch nur von Christian Worch und Thomas Wulff.

Nach diesem, für die Nazis frustrierenden Tag, schäumte die Lübecker Presse. Angegriffen wurde neben dem Bündnis gegen Rassismus besonders Bürgermeister Bouteiller, der sich mit *»linken Gewalttätern ... verbündet«* hätte, während die Rechten ja friedlich gewesen wären. Die Tageszeitung Lübecker Nachrichten führt diesen Kleinkrieg gegen linke Gruppen und besonders Bouteiller seit längerem. Sie bereicherte ihr politisches Repertoire während des Wahlkampfes dadurch, das sie das BRL regelmäßig zu Wahlkampfthemen Stellung beziehen ließ.

Die offiziellen Kandidaten des BRL, Dieter Kern, Reinhard Kessow und Andreas Rothmann, dienten im Wahlkamf in erster Linie als Strohmänner. Öffentlich präsentierten sie sich als spießbürgerliche Rechte. Sie waren in der Vergangenheit lediglich regional in Erscheinung getreten und somit öffentlich nur schwer als militante Nazis anzugreifen. Ihre Aufgabe bestand unter anderem darin, Wahlzulassungsunterschriften zu sammeln. Dabei wurden sie von Ingo Stawitz tatkräftig unterstützt. Stawitz trat vermutlich nur aus taktischen Gründen nicht selber zur Wahl an. Kern, der aufgrund seiner Naziaktivitäten auf Druck des Bürgermeisters als städtischer Angestellter entlassen worden war, wurde als Opfer einer linken Verschwörung aufgebaut. Einen anderen Part übernahmen die beiden JN-Mitglieder Jürgen Gerg und Jörn Lembke. Sie sollten den gewaltbereiten Nachwuchs einbinden und mediengerecht in Szene setzen. So störten die beiden beispielsweise am 20. Februar eine Veranstaltung des Stadtschülerparlamentes und des unabhängigen Lübecker Jugendrates. Mit Gruppen von bis zu 30 Personen versuchten sie auch, andere Wahlveranstaltungen zu stören oder zu »übernehmen«, was ihnen vereinzelt auch gelang. Neben einer Vielzahl solcher Störungsversuche kam es auch zu gezielten Übergriffen. So wurde eine Frau auf dem Nachhauseweg von einem linken Treffpunt mit Autos zum Anhalten gezwungen, aus ihrem Fahrzeug gezogen und verprügelt. Als AntifaschistInnen bekannte Menschen wurden am hellichten Tag an einer Tankstelle von sieben Nazis, darunter BRL-Kandidat Jürgen Gerg, überfallen und leicht verletzt. Trotz massiver Angriffe und dem Vorwurf, Werbung für die Nazis zu machen, setzten die Lübecker AntifaschistInnen ihre offensive Kampagne gegen das BRL fort. In dieser Situation zeigte sich auch, daß die Zusammenarbeit mit Personen aus dem gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Spektrum inzwischen relativ fest gewachsen ist. Jedenfalls gab es von der Basis keine Distanzierungen.

Nachdem die Pläne, am 14.03.98 einen weiteren Wahlkampfaufmarsch durchzuführen, bekannt wurden, fand sich erneut ein relativ breites antifaschistisches Bündnis zusammen. Die Nazis hatten zunächst beabsichtigt, im Lübecker Stadtzentrum zu marschieren, verlegten ihre Planung aber – vermutlich nach Gesprächen mit der Polizei – in den


Thekla Kosche und Christian Wendt mit der schwarzen Fahne der »freien Nationalisten«



Stadtteil St.Lorenz Nord. Der Stadtteil liegt direkt an der Autobahn Lübeck-Oldenburg (Holstein) und war für eventuelle Polizeimaßnahmen bestens geeignet. Im Vorfeld wurden alle antifaschistischen Aktivitäten am 14.03. im Stadtteil verboten. Das Lübecker Bündnis gegen Rassismus organisierte eine Demonstration und eine gemeinsame Kundgebung mit GewerkschafterInnen und der SPD. Parallel dazu sickerten mehr oder weniger organisierte Kleingruppen von Antifas in den Stadtteil ein. Die Polizei schleuste die Nazis direkt von der Autobahn auf einen Parkplatz. Gegen 12:30 Uhr hatten sich dort nicht mehr als 300 Nazis versammelt. Fast die gesamte Funktionärsebene des westdeutschen GdNF-Spektrums war hier vertreten. Die Hamburger NL und ihr Umfeld war quasi komplett angetreten. Aus Süddeutschland war CHRISTIAN HEHL angereist, aus dem Ruhrpott SIEGFRIED BORCHARDT und DIETER RIEFLING (beide ehemals FAP), dazu THORSTEN HEISE, der Nazimusikvertreiber JENS HESSLER aus Lingen, BERND STEHMANN und MEINARD OTTO ELBING aus Bielefeld, OLIVER SCHWEIGERT und CHRISTIAN WENDT aus Berlin sowie THEKLA KOSCHE. Aus dem JN-Spektrum war zumindest ACHIM EZER anwesend und alle Kandidaten des BRL mitsamt Umfeld. Während sich die AntifaschistInnen im Stadtteil verteilten, kam es zu ersten Auseinandersetzungen, als die Polizei einige verstreute Nazis zum Treffpunkt eskortierte. Ab 12.30 Uhr gab die Polizeiführung per Funk durch, nunmehr alle Antifas im Stadtteil festzuneh-



Gehören zum Trio Orgelpfeife: Dieter Riefling (links) und Oliver Schweigert (mitte)

men. Dies gelang allerdings nicht so schnell wie geplant. Als sich die Nazis gegen 13 Uhr formierten, begannen etwa 80 Antifas die Straße, zu blockieren und improvisierte Barrikaden zu errichten. Die Polizei griff schnell ein und nahm die ersten Antifas fest. Die antifaschistischen DemonstrantInnen begannen dann – soweit sie sich der Polizei entziehen konnten – im Stadtteil kleinere Verkehrshindernisse zu errichten. Daraufhin durchkämmten Polizeihundertschaften den Stadtteil und versuchten, möglichst viele Menschen festzunehmen. In der Zwischenzeit gelang es mehreren hundert Antifas von der Demonstration in der Innenstadt nach St-Lorenz zu gelangen. Auf dem Platz, wo die Nazikundgebung stattfinden sollte, sammelten sich über 100 Menschen, die von Wasserwerfern und knüppelnden Polizisten eingekesselt, weggejagt, oder festgenommen wurden. Um 15.00 Uhr ließ die Polizei dann die Nazis aufmarschieren. Angeführt von einem Räumpanzer und zwei Wasserwerfern sowie einer Polizeihundertschaft marschierten die Nazis auf der geplanten Route. Sie kamen erst kurz vor dem Kundgebungsplatz zum Stocken, weil sich dort immer noch AntifaschistInnen befanden. Die Polizei räumte schließlich den Platz und ermöglichte somit die zweistündige Kundgebung des BRL. Als Redner traten dabei Thomas Wulff, Christian Worch, Ingo Stawitz, Reinhard Kessow, der Vorsitzende der NPD Schleswig-Holstein UWE SCHÄFER, Achim Ezer (JN) und TANJA BAYEN auf. Thekla Kosche und andere Anti-Antifa AktivistInnen bewegten sich währenddessen beinahe ungestört im Stadtteil und fotografierten AntifaschistInnen. Am Ende marschierten die Nazis zu ihren Autos zurück und verliessen Lübeck, wie sie gekommen waren. Ein vollbesetzter Doppeldeckerbus mit norddeutschen Nazis brachte diese anschließend nach Neumünster, wo man im »Club 88« den Abend stilgemäß beendete. Währenddessen war die Polizei noch damit beschäftigt, die über 400 festgenommenen Antifas »aufzunehemen«. Die Gefangenen wurden im Polizeipräsidium zum Teil in Parkdecks, Garagen, aber auch in Containern festgehalten. Die Festnahmen wurden teilweise willkürlich mit Landfriedensbruch oder dem Polizeigesetz begründet.

Der Wahlausgang am 23.3. kam nicht besonders überraschend. Bei Wahlen in den letzten zehn Jahren erhielten faschistische Parteien zusammengerechnet bis zu 11% der Stimmen. Lübeck ist seit jeher eine rechte Hochburg. 3,6% bedeuten daher weder einen klaren Sieg, noch eine eindeutige Niederlege des BRL. Einerseits hatte sich die Gruppe ganz klar militant und offen faschistisch gegeben. Eine Haltung, die sicherlich WählerInnen vergrault hat, die eventuell Reps oder DVU gewählt hätten. Außerdem hatte die antifaschistische Öffentlichkeitsarbeit dazu geführt, daß das BRL sich nicht hinter der Maske des rechten Biedermannes verstecken konnte. Andererseits bedeuten 3,6% für eine Gruppe mit einem solchen Auftreten doch ein enormes militantes, faschistisches Potential. Mit 5% hätte Worch mit Sicherheit den politischen Triumph seines Lebens gefeiert. So bleibt abschließend nur zu bemerken, daß zwar das Schlimmste abgewendet wurde und sich die antifaschistische Arbeit, insbesondere die Bündnisarbeit, bewährt hat. Andererseits muß auch gesehen werden, daß das Lübecker



Bündnis gegen Rassismus mit diesen Aktivitäten an seine Grenzen gestoßen ist. Wollen wir unter ähnlichen Bedingungen gegen den erwiesenen Willen einer Landeregierung antifaschistischen Widerstand durchsetzen, so müssen wir unseren direkten Einfluß im gewerkschaftlichen und bürgerlichen Lager deutlich vergrößern. Die Landesregierung hat anhand der Demonstration vom 14.03. deutlich gemacht, daß sie ihre Law-and order-Politik öffentlichkeitswirksam umsetzt – sie verschaffte sich damit eine entsprechende Glaubwürdigkeit bei ihren rechten Wählern. Die Mobilisierungsfähigkeit der Lübecker SPD-Ortsgruppen und der antirassistischen GewerkschafterInnen war sehr begrenzt. Wenn wir in diesem politischen Spektrum mehr Unterstützung gewinnnen wollen, müssen wir daher unsere Arbeit innerhalb dieser Strukturen verstärken. Einmal mehr zeigen die Geschehnisse in Lübeck, daß wir weit außerhalb unseres politischen Umfeldes aktiv werden müssen, wenn wir tatsächlich breiteren gesellschaftlichen Einfluß gewinnnen wollen. Dabei werden wir nicht umhin kommen, unsere Arbeit auch inhaltlich stärker zu verbreitern: GewerkschafterInnen müssen wir beispielsweise verdeutlichen, daß der Auftrieb faschistischer Parteien einen direkten negativen Einfluß auf die Durchsetzung der Arbeitnehmerinteressen hat, da Rassismus zur Spaltung der Arbeiterschaft und damit zur Schwächung der Gewerkschaften führt. Gerade im Superwahljahr 1998 werden solche, eher allgemeinpolitischen Ansätze, eine große Rolle spielen. Für uns eine Chance, einerseits die reine »Anti-Nazi-Politik« zu überwinden und andererseits breitere gesellschaftliche Schichten anzusprechen. ■

Nach fast zwanzig Jahren verboten

Schulungszentrum Hetendorf


Foto: blendwerk

Sonnenwendfeier in Hetendorf im Sommer 1996

Am 12. Februar hat das niedersächsische Innenministerium den Trägerverein des Nazizentrums Hetendorf 13, den Heide-Heim e. V. in Hamburg und den als Förderverein fungierenden Heideheim e. V. in Buchholz (Niedersachsen) verboten. Das Schulungszentrum in Hetendorf bei Hermannsburg im Landkreis Celle wurde von Polizeieinheiten durchsucht und das Vereinsvermögen beschlagnahmt – inklusive des Vereinsgrundstücks. Durchsucht wurden auch die Wohn- und Geschäftsräume des Vereinsvorsitzenden und bekannten Nazi-Rechtsanwalts Jürgen Rieger in Hamburg, die seiner StellvertreterInnen Margrit Killinger in München und Arnold Neugebohrn in Schwanewede bei Bremen, sowie die Wohnung des Schatzmeisters des Heide-Heim e. V., Karl-Heinz Thiele, in Velpke bei Helmstedt.

Der Fund bei den staatlichen Maßnahmen zur Durchsetzung des Verbots des Heideheim e.V. fiel recht mager aus: Einige Unterlagen, die die Beamten in Riegers Villa in der Auguste-Baur-Straße in Blankenese sicherstellten und zwei Vereinskonten mit jeweils weniger als 1.000 Mark Guthaben. An Nazipropaganda oder Waffen wurde nichts wesentliches gefunden. Lediglich eine Reihe Kartons mit Büchern, die in einem der Tagungshäuser standen, deuten darauf hin, daß von Hetendorf aus ein Versand organisiert werden sollte. Der magere Fund verwundert kaum: Schienen doch weder Rieger noch das auf dem Hetendorfer Anwesen beschäftigte Hausmeisterehepaar Ilse und Otto Koch sonderlich überrascht von der Aktion der Staatsanwaltschaft. Um nichts dem Zufall zu überlassen, ließ die Celler Polizei das Wohnhaus der Kochs bei ihrer Durchsuchung gleich gänzlich aus. Vieles weist darauf hin, daß die Nazis bereits vorgewarnt waren. Folgerichtig erklärte das Innenministerium im Nachhinein, man habe sich zu dieser »*Ad-hoc-Maßnahme*« entschieden, nachdem es Hinweise gegeben hätte, daß sich die Betreiber des »*Heideheims*« einer »*polizeilichen Maßnahme*« entziehen wollten.

Ein Zufall? Zumindest der mit der Beobachtung des Nazizentrums beauftragte stellvertretende Leiter des Celler Staatschutzes, Peter Ganick, agierte in der Vergangenheit mehr als Beschützer der Nazis vor dem Staat, denn als Staatsschützer. Für Celler AntifaschistInnen ist Ganick kein unbeschriebenes Blatt: In einem 1992 im »Celler Kurier« veröffentlichten Leserbrief, der vor rassistischer und antisemitischer Hetze triefte, bekundete er, daß er stolz darauf wäre, »*ein Deutscher zu sein*«. Kein Wunder also, daß sich seine offensichtliche Sympathie für Rieger und die Kochs in steter Zurückhaltung gegenüber seinem Beobachtungsobjekt ausdrückte. Angeblich fiel dem Innenministerium Ganicks Engagement erst im Januar diesen Jahres auf. Sicherheitshalber wurde er noch vor dem Erlaß des Verbots kurzfristig versetzt. Die Angst vor peinlichen Zwischenfällen oder genauen Nachfragen war offensichtlich zu groß.

Aber auch ohne Ganicks Warnung kam das Verbot nicht gerade überraschend. Nach dem mißlungenen Versuch, die 7. Hetendorfer Tagungswoche im vergangenen Jahr zu verbieten, waren auch in diesem Jahr spätestens im Vorfeld der kommenden Tagungswoche behördliche Maßnahmen zu erwarten gewesen, schon alleine, um die Bemühungen des letzten Jahres nicht der Lächerlichkeit preiszugeben. Der sozialdemokratische Innenminister Glogowski, der als Nachfolger Schröders für den Posten des niedersächsischen Ministerpräsidenten gehandelt wird, hatte bereits vor über einem Jahr im Landkreis Celle öffentlich betont, gegen Hetendorf 13 vorgehen zu wollen. Nun konnte er seine Durchsetzungsfähigkeit als »Law-and-Order«-Politiker unter Beweis stellen und erntete damit die Streicheleinheiten der bürgerlichen Presse, die das Verbot als größten Schlag gegen den Rechtsextremismus seit Jahren feierte.

Noch im vergangenen Jahr hatte es im niedersächsischen Innenministerium geheißen, das Land habe keine rechtliche Handhabe, um den Heide-Heim e.V. zu verbieten. Dieser sei nicht dort ansässig und deshalb wäre der Bund zuständig. Bundesinnenminister Kanther jedoch zeigte kein Interesse, gegen das Nazizentrum vorzugehen, woraufhin in

Jürgen Rieger (2.v.l.) weist in Hetendorf bei einem Nazitreffen seine Gefolgsleute ein. Rechts der verstorbene Andree Zimmermann


Foto: blendwerk

Niedersachsen dann doch noch eine Begründung gefunden wurde, weshalb man zuständig sei. So recherchierte das Innenministerium, daß die Vereinstätigkeiten beider Vereine *»sich allein auf die (finanzielle) Förderung des Anwesens in Hetendorf Nr. 13.«* beschränke, und daher *»die Zuständigkeit des niedersächsischen Innenministeriums als Verbotsbehörde (...) gegeben«* sei. Genau an diesem Punkt aber liegt der mögliche Haken, der das Verbot noch kippen könnte: Sollte es Rieger vor Gericht gelingen, Aktivitäten des Heide-Heim e. V. in anderen Bundesländern nachzuweisen, wäre die Zuständigkeit des niedersächsischen Innenministeriums hinfällig. Riegers Klage vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg, das im vergangenen Jahr auch schon das Verbot der Hetendorfer Tagungswoche aufgrund eines Formfehlers abgeschmettert hatte, läuft bereits.

Die Schließung von Hetendorf 13 stellt für die Naziszene einen herben Verlust dar, galt das Schulungszentrum doch zumindest bis zum Verbot der WIKING JUGEND 1994 als das bedeutendste in der BRD. Ein zweites Zentrum dieser Größe gibt es bis heute nicht. Hier trafen sich alle möglichen Gruppierungen vom neuheidnischen bis zum militant-terroristischen Spektrum zu Ordnerschulungen für den Hess-Marsch, zu Treffen der Goden, Artgemeischaft, NF und anderen. Erst in den letzten Jahren wurde es – nicht zuletzt aufgrund des antifaschistischen Widerstands – weniger genutzt. Hinzu kamen interne Streitigkeiten, die zuletzt den FREUNDESKREIS FILMKUNST E. V. (Hamburg) im Sommer 1995 dazu veranlaßten, den Heide-Heim e.V. zu verlassen.

Aufgrund der Auseinandersetzungen um das Zentrum in den vergangenen Jahren, besaß Hetendorf 13 einen hohen symbolischen Wert, der sich auch in der seit 1996 bundesweiten Mobilisierung unter Nazis zum Schutz der alljährlichen »Hetendorfer Tagungswoche« niederschlug. Insofern stellt das Verbot nicht nur für Rieger eine vorläufige Niederlage dar.

Von dem Verbot nicht betroffen sind die Mitgliedsvereine des Heide-Heim e.V., die Artgemeinschaft e.V. und der NORDISCHE RING E.V. Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V. stellt mit etwa 500 Mitgliedern den größten Verein im neuheidnischen Spektrum dar. Er erfüllt eine wichtige ideologische Funktion innerhalb des neofaschistischen Lagers, da hier Denkansätze der »Neuen Rechten« mit Nazinostalgie verknüpft werden. Auf gut funktionierende bundesweite Strukturen kann die Artgemeinschaft auch nach dem Verbot zurückgreifen: Bei regelmäßig stattfindenden Versammlungen, die nach eigenen Angaben recht erfolgreich verlaufen, ist sie nicht auf Hetendorf 13 angewiesen. Das Verbot des Heide-Heim e.V. trifft somit lediglich den organisatorischen Überbau des faschistischen Treibens.

Dennoch wurde mit der Schließung des faschistischen Schulungszentrums Hetendorf 13, sofern diese juristisch Bestand haben wird, ein mittelfristiges Ziel antifaschistischer Bündnispolitik erreicht. Aufgrund der Erfahrungen von 1987, als eine Demonstration autonomer Antifagruppen gegen das Zentrum von der Polizei eingekesselt und stundenlang festgehalten wurde, lag ein Hauptaugenmerk der Aktivitäten des Bündnis gegen Rechts (BgR) von Anfang an auf einer kontinuierlichen Recherche- und Öffentlichkeitsarbeit. Ziel des Bündnisses war es auch, im ländlich-konservativ geprägten Landkreis Celle ein antifaschistisches Klima zu schaffen. Dies ging nur in Zusammenarbeit mit örtlichen Gruppen und Initiativen, wie z.B. dem »Hermannsburger Arbeitskreis gegen Hetendorf 13«, die sich nicht immer einfach gestaltete. Aber auch wenn beispielsweise über das leidige Thema »Vermummung« vor nahezu jeder Demonstration erneut gestritten werden mußte, bleibt festzuhalten, daß die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Kräften gut, richtig und im Fall Hetendorf vielleicht der einzig Weg zum Erfolg war.

Einen Durchbruch stellten die »Antifaschistischen Aktionstage« zu Pfingsten 1995 dar, in deren Verlauf sich über 2.000 Menschen an einer Demonstration beteiligten und mehr als 1.000 Menschen ein antifaschistisches Camp besuchten. In den folgenden Jahren gelang es durch unterschiedlichste Aktionsformen wie Mahnwachen, Gottesdienste, Unterschriftensammlungen bis hin zu Sonntagsspaziergängen und Blockaden, einen politischen Druck zu erzeugen, ohne den es unserer Einschätzung nach niemals zu dem Verbot gekommen wäre. ■


Ein durchaus übliches Bild in Hetendorf: Bewaffnete und vermummte Neonazis hinter NATO-Stacheldraht

Foto: blendwerk

Nazi-Strukturen im Schatten der NPD

Trotz der zunehmenden NPD/JN-Dominanz innerhalb der deutschen Nazi-Szene entwickelten sich in der letzten Zeit Nazi-Strukturen, die unabhängig von der NPD/JN arbeiten wollen bzw. sich klar von ihr abgrenzen. Zu nennen wären hier die sog. Freien Strukturen der Freien Nationalisten und der Freiheitliche Volksblock.

Die Freien Nationalisten versuchen, die Strukturen und Arbeitsweisen der autonomen Szene nachzuahmen. So wollen sie mit themenbezogenen Aktionsgruppen in einem informellen Netzwerk zusammenarbeiten und sich auf Koordinierungstreffen vernetzen. Als Zeichen ihrer »*erbarmungslosen Kampfbereitschaft*« und als Symbol der »*Not im Reich*« wählten sie sich die schwarze Fahne. Je nach räumlichen und inhaltlichen Schwerpunkten soll es zu unterschiedlichen Aktionseinheiten und Zusammenschlüssen kommen, in denen »*trotz aller Spaltungsversuche und Abgrenzungsbeschlüsse*« das gemeinschaftliche Handeln in den Vordergrund gestellt werden soll. Persönliche und politische Differenzen sollen zugunsten eines gemeinsamen Vorgehens, zumindestens zeitweise, in den Hintergrund gestellt werden. In dem gemeinsamen Projekt der »*führenden Vertreter Freier Strukturen*«, der »*Kampfzeitung*« Zentralorgan (Zorg) erklärte ein »*reichsweit bekannter, langjähriger Mitkämpfer*« dem »*unentschlossenen Kameraden*« in einem Interview, warum die Freien Strukturen entstanden sind: »*Die Entwicklung war nach den vielen Organisationsverboten fast zwangsläufig. Das Konzept, immer wieder neue Parteien und Gruppierungen zu gründen, ging nicht mehr auf. Über zehn Jahre konnten wir auf diese Weise unseren Kampf in überregionalen, hierarchisch gegliederten Organisationen führen... Die alten Strukturen waren und sind zum Teil schuld daran, daß es in Deutschland noch immer nicht zu einer großen einigenden Bewegung gekommen ist... Es ist auch nicht zu erkennen, daß sich eine der bestehenden nationalen Alt-Parteien wirklich durchsetzen kann... sie haben vollkommen versagt. Es ist ja nicht einmal erkennbar, daß eine von ihnen überhaupt ernsthaft eine Sammlung aller Kräfte betreiben möchte. Zum anderen sind viele junge Menschen der Überzeugung, daß sie nicht in den hierachischen Strukturen einer Partei arbeiten wollen...*« Die Freien Nationalisten traten erstmals offensiv in München mit ihren schwarzen Fahnen auf und hatten nach eigenen Angaben »*zahlenmäßig einen großen Anteil an diesem Sieg*«. Der Neonazi-Aufmarsch am 24. Mai 1996 in Bad Segeberg wird im Zentralorgan gar als »*Erfolgreicher Aufmarsch Freier Kräfte aus Norddeutschland*« dargestellt. Diese »Freien Kräfte« haben in den letzten Monaten ein »*informelles Netzwerk*« unter der Bezeichnung Nationales und Soziales Aktionsbündnis Norddeutschland ins Leben gerufen, welches u.a. durch Flugblattaktionen in Lübeck in Erscheinung trat. An diesem Aktionsbündnis sind neben den norddeutschen Freien Nationalisten auch die NPD, die JN, das Bündnis für Gesamtdeutschland (BGD) und die DLVH beteiligt, also die Gruppierungen, die auch unter den Bezeichnungen Bündnis Rechts und Nationaler Widerstand in Norddeutschland auftreten (siehe AIB Nr. 41: Rechte Bündnisse im hohen Norden). Hinter den Freien Nationalisten aus Norddeutschland verbergen sich u.a. ehemaligen Mitglieder der Nationalen Liste (NL) um Thomas Wulff und Christian Worch. Auch die drei verstorbenen Nazikader Andree Zimmermann, Thomas Kubiak (beide Mitglied der Sauerländer Aktionsfront aus Winterberg) und Harald Theodor Mehr (Donnerversand, Lüdenscheid) konnten vor ihrem Autounfall als treibende Kräfte in den »Freien Strukturen« der Freien Nationalisten angesehen werden. Nach ihrem Wegfall brach das Projekt Zentralorgan, ein Zusammenschluß der Naziblätter Freie Stimme, Widerstand und Moonstomp, erstmal zusammen, bevor es mit Hilfe der norddeutschen Freien Nationalisten wieder auf die Beine kam. Herausgeber ist nun der Wolf-Verlag Norddeutschland, die Postfachadresse ist in Hamburg. Verantwortlich soll ein H. van Dam aus Rotterdam sein, und Kontoinhaber ist der ebenfalls aus Norddeutschland stammende Thorsten Bärthel von der Patriotischen Jugend. Er war schon am Naziblatt Bramfelder Sturm beteiligt. Es wird sich zeigen, ob das Projekt Freie Nationalisten an Bedeutung gewinnt oder ob es ein Projekt der Nazis bleibt, die sich nicht der NPD unterordnen wollen, aber letztendlich nur in deren Windschatten agieren können. Im Zentralorgan wird der NPD u.a. »*bürgerliche Feigheit*« nachgesagt, da sie sich mit Saalfeld und Hamburg bereits zwei »*feige Rückzieher*« geleistet hätte. Den Kredit vom 1.März 1997 in München hat sich die NPD nach Ansicht der »Freien Nationalisten wieder verspielt, da »*unfähige NPD-Funktionäre beste Antifa-Aufbauarbeit*« leisten.

»Freie Nationalisten« mit ihren schwarzen Fahnen am 1.März 1997 in München



Freiheitlicher Volksblock (FVB)

Etwas ganz besonderes wollen auch die Nazi-Aktivisten des Freiheitlichen Volksblocks (FVB) sein. In ihrem Medienbericht beschreiben sie sich, nicht gerade bescheiden, so: »*...Wir scheuen uns vor der Konkurrenz im nationalen Spektrum nicht. Wer davor Angst hat und von Vereinigung, Bündnissen usw. spricht, der wird sich nie zu einer entscheidenden Alternative in unserem Land entwickeln können. Nur wenn sich der Beste herauskristallisiert (nicht die, die kurzfristig mal einen Erfolg verbuchen konnten) wird es zu einem starken nationalen Gegengewicht in Deutschland kommen. Denn Vereinigungen sind Mittelmaß.*« Gegründet wurde diese Möchtegern-Elite Anfang 1994 in Bayern und sollte ursprünglich als Auffangbecken für die 1993 verbotene Heimattreue Vereinigung Deutschland (HVD) aus Baden-Württemberg dienen. Wie aus einem Nazi-Rundschreiben hervorgeht, übten die ehemaligen führenden HVD-Köpfe (Andreas Rossiar, Dirk Plankenhorn und Karin Bächtle) nach außen hin keinen Einfluß auf diese Neugründung aus,

um ein Verbot wegen evtueller HVD-Nachfolge zu umgehen. Geführt wird der FVB deshalb von der *»zweiten und dritten Garnitur der ehem. HVD«*. Zu dieser gehören der FVB-Vorsitzende Konrad Petraschek aus Neu-Ulm und der ehemalige NF'ler Thomas Scharf aus Nürnberg. In Nürnberg beteiligte sich der FVB u.a. an den Naziaktivitäten gegen das dortige Bündnis gegen Rechts und das ehemalige Jugendzentrum KOMM. Nachdem im Februar 1997 in Magdeburg der Punker Frank Böttcher von einem Nazi-Skin ermordet wurde, meldete Petraschek für den FVB, zusammen mit der Anti-Antifa, eine *»Protestkundgebung«* gegen *»Rotfront- und Antifa-Terror«* und *»linke Gewalt«* an, die aber verboten wurde. Da der FVB nicht juristisch gegen das Verbot vorging und es vor allem nicht bekanntgab, landeten zahlreiche Nazis in den Vorkontrollen der Polizei.

Seinen ersten großen bundesweiten Auftritt hatte der FVB auf der »Anti-Wehrmachts-Ausstellung-Demo« am 1. März 1997 in München, wo er mit einem eigenen Block von etwa 70 Personen auftrat. Nach Angaben eines Rundschreibens von einer Initiative freier und organisierter Nationalisten des nationalen Widerstandes drängelten sich die FVB-Aktivisten hier in *»ekelerregender Weise«* und zu jedem erdenklichen Zeitpunkt vor jede Fernsehkamera, um auch wirklich in die Medien zu kommen. Die FVB'ler sollen sich außerdem aggresiv gegenüber dem JN-Ordnungsdienst gezeigt haben und gegen dessen Anweisungen bewußt verstoßen haben. Dabei gehörte auch der FVB-Bundesvorsitzende Konrad Petraschek zu den Unterzeichnern des vor München verbreiteten Demonstration-Aufruf an den »nationalen Widerstand«.

Bei dem Neonazi-Aufmarsch in Bad Segeberg am 24. Mai 1997 trat der FVB wieder mit einem eigenem Block auf, der fast 25% der Demo-Teilnehmer stellte. Auch hier waren die FVB'ler, wie in München, in schwarzer SS-ähnlicher Uniformierung unterwegs. Konrad Petraschek trat neben Thomas Wulff (Freie Nationalisten) und Ingo Stawitz (Bündnis Rechts) als Redner auf. Bei der anschließenden Saalveranstaltung soll Petraschek seine Leute vor dem Eintreffen der eigentlichen Verantwortlichen eigenmächtig Eintrittsgelder für den FVB kassieren lassen haben.

Nachdem es am 28. und 29. Juni 1997 in Halle zu antifaschistischen Protesten gegen das Europa-Vorn-Pressefest kam, meldete der FVB für das nachfolgende Wochenende eine Demonstration unter dem Motto *»Deutschland in Not«* an. Nachdem die Veranstaltung verboten wurde, trat der FVB mit einem Flugblatt in Erscheinung, das sich gegen sogenannte *»Linxextremisten«* und *»Punks«* richtete.

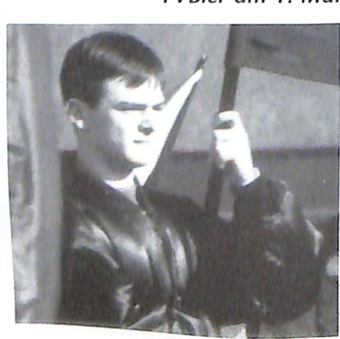
Am 4. Oktober 1997 versuchte sich der FVB mit einem Aufmarsch in Lübeck, der als Ablenkungsmanöver für die Gründungsveranstaltung des Bündnis Rechts für Lübeck herhalten mußte. FVB-Ordner griffen am Rande dieses Aufmarsches eine Antifaschistin mit Hunden an. In Eutin (Kreis Ostholstein) unterhält der Nazi-Aktivist Sven Lörchner einen FVB-Stützpunkt.

Im November 1997 fuhren dann etwa 40 FVB'ler zur Grabstätte Francos nach Spanien, um dort vor laufenden Kameras den Hitlergruß zu zeigen. Anschließend sollen sie den ehemaligen FAP-Chef Friedhelm Busse *»unflätig angepöbelt«* und einige NPD/JN'ler und einige Freie Nationalisten tätlich angegriffen haben. Kaum wieder zu Hause angekommen, soll Thomas Scharf in einem Rundbrief dem *»gesamten nationalen Widerstand den Krieg erklärt haben«*. In diesem soll es u.a. heißen: *»Der nationale Widerstand in der BRD ist am Ende! Nehmt Euch vor uns in acht. Wir sind im Kommen und Tag für Tag stärker! Wir räumen in den eigenen Reihen mit allen Mitteln auf!«*

Was sich der FVB davon verspricht, bleibt schleierhaft. Vermutlich hält er sich für so wichtig, daß er auf den Rest der Nazi-Szene verzichten kann. Genau gesehen ist der FVB bis jetzt aber nichts weiter als eine ganz normale neonazistische Splittergruppe (etwa 50 bis 100 Leute), die sich bei jeder Gelegenheit wichtig macht. Von ihren Untergruppen FVB-Frauenfront und FVB-Burschenschaft war bis jetzt auch noch nicht viel zu hören, lediglich in München trugen einige Frauen ein Transparent der FVB-Frauenfront. Im FVB-Bürgerinfo (Chef vom Dienst Manuel Heine) findet sich auch nichts, was den FVB von anderen Nazi-Gruppen und deren Blättern unterscheiden würde. Insoweit sollte man den FVB nicht überschätzen. Interessant wäre lediglich, inwieweit der FVB seine Funktion als Auffangbecken für die HVD erfüllt. Immerhin verstand sich die HVD als eine relativ konspirativ arbeitende Kaderorganisation und militante Vorhut. Auf ihr Konto gingen Wehrsportübungen, paramilitärische Ausbildungen, Überfälle auf Flüchtlingsheime, Schändungen jüdischer Friedhöfe, Provokationen im ehemaligen KZ Dachau und nächtliche Angriffe auf Nicht-Deutsche. Nach einem bewaffneten Banküberfall im Juni 1991 in Stuttgart, verletzte ein HVD-Mitglied auf der Flucht einen Passanten schwer. Als das Ex-HVD-Mitglied Michael Schanz sich weigerte, eine Spende von 1.000 Mark abzuliefern, wurde er verschleppt, gefesselt und geschlagen. Die HVD verfügte mit der Heimattreuen Vereinigung Elsaß über eine Schwesterorganisation, die ebenfalls 1993 verboten wurde und sich bereits eine weitentwickelte Logistik für paramilitärische Übungen geschaffen hatte. Dokumentiert ist ein dreitägiges gemeinsames Wehrsportlager im Süd-Elsaß im Mai 1993: Ausbildungsinhalte waren u.a. die Herstellung von Tretminen und elektronischen Fernzündern, der Umgang mit Plastiksprengstoff, Maschinen- und Pump-Guns. Die Verbotsverfügung von 1993 zitiert Andreas Rossiar sinngemäß mit der Aussage, daß er mit einigen wenigen Kameraden, die bereit sind, für ihr Land zu töten und zu sterben, mehr anfangen könne als mit vielen Mitläufern. Wenn der FVB also das militante Potential der HVD tatsächlich übernommen haben sollte, könnte er Anziehungspunkt für die militanten Nazis werden, die sich nicht in die NPD-Strukturen einfügen wollen. ■

Quellen:
Zentralorgan Nr.1; Antifa-Flugblatt: Neonazis in Halle – »Freiheitlicher Volksblock«; Rundschreiben von einer Initiative freier und organisierter Nationalisten des nationalen Widerstandes; Enough is enough!: »Kein Fußbreit dem Bündnis Rechts«

FVBler am 1. März 1997 in München



Nr. 23

April/Mai '98



IMPRESSUM:
Was Geht Ab? Nr. 23
April/Mai '98
Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Kai Mara
Gneisenaustr.2a
10961 Berlin
Die »Was geht ab?« erscheint seit der Nr. 19 als ständige Beilage im Antifaschistischen INFO-Blatt. Für Abo, Nachdruck und alles weitere gelten dessen Bedingungen.

Bundesweit

15 Monate für Schweiger

bnr Nr.24, 26. November 1997 - Herbert Schweiger (73), einst *SS*-Untersturmführer und Angehöriger der »*Leibstandarte Adolf Hitler*« (*LAH*), später Gründungsmitglied der *FPÖ*, ist in Leoben (Österreich) wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung zu einer Haftstrafe von 15 Monaten verurteilt worden. Schweiger ist Verfasser des Machwerkes »*Evolution und Wissen - Neuordnung der Politik*«, worin die Staatsanwaltschaft eine »*Adaptierung des NSDAP-Programms auf heutige Verhältnisse*« gesehen hatte. Beim Prozeß waren ca. 50 Nazis, darunter das »*Solidaritätskomitee Herbert Schweiger*« des Neonazis **Robert Dürr**, anwesend. Schweiger saß wegen des Buches bereits Mitte 1994 in Untersuchungshaft. Er war auch 1990 wegen Leugnung des Holocaust verurteilt worden. Er ist Vorstandsmitglied der *Deutschen Kulturgemeinschaft* (*DKG*) und schrieb 1991 Teile des Programms der *NF*.


Herbert Schweiger

Keine Stiftung für die Reps

Presse 13.2. '98 - Am 12. Februar 1998 scheiterten die *Republikaner* vor dem Bundesverwaltungsgericht im Streit um die Genehmigung für eine parteinahe Stiftung. Das Gericht wies die Revision der Reps zurück und bestätigte damit ein Urteil des Oberverwaltungsgerichtes (OVG) Münster. Die Annahme des OVG, die geplante Stiftung würde das Gemeinwohl gefährden, verstoße nicht gegen das Parteienprivileg oder den Grundsatz der Chancengleichheit.

Bündnis für Deutschland

Unsere deutsche Heimat, Sondernummer - Der extrem rechte ***Bund für Gesamtdeutschland*** (***BGD***), in dessen Verständnis zu Deutschland auch Österreich, Elsaß-Lothringen, die ehemaligen deutschen Ostgebiete usw. gehören, hat sich mit der Bildung einer weiteren chancenlosen rechten Splitterpartei für das Superwahljahr 1998 hervorgetan.

Ansprechpartner der Landesverbände des Bündnis für Deutschland

Nordrhein-Westfalen: Horst Zaborowski, 0203-64253, Lothar Bollwig, 0228-344136, Fax 0228-340716
Niedersachsen: Hans-Joachim Wohlfeld, 05402-4210, Karin König, 04149-1457
Hessen: Jutta Nyhofen, 069-734101, Walter Triefenbach, 069-844621
Berlin: Hans-Gerd Volkmann, Alt-Kaulsdorf 69, 030-5668011 oder 030-56700506
Baden-Württemberg: Martin Pape, 07127-491182, Arthur Dreischer, 07121-491182(kein Tippfehler von uns)
Bremen: Johannes Raddatz, 04421-53528
Mecklenburg-Vorpommern: Peter Bohnsack, 03843-682938, Fax 03843-682259, Reid(n?)er Kloth, 03843-82380
Rheinland-Pfalz: Wolfgang Kubistin, 06131-684509, Martin Buchholz, 0171-4829800
Sachsen: Siegfried Hasler, 03522-502233
Sachsen-Anhalt: Eckehard Birkeholz, 034741-72737, Peter Walde, 0391-8117779

Neuer JLO-Bundesvorstand

JLO-Rundschreiben 1998 - Der neue Bundesvorstand der *Jungen Landsmannschaft Ostpreußen*: Bundesvorsitzender **René Nehring** (22 Jahre, studiert Geschichte und Politik an der HU Berlin), Beisitzer **Rüdiger Stolle, Gunda Sievers, Christian Schaar,**

Chronologie

26. Oktober - Rund 30 mit Knüppeln bewaffnete Jungnazis griffen auf einem Volksfest in Klötze (Altmark) eine Gruppe Jugendlicher an und verletzten zwei Personen. Die Polizei nahm zwei Nazis fest.

27. OKTOBER - Ein 26jähriger afghanischer Mann und seine Begleiterin wurden am Abend in der Leipziger Straßenbahnlinie 1 von einer 10 – 15köpfigen Nazigruppe angegriffen. Die Männer stiegen in der Nähe der Nazilokalität »Steinhaufen« in die Bahn ein und entkamen nach der Attacke unerkannt.

28. OKTOBER - Am frühen Morgen wurde der jüdische Friedhof in Berlin-Weißensee geschändet. Bei den umgestoßenen Grabsteinen handelt es sich um Steine, die im Zusammenhang mit dem Holocaust aufgestellt wurden.

29. OKTOBER - Vom Amtsgericht Mannheim wurde der 17jährige Neonazi Manuel Jakob wegen Körperverletzung, Raub und anderer Delikte zu einer elfmonatigen Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt. Jacob erstellte seit 1995 das Skin-Magazin »Doitsche Offensive« und war Mitglied der Nazi-Band »Aufbruch«. Er gehört zudem zu einer Nazi-Gang, die in Mannheim zahlreiche Übergriffe gegen Andersdenkende beging.

30. OKTOBER - Erneut versuchten Neonazis, im Offenen Kanal Berlin eine Radiosendung abzuspielen. Die Ausstrahlung der Sendung, die unter dem Namen »Radio Knorke« angemeldet war, wurde durch die Medienanstalt untersagt.

31. OKTOBER - Ein polnischer Student wurde in Frankfurt / Oder aus einer Gruppe junger Nazis heraus angegriffen und am Kopf verletzt. Mitte Februar '98 nahm die Polizei den 19jährigen Enrico J. fest, der die Tat gestand - er sollte dem Haftrichter vorgeführt werden.

1. NOVEMBER - Im Sächsischen Freiberg beteiligten sich knapp 1.000 AntifaschistInnen an einer Demonstration »Gegen den rassistischen Konsens in der Gesellschaft«. 30 AntifaschistInnen wurden festgenommen.

★ Der inzwischen seit drei Jahren als Parteiloser im Mannheimer Stadtrat vertretene Alfred Reichwein ist wieder in die Republika-

ner eingetreten, nachdem er im Februar 1995 die Partei nach einem Streit mit seinem Parteikameraden Winfried Korth verlassen hatte. Korth, ex-Kreisvorsitzender, hat sich Mitte 1997 einer Geschlechtsumwandlung unterzogen und heißt seitdem Cornelia. Sie ist die zweite Rep-Vertreterin neben Reichwein im Stadtrat.

2. November - In München verüben militante AntifaschistInnen einen Anschlag auf die NPD-Zentrale in der Holzstraße 49. Dabei wurde eine Scheibe eingeworfen, die Außenanlagen demontiert und Antifa-Parolen gesprüht. Zum Anschlag bekannte sich ein »Autonomes Kommando Georg Elser«. Elser verübte am 8. November 1939 einen Anschlag auf Hitler, der scheiterte. Er wurde im April 1945 im KZ Dachau ermordet.

★ Auf einer Versammlung des Rep-LV Rheinland-Pfalz wurden die Kandidaten für die Bundestagswahl gewählt. Während sich Werner Wegmann (53, Stadtrat aus Ludwigshafen) für den ersten Listenplatz gegen Heinrich Schulze und Anna Maria Benning durchsetzte, wurde Gabriele Bannier (39, Kriminalbeamtin und Stadträtin in Mainz) auf Platz zwei gewählt. Folgend die weiteren Plätze: Christel Schmidt (61), Hans Scheller (65, Stadtrat in Kaiserslautern), Kurt Franger (46, Stadtrat in Frankental), Kurt E. Goldmann (Rep-Landessprecher) sowie Gerhard Meyer (Rep-Landesvorsitzender). Gastredner auf dem Treffen war Klaus Zeitler.

3. November - Zwei Männer wurden vom Potsdamer Landgericht wegen Mordes an einem Italiener zu Haftstrafen verurteilt. Andreas M. (25) bekam 13 Jahre und Holger H. neun Jahre Jugendstrafe. Beide hatten im Februar 1997 den 25jährigen Antonio Melis nach einem Wirtshaus-Streit in Caputh bei Potsdam zunächst brutal verprügelt und anschließend in der Havel ertränkt.

5. November - Am Abend wurde in Leipzig ein 16jähriges Mädchen von rechten Jugendlichen angegriffen und schwer verletzt. Mehrere Nazis stiegen am Lindauer Markt (Nazi-Eiscafé »Zum Schotten«) in die Straßenbahn Linie 15, riefen »Sieg-Heil« und gingen auf das Mädchen los. Sechs Nazis wurden gestellt. Gegen einen wurde der Haftbefehl gegen die Teilnahme an einem sozialen Trainingskurs ausgesetzt.

★ Wegen eines Brandanschlages auf ein Aussiedlerwohnheim im sächsischen Gröditz wurden zwei Nazis der schweren Brandstiftung schuldig gesprochen. Das Amtsgericht Dresden verurteilte den 19jährigen Anstifter zu dreieinhalb Jahren Haft und seine 18jährige Freundin, die den Brandsatz geworfen hatte, zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe. Vier weitere Nazis wurden zu Geldstrafen bzw. Freizeitarbeiten verurteilt.

Stellvertreter **Stefan Rochow**, **Elard von Gottberg**, **Uwe Faesel** und **Klaus Grundlach** als Schatzmeister.

Nazi-Broschüre

Presse November 1997-Januar 1998, AN 3&5/98 - In dem Hetzpamphlet *»Der Völkermord am deutschen Volk«*, das seit Oktober/November 1997 in Umlauf ist, werden *»alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfremdung«* aufgerufen. Das Ungewöhnliche an diesem braunen Machwerk, das inhaltlich nichts Neues bietet, ist die hohe Auflage, die von den Machern mit 110.000 angegeben wird. Der Aufruf ist unterzeichnet von 65 Menschen, darunter viele Professoren und Doktoren, dem bekannten Nazi **Emil Schlee**, Raisdorf (Ex-***Rep***, Ex-CDU, Ex-Aufbruch 94 – Deutscher Freier Wählerbund-Vorsitzender), Prof.Dr. **Klaus Weinschenk** (ehemaliger Rep-Chef von Berlin), Dr. **Helmut Fleck**, Siegburg, (***Aufbruch 94***, Ex-Rep, Bundesvorsitzender des ***Bündnis für Deutschland***), **Friedhelm Kathagen**, Witten, Autor für die ***Unabhängigen Nachrichten*** und dem ***Leitheft*** des ***Kameradenkreis der ehemaligen Waffen-SS***, verurteilt wegen Volksverhetzung , **Heinz Mahncke**, Tellingstedt, vom Naziverlag ***Heitz & Höffkes***, **Hans Köhler**, Darmstadt (***Huttenbriefe***-Autor und ***Bund der Goden***-Funktionär), **Johannes Peter Ney**, Rethem, Autor in diversen Nazipublikationen, **Rigolf Hennig**, Verden/Aller (Ex-Rep, niedersächsischer Landesvors. der ***Deutschen Liga für Volk und Heimat***, Autor für ***Europa Vorn*** und ***Ostpreußenblatt***, er behauptet, die Namen der Herausgeber des »Aufrufs« zu wissen), **Helmut Schröcke**, Köttgeisering (***Witikobund***, Autor u.a. für ***Nation Europa***), **Gerhard Seifert**, Marburg (Autor der ***Nordischen Zeitung*** der **Artgemeinschaft**, Referent für den Bund der Goden und den ***Freundeskreis der Artamanen***), **Arthur Dreischer**, Neckartenzlingen (Ansprechpartner Baden-Württemberg des ***Bündnis für Deutschland***, s.o.), **Liselotte Päsler**, Bremen (Ex-***NPD***-Landesschatzmeisterin), **Hugo Schrag**, Delmenhorst (Ex-NPD-Kreisvorsitzender), **Wilhelmine Steffens**, Rethem (Ex-***Wiking-Jugend,NPD***), **Adolf Fröhlich** (Hamburg), **Klaus-Christoph Marloh** (Seevetal, alle drei Mitglied der in Hetendorf ansässigen Nazivereine), **Hans Georg Hess**, Idensen (Vorsitzender der ***»Notgemeinschaft der SBZ/DDR-Geschädigten***), **Edzard Folkers**, Syke (trat als Ehrenvorsitzender des Syker ***»Verkehrs- und Bürgervereins«*** und des ***»Heimatbundes«*** im Landkreis Diepholz zurück, um einem Rausschmiß zuvorzukommen) sowie die hoffentlich bald arbeitslosen Professoren **Ulrich Hofer**, Berlin, und **Albrecht Schwichtenberg**, Berlin. Jeder der 64 Unterzeichner hat für die Finanzierung der Broschüre durchschnittlich 1000 DM gezahlt. Eingezahlt wurden die Spenden auf das Konto des im hessischen Friedberg tätigen Rechtsanwalts **Günter Lamotte**. Laut Antifaschistischen Nachrichten 5/98 hat das Pamphlet seinen Ursprung in Dresden. Die dortige Staatsanwaltschaft hat ein Sammelverfahren gegen Unbekannt wegen Verunglimpfung von Verfassungsorganen eingeleitet, inzwischen jedoch wieder einschlafen lassen mit der Begründung, man brauche zu weiteren Ermittlungen erst die Genehmigung des Bundesjustizministers. Im gesamten Bundesgebiet fanden Durchsuchungen wegen der Broschüre statt. In Norddeutschland waren u.a. Hugo Schrag und **Hildegard Newzella**, Bremen, betroffen. Auf der Schwäbischen Alb hat die Polizei bei dem 46jährigen **Arnold Gestrich** (Ex-Kreisvorstandsmitglied der NPD, Ex-Wiking Jugend) 6.500 Exemplare des Aufrufs beschlagnahmt. Ein Zufallsfund, da man eigentlich nach 10.000 Exemplaren des Buches *»Evolution und Wissen«* von **Herbert Schweiger** (s.o.) suchte. Acht Exemplare wurden beschlagnahmt. Die Hetzschrift ist nicht nur in Nazikreisen verbreitet. So versicherte am Rande einer Veranstaltung der ***»Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung«*** (***OMV***) im Dezember '97 in Hannover ein Herr **Heisig**, er könne bei Bedarf jederzeit mehr von den Heften besorgen.

Deutschland-Bewegung II

Frieden 2000-Pressespiegel 12.2. '98 - Weitere regionale Kontaktpersonen der Deutschlandbewegung (Teil I siehe WGA 20/AIB 40):

Dresden: **Hans-Holger Malcomeß**, Postfach 360235, 01222 Dresden, Tel/Fax 0351-2549207

Halle: **Jürgen Schneidemann**, Ibsenweg 3, 06126 Halle-Neustadt, Tel/Fax 0345-6900813

Brandenburg: **Thomas Roscher**, Potsdam ab 2. Jahreshälfte '98

Meck-Pomm: JLO-MPO z.Hd. **Stefan Rochow**, Pf. 1335, 17466 Greifswald

Hamburg: **Rüdiger Schön**, Goldbekweg 7, 22303 Hamburg, Tel 040-2701822 o. 0172-6545226

Ruhrgebiet: **Dennis Witt**, Pf. 104226, 45042 Essen, Tel 0201-718088 o. 0177-3159054

Münster: **Martin Gotzes**, Eupener Weg 14, 48149 Münster, Tel 0251-82589, e-mail gotzes@uni-muenster.de

Hessen Mitte: **Alfred Zips**, Am Mühlgraben 9, 63263 Neu Isenburg, Tel/Fax 06102-328771

Unterfranken: **Helmut Engelmann**, Schluchtblick 19, 63867 Johannesberg, Tel 06029-8219

Oberbayern Ost: **Tilman Ziegler**, Burgschwaiger Weg 16, 84529 Tittmoning, Tel/Fax 08683-7381

Mittelfranken: **Jürgen Hösl jr.**; Pf. 210147, 90119 Nürnberg, Tel 0171-7021945, Fax 0911-635842

Thüringen, Bayern, Sachsen, Ba-Wü

Europa Vorn

VVN-Aachen, Antifa - Das Naziblatt *Europa Vorn (EV)* von **Manfred Rouhs** ist von Köln-Ehrenfeld/Eschweiler in die Sülzburgstr. 243 nach Köln-Sülz gezogen. In Eschweiler hatte sich eine Bürgerinitiative und ein Bündnis gegen alte und neue Nazis gebildet, das mit fünf Demonstrationen, Veranstaltungen, Beobachtungen, Aufklärung usw. gegen Manfred Rouhs vorging. Das Haus hatte er von dem ehem. Aachener **NPD**-Schatzmeister **Paul Niessen** bekommen, der mit seinem Süßwaren-Unternehmen pleite ging und sich in die Schweiz abgesetzt hatte. Niessen konnte aber, obwohl er von der Steuerfahndung gesucht wurde, am EV-Pressefest im letzten Jahr teilnehmen. Niessen, so behauptet Rouhs, habe in der Umzugsphase seinen freien Zutritt genutzt, um zwei Computer, einen Kopierer und einen großen Brockhaus aus dem Haus zu klauen. Daraufhin bewirkte Rouhs beim Aachener Landgericht einen Beschluß auf die Herausgabe der gestohlenen Sachen und lockte Niessen zurück nach Aachen, wo er wieder »enteignet« wurde. Mit dieser Story versucht Rouhs nun zu kaschieren, daß er nicht mehr in der Lage ist, eine regelmäßige und zuverlässig erscheinende Zeitung herauszubringen, und daß seine Zeitung von Ausgabe zu Ausgabe schlechter und überflüssiger wird. Kaum war Manfred Rouhs weggezogen, zog ein neuer Nazi-Autor in die Region. Der 70jährige Nazi-Autor **Pierre Chassard** zog von Paris nach Monschau. Er gehört zu den französischen sog. Neuen Rechten um die Gruppe ***GRECE*** und den führenden Theoretiker **Alain de Benoist**. Er schrieb u.a. für die rechten Blätter **Nation & Europa, Nation, Zeitenwende, Europa Vorn** und **Elemente**.

Antifa-Demo in Leisnig

Antifa RDL- Um auf das Problem der faschistischen Szene und die rassistischen Mißstände in Leisnig aufmerksam zu machen, rufen die ***Antifa RDL*** und andere Unterstützergruppen zu einer antifaschistischen Demonstration am 4.April 1998 um 15 Uhr am Bahnhof Leisnig auf. Auch in Leisnig nimmt die ***NPD*** mittlerweile eine wichtige Stellung ein und fungiert als Sammelbecken für die örtlichen Rechtsextremisten. Aber auch die ehemaligen ***NF***ler **Uwe Schwarzenhols** (auch ***WJ***, Mitarbeiter im Naziblatt ***Neue Werte***) und **Björn Zenschner** (aus dem Leisniger Vorort Minkwitz) sind weiterhin in Leisnig aktiv. Die ***Kameradschaft Mittelsachsen*** nimmt im Zusammenhang mit dem Antiquitätenladenbesitzer **Thomas Malkowskie** (Herausgeber des Naziblattes ***Neue Werte***) eine wichtige Position in der örtlichen Neonaziszene ein. Regelmäßig kommt es in der Region zu Überfällen, Angriffen und Treffen. Einige Beispiele: Am 5.April 1997 fand eine ***DSU***-Veranstaltung mit dem Nazi-Referenten **Pierre Krebs** in »Dost's Gasthof« in Keuern statt, gegen die etwa 40 Antifas eine spontane Protestdemo durchführten. Der Großteil der DSU-Besucher stammte aus dem NPD-Umfeld. Am 28. Juli schoß der 16jährige Neonazi **Jörg Wettzorke** mit Leuchtspurmunition auf eine Gruppe Jugendlicher. Wettzorke wurde schon mehrmals bei Überfällen z.B. auf polnische Gastarbeiter in Dürrweitzschen festgenommen. Obwohl er die Schüsse bei der Polizei gestand, befindet er sich auf freiem Fuß. Am 10. Juni 1997 gründete sich unter der Leitung von **Anja Ulbricht** der NPD/***JN***-Kreisverband Döbeln. Am 22. November versuchten etwa 300 Nazis, im Leisniger Schützenhaus eine »Geburtstagsparty« mit der Nazi-Band ***Proissen-Heads*** zu feiern. Der Leisniger ***CDU***-Fraktionsvorsitzende **Manfred Wehrmann** erklärte zu den ständigen Angriffen auf Flüchtlinge: »*Doch auch Asylbewerber müssen sich so benehmen, daß sie keinen Anlaß zu Anschlägen geben...*«. Infos gibt es über den Infoladen Leisnig, PSF 4 in 04701 Leisnig.

NPD/JN

Presse, Antifa, DS 12/97,1/98- Am 25. Januar 1998, einen Tag nach der NPD/JN-Demo in Dresden, konnten der NPD-Chef **Udo Voigt** und der Kreisvorsitzende **Leichsenring** die 32jährige Sekretärin **Karin Woltersdorf** aus Bad Schandau als das 1000. Mitglied im ***NPD-Landesverband Sachsen*** begrüßen, gab der »Landespressereferent« **Zimmermann** aus Leipzig stolz bekannt. Der ***NPD-KV Mittweida*** wählte am 25.10.1997 seinen alten Vorstand aus dem Vorsitzenden **Peter Söffner** (Leipzig, ***NF***-Interessent), seinem Stellvertreter **Ingo Krause** (Colditz, wollte 1992 NF-Mitglied werden) und dem Beisitzer **Wolfgang Heerklotz** (Chemnitz, NF-Interessent) wieder. Neu in den Vorstand gewählt wurden **Ronald Ziesche** (Stellvertreter), **Rocco Biewald** (Schatzmeister), **Enrico Michaelis, Tilo Czekalla** und **Steve Pillenat** (alle Beisitzer). Auf der Mitgliederversammlung des ***NPD-KV Böblingen*** wurde 27jährige NPD-Kreisvorsitzende **Michael Wendland** (Leonberg) zum Direktkandidaten für die Bundestagswahl gewählt. Der



Michael Wendland

★ Bei einer Autodurchsuchung eines Bundeswehrsoldaten auf einem Luftwaffenstützpunkt in Meck-Pomm fand die Polizei mehrere Nazi-CDs. Bei der folgenden Durchsuchung seiner Wohnung in Warleben bei Magdeburg wurden Nazi-Plakate sichergestellt. In seinem Soldaten-Spind wurden weitere 200 Nazi-CDs beschlagnahmt. Der Nazi, der offenbar gewerbsmäßig mit dem Handel der CDs beschäftigt war, wurde vom Dienst suspendiert.

7. November - In Frankfurt/Oder wurde ein 31jähriger Asylbewerber aus China von drei Nazi-Schlägern angegriffen und gejagt. Gegen drei Nazis (18, 20 und 26 Jahre alt) wurde rund 10 Tage später Haftbefehl wegen gefährlicher Körperverletzung erlassen. Bereits Ende des Monats wurde der 18jährige Täter vom Amtsgericht Frankfurt/Oder zu einer achtmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt.

★ In Stuttgart begann eine Tagung (bis zum 9.11.) des rechtsextremen »Freundeskreis Ulrich von Hutten«. Der »Freundeskreis« mit der Nazi-Aktivistin Lisbeth Grolitsch als Vorsitzender ist personell nahezu identisch mit der »Deutschen Kulturgemeinschaft« (DKG) und der »Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur«.

★ Auf der Landesversammlung-Nord der »Jungen Landsmannschaft Ostpreußen« (JLO) wurde Reiner Reimers zum neuen Landesvorsitzenden sowie Rüdiger Schön zu seinem Stellvertreter gewählt.

★ Auf der diesjährigen Mitarbeiter- und Delegiertentagung der Landsmannschaft Schlesien im Bezirk Münster wurde Hans-Ludwig Abmeier zum kommissarischen Vorsitzenden gewählt.

★ In der General-Steinhoff-Kaserne in Berlin-Spandau fand die Polizei in einem Spind eines 23jährigen Obergefreiten Nazi-Schriften, darunter Nazi-CDs und einen selbstgefertigten Ausweis eines SS-Sturmbannführers.

8. November - Ein für den Vorabend der Reichspogromnacht geplanter Aufmarsch von Nazis in München wurde verboten. Das Verbot der NPD/JN-Demonstration wurde von massiven Polizeikräften durchgesetzt. Mit zahlreichen Personenkontrollen und Platzverweisen wurden auch TeilnehmerInnen einer Antifa-Kundgebung an Versammlungsversuchen gehindert. Zehn AntifaschistInnen wurden wegen der Verbreitung von Flugblättern vorläufig festgenommen – sieben weitere Antifas wurden in »Gewahrsam« genommen.

★ In einem Lokal im brandenburgischen Hennigsdorf (Kreis Oberhavel) wurde ein 53jähriger Grieche Opfer eines rassistischen Überfalls. Der 27jährige Täter stach mit einem Messer auf den Mann ein, nachdem er wegen Trunkenheit aus dem Lokal verwiesen

wurde. Der Grieche wurde lebensgefährlich verletzt. Anwesende Passanten kamen dazu und riefen rassistische Parolen.

★ In Essen nahmen über 1.000 Menschen an einer Demonstration unter dem Motto »Die Zeit der Lichterketten ist vorbei - die Faschisten sind geblieben! Schlagt zurück!« teil.

★ In Wolfenbüttel beteiligten sich einige hundert AntifaschistInnen an einer vom »Internationalistischen Komitee« vorbereiteten Antifa-Demo.

9. November - Anläßlich des 59. Jahrestages der Reichspogromnacht fanden in zahlreichen bundesdeutschen Städten Gedenkveranstaltungen und Demonstrationen statt. In Berlin-Moabit beteiligten sich über 600 Menschen an der zum achten Mal stattfindenden Demo zum 9. November. Am Rande der Demo versuchte die Anti-Antifa-Aktivistin Thekla Kosche die demonstrierenden Antifas zu fotografieren. Sie und ihre BegleiterInnen wurde nach einiger Zeit enttarnt und vertrieben. Um gegen den antisemitischen »Volkswillen« in Gollwitz zu demonstrieren, mobilisierten vorwiegend antinationale Gruppen zu einer Kundgebung nach Gollwitz. Hier versuchten jugendliche Nazis, die DemonstrantInnen zu provozieren. In Frankfurt/Oder organisierten StudentInnen der Europa-Uni eine Lichterkette gegen Fremdenfeindlichkeit, an der sich rund 3.000 Menschen beteiligten. Sie reichte über die Oder bis nach Slubice, der polnischen Nachbarstadt von Frankfurt/O.

★ Auf dem Gelände des ehem. KZ Sachsenhausen bei Oranienburg (Brandenburg) wurde ein neues Museum, die Baracke 38, eröffnet. 1992 hatten Neonazis durch einen Brandanschlag zwei Baracken teilweise zerstört. In das Museum Baracke 38 wurden Teile der verkohlten Überreste des Anschlages integriert. Der anwesende Redner vom Bundesinnenministerium hatte nicht mehr zu sagen als, »daß so etwas nie wieder passieren darf«, und wurde dafür ausgebuht.

★ Am Abend wurde der jüdische Friedhof in Oranienburg geschändet und mehrere Grabsteine umgestoßen.

★ Am frühen Morgen wurde die Europäische Holocaustgedenkstätte im oberbayerischen Lansberg am Lech geschändet. Wenige Stunden vor Beginn einer Gedenkfeier wurden mehrere Grabsteine mit gelber Farbe beschmiert.

★ Auf dem Berliner Parteitag der FDP scheiterte der nationalliberale Flügel mit einem Antrag auf Verschiebung der Einführung des Euro. Der Chefdenker der Nationalliberalen, Alexander Fritsch, erklärte mit seinen rechten FDP-Kreisen Tempelhof, Neukölln und Reinickendorf, daß der Euro noch nicht eingeführt werden könne. →

NPD-KV Wartburgkreis brachte es in den vergangenen Monaten nur zu Flugblattaktionen wie z.B. am 3.10.1997 in Bad Salzungen (*»Hallo Nachbarn im Wartburgkreis«*).

Der ***NPD-KV Coburg/Kronach*** führte am 15.11.1997 zusammen mit dem ***NPD-Bezirksverband Oberfranken*** eine Veranstaltung mit dem bayerischen JN-Landesvorsitzenden **Sascha Roßmüller** (24) durch. Am Ende der Veranstaltung sollen ganze sechs Gäste *»spontan«* ihren Beitritt zur NPD erklärt haben. In Passau klagte die NPD über einen *»feigen Mordanschlag«* durch die Antifa, welcher mit etwa 60 spitzen Krähenfüßen durchgeführt worden sein soll. Im NPD-Organ ***Deutsche Stimme*** wird ein sog. *»aktives Mitglied der Antifa«* namentlich genannt und der Tat verdächtigt. Im Wurzener Stadtrat tat sich der ***DSU***-Stadtrat **Reinhard Löwe** durch das Auslegen von NPD-Flugblättern hervor, welche die *»NPD als Opfer linksradikaler Autonomer«* darstellten. Die Flugblätter bezogen sich auf die Auseinandersetzung zwischen Antifas und Nazis in der Nähe des Wurzener Bahnhofs am Tage der Dresdener Demo. Die SoKo Rex aus Sachsen ermittelte acht NPD-Mitglieder (17-34 Jahre), welche im Januar an einer NPD-Veranstaltung in Weißwasser teilnahmen und anschließend zwei Männer in ihrer Wohnung in Rothenburg überfielen und brutal zusammenschlugen. Bei deshalb durchgeführten Durchsuchungen in Ostsachsen wurden zahlreiche Waffen gefunden. Am 17. Januar 1997 demonstrierten etwa 90 NPDler in Erfurt, von denen acht vorübergehend festgenommen wurden. An einer spontanen Gegendemonstration beteiligten sich etwa 70 Antifas.



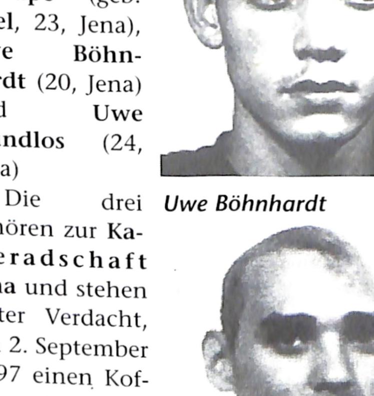
Sascha Roßmüller

Am 13.Februar 1997 versuchten etwa 45 NPDler, in Dresden einen Aufmarsch wegen der Bombardierung Dresdens 1945 durchzuführen. Gegen die Nazis wurden Platzverweise ausgesprochen, drei wurden in Gewahrsam genommen. Die NPDler kamen aus Dresden und Südbrandenburg. Im Laufe der bundesweiten Arbeitslosenproteste versuchten NPDler auch in Dresden und Zwickau , mit Flugblättern die Proteste zu beeinflussen. Im oberbayerischen Sinning versucht der Gemeinderat, den Zuzug des NPD-Parteiorgans Deutsche Stimme (DS) zu verhindern. Hier hatte der Sinninger **Anton Pfahler** Räume für die DS besorgt. Pfahler war aktives Mitglied der ***WSG Hoffmann*** und gründete nach deren Verbot eine eigene ***Wehrsportgruppe (WSG) Neuburg an der Donau***.

Rechte Bombenbastler

Presse - Die Polizei hat in Jena eine Bombenwerkstatt von militanten Nazis ausgehoben. Dabei wurden mehrere scharfe Bomben, TNT-Sprengstoff und Zubehör gefunden. Am 26. Januar 1997 wurden insgesamt sieben Wohnungen und Garagen von Neonazis im Jenaer Stadtteil Burgau durchsucht. Seitdem läuft die Fahndung nach **Beate Zschäpe** (geb. **Apel**, 23, Jena), **Uwe Böhnhardt** (20, Jena) und **Uwe Mundlos** (24, Jena)

Beate Zschäpe



Uwe Böhnhardt

Die drei gehören zur **Kameradschaft Jena** und stehen unter Verdacht, am 2. September 1997 einen Koffer mit aufgesprühtem Hakenkreuz vor dem Jenaer Theater abgestellt zu haben, wo er von Kindern gefunden wurde. Im Koffer befand sich ein Sprengsatz, der zwar funktionstüchtig, aber nicht zündfähig war. Bei der Fahndung nach den Bombenlegern in der rechten Szene Jenas war die Polizei schließlich bei den Razzien fündig geworden. Seitdem befinden sich die drei Nazi-Terroristen auf der Flucht und werden wegen der Vorbereitung (!) eines Sprengstoffanschlags im Bereich Jena von der Staatsanwaltschaft Gera mit Haftbefehl gesucht.

Uwe Mundlos

Antifa-Soli

Subotnix - Am 2.11.1997 wurde in Kösching während einer antifaschistischen Aktion gegen das ***N&E***-Lesetreffen (siehe letzte Ausgabe) ein 22jähriger Antifaschist festgenommen und zwei Wochen in Untersuchungshaft gesperrt.

Anwalts-Spenden an: K. Jagau, Konto-Nr. 359411-708, BLZ 60010070, Postgiro Stuttgart, Stichwort: Ebs.

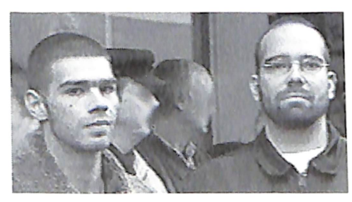
Berlin

JN/NPD & Co

Presse & Antifa 1998 - Um zur Bundestagswahl in diesem Jahr auf dem Wahlzettel zu erscheinen, muß die NPD u.a. in Bln./Brb. je 2000 Unterschriften sammeln. Aus diesem Grunde bringt die NPD/JN die entsprechenden Formulare und ihre Propaganda vor allem an Wochenenden fleißig unters Volk. Besonders engagiert zeigt sich hier der JN-Stützpunkt Marzahn-Hellersdorf. Bis zum 1. April 1998 muß die NPD, laut Landesschatzmeisterin **Helga Schulz** und dem Landesorganisationsleiter und Ex-*FAP*ler **Michael Dräger**, genug Unterschriften zusammenhaben. Ansonsten kann man sich als JN-Aktivist von monatlichen JN-Liederabenden, Wanderungen, Kameradschaftsabenden, Diskussionen, Volkstänzen oder Konzerten berieseln lassen. Auch die Berliner NPD/JN versucht massiv, die soziale Frage national zu besetzen. So tauchte der nach wie vor sehr umtriebige **Andreas Storr** zusammen mit **Kim Kurlbaum** von der *Kameradschaft Beusselkiez* bei einer Kundgebung von Gewerkschaften und Arbeitsloseninitiativen am 5. Februar 1997 auf und versuchte dort , NPD-Material zu verteilen – was allerdings unterbunden wurde. Vermeintliche Arbeitslosen- oder linke Treffs, Arbeitsämter u.ä. werden mit NPD/ JN-Flugis verschandelt, und sogar bei einer *PDS*-Veranstaltung in Berlin-Mahlsdorf tauchten NPD- Aktivisten auf. Wobei man sich mit Nazi-Propaganda nicht mehr nur auf die Berliner Außenbezirke beschränkt, sondern z.B. auch in Kreuzberg mit viel Aufwand ein paar Plakate klebt und schnell und mit mäßigem Erfolg wieder verschwindet. Auch bei der Gedenkdemonstration für Liebknecht und Luxemburg trieben sich einige fotografierende NPD-Aktivisten herum. Da aber auch sie nicht die Klügsten waren, wurden sie von aufmerksamen Antifas entdeckt und vertrieben. Am 17. Januar 1997 lud der Bezirksverband der NPD zusammen mit der *Berliner Kulturgemeinschaft Preußen (BKP)* zur traditionellen Reichsgründungsfeier, an der nach eigenen Angaben ca. 200 *»junge Nationalisten«* teilnahmen, als Redner trat der ehemalige Abgeordnete der NPD in Baden Würtemberg **Peter Stöckicht** auf.



Helga Schulz



Kim Kurlbaum & Andreas Storr

Kameradschaften

Presse & Antifa - Nachdem am 9. Dezember 1997 bei den Kameradschaftsaktivisten **Patrick Demming** und **Carsten Müller** Hinweise auf einen Bombenanschlag gegen ein *PDS*-Mitglied (siehe WGA #22) gefunden wurden, ist die Polizei nicht mehr zimperlich. Am 25. Februar 1997 durchsuchten Polizei und Staatsanwaltschaft die Wohnungen von vier Aktivisten des sog. *Freikorps Berlin* im Alter von 14 bis 19 Jahren. Der aus einer handvoll Jungnazis bestehenden Gruppe (u.a. **Börsel, Höhne, Morsberger**) war die *KS Treptow* anscheinend zu lasch, so daß sie nach Kameradschaftsabenden mehrmals durch Treptower Parks zogen, um Jugendliche aufzuspüren, die sie für Linke hielten. Mindestens vier junge Leute wurden zusammengeschlagen und teilweise ausgeraubt. Die Aktivitäten waren nach der Verhaftung von Müller und Demming bekanntgeworden. Als Verteidiger für den 17jährigen Demming fungiert unterdessen der bekannte Nazianwalt **Wolfram Nahrath**. Das Verfahren gegen Müller ist nach einem Suizidversuch in U-Haft abgetrennt worden.

Zum Todestag des SA-Führers **Horst Wessel** am 23. Februar verteilte die KS Treptow Flugblätter. Das zog wiederum Ermittlungsverfahren und Hausdurchsuchungen bei fünfzehn Mitgliedern der Kameradschaft am 4. Februar 1997 nach sich. Zuvor trat die *Kameradschaft Prenzlauer Berg/Mitte* mit Aufklebern zu Wessel an die Öffentlichkeit. Der Friedhof mit dem Grab von Wessel war übrigens an seinem Todestag aus betrieblichen Gründen geschlossen. Laut Tagesspiegel verhinderte der Staatsschutz eine Kranzniederlegung an Wessels Grab. Ebenfalls neu aufgetaucht ist eine *Kameradschaft Schöneberg*. In Berlin- Lichtenberg lädt jetzt das *Cafe Germania »Nationale und Patrioten«* zum Germanentrunk. Nachdem dort mehrmals die Scheiben zu Bruch gingen, trifft man sich hinter Plastikscheiben. Nachdem es in der Nacht zum 19. Februar 1997 ca. 20 Antifas nicht gelang, diese Scheiben zu zerstören, betraten sie das Lokal, warfen mit Steinen und versprühten Reizgas – beim Eintreffen der Polizei verließen sie die Kneipe wieder. Später nahm die Polizei fünf vermeintliche Tatbeteiligte fest. Als weiterer Treffpunkt etabliert sich das nahegelegene Ring-Center, wo sich allabendlich 50 bis 100 Nazi-Skins, Kameradschaftler und deren jugendliche Bewunderer treffen. Nachdem es dort mehrmals zu Auseinandersetzungen zwischen Antifas und Nazis kam, wobei einige verletzt wurden, und eine Antifa-Demo stattfand, genießen sie dort sogar Polizeischutz.

10. November - Ein 42jähriger Mann aus der ehemaligen SU wurde in Bernau (Brandenburg - Kreis Barnim) Opfer eines rassistischen Überfalls und erlitt dabei schwere Verletzungen. Drei Nazis (15, 17 und 26 Jahre alt) hatten den Mann überfallen, zusammengetreten und zweimal mit einer Gaspistole beschossen. Gegen die zwei älteren Nazi-Schläger erging Haftbefehl wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung, der 15jährige kam in ein Jugendheim.
★ In Oranienburg wurde ein niedergelegter Kranz vor einer Gedenktafel für jüdische Opfer des deutschen Faschismus beschädigt.

11. November - In der Leipziger Bernhardstraße überfielen zwei Nazis ein 15jähriges Mädchen und traten auf sie ein. Der Angriff ereignete sich in der Nähe eines Irish Pubs, in dem sich des öfteren Nazis treffen.
★ Die faschistische »Berlin Brandenburger Zeitung« (BBZ) meldet, daß die Zeitung jetzt im »Thule-Mailboxverband« ein eigenes BBZ-Infobrett eingerichtet hat. Bisher gäbe es eine eigene Hauptseite und eine Mitarbeit beim »Nordland-Netzwerk«.

12. November - Die hessische DVU traf sich im Raum Hersfeld-Rotenburg zu einem Stammtisch. Info-Tel: 066 21 / 654 70 (Anschluß: Konrad Bentz, Unter der Stiegel 7, 36251 Bad Hersfeld).
★ Nach einem Spiel der 1. Fußball Bundesliga zwischen dem 1. FC Kaiserslautern und dem SV Waldhof Mannheim wurden rund 60 Nazi-Hooligans im Alter zwischen 13 und 22 Jahren vorläufig festgenommen. Mannheimer Nazis hatten in vergangener Zeit nach Fußballspielen immer wieder rassistische Überfälle begangen und Nazi-Symbole gezeigt.
★ In Erfurt wurde ein Prozeß gegen 12 Neonazis, die am 12. März 1997 das AJZ Erfurt angegriffen hatten, eingestellt, da gegen die Nazis andere schwerwiegendere Anklagen vorliegen. Angeklagt waren im einzelnen: Juc Puscaric (an zahlreichen Nazi-Überfällen beteiligt, er versuchte, ein »Nationales Jugendzentrum« aufzubauen), Walter Gottwald (Erfurter Nazigröße, der u. a. für die Kontakte zu Nazis über die Stadtgrenze hinaus sorgt) und Mike Hornung (ex-SHARP-Skin, der vermutlich aus Rache gehandelt hat) sowie Alexander Vogler, Benjamin Hofinger, Marcel Volkstedt, Patric Zocholl, Ronny Kästner, Alexander Peters, Karsten Jakob, Bertram Braun und Jaqueline Hildesheim. Zochol, Kästner, Peters, Jakob und Braun verweigerten die Aussagen, während die anderen angaben, sie hätten im AJZ Bier trinken wollen, als sie von AJZ-BesucherInnen angeblich angegriffen worden seien.
★ Um gegen die Schikanierung von Flüchtlingen u. a. durch Chipkartensysteme zu protestie- →

ren, fand in Berlin-Kreuzberg eine Kundgebung statt. Protestiert wurde vor einem Laden der Firma SORAT in der Methfesselstraße, weil sich SORAT massiv an der rassistischen Praxis gegen AsylbewerberInnen beteiligt.

13. November - Drei Rechtsradikale im Alter von 15, 17 und 26 Jahren verprügelten im brandenburgischen Eberswalde einen 42jährigen Mann aus Rußland und verletzten ihn dabei schwer. Die Männer riefen während des Überfalls Nazi-Parolen und schossen den 42jährigen mit einer Gaspistole ins Gesicht, als dieser fliehen wollte. Gegen zwei Nazis, René M. (17) und Klaus Z. (26), wurde Haftbefehl erlassen.

★ Während einer Polizeikontrolle im brandenburgischen Bad Freienwalde (Märkisch-Oderland) wurden die Insassen eines moldawischen Autos von einem 48jährigen Mann rassistisch beschimpft, der daraufhin festgenommen wurde.

15. November - In Riesa (Sachsen) haben sieben Nazis (fünf Männer und zwei Frauen) ein Behindertenwohnheim überfallen und die BewohnerInnen bedroht, wobei ein junger Mann aus dem Heim verletzt wurde. Es wurden rechte Parolen gerufen, zwei Nazis wurden vorläufig festgenommen.

★ Rund 60 AntifaschistInnen demonstrierten vor dem Privathaus von NS-Verbrecher Gottfried Weise in Solingen. Weise ermordete in Auschwitz-Birkenau mehrere Menschen, gab seine Taten nie zu und wurde von Johannes Rau (SPD) begnadigt. Während der Kundgebung wurden Parolen gesprüht und Leuchtmunition verschossen.

16. November - Bei einem Nazi-Überfall auf einen Jugendclub in Bad Teinach-Zavelstein (Ba-Wü) wurden neun Jugendliche zum Teil schwer verletzt. Etwa 15 bis 20 Nazi-Skins hatten den Club gestürmt und mit Baseballschlägern auf die BesucherInnen eingeprügelt.

★ Im Zusammenhang mit dem sog. »Volkstrauertag« wurden drei Nazi-Veranstaltungen in Brandenburg (Landkreis Märkisch-Oderland) verboten. Auf den Soldatenfriedhöfen Seelow und Liezten sowie an der Gedenkstätte im Gutspark von Gorgast wollten Nazis Kränze niederlegen. Die Anmelder waren die Landesvorstände Berlin/Brandenburg der NPD und der JN bzw. der »Nationale Widerstand Frankfurt/Oder«.

★ Auf dem Berliner S-Bahnhof Lichtenberg wurden drei Naziskins von zwei Personen angegriffen, wobei ein Skin eine Kopfverletzung davontrug. Die Polizei nahm die Personalien von einem angeblichen Angreifer auf.

17. November - In der Leipziger Straßenbahnlinie Nr. 15 wurde eine Person von Nazis angegriffen und krankenhausreif geschlagen.

★ Rund 350 AntifaschistInnen nahmen in Göttingen an der →

Brandenburg

NPD/JN

DS 1/98, HdK, WGA - Ende Februar fand in Oranienburg ein NPD-Treffen der Kreise Havelland und Oberhavel statt. Als Vorstufe zur Gründung eines NPD-Landesverbandes in Brandenburg wurde erstmal ein NPD-Bezirksverband gegründet. Die Postfachadresse des neuen NPD-Bezirksverbandes liegt in der alten *NF*-Hochburg Hennigsdorf. Als Bezirksvorsitzender wurde das langjährige NPD-Vorstandsmitglied **Thilo Kabus** gewählt. Kabus war in seiner Nazikarriere bereits JN-Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender vom NPD-LV Berlin/Brandenburg. 1992 kandidierte er in Berlin für die *Nationalen*. Sein Stellvertreter wurde **Mike Hampel** aus Oranienburg. Hampel war erst bei den *REPs*, landete 1991 bei der NF und war außerdem *HNG*-Gebietsbeauftragter für *»Mitteldeutschland«*. Spitzenkandidat der NPD-Landesliste für die Bundestagswahl wurde der JN-Kader **Jörg Hähnel** aus Frankfurt/Oder. Hähnel ist u.a. Liedermacher und Beisitzer im NPD-LV Berlin-Brandenburg. Momentan bemüht er sich um ein in Frankfurt/Oder ausgebuddeltes Kriegerdenkmal. Neue NPD-Kreisverbände sollen im Spreewald, in Eisenhüttenstadt und im Kreis Oberhavel entstehen, also genau dort, wo die Nationalen vorher aktiv waren.




Thilo Kabus (links) und Jörg Hähnel (rechts)

Überfall auf Behinderte

BeZe,taz 24.2.`98 - Am 22. Februar 1997 überfielen in Königs Wusterhausen vier Deutsche zwei schwerstbehinderte Männer im Alter von 19 und 24 Jahren. Sie schlugen mit Eisenstangen auf ihre beiden Opfer ein und verletzten sie dabei z.T. schwer. Während der Ältere von den beiden Behinderten noch flüchten konnte, wurde der 19jährige geschlagen, getreten und mißhandelt. So wurden ihm seine Schuhe und seine Hose ausgezogen und der Versuch unternommen, ihm die Haare abzubrennen. Gegen die 16- bis 19-jährigen Täter, die wenig später von der Polizei gestellt werden konnten, wurde Haftbefehl erlassen. Einer der Tatverdächtigen ist wegen Tragens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen bereits polizeibekannt.

Polizei verhinderte Nazikonzert

BeZe, jw 10.2.`98 - Die Polizei hat am Abend des 7. Februar 1998 im südbrandenburgischen Massen ein Konzert von mehreren Nazibands verhindert. Nach Polizeiangaben hatten sich rund 200 Nazi-Skins, zumeist aus Sachsen, in einer Gaststätte des Ortes versammelt. Als Vertreter des Ordnungsamtes und Polizeibeamte das Gebäude betraten, sei aus der Menge »Sieg Heil« und »Heil Hitler« gerufen worden. Daraufhin wurde das Konzert untersagt und gegen alle Anwesenden ein Platzverweis ausgesprochen. Das Ordnungsamt prüft nun auch, ob ein Verfahren gegen die Gaststättenbetreiberin zur Gewerbeuntersagung möglich ist. Sie hatte den Beamten den Zutritt zu dem Konzert mit dem Hinweis verweigert, dies sei eine private Feier. Bereits ein Wochenende zuvor war ein Nazi-Skinhead-Konzert geplant gewesen, das jedoch im Vorfeld vom Ordungsamt verboten wurde. Dennoch waren mehrere Nazis auf der Rückreise von der **NPD**-Demo in Dresden zur Teilnahme an dem Konzert erschienen. Die Polizei nahm zwei Nazi-Skins vorübergehend fest, da sie sich geweigert hatten, die Platzverweise zu befolgen.



Nazi-Konzert (hier am 8.8.1997 in Annaberg)

Überfall auf linken Treff

Presse - In der Nacht zum 1. Februar 1997 kam es zu einem Brandanschlag auf das Alternative Literaturcafé in Angermünde. Die Täter warfen einen Brandsatz in den Eingang des linken Treffs und flüchteten mit einem Moped. Die Café-BesucherInnen entdeckten das Feuer und konnten es löschen. Zwei Wochen später ermittelte die Polizei acht Tatverdächtige aus der Region und verhaftete drei von ihnen wegen versuchten Mordes. Alle Tatverdächtigen stammen aus der rechten Szene. Am 27. Februar 1997 demonstrierten rund 300 Menschen für ein »gewaltfreies, tolerantes und weltoffenes« Angermünde. Elf jugendliche Nazis wurden vor der Demo vorläufig festgenommen, da sie z.T. angaben, die Demo stören zu wollen.

Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Bremen, Meck-Pom, Hamburg, Schleswig-Holstein

REPs und DSU

JW 17. 2. `98 - In Sachsen-Anhalt haben die *Reps* und die *DSU (Deutsche Soziale Union)* beschlossen, sich in diesem Wahljahr gemeinsam auf eine Liste zu setzen. Nachdem die Reps 1994 alleine gerade 1,3 Prozent erreichten, sollte es dieses Jahr mit dem Bündnispartner DSU besser klappen, doch aufgrund interner Streitigkeiten wurde daraus nichts. Die Stadt Zerbst hatte die REP-Landesmitgliederversammlung am 15. Februar 1997 ohne Probleme genehmigt und sogar die örtliche Stadthalle zur Verfügung gestellt. Vor der Halle demonstrierten ca. 100 AntifaschistInnen, die heftige Kritik an der Zerbster Bevölkerung und an den Kommunalpolitikern übten. Diese zeigten mangelnde Zivilcourage im Kampf gegen den immer größer werdenden Neofaschismus. Im Umkreis der Veranstaltung kam es zu willkürlichen Vorkontrollen, Platzverweisen und Festnahmen gegen AntifaschistInnen. Eine Gruppe Nazis konnte hingegen ungehindert durch die Stadt fahren, um die AntifaschistInnen per Foto - und Videoaufnahmen festzuhalten.

Prozeß gegen Kirchenbrandstifter

TAZ 20. 3. '98 - Neun Monate nach dem Brandanschlag auf die Lübecker St.-Vicelin - Kirche begann am 4. Februar 1998 der Prozeß gegen den 20jährigen **Christian P**. Dieser muß sich vor Gericht wegen Brandstiftung und Verwendung verfassungswidriger Symbole verantworten, da er die Kirche nicht nur abbrannte, sondern auch Hakenkreuze und den Namen des Pastors einer Nachbargemeinde (der einer algerischen Familie Kirchenasyl bot) an die Mauern sprühte. Seine Anwältin erklärte, daß ihr Mandant nicht rechtsradikal sei, obwohl dieser das im Verhör der Polizei noch stolz bestätigt hatte. Mittlerweile ist der Haftbefehl gegen den 20jährigen aufgehoben, da laut Aussagen der Staatsanwaltschaft keine Verdunkelungsgefahr mehr bestünde.

Nazis an der Uni

ND 17. 2. `98 - Am 22. Januar 1998 lud die *Deutsche Hochschulgilde Theodor-Storm*, mit Unterstützung einer großen Zahl von Kieler *RCDS*-Mitgliedern, den Nazi-Referenten und rechten Öko-Bauern **Baldur Springmann** an die Kieler Christian-Albrechts-Universität ein. Die Szene, die sich dann zum Beginn dieser Veranstaltung abspielte, erinnerte viele StudentInnen an die braunsten Zeiten deutscher Hochschulen. Der Ex-*Grüne* Baldur Sprigmann marschierte in Begleitung der **Fissauer Kameradschaft**, die sich selber als *»zeitgemäße SS«* betrachtet, in den Audimax der Kieler Universität ein. Die Fissauer Kameradschaft wird von **Sven Lörchner** angeführt und ist dem *FVB* angegliedert (siehe Artikel im AIB S.23).

In Empfang genommen wurde Springmann von **Irmgard Hahnke** und **Briga Bohlinger**, die beide im BDM-Look gekleidet waren. Die Unileitung sah trotz der mit Schlagstock-Stahltaschenlampen bewaffneten Nazis keinen Handlungsbedarf, diese Verastaltung zu untersagen. So konnten rund 60 Burschenschaftler, Altnazis und RCDSler (u.a. **Volker Steinmetz, Rüdiger Dorff, Burga Schnauß, Ruben M. Kurzdörfer, Markus Timmler** und **Michael Müller**) dem Vortrag zum Thema *»Ökologie und Religiösität»* ungestört zuhören.

Reps begehen Wahlfälschung

AN 3/98 - In Niedersachsen wurden bei der Landtagswahl Unterschriftenlisten der *REPs* für den Wahlbezirk Hameln gefälscht. Dies gab der stellvertretende Wahlleiter **Werner Witte** bei einer Pressekonferenz bekannt. Demnach hatte eine Person für die Reps 23 Unterschriften abgegeben. Eine Partei braucht 100 Unterschriften, um einen Direktkandidaten aufstellen zu lassen. Am 16. Januar wurde gegen den Wahlfälscher Anzeige erstattet. Laut *Antifa Hameln-Pyrmont* ist es fraglich, ob der Wahlbetrug nur in Niedersachsen stattgefunden hat oder ob dieses auch bei anderen Wahlen gängige Praxis der Reps ist.

Nazi-Überfall

Enough is Enough Nr.3 - Am Abend des 2. Januar 1998 fuhren in Bad Segeberg Nazis in mehreren Autos durch die Stadt, bewarfen alternativ aussehende Menschen mit Flaschen und schossen mit Gaspistolen. Einige Stunden später wurde eine junge Antifaschistin auf dem Weg nach Hause von zwei Nazis überfallen und zu Boden geschlagen. Durch die starken Tritte in den Unterleib erlitt die schwangere Frau mehrere Rippenbrüche und eine Fehlgeburt. Da die Täter vermummt auftraten, konnten sie unerkannt entkommen. In Bad Segeberg ist u.a. die *»Anti-Antifa*-Frau« **Thekla Kosche** aktiv.

Gedenkdemonstration für die vor acht Jahren von der Polizei in den Tod getriebene Conny Wessmann teil. Die Demonstration wurde mehrfach von Polizei-Sondereinheiten angegriffen, wobei zahlreiche Personen verletzt wurden. Die Demo zog zu der Stelle, an der Conny Wessmann 1989 bei einem Polizeieinsatz nach einer Antifaaktion verfolgt und von den Bullen auf eine vielbefahrene Straße gejagt und dort von einem Auto erfaßt wurde.

18. November - Die »BBZ« meldet, daß der Prozeß gegen ihren langjährigen Mitarbeiter Christian Wendt wegen Plakatieren von Nazi-Plakaten eingestellt wurde. Der Prozeß gegen den Mitangeklagten Mike Penkert, Aktivist der »Kameradschaft Beusselkiez«, wurde fortgesetzt, wobei es bei ihm darüber hinaus noch um Nazi-Schriften geht, die bei einer Hausdurchsuchung sichergestellt wurden.

19. November - Die Post stoppte den Verkauf einer Briefmarke zum 200. Todestag von Heinrich Heine, die mit zwei germanischen Runen bedruckt war.
Am Falzrand waren neben den Lebensdaten von Heine die Runen Madr (Lebensrune) und Yr (Todesrune) aufgedruckt, zwei Zeichen, die wie auch andere germanische Runen, von der SS und anderen Nazi-Verbänden benutzt wurden und heute beliebte Symbole der Faschisten sind.

22. November - Begleitet von einem massiven Polizeiaufgebot nahmen in Berlin-Friedrichshain etwa 1.000 Menschen an der antifaschistischen Demonstration unter dem Motto »get up, stand up... Antifa heißt Angriff!« teil, die an den Todestag von Silvio Meier erinnern sollte, der 1992 auf dem U-Bahnhof Samariterstraße von Nazis getötet wurde.

★ In einem Regionalzug von Berlin-Wannsee nach Belzig (Kreis Potsdam-Mittelmark) wurde der 28jährige Martin Agyare aus Ghana von fünf Nazi-Hooligans rassistisch beschimpft und angegriffen. Der Mann, der bereits 1994 Opfer eines brutalen Nazi-Überfalls gewesen war, wehrte sich gegen einen 17jährigen Angreifer mit einer Gaspistole.

★ Weil er 1992 in einer Hetzschrift Roma und Sinti als *»durchweg übles, kriminelles Pack«* beschimpft hatte, wurde Werner-Joachim Siegerist (rechtsextremer Journalist und Politiker in Lettland) zu einer Bewährungsstrafe von 21 Monaten und einer Geldstrafe von 24.000 DM verurteilt. Der mitangeklagte Geschäftsführer des Vereins »Die Deutschen Konservativen" wurde freigesprochen.

24. November - Ein bei der Polizei als Nazi bekannter Mann griff in der Berliner Nachtbuslinie 5 zwei Fahrgäste aus Peru an und verletzte sie dabei mit Fäusten und seinen →

Springerstiefeln. Der Nazi wurde festgenommen.
26. November - Auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Sachsenhausen bei Oranienburg nördlich von Berlin wurde eine ukrainische Jugendgruppe von deutschen Nazis rassistisch beschimpft und unter anderem mit dem Hitlergruß provoziert. Bevor neun Deutsche festgenommen wurden, pöbelten die Nazis ein britisches Fernsehteam an.
★ In Brandenburg a. d. Havel wurden drei Männer aus Bosnien von zwei Brandenburgern (17 und 20 Jahre alt) rassistisch beschimpft und mit Steinen und Bierdosen attakiert.
★ Wegen Naziverbrechen ermittelt die Staatsanwaltschaft Stuttgart gegen den 91jährigen Johannes Thümmler, ehemaliger Chemitzer Gestapo-Chef. Als Vorsitzender eines Standgerichts habe er an mehr als 800 Todesurteilen mitgewirkt.
29. November - Zwei randalierende Nazis haben in einem Regionalzug in Brandenburg einen 16jährigen Jugendlichen angegriffen und verletzt. Die Männer riefen Nazi-Parolen und versuchten, den Jugendlichen zu berauben. Gegen die beiden Nazis (17 und 19 Jahre alt) wurde Haftbefehl erlassen. Bei ihnen fand und beschlagnahmte die Polizei NS-Material, darunter T-Shirts und Cassetten.
★ Anläßlich eines geplanten Nazi-Aufmarsches in Görlitz organisierte die Antifaschistische Aktion eine Antifa-Kundgebung unter dem Motto *»Lieber raus auf die Straße, als Heim ins Reich«.*
1. Dezember - Jetzt hat auch der VS bemerkt, daß es Nazis gibt, und teilt mit, daß es ein massives »Nazi-Gefälle« zwischen Ost und West gibt. Während 45 Prozent der Nazi-Gewattaten im Osten begangen würden, wohnten dort nur 17 Prozent der Bevölkerung.
★ Das NPD-Blatt »Deutsche Stimme« schrieb, daß der völkische Schlagersänger Heino auf einer Veranstaltung in der Stadt Brandenburg ein Lied aus Schlesien alleine singen mußte, weil der Chorleiter Zivilcourage bewies und sich weigerte, das Lied zu singen.
2. Dezember - Nach einem Brand in einem Flüchtlingsheim in Schönewalde, bei dem zwei Männer schwer und elf weitere leicht verletzt wurden, ermittelt die Polizei wegen Verdacht auf fahrlässige Brandstiftung.
★ In Belzig (Brandenburg) wurde ein Mann aus Togo von drei Deutschen beschimpft und geschlagen. Er wehrte sich und wurde von den Nazis angezeigt.
★ Ein Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen SS-Hauptsturmführer Aloys Gabrysch wegen Verhängung und Vollstreckung von Todesurteilen bei einem Sondergericht der Nazis wurde eingestellt. Der NS-Täter war von 1965 bis 1970 Leiter der Kripo Thüringen. ➡

NRW, Rheinland-Pfalz, Hessen, Saarland

NPD-Aktivitäten

DS; jW 15.12.1997 - Am 30. November 1997 fand der saarländische 24. Landesparteitag statt. Landesvorsitzende bleibt **Ellen Scherer**, Stellvertreter sind **Otto Becker** (Saarbrücken) und **Michael Bausch** (Beckingen). Spitzenkandidat auf der Landesliste für die Bundestagswahl ist **Otto Becker**. Es folgen auf Platz 2 **Michael Bausch**, 3 **G.Gück** (Dudweiler), 4 **P. Schneider** (Homburg) und 5 **H.Seel** (Saarbrücken). Weiter soll zukünftig das *NPD*-Landesinfo *»Saar-National«* wieder herausgegeben werden.

Am Samstag, dem 13. Dezember 1997 versuchten die *JN* in der Mannheimer Innenstadt einen von der NPD angemeldeten Infostand und eine Kundgebung durchzuführen. Doch kaum hatten die rund 40 Nazis, hauptsächlich Skinheads im Alter von 13 bis 25 Jahren, angefangen, ihre Propaganda zu verteilen, waren sie schon von ca. 50 AntifaschistInnen und der herbeigeeilten Polizei umringt. Als sich dem Protest noch 200 Passanten anschlossen, mußten sie sich von der Polizei aus der Stadt abtransportieren lassen.

Rep-Aktivitäten

Presse - Die Landesvorsitzende der **Reps** in Nordrhein-Westfalen, die 35jährige Verlagsangestellte **Uschi Winkelsett**, ist in ihrem Amt bei einem Landesparteitag in Hagen bestätigt worden. Als Stellvertreter wurden der Versicherungsangestellte **Wolfgang Fried-Preis**, der Betriebswirt **Reinhard Wnendt**, der Dachdecker **Otto Strauß** und der Arzt **Robert Hünxe** gewählt.

Auf dem Kreisparteitag der Reps des Hochtaunuskreises wurde der bisherige Vorsitzende und Fraktionsmitglied im Kreistag, **Walter Armann**, im Amt bestätigt. Die Partei verlassen hat der langjährige Landesvorsitzende Hamburg, **Werner Jamrowski**.

Ein früheres Mitglied der Reps darf nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Koblenz nicht Polizeikommissar werden. Das am 5. März veröffentlichte Urteil wurde damit begründet, daß ein Polizist für dieses Amt ungeeignet ist, solange seine Verfassungstreue bezweifelt werden kann.

Die örtlichen Reps durften nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Frankfurt am 7./8. März ihren Landesparteitag abhalten. Vorausgegangen war ein Antrag der Hanauer CDU-Bürgermeisterin, den Mietvertrag für den Parteitag zu verweigern.

Der Präsident der Phillips-Universität in Marburg hat dem AStA aufgrund eines Antrages des *Republikanischen Hochschulverbandes* (*RHV*) unter Androhung von Ordnungsgeldern die geplante Kampagne gegen Korporationen an der Marburger Uni untersagt.

Am 28.3.1998 fand im Mainzer Rathaus eine Vortragsveranstaltung der Reps unter dem Titel *»Der Euro droht«* statt.

BFB-Landesparteitag

JF 6.2. '98 - Am Wochenende des 31. Januar '98 führte der ***Bund freier Bürger-Offensive für Deutschland*** (***BFB-OFD***) seinen hessischen Landesparteitag in Alten-Buseck bei Gießen durch. Die Delegierten wählten die 31 Kandidaten für die hessische Landesliste des BFB zur Bundestagswahl. Angeführt wird die Liste vom ehemaligen *FDP*-Politiker und neugewählten BFB-Generalsekretär **Heiner Kappel**, gefolgt von **Bernd-Thomas Ramb**, **Rolf-Dieter Gmeiner**, **Harri Berndt**, **Renate Völker**, **Ralf-Rüdiger Engelhardt**, **Heribert Liborius Hünemann** und Heiner Kappels Tochter **Julia Kappel**.

Revanchistentreffen

JF - In der Nazi-Zeitung ***Junge Freiheit*** kündigt die ***Landsmannschaft Oberschlesien*** ihr Bundestreffen an. Der »Tag der Oberschlesier« soll am 30. und 31. Mai 1998 in Essen in der Grugahalle stattfinden. Das geschaltete Infotelefon ist gleichzeitig das Telefon des Bundesvorstandes der Oberschlesier: 02102/68033 Bahnhofstr. 67, 40883 Rattingen.

Terminankündigungen

4. April Antifa-Demo in Leisnig bei Leipzig, 15 Uhr Bahnhof
11. April Antifa-Demo gegen den Nazi-Versand »VAWS« in Bingen, 12 Uhr Kulturzentrum.
17. April Berlin, Infoveranstaltung zur JN, Kulturbrauerei
18. April Antifa-Demo »kein Nazizentrum in Schwabach«, 13 Uhr Bahnhof Schwabach b. Nürnberg
24. April Antifa-Block auf der Demo gegen öffentliches Gelöbnis in Siegen, 12.30 Uhr Walter-Krämer-Platz
28. April Mobilisierungsveranstaltung zu Leipzig, 18 Uhr Kato
30. April Antifa-Night »Burschenschaften wegrocken« in Heidelberg, 24 Uhr Marktplatz
1. Mai Nazi-Aufmarsch in Leipzig verhindern und anschließend revolutionäre 1. Mai-Demo in Berlin (13 Uhr Oranienplatz, 18 Uh, Rosa-Luxemburg-Platz)
3. Mai Demo gegen »verkantherte« Innenpolitik in Berlin
9. Mai geplant: Antifa-Demo in Premnitz (Brandenburg)
Landeskonferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen im Bürgerzentrum in Köln (Kontakt: W. Freye, PF 100 365, 45003 Essen)

3. Dezember - Wegen schwerer Körperverletzung und anderer Delikte wurde in Frankfurt / Oder ein örtlicher Neonazi-Führer zu drei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt. Unter anderem war der 23jährige **Sven Lemke** an einem brutalen Überfall auf eine als linker Treffpunkt bekannte Kneipe beteiligt. Dabei hatte Lemke im März 1997 gemeinsam mit rund 20 Nazis das Lokal »Stadtwappen« mit Steinen beworfen, alle Fenster zerstört und zwei Anwesende verletzt. Des weiteren hatte er mit Freunden einen polnischen Taxifahrer und seinen Begleiter zusammengeschlagen.

★ In Duisburg wurde ein Brandsatz gegen ein von Flüchtlingen bewohntes Haus geworfen.

★ Unbekannte beschmierten insgesamt 16 Gebäude und Fahrzeuge in Mannheim mit Hakenkreuzen und Judensternen.

4. Dezember - Im Berliner Stadtteilladen »Zielona Gora« fand eine Infoveranstaltung zum rechtsextremen »Verlag der Freunde« und zur vom Verlag herausgegebenen Zeitschrift »Sleipnir« statt. Als sich der ehemalige Sleipnir-Herausgeber Peter Töpfer erdreistete, auf der Veranstaltung zu erscheinen, wurde er von Anwesenden aus dem Raum geworfen. Vor der Tür wurden er und seine Begleiterin von aktiven AntifaschistInnen angegriffen und mit Reizgas besprüht.

★ Wegen rechter Umtriebe wurden in Verden zwei 21jährige Bundeswehrsoldaten zu Geldstrafen zu je 1.250 Mark verurteilt – sie hatten in einer Kaserne den Hitlergruß gezeigt und Nazi-Lieder gesungen.

★ Joachim Auer, ehemaliger Chef der DSU-Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt, wurde wegen Veruntreuung von Parteigeldern zu einer 15monatigen Bewährungsstrafe verurteilt.

5. Dezember - Die Mündener Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Le Pen, Führer des französischen »Front National« wegen des Verdachts der Volksverhetzung. Er hatte zusammen mit Franz Schönhuber die Gaskammern als »*Detail der Geschichte*« bezeichnet.

6. Dezember - In Goyatz (Brandenburg) wurden zwei Nazis aus einer Disco geworfen, weil sie Nazi-Lieder gegrölt hatten. Vor der Disco verprügelten sie anschließend einen 18jährigen.

10. Dezember - Drei Männer haben in Eisenhüttenstadt (Brandenburg) einen internationalen Imbiß überfallen und dabei zwei Männer aus dem ehemaligen Jugoslawien verletzt. Gegen einen der Täter wurde Haftbefehl erlassen.

★ Wegen eines rassistisch motivierten Brandanschlages auf ein von Aussiedlern bewohntes Haus im Wellendingen (Ba-Wü) vom März 1997 wurde ein 27jähriger zu fünf Jahren Haft verurteilt.

11. Dezember - Die Staatsanwaltschaft Chemnitz teilte mit, sie ermittle gegen den Bürgermeister der sächsischen Stadt Waldenburg, Karsten Loos (CDU), wegen der Verbreitung rechtsextremer Schriften. Im Rathaus der Stadt lag eine Broschüre des rechtsextremen »Schutzbund für das Deutsche Volk« aus, die sich u. a. unter dem Titel »*Weniger wäre mehr*« mit »*Überfremdung*« befaßt.

★ Der DVU-LV-Hessen traf sich zu einem sog. Stammtisch im Raum Hersfeld-Rotenburg. Eingeladen waren Mitglieder aus Fulda, Hünfeld, Schlitz, Lauterbach, Melsungen und Eschwege. Konrad Bentz (An der Stiegel 7, 36251 Bad Hersfeld) stellte seinen Anschluß (0 66 21/654 70) für ein Info-Telefon zur Verfügung.

12. Dezember - Bei einer großangelegten Aktion gegen AntifaschistInnen durchsuchte die Polizei neun Wohnungen in Berlin sowie je eine Wohnung in Göttingen und in Kyritz (Brandenburg). Der Vorwurf lautete unter anderem auf »Aufforderung zu Straftaten«. Es handelte sich um Aufkleber gegen den geplanten NPD-Kongreß am 7. Februar in Passau mit der Aufschrift »NPD-Kongreß angreifen«.

★ Im brandenburgischen Eberswalde haben fünf Jungnazis zwei Passanten überfallen. Ein 30jähriger türkischer Mann wurde dabei durch Schläge mit Baseballschlägern lebensgefährlich verletzt. Die Polizei nahm die 17 bis 21jährigen Nazis fest, sie kamen in U-Haft.

★ Auf ein AussiedlerInnenheim im brandenburgischen Schönerlinde (Kreis Barnim) wurde ein rassistischer Brandanschlag verübt. Es wurde eine Brandflasche auf das Haus, in dem u. a. JüdInnen aus der ehemaligen SU untergebracht sind, geworfen. Die Polizei ermittelte vier Tatverdächtige und nahm drei von ihnen unter dem Vorwurf der schweren Brandstiftung und des versuchten Mordes fest.

★ In Frankfurt/Oder wurden 15 junge Nazis festgenommen, als sie »Sieg-Heil«-rufend durch die Stadt zogen und den Hitlergruß zeigten. Zudem beschossen sie zwei PassantInnen mit einer Gaspistole.

★ Die Staatsanwaltschaft Hamburg teilte mit, sie ermittle gegen zwei Polizisten, die einen Afrikaner auf einer Wache geschlagen haben sollen. Ein Dienstraum wurde durchsucht.

13. Dezember - Auf Initiative der Autonomen Antifa Heidelberg fand in der Mannheimer FußgängerInnenzone eine Aktion gegen einen Stand der NPD und der JN statt. Der Versuch von NPD/JN, einen Infotisch aufzubauen und eine Kundgebung durchzuführen, konnte von aktiven AntifaschistInnen gemeinsam mit Mannheimer BürgerInnen verhindert werden. Die Nazis mußten in Polizeibussen vom Platz gebracht werden.

★ Ein AsylbewerberInnenheim in Ladebow bei Greifswald (Meck-Pomm) ist am späten Abend zweimal überfallen worden. Kurz vor 22 Uhr drangen mehrere unter anderem mit einer Axt und mit Knüppeln bewaffnete Nazis in das Heim ein und riefen Nazi-Parolen. Als Alarm ausgelöst wurde, flüchteten die Angreifer. Als die inzwischen angekommene Polizei wieder verschwunden war, kamen die Nazis zurück und beschimpften die HeimbewohnerInnen verbal.

14. Dezember - Im hessischen Rimbach hatte die JN unter dem Motto »*Durchsetzung von Sicherheit, Recht und Ordnung*« einen Aufmarsch angemeldet, der jedoch von der Gemeinde verboten wurde. Anlaß waren Schlägereien aus dem Umfeld der JN und Selbstschutzgruppen meist türkischer Jugendlicher Ende Oktober 1997.

★ Von vier Jugendlichen und zwei Kindern wurde die sächsische Autobahnkirche in Uhyst mit faschistischen Parolen beschmiert. Die Tatverdächtigen hatten bereits zwischen Mai und November 1997 die Kirche im Innenbereich mehrfach beschädigt.

15. Dezember - Die Polizei von Stade ermittelte, daß eine rund 40köpfige Skinhead-Gruppe aus Bevenstedt (Niedersachsen) für etwa 70 Gewalttaten des vergangenen Jahres verantwortlich sei. Bei Hausdurchsuchungen im Dezember 1996 und im Mai 1997 wurden bei den Nazis umfangreiches NS-Material und eine Vielzahl von Waffen beschlagnahmt.

16. Dezember - Anläßlich des Gedenktages für die rund 500.000 von den Faschisten ermordeten Sinti und Roma fanden bundesweit Veranstaltungen statt.

17. Dezember - Im Prozeß gegen den heute 75jährigen NS-Täter Ernst H. wegen Beihilfe zum Mord hat die Staatsanwaltschaft vor dem Jugendgericht Köln eine zweijährige Jugendstrafe auf Bewährung gefordert. Es sei nachgewiesen, daß H., damals 19jährig, als ukrainischer Wachposten neben einer Grube stand, in der 19 Kinder im Alter zwischen sechs Monaten und zehn Jahren erschossen wurden.

★ Am frühen Morgen wurden in Berlin bei zwei Hotels der Firmengruppe »SORAT« die Fensterscheiben eingeworfen. In einem BekennerInnenschreiben schrieben die sich als »Autonome Gruppe« bezeichnenden AntirassistInnen, SORAT profitiere »*direkt von der Politik des staatlichen Rassismus und der Ausgrenzung von Flüchtlingen*«. Die Firmengruppe beteiligt sich trotz kontinuierlicher antirassistischer Proteste weiter am rassistischen Lebensmittelgutscheinsystem für Flüchtlinge.

20. Dezember . In Anschluß an ein »Rock gegen Rechts«-Konzert im Nürnberger Jugendzentrum KOMM kam es zu Krawallen mit der Polizei, nachdem ein Rechtsreferent kurzerhand das KOMM für geschlossen und die Musikveranstaltung für verboten erklärt hatte. Zum Jahreswechsel 97/98 kündigte die Stadt den Mietvertrag für das selbstverwaltete Zentrum. Über 16 Gruppen und Organisationen hatten das dreitägige Festival »Unser Rhythmus gegen das System - Rock gegen Rechts und Freiheit für alle politischen Gefangenen« organisiert.

21. Dezember - In Beuren (Thüringen) wurde ein Nazi-Konzert, unter anderem mit der Kasseler Band »Hauptkampflinie«, von der Polizei verhindert. Das Konzert war als private Geburtstagsfeier getarnt und fand in der Gaststätte »Gutshof« statt.

★ In Grimma bei Leipzig organisierten Nazis, beobachtet von der Polizei, eine »Sonnenwendfeier«.

22. Dezember - Ein 38jähriger Mann chinesischer Herkunft wurde in der Berliner S-Bahn von einer 10köpfigen Skinheadgruppe zusammengeschlagen und dabei so schwer verletzt, daß er mit einem Schädelbruch ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Bevor die Skins festgenommen wurden, attackierten sie noch ein 15jähriges Mädchen. Gegen zwei 18jährige Nazis wurde Haftbefehl wegen gefährlicher Körververletzung erlassen, wobei ein Nazi Haftverschonung bekam.

★ Zu Rangeleien mit der Polizei kam es vor der Aktionärsversammlung der IG Farben bei Frankfurt, als rund 250 Menschen versuchten, die Einfahrt zum Treffen zu blockieren. Die IG Farben war seit 1925 Finanzier der NSDAP und u. a. Herstellerfirma des Giftgases Zyklon B, mit dem in den NS-Vernichtungslagern Millionen Menschen umgebracht wurden.

23. Dezember - Zwei Nazis haben in einer Magdeburger Straßenbahn einen 26jährigen Mann aus dem Irak rassistisch beschimpft und mit einer Pistole bedroht.

25. Dezember - Bei einem Brandanschlag auf ein überwiegend von türkischen Menschen bewohntes Haus in Ludwigsburg-Hoheneck bei Stuttgart wurden fünf Menschen verletzt.

27. Dezember - Im ehemaligen »Chaoten-Bezirk-Nr. 1« in Berlin-Kreuzberg fand am Abend ein »White-Power-Konzert« mit vier Nazi-Bands und mehreren hundert Nazis statt. Von zahlreichen Polizisten in Zivil geschützt, spielten »Freikorps«, »Radikahl«, »Pluton Svea« und die US-amerikanische Band »Max Resist«. Zeitgleich wurde das linke Café M99 in Kreuzberg von Polizisten gestürmt. Nachdem die 20 BesucherInnen des Antifa-Cafés auf die Straße gesetzt wurden, hinterließen Unbekannte im Hauseingang des Cafés Nazi-Parolen. In Berlin- →

Friedrichshain kam es ebenfalls zu mehreren Übergriffen von Nazis auf links aussehende Menschen.
★ In Kirchheimbolanden bei Mainz drangen 22 Nazi-Skins am späten Abend in ein Lokal ein, zettelten zuerst Streit und dann eine Schlägerei an. Ein 40jähriger schwarzer US-Bürger wurde von den Nazis lebensgefährlich verletzt. Einer der 16- bis 26jährigen Skins wurde ebenfalls schwer verletzt.

30. Dezember - Bislang unbekannte Täter haben in Berlin-Mitte den Gedenkstein der Jüdischen Gemeinde zu Berlin geschändet. Bei dem Anschlag wurde das Mahnmal umgeworfen und komplett zerstört. Bereits am 28. Februar 1998 wurde es wieder eingeweiht.
★ Mit einem »rechtzeitigen Neujahrsgruß« haben militante AntifaschistInnen in Heidelberg-Wieblingen den NPD-Nazi Helmut Braun überrascht. Am späten Abend fackelte ein »antifaschistisches neujahrskommando 1998« das Auto des ehemaligen Kassenwartes der inzwischen verbotenen NF ab. Heute ist Braun einer der aktivsten Nazis der NPD im Raum Rhein-Neckar.

31. Dezember - In Mahlow wurde ein 14jähriges Mädchen von fünf Jungen und zwei Mädchen im Alter von 15 bis 18 Jahren zusammengeschlagen. Die TäterInnen sprühten ihr ein Hakenkreuz auf die Brust und rasierten den Kopf kahl. Sie wurde in ein Krankenhaus eingeliefert. Die Tatverdächtigen wurden festgenommen.
★ Ebenfalls in Mahlow griffen zehn deutsche Jugendliche eine Türkin und drei Kosovo-Albaner an, beschimpften sie mit rassistischen Parolen und schlugen sie mit Stöcken und Flaschen. Zwei der Opfer erlitten leichte Verletzungen, ihr Auto wurde beschädigt. Es wurden zehn Tatverdächtige ermittelt.
★ In Eberswalde mußte sich ein türkischer Koch mit einem Dönermesser gegen eine Gruppe Jungnazis zur Wehr setzen. Ein 24jähriger hatte ihm zuvor eine Schreckschußpistole an die Stirn gehalten. Der 29jährige Koch fügte dem Angreifer schwere Verletzungen am rechten Arm zu, unter anderem wurde ein Finger abgetrennt. Die zehn Nazis hatten eine Scheibe in einem Gebäude neben dem Lokal eingeschmissen. Als der Koch sie deswegen zur Rede stellen wollte, bedrohte ihn der 24jährige mit der Schreckschußpistole. Der Koch wurde festgenommen, gegen ihn wird wegen Verdachts auf schwere Körperverletzung ermittelt. Gegen die Nazis wurden Platzverweise ausgesprochen.
★ Ebenfalls in Eberswalde löste die Polizei eine Feier von ca. 100 Nazis auf, die »Sieg Heil« gerufen und Nazimusik abgespielt hatten. Acht Personen wurden vorübergehend festgenommen.
★ In Milow (Uckermark) löste die Polizei ein Nazikonzert in einer als Nazitreffpunkt bekannten Kneipe mit 100 Teilnehmern auf, nachdem diese »Heil Hitler«gerufen hatten. Bei der Räumung der Kneipe wurden Polizisten mit Steinen beworfen, zwei Beamte leicht verletzt und zwei Funkstreifenwagen beschädigt. Acht Personen wurden vorläufig festgenommen. In Stadthagen (Niedersachsen) wurde ein 21jähriger Türke von zwei Naziskins niedergestochen und schwer verletzt. Gegen die Täter war bereits mehrfach wegen Körperverletzung ermittelt worden.
★ In Sangerhausen (Sachsen-Anhalt) drangen etwa sieben Jugendliche in ein Behindertenheim ein und traktierten etwa 20 taubstumme Bewohner. Zwei Bewohner und ein Betreuer wurden verletzt. Die Polizei nahm vier Tatverdächtige im Alter von 15 bis 24 Jahren fest. Der Betreuer hatte die jugendlichen Nazis auf ihre kurzen Haare angesprochen, worauf sie die Baracke, in der die Taubstummen Silvester feierten, stürmten, einen Feuerlöscher entleerten und das Mobiliar zerschlugen. Einem Behinderten schlugen sie eine Bierflasche über den Schädel, einem zweiten traten sie in den Unterleib. Beide mußten schwer verletzt ins Krankenhaus. Der Betreuer erlitt leichte Kopfverletzungen. Ein Polizeisprecher erklärte, der Überfall sei nicht geplant gewesen und ein rechtsradikaler Hintergrund auszuschließen.
★ Im sächsischen Niesky warfen Naziskins Böller in eine türkische Gaststätte und riefen rassistische Parolen.
★ In Berlin wurde der Grabstein zum Gedenken an die ermordeten Berliner Juden in der Großen Hamburger Straße zerstört.
★ In Stade wurde ein Libanese von einem Unbekannten erschossen, während er vor seinem Haus Feuerwerkskörper entzündete.
★ In Griesheim (Hessen) gab es eine Schlägerei zwischen 50 deutschen und türkischen Jugendlichen.
★ In Brand-Erbisdorf (Sachsen) wurden zwei Rußlanddeutsche angegriffen und verletzt.
★ In der Dresdener Neustadt gab es eine Auseinandersetzung zwischen Nazis und Antifas, drei Männer wurden verletzt.

1. Januar - In Stadthagen (Niedersachsen) kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen türkischen Jugendlichen und Nazi-Skins, in deren Folge zwei Nazis einen 22jährigen Türken niederstochen.
★ Acht bis zehn jugendliche Nazis haben in Frankfurt/Oder Nazi-Parolen gerufen, sechs wurden festgenommen.

2. Januar - Im brandenburgischen Wiesenburg (Potsdam-Mittelmark) wurden drei deutschstämmige Männer aus der ehemaligen UdSSR von mehreren Nazis gejagt und angegriffen. Zuvor wurde das Auto der Männer von der vier- bis sechs-köpfigen Nazi-Gruppe beworfen und mit Knüppeln beschädigt.

5. Januar - Weil sein Asylantrag bereits zum zweitenmal abgelehnt wurde, hat sich ein 24jähriger Flüchtling aus Kurdistan vor einer Tankstelle in Wesel mit Benzin übergossen und angezündet.
★ Rund 250 BürgerInnen aus Tübingen (Ba-Wü) protestierten vor der Kreissparkasse gegen Polizeiübergriffe gegen drei Schwarze im Dezember '97.

8. Januar - Am frühen Morgen zerstörte ein »Autonomes Kommando Butter vor die Säure« die Glasfront des Hotels »Jägerhaus« bei Esslingen (Ba-Wü) und kippten im Veranstaltungsraum Buttersäure aus. In dem Hotel sollte eine Feier mit dem Chef der Republikaner, Rolf Schlierer, stattfinden.

9. Januar - Am Abend kam es in Weimar zu einer Auseinandersetzung zwischen den rassistischen Türstehern der Disco »MAD« und zwei Gästen. Die zwei jungen Männer türkischer Herkunft wurden von einem anderen Besucher rassistisch beschimpft und anschließend von den Türstehern rausgeworfen, wobei diese die beiden ebenfalls rassistisch beleidigten. Einer der türkischen Männer rief »Scheiß Nazis«, und die Türsteher gingen mit Fäusten und Schlagstöcken auf die beiden los. Nach Prügeln und schweren Verletzungen versuchte sich einer der beiden jungen Männer mit einem Messer zu wehren und verletzte einen Nazi-Türsteher. Anschliessend wurden die beiden angegriffenen jungen Türken wegen versuchten Totschlags in U-Haft genommen.
★ Weil *»ein Coburger Kamerad durch Ausländer verletzt wurde«*, organisierten Nazis am 17. Januar 1998 einen Aufmarsch in Erfurt.

10. Januar - Der Eingang des Jüdischen Friedhofs in Potsdam wurde mit Hakenkreuzen, SS-Runen und dem Schriftzug »Sieg Heil!« beschmiert.
★ Ein 18jähriges Mädchen wurde bei einem Überfall von zwei Naziskins schwer verletzt. Die Skins stießen das Mädchen vom Rad und traten auf sie ein.

11. Januar - In Chemnitz warfen Nazis an einem Punkertreffpunkt zwei Brandsätze auf einen Kleintransporter. Anschließend zogen sie zu einem von Linken bewohnten Haus und warfen weitere zehn Brandflaschen in eine Menschengruppe und gegen das Haus. Vier Tatverdächtige zwischen 17 und 28 wurden festgenommen. Ein 17jähriger Hauptverdächtiger wurde in Untersuchungshaft genommen.
★ In Pößneck (Thüringen) wurden 17 Nazis im Alter zwischen 16 und 21 Jahren verhaftet, die den Hitlergruß gezeigt und Naziparolen gegrölt hatten.
★ In Reutlingen verwüsteten zwei 15 und 16 Jahre alte Jungen eine evangelische Kirche und malten Hakenkreuze und Davidsterne an die Wände.
★ Das Verwaltungsgericht Mainz entschied, daß der Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz die Reps nicht mehr überwachen darf.
Die Gruppe »Piraten und Piratinnen« bekannte sich dazu, auf einem Motorschiff des Sorat-Hotels in Berlin-Tegel Feuer gelegt zu haben. Die Gruppe wollte damit auf die Beteiligung der Sorat-Firmengruppe am rassistischen Sachleistungssystem für Flüchtlinge aufmerksam machen.

13. Januar - In Lübeck/Stormarn fand ein DVU-Stammtisch statt. Info-Nummer war: 040 / 722 21 95 (Heinrich Henftling, Am Ladenzentrum 10. 21465 Reinbek).

14. Januar - Als zwei Jungrassisten in Zinnowitz einen farbigen Hamburger Profiboxer angriffen, setzte dieser sich zur Wehr. Er brach dem einen Angreifer das Nasenbein, der andere nahm Reißaus. Niemand erstattete Anzeige.
★ In Boizenburg (Meck-Pomm) stießen unbekannte Täter auf dem jüdischen Friedhof der Stadt 30 Grabsteine um und zertrampelten mehrere Gräber.
★ In Bielefeld gab es einen Brandanschlag auf ein von Migranten bewohntes Haus. Einige Bewohner kamen ins Krankenhaus Eine schwangere Frau wurde lebensgefährlich verletzt. Die Polizei schließt einen rassistischen Hintergrund aus.

15. Januar - In Berlin wurde die Wohnung zweier Antifas durchsucht, die beim Plakatieren erwischt worden waren. Es wurden 19 Aktenordner, ein Computer und ein Scanner beschlagnahmt. Die Unterzeile des Plakates gegen eine Veranstaltung der faschistischen Deutschland-Bewegung lautete »Antifa heißt Angriff!«, was nach Ansicht der Büttel eine Aufforderung zu Straftaten darstellt.

16. Januar - In Magdeburg wurde ein 21jähriger von zwei Nazis überfallen und durch einen Schuß aus einer Gaspistole an beiden Augen erheblich verletzt. Am Nachmittag hatten rund 1.000 Menschen mit einer Lichterkette gegen rechte Gewalt demonstriert.
★ In einer Supermarktfiliale der Handelskette TIP wurde eine 25jährige Frau aus Nigeria rassistisch beschimpft und verprügelt. KundInnen und TIP-Angestellte schauten tatenlos zu.

Rückblick: Landtagswahlen in Niedersachsen

Vielleicht hat sich in der Landtagswahl in Niedersachsen am 1. März die Äußerung eines Mitgliedes der DEUTSCHEN PARTEI (DP) als wahr erwiesen, daß es verwunderlich sei, daß sich die Presse so über seine Partei aufrege, wo doch einige Äußerungen von Noch-Ministerpräsident Gerhard Schröder zu weiten Teilen denen der DP und anderer rechtsextremer Parteien ähneln.

So konnte bei der Landtagswahl keine der beiden explizit rechtsextremen zur Wahl angetretenen Parteien DP und Republikaner (REPs) – NPD und DVU traten zu der Wahl nicht an - eine nennenswerte Anzahl von Wählerstimmen auf sich vereinigen. Vielmehr trug die SPD mit 48,8% der Stimmen einen klaren Sieg davon. Dennoch machen auch die knapp 1,7% der Stimmen, die eines der »Originale« wählten, einen Rückblick aus antifaschistischer Sicht auf den Wahlkampf notwendig.

Den Auftakt zum Landtagswahlkampf des rechtsextremen Lagers stellte die Festveranstaltung zum »Tag der deutschen Einheit« am 3. Oktober auf dem Kyffhäuser (ein seit dem 19. Jahrhundert sehr beliebtes Symbol von Nationalisten jeder Couleur) dar, zu der unter anderem ALFRED MECHTERSHEIMER aufgerufen hatte. HEINER ERNST KAPPEL, Generalsekretär des BUND FREIER BÜRGER – OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND, DIE FREIHEITLICHEN, hielt die Festrede; Vertreter der DSU und des BFB waren ebenfalls auf der Redeliste zu finden. Die Veranstaltung war unter dem Motto *»Für eine gemeinsame Deutsche Zukunft 1998 – Kein Euro, kein Maastricht–Europa, keine Multikultur!«* angekündigt worden. Nicht weniger öffentlichkeitswirksam zogen auch die Reps mit einer Kampagne gegen den Euro in die Schlacht. Obgleich die Nähe zu den Reps nicht von vornherein offengelegt wurde, riefen spätere Landtagswahlkandidaten einen INITIATIVKREIS VOLKSBEGEHREN ins Leben, der ein Referendum gegen die Maastrichter Verträge erreichen sollte. Die Hürde von 25.000 erforderlichen Stimmen wurde allerdings nicht überwunden, so daß daraus für die Landtagswahl der Reps kein propagandistischer Gewinn gezogen werden konnte. Ganz im Gegenteil fiel in der Folge der Kreisverband der Reps in Hannover auseinander, denn der Ratsherr und Kreisvorsitzende GERHARD WRUCK sowie der Bezirksratsherr und Mitgründer der Reps in Hannover, GÜNTER LÜDTKE, traten aus dem Verband aus und zogen vermutlich die Hälfte der ca. 50 Mitglieder in Hannover mit sich.

Da nun die Eurokampagne als gescheitert angesehen werden konnte, mußte wieder auf die »klassischen« Themen der Rechtsextremen zurückgegriffen werden. Ein Dilemma gleichwohl, daß die von den Repss und der DP anvisierte Zielgruppe, die auf Populismen wie *»Wer unser Gastrecht mißbraucht, für den gibt es nur eins: Raus und zwar schnell!«* anspringt, sich unterdessen aber eher in der Wählerschaft der SPD wiederfindet.

Spitzenkandidat der Reps war PETER LAUER, Oberstudienrat eines hannoverschen Gymnasiums, der zugleich Landesvorsitzender der Reps ist. Seinen Angaben zufolge war er von 1965 bis 1974 Mitglied der NPD, in der er mehrere Jahre als Mitglied des Bundesvorstandes tätig war und für die er eine Jugendgruppe in der Landeshauptstadt Hannover betreute. Insgesamt kandidierten 18 Personen für die Reps, darunter zwei Frauen.

Die DP wartete mit einer Kandidatenliste von 12 Personen auf. An vierter Stelle stand dort WILKEN WESELOH, der der Bundesgeschäftsführung seiner Partei angehört und der zu den Mitunterzeichnern des Aufrufes zur Festveranstaltung auf dem Kyffhäuser gehörte.

Die zentralen Wahlkampfveranstaltungen beider Parteien fanden in Hannover und Verden an der Aller statt. Am 13. Februar trafen sich etwa 100 AnhängerInnen der Reps im Congreß-Centrum-Hannover. Unter den Rednern waren Spitzenkandidat PETER LAUER und der Rep-Bundesvorsitzende, ROLF SCHLIERER. In Verden kamen einen Tag später bei der Wahlkampfveranstaltung der DP nicht mehr als 50 Personen zusammen, die den Reden des Vorsitzenden JOHANNES VON CAMPENHAUSEN und der Gastreferenten lauschten. Letztere waren HUBERT DORN, Vorsitzender der BAYERNPARTEI und SIEGFRIED STRELOW, Bundessprecher der UNABHÄNGIGEN ÖKOLOGEN DEUTSCHLANDS (UÖD). Bemerkenswert hierbei die Querverbindungen der rechten Splittergruppen untereinander: Während Strelow als Vertreter der UÖD bei der DP zu Gast weilte, ist JÜRGEN WIRTZ, Platz 6 der Kandidatenliste der Reps, ebenfalls früher bei der UÖD aktiv gewesen (als Redaktionsmitglied der parteieigenen Zeitung). Bei der zweiten Veranstaltung der DP, am 21. Februar in Hannover, war Heiner Kappel als Gastredner zugegen. Diese letzte Veranstaltung deutete bereits auf die Bundestagswahl im kommenden Herbst hin, für die die Landtagswahl als Indikator dienen sollte.



Rolf Schlierer, Klaus Zeidler und Gerhard Tempel (v.l.n.r.) bei einer REP-Wahlveranstaltung

Sehr verhalten waren in dieser gesamten Wahlkampfperiode die Reaktionen von Seiten der Antifa, wenn nicht Veranstaltung von DP oder Reps (wie am 21.2. in Hannover geschehen) völlig unbehelligt von antifaschistischer Seite blieben. Einzig eine Veranstaltung der Reps in Hameln, die am 11. Februar stattfinden sollte, konnte erfolgreich verhindert werden. Parallel dazu konnte die sich rechtspopulistisch bis rassistisch gebärdende SPD auch einen Großteil der rechten Stimmen auf sich vereinen.

Im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl wird es – bei aller Notwendigkeit, die rechtsextremen Wahlparteien aufmerksam zu beobachten und zu behindern – genauso wichtig sein, den kontinuierlichen Rechtsruck innerhalb der bürgerlichen Parteien SPD, CDU/CSU und FDP zu thematisieren. Dies gilt insbesondere in den Bereichen Innere Sicherheit und Sozialpolitik. ■

Allianz der Geschichtsleugner – Teil 4

Auch in Dresden dienten die Aktivitäten gegen die Wehrmachtsausstellung als Scharnier zwischen Konservativen und Neonazis

Vom 20. Januar bis zum 1. März 1998 wurde in Dresden die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« gezeigt. Wie an vielen anderen Orten der Republik rüstete sich auch hier der rechte Rand, um gegen die vom Hamburger Institut für Sozialforschung konzipierte Exposition mobil zu machen. Neben dem NPD-Aufmarsch (siehe Artikel im Schwerpunkt) gab es auch zahlreiche Aktivitäten im Bereich zwischen Konservativen und extremer Rechte.



Hans Holger Malcomeß als Redner beim politischen Aschermittwoch der DSU

Keine geringere Institution als die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) hatte im Vorfeld der Ausstellung zu einer Veranstaltung unter dem Titel *»Reemtsma-Ausstellung: Aufklärung oder Hetze?«* nach Dresden geladen. Als Referenten waren Oberstleutnant a.D. Alfred Mechtersheimer, Generalleutnant a.D. Franz Uhle-Wettler und Graf Heinrich von Einsiedel, Bundestagsabgeordneter der PDS und nationaler Patriot, vorgesehen. Ein Bundestagsabgeordneter der Grünen hatte seine Teilnahme abgesagt, nachdem er erfahren hatte, daß er mit den umtriebigen Rechtsradikalen Mechtersheimer und Uhle-Wettler auf dem Podium sitzen sollte. Doch nicht nur die Teilnahme dieser beiden führte die Frage im Titel der Veranstaltung ad absurdum: Auch Guido Mathes, Mitarbeiter der Landeszentrale, Organisator und Diskussionsleiter der Veranstaltung, kann als Musterbeispiel für die rechte Orientierung der Landeszentrale bezeichnet werden. Laut Junge Freiheit fungierte er als Generalsekretär der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, einem antikommunistisch ausgerichteten Überbleibsel des Kalten Krieges. Seine inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte können dem aktuellen Programm der SLpB entnommen werden – es sind vor allem Themen zur »Vertreibung« der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. So paßt dann auch ins Bild, daß er im November 1994 bei der als rechtsextrem einzuschätzenden Kölner Burschenschaft Germania referierte. Damals wurde er als Mitglied der Paneuropa-Jugend angekündigt.

Nachdem Heinrich Graf von Einsiedel die Veranstaltung aus Protest verlassen hatte, war es Mechtersheimer, Uhle-Wettler und Mathes somit möglich, zu dritt an einem angeblichen *»Vaterkomplex«* von Jan Philipp Reemtsma zu basteln und ihre geschichtsleugnerischen Inhalte zu verbreiten. Mechtersheimer gab seine These zum Besten, daß *»man einem Volk die Friedensfähigkeit nimmt, wenn man ihm seiner Würde beraubt«* und machte auf diesem Wege deutlich, wie die Umkehrung der Schuldfrage aussieht, die Täter zu Opfern stilisiert. Mathes antwortete mit seinen Ausführungen über die *»bewußte Diffamierung Millionen unschuldiger Wehrmachtssoldaten«* und dem Vorwurf, daß ihn dies an die *»Nationalzeitung«* erinnere. Unter den etwa 110 Besuchern der Veranstaltung waren unter anderem Stephan Pockrandt, Herausgeber der rechtslastigen Grufti-Zeitschrift Sigill, Christian Striefler, derzeit verantwortlich für das Ressort Geschichte bei der Sächsischen Zeitung und ehemals Mitorganisator der Berliner Dienstagsgespräche, und Rüdiger Kollar, Kreisobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Die Dresdner Freitagsgespräche

Bereits fünf Monate vor Eröffnung der Ausstellung hatten die Dresdner Freitagsgespräche (DFG) eine Initiative gegen die pauschale Verurteilung der Wehrmacht gegründet, die jedoch nur begrenzt in Erscheinung trat. Die DFG wurden 1994 maßgeblich von Mitgliedern der Dresdner Jungen Union der Deutsche Soziale Union (JU der DSU) gegründet. Einer der führenden Köpfe dieses konservativen Gesprächskreises war Hans-Holger Malcomeß, der – obwohl erst 24 Jahre alt – schon ein sehr aktives Leben in rechtskonservativen und rechtsradikalen Kreisen hinter sich hat: Im Februar 1990 trat er der DSU bei, als aktiver Mitstreiter bei deren Jugendorganisation schaffte er 1993 den Sprung in den Landesvorstand und avancierte zwei Jahre später zum 2. Bundesschriftführer. Parallel dazu begann sein Engagement bei der inzwischen verbotenen Wiking Jugend (WJ). Gemeinsam mit dem ehemaligen sächsischen WJ-Gauleiter Frank Kaden war sein Name auf den Anmeldelisten für die 16. Gästewoche der Deutschen Kulturgemeinschaft zu finden.

Nachdem sich die JU der DSU im Frühjahr 1995 aufgelöst hatte, widmete sich Malcomeß intensiv dem Aufbau der Dresdner Freitagsgespräche und des Jugendbildungskreis für Neue Kultur e.V. Letzterer sollte der Trägerverein für eine stadtweite Schülerzeitung, der AhalbeTquadrat, sein. Sie war als gemeinsames Projekt von rechten und linken Jugendlichen konzipiert und sollte eine effektive Schülervertretung gegenüber der städtischen Jugendpolitik darstellen. Auf einer Liste, die die Namen derjenigen enthält, welche für eine eventuelle Mitarbeit bei der AhalbeTquadrat angesprochen werden sollten, waren auch Katharina Handschuh, ehemalige Bundesmädelbeauftragte der JN, Jens Herrmann, Gründungsmitglied der Sigill und heute Mastermind beim Kleinstlabel Mjölnir Tonkunst, und das Mitglied der Dresdner Burschenschaft Cheruscia, Konrad Schönherr, zu finden. In einem persönlichen Brief an Frank Kaden bot er auch ihm die Mitarbeit an der Zeitung an. Im Verlauf des Jahres 1995 erschienen insgesamt fünf Ausgaben der Zeitung, die als versuchte Weiterführung der Politik der JU der DSU bewertet werden kann.[1]

Das Winterkolleg der Freien Deutschen Sommeruniversität

Wie eng die Verbindungen zwischen DSU, DFG und anderen Rechtsaußengruppierungen sind, bewiesen die letzten Tage des Februars. Für diese Zeit hatte Holger Szymanski bereits im Januar im Namen der Akademische Ferialverbindung Rugia Karlsbad (AFV! Rugia) zum Winterkolleg der Freien Deutschen Sommeruniversität (FDS) nach Dresden geladen. Die FDS entstand im Spätsommer 1995 als rechte Abspaltung von der Sommeruniversität der Jungen Freiheit, da sich diese zu jener Zeit dem bürgerlich-konservativen Lager öffnen wollte und einige ihrer Mitstreiter feuerte. Sprecher der AFV! Rugia sind der Witikone Hans-Ulrich Kopp, und Winfried Knörzer, die neben Holger Szymanski auch die Veranstaltungleitung in Dresden übernahmen.

Zum Thema *»Erkenntnisse der Militärgeschichte«* wurde eine Reihe namhafter Referenten des rechtskonservativen und rechtsradikalen Spektrums angekündigt.

Durch kurzfristige Veränderungen traten schlußendlich Franz Uhle-Wettler, der Nürnberger CSU-Stadtrat MICHAEL KAISER, der Fliegeroffizier der Wehrmacht JOHANNES MOHN, FRANZ W. SEIDLER und der ehemalige Sprecher der Deutschen Burschenschaft Hans-Ulrich Kopp als Referenten auf. Kaiser sprach über seinen Aufbaueinsatz in Ruanda. Grundtenor des Vortrages war, daß die Weißen den Schwarzen zeigen müßten, was zivilisiert heißt, aber doch darauf geachtet werden sollte, daß das Problem *»da unten«* bleibe. Im Zuge dessen berichtete er auch vom Bau von Latrinen für die Flüchtlinge, die aufgrund eines Konstruktionsfehlers einbrachen und kommentierte lakonisch: *»Da sind halt ein paar Kinder in der Scheiße ertrunken. Irgendwann müssen die mal selber damit klarkommen«.*

Die anderen Referenten polemisierten mit den für sie typischen Argumentationslinien gegen die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944«. Im Anschluß an die Vorträge wurde am Sonntagmorgen das Militärgeschichtliche Museum in Dresden besucht. Vor dem Museum beteiligten sich etwa 20 Besucher des Winterkollegs, in der Mehrzahl Burschenschaftler, an einem Angriff auf einen Fotografen. Maßgeblich daran beteiligt war Winfried Knörzer. Am Ende des Wochenendes wurde bekanntgegeben, daß das nächste Winterkolleg wahrscheinlich in Nürnberg stattfinden soll. Als Vorortorganisator hatte sich Michael Kaiser, der auch dem dortigen GARNISIONSMUSEUM vorsteht, angeboten.



Jürgen Schwarz von der Dresdner DSU

Winfried Knörzer (links) und ein weiterer Teilnehmer des Winterkollegs beim Museumsbesuch



Anmelder der Räumlichkeiten an der Technischen Universität war STEFAN TAUSCH-MARTON, ehemals Sprecher der Dresdner Freitagsgespräche und Mitglied im DSU-Kreisvorstand Dresden. Die Anmeldung lief dabei im Namen des Jugendbildungskreises für neue Kultur e.V., dessen Infrastruktur auch zum Verschicken der Einladungen genutzt worden war. Für die inhaltliche Umrandung sorgten Büchertische. Das umfangreichste Angebot stellte dabei das Mitglied der REPS, BERT WAWRZINEK. Er betreibt in Dresden ein Antiquariat und war 1990 maßgeblich an der Gründung des regionalistischen SACHSENBUND E.V. beteiligt. Einen weiteren Stand betreute der Quedlingburger NPD-Kader STEFFEN HUPKA. Er bot dem geneigten Publikum Ausgaben seines Periodikas UMBRUCH und der KRITIK an. Ansonsten war von der FAZ bis hin zu Veröffentlichungen des Auschwitzleugners UDO WALENDY ein breites Sortiment an Publikationen im Angebot. Unter den wenigen weiblichen Teilnehmern der etwa 90 Interessierten befand sich ILSE-CAROLA SALM, die alte Dame der deutschen Rechtsextremisten.

Den Teilnehmern wurde neben dem Winterkolleg ein umfangreiches Angebot an Veranstaltungen in Dresden geboten. Dazu gehörten auch der »Politische Aschermittwoch der DSU«. Dieser wurde maßgeblich von Hans-Holger Malcomeß organisiert. Als Referenten wurden WOLFGANG SCHWARZ, DSU-Mitglied im Dresdner Stadtrat und stellvertretender Vorsitzender der sächsischen DSU, ULRICH LUPART, sächsischer Landesvorsitzender der DSU und Pater LOTHAR GROPPE in den Plenarsaal des Dresdner Rathauses geladen. Der Fundamentalchrist Groppe war in der Vergangenheit Leiter der deutschen Sektion von RADIO VATIKAN und ist Kuratoriumsmitglied im INSTITUT FÜR KONSERVATIVE BILDUNG. In Bezug auf die in der Ausstellung gezeigten Bilder meinte Groppe während der DSU-Veranstaltung, daß es *»nicht mal ersichtlich«* sei, *»ob ein ordentliches Gerichtsverfahren stattgefunden hat«* und daß die *»Gesetze des Krieges hart«* wären.

Konsequenzen

Mit der Veröffentlichung eines längeren Beitrages über das Winterkolleg der AFV! Rugia im Stern kamen zumindestens die Vorortorganisatoren in Bedrängnis. *»Ich werde dieses Jahr 25, habe noch keine eigene Wohnung, kein eigenes Auto und als Student kein eigenes Einkommen. Sie sehen, auch ich muß mich in eigener Initiative und selbstverantwortlich um meine eigene Existenzsicherung und später eventuell auch die einer Familie kümmern.«* Diese – gelinde gesagt etwas einfach gestrickt wirkenden – Zeilen schrieb Hans-Holger Malcomeß in einer Presseerklärung vom 4. März 1998. Er stilisiert sich in dem dreiseitigen Schreiben zum Opfer einer Verleumdungskampagne des Stern.

Seine Konsequenzen aus der Mitorganisation des Winterkollegs waren der Rücktritt von seinem Amt als Schriftführer des DSU-Kreisverbandes Dresden, der Rücktritt aus dem Vorstand des Jugendbildungskreises für Neue Kultur e.V. und die sofortige Auflösung der Dresdner Freitagsgespräche. Der DSU-Kreisverband Dresden bedauerte Malcomeß' Rücktritt und bezeichnete die Veröffentlichungen der Medien als *»Hexenjagd«*. Malcomeß war bereits im September 1996 einmal vom Amt als Vorsitzender des Vereines zurückgetreten – damals deckte die antifaschistische Zeitschrift »venceremos« die engen Verbindungen zwischen der DFG und dem Jugendbildungskreis auf. Schon zwei Monate später wurde er allerdings erneut zu dessen Vorsitzendem gewählt. Auch Stefan Tausch-Marton reichte seinen Rücktritt vom Amt als Schatzmeister des Jugendbildungskreises nieder.

Mit der Auflösung der Dresdner Freitagsgespräche wurde ein funktionierender Knotenpunkt zwischen Konservativen und Rechtsextremen außer Gefecht gesetzt. Mit seinem Anspruch, alle Interessierten, die einen *»positiven Bezug zur Nation«* hätten, könnten teilnehmen, erreichten die DFG in ihrem dreijährigen Bestehen die Etablierung eines überparteilichen Diskussionsforums, welches nun in dieser Form in Dresden nicht mehr existiert. Über diesen Erfolg hinaus sahen sich auch einige Vertreter des hier behandelten Spektrums mit dem Eingreifen beherzter AntifaschistInnen konfrontiert. Diese Erfahrung mußten Holger Szymanski, der mit einer Gruppe REPS Flugblätter verteilen wollte, und WALTHER ROERSCH aus Hamburg am Eröffnungstag machen. ■

1) Die Zusammensetzung des Vorstandes des Jugendbildungskreises hat sich inzwischen stark geändert. Die linken Leute verließen Ende 1995 das Zeitungs- bzw. Vereinsprojekt. Gegenwärtig setzt sich der Vorstand aus (ehemaligen) Mitgliedern der JU der DSU und der Jugendorganisation der CDU, der Jungen Union, zusammen. Seit seinem Bestehen bekam er ca. 18.000,- DM an städtischen Fördergeldern.

»Synergies Européennes«

Ein europäisches Netzwerk für die Europaideologie der »Neuen« Rechten

Manchmal stehen sogar in EUROPA VORN des »neu«rechten Nachwuchskaders MANFRED ROUHS Aussagen, die sich kaum bestreiten lassen, so in der Novemberausgabe 1997. Denn: *»(...)daß die Gesamtwirkung größer ist als die Summe der Wirkung der Einzelkomponenten...«*, sprich, daß fünf Finger eine Faust sind, die im allgemeinen schwerer zu brechen ist als ein einzelnen Finger, ist schon logisch. Da die »Neue« Rechte sich als intellektuell versteht, hat sie prompt ein geeignetes Fremdwort für diesen Effekt gefunden: Synergien. Und wenn verschiedene »neu«rechte Organisationen aus mehreren europäischen Ländern einen gemeinsamen Dachverband bilden, dann wird dieser folgerichtig SYNERGIES EUROPÉENNES genannt.

Jede der Mitgliedsgruppen behält dabei ihre Autonomie, bestimmt selbst, mit wem und wie sie auf nationaler Ebene kooperiert. Man will als Verband ein Abbild dessen sein, was man als Konzept für eine gesamteuropäische Politik fordert: *»Die Dialektik von Zentralität und Subsidiarität«*. Gemeint ist damit: Es soll eine Verlagerung der politischen Entscheidungsebene von den Nationalstaaten auf ein europäisches Reich einerseits und auf die (Euro-) Regionen andererseits stattfinden. In der Vorstellungswelt der Neurechten soll, was auf unterer Ebene entschieden werden kann und muß (z.B. regionale Entwicklungs- oder Verkehrsplanung), dort auch beschlossen werden. Nur wenn die jeweilige Ebene nicht in der Lage sei, so die neurechte Vorstellung weiter, Aufgaben zu erfüllen, werden diese an die nächst höhere Stufe delegiert.

Für das zu von der »Neuen« Rechten angestrebte, noch zu schaffende europäische Reich stehen dann die Außen- und die Militärpolitik sowie die Außenwirtschaftsbeziehungen im Zentrum der Aufgabenfelder. Der Politik kommt in diesem Modell das Primat, d.h. der Vorrang gegenüber der Ökonomie zu.

Diese politischen Ideen der Synergies Européen haben mit dem traditionellen Nationalstaatmodell des Neofaschismus nur noch wenig gemeinsam. Für die alte Rechte und die neofaschistischen Wahlparteien ist ein *»Europa der Vaterländer«* das Ziel, also keinesfalls ein Bundesstaat, sondern bestenfalls ein Staatenbund, der bessere Verwertungsbedingungen für das europäische Großkapital sowie die Möglichkeit zur Entfaltung größeren außenpolitischen Drucks gegen Drittstaaten bietet. Bei den Wahlparteien der extremen Rechten stellt der Nationalismus weiterhin das entscheidende ideologische Moment dar. Die internationale Zusammenschluß rechtsextremer Wahlparteien als eine Art von »Internationale der Nationalisten« hat als Hauptziel letztlich die bessere Verwirklichungsmöglichkeit der nationalistischen Bestrebungen.

Für die »Neue« Rechte dagegen ist der Nationalstaat zur Erfüllung der großen und umfassenden Aufgaben (z.B. Ökologie) zu klein. Für die regionalen, auf ein bestimmtes Gebiet bezogenen, den Alltag der Menschen direkter betreffenden Aufgaben seien die Strukturen des Nationalstaats jedoch zu groß und unbeweglich. Die »Neue« Rechte will aber auch nicht in den umgekehrten Schluß verfallen, an die Stelle der bisherigen Nationalstaaten einfach eine »Nation Europa« zu setzen. Einem solchen Gebilde würde ihrer Ansicht nach von Anfang an ein wesentlicher Mangel anhaften: Die noch fehlende europäische Identität, die gemeinschaftsbildend wirken könnte. ALAIN DE BENOIST, Chefideologe der europäischen »Neuen« Rechten, sagt von sich selbst: *»Ein Slogan wie 'zuerst Deutschland, dann erst Europa' paßt nicht zu meiner Sicht der Dinge. Persönlich verstehe ich mich zunächst als Europäer, dann als 'Normand' (aus der Normandie stammend), und dann erst als Franzose.«*

Den Regionen soll also in einem neuen Europa »neu«rechter Machart die identitätsstiftende Rolle zufallen. Für sie ist es wichtiger, ob man Bayer, Franke, Sachse oder Harzer ist, als ob man Deutscher, Franzose oder Italiener ist. Die »Neue« Rechte stellt fest, was ohnehin schon im Geschichtsunterricht der 8. Klasse gelehrt wird: Daß die Nationen nicht naturgegeben sind, sondern sich als typisches Produkt der Moderne im Gefolge der Französischen Revolution von 1789 entwickelt hätten. Gewachsene „kulturelle Strukturen" dagegen, wie Franken, könnten sich nicht entfalten, da sie in einen künstlichen Verband – Bayern – eingezwängt seien. Die Schaffung einer sogenannten »Dialektik von Zentralität und Subsidiarität« ist letztlich eine Kombination des alten nationalrevolutionären Ansatzes eines »Europa der 100 Fahnen«, mit dem bereits aus der Konservativen Revolution herrührenden Großraumdenken und Reichsgedanken.

Der GRECE (GROUPEMENT DE RECHERCHE ET DES ÉTUDES DE LA CIVILISATION EUROPÉENNE), die älteste und noch immer wichtigste Organisation der europäischen »Neuen« Rechten, hatte zwar seit seiner Gründung 1968 in der Entwicklung einer Europaideologie und entsprechender -konzeptionen stets seine wichtigste Aufgabe gesehen, war aber als Gruppierung eine fast rein französische Angelegenheit geblieben. Er wirkte zwar als Ideengeber auch in anderen europäischen Ländern, doch kam es nur in Ausnahmefällen zu einem koordinierten, gemeinsamen Vorgehen. Die Theorie konnte nicht in Praxis umgesetzt werden. Das neue Netzwerk Synergies Européennes soll hier Abhilfe schaffen.

Das offensichtlich von Konkurrenz bestimmte Verhältnis zum GREGE wird von den »Synergies Européennes« trotzdem nicht als durch Spannungen gekennzeichnet beschrieben. Zurückhaltend pragmatisch wird es durch den Präsidenten des Gesamtverbandes, den Franzosen GILBERT SINCYR, einen ehemaligen führenden Funktionär des GRECE und früheren Parlamentskandidaten des Front National, als arbeitsteilige und ergänzende Beziehung definiert. In einem Interview, das Sincyr mit der portugiesischen »neu«rechten Zeitschrift SINERGIAS EUROPEIAS führte, betont er *„die großen menschlichen Werte (!), die von dem GRECE vertreten werden, von der Führung und von den Aktiven«. Zu diesen bekennt er sich auch nach seinem Wechsel zu den Synergies Européen, aber »(...) was die Strukturen angeht, so hat der GRECE keine 'Zweigstellen' außerhalb Frankreichs. So blieb es dabei, daß die Leute ihre Texte weitergegeben haben, aber keine direkten organischen Verbindungen zu anderen Ländern aufgebaut wurden.«*

Diese Analyse ist völlig zutreffend. Zur Gründungsgruppe des GRECE gehörten neben Franzosen lediglich zwei Italiener. Italien ist auch das einzige Land, das heute neben Frankreich über eine nennenswerte Infrastruktur der »Neuen« Rechten verfügt. Zeitschriftengründungen und organisatorische Bestrebungen in anderen Ländern blieben entweder weitgehend erfolglos, wie in Deutschland das THULE-SEMINAR und seine Zeitschrift ELEMENTE, oder existieren nur weiterhin durch den anhalten-

den Einsatz von Einzelpersonen, wie die britische Zeitschrift Scorpion von Michael Walker.

Robert Steuckers, belgischer Kopf und als Generalsekretär der Synergies Européennes Motor der neuen europaweiten Gruppierung, ist in seinen Aussagen deutlicher als sein Vorsitzender Sincyr. Er verhehlt nicht, daß zwischen der Gruppierung um Benoist und seiner eigenen Formation auch gravierende ideologische Differenzen bestehen. So wirft Steuckers den Anhängern des GRECE vor, daß die Berufung auf Gramsci und die Metapolitik inzwischen nicht mehr als eine Worthülse sei. Denn seiner Ansicht nach sei es dem italienischen Marxisten stets um Macht und um die Veränderung der Gesellschaft gegangen. Metapolitik sei kein Ziel, sondern eine Methode zur Erreichung eines Ziels. Der GRECE beschränke sich zunehmend auf die Behandlung ästhetischer Fragen, obwohl gerade die Umbrüche in Osteuropa neue Möglichkeiten der Arbeit aufgetan hätten und das Eindringen des marktradikalen Liberalismus in die dortigen Länder ein koordiniertes Handeln zur Gegenwehr notwendig mache. Der GRECE, so das Fazit von Steuckers, habe seine impulsgebende Funktion aufgegeben und sei intellektuell erschöpft. Damit habe er faktisch seine Daseinsberechtigung verloren.

Die Synergies Européennes ihrerseits haben sich das Ziel gesetzt, diesen organisatorischen und inhaltlichen Mißstand zu beheben. Dabei ist man seit der Gründung im Frühsommer 1993 ein gutes Stück vorangekommen. Nicht nur altgediente Kader des GRECE und diesem nahestehende europäische Strömungen haben sich den Synergien inzwischen angeschlossen. Auch zahlreiche Aktivisten nationalrevolutionärer und nationalbolschewistischer Gruppierungen verschiedener, zunächst vor allem süd- und westeuropäischer Länder haben bei den Synergies Européennes ein neues Zuhause gefunden. Intensive Zusammenarbeit, inhaltliche und personelle Überschneidungen bestehen auch zu heidnischen und ökologischen Verbänden sowie zu kulturellen Vereinen, Jugendorganisationen und den Anhängern der Philosophen Julius Evola und René Guénon.

Als gesamteuropäisches Mitteilungsblatt dienen die zumeist monatlich erscheinenden Nouvelles de Synergies Européennes, als theoretisches Organ fungiert die von Steuckers gegründete und geführte Zeitschrift Vouloir. Ländersektionen der Synergies existieren mittlerweile in Frankreich, Belgien, Schweiz, Spanien, Portugal, Italien, Deutschland, Litauen, Lettland, Rußland, Kroatien und Serbien. Stützpunkte gibt es bisher in Österreich, Polen und Griechenland; die Gründung einer Abteilung in Ungarn soll bevorstehen. Fast alle Ländersektionen machen zusätzlich ihre eigenen Blätter, die teilweise, wie die italienische Orion, gediegen aufgemacht sind.

Neben der regionalen Untergliederung besteht in diesem Netzwerk eine fachliche Aufteilung. Zur Erarbeitung juristischer und politischer Konzeptionen wurde der eigenständige Verein Minerva gegründet. Um die Belange des Nachwuchses kümmern sich die Jeunes d'Europe, um die ökologische Debatte die Amicale Européenne Écologique.

Seit 1993 wird jährlich eine zentrale Sommeruniversität durchgeführt, die



Der Herausgeber von Europa Vorn Manfred Rouhs

zunächst in der Provence und in den letzten beiden Jahren in der Lombardei mit jeweils rund 100 Teilnehmern stattfand. Stets konnte hierfür eine Reihe von Referenten gewonnen werden, die sowohl innerhalb der extremen Rechten als auch darüber hinaus als prominent gelten und bestimmte Schwerpunktthemen bearbeiteten. Daneben finden in einigen Ländersektionen eigenständige Kolloquien statt. In Deutschland sind das die wiederbelebten Sababurgrunden in der Nähe von Kassel oder die Freie Deutsche Sommeruniversität, an der Synergon, der deutsche Ableger, zumindest stark beteiligt ist. Die Freie Deutsche Sommeruniversität und das ihr angeschlossene Deutsche Winterkolleg entstanden in rechter Abgrenzung zu den Sommeruniversitäten der rechtsextremen Wochenzeitung Junge Freiheit. Zuletzt sorgte das Winterkolleg , das vom 28. Februar bis zum 1. März diesen Jahres an der TU Dresden stattfand, aufgrund der Redner- und Teilnehmerzusammensetzung für Schlagzeilen: JN-Kader Steffen Hupka lauschte dort den revanchistischen Vorträgen von Professor Franz Seidler von der Bundeswehrhochschule München (s. Artikel auf Seite 26). Auffällig ist bei den Synergies Européennes und ihren Ländersektionen, daß die diskutierten Themen gegenüber dem GRECE sehr viel konkreter sind. Man will die günstige Gesamtsituation nach dem Zerfall des realsozialistischen Lagers in politische Vorteile ummünzen und nicht nur eine abgehobene theoretische Debatte führen.

Keine Gruppe ohne Programm

Das Programm der Synergies Européennes wird Charta genannt und liest sich wie der bekannte Standardsatz aus dem Kochbuch: »*Man nehme, wenn man hat* ...«. Ausgangspunkte sind die ökonomische Krise, eine vermeintliche gesellschaftliche Dekadenz und eine angebliche imperialistische Bedrohung Europas durch die USA. Der Begriff des Imperialismus ist in der »neu«rechten Terminologie allerdings keine vorwiegend ökonomische, sondern vor allem eine kulturelle Kategorie. Imperialistisch sind in dieser Vorstellungswelt alle egalitären und universalistischen Konzeptionen. Gleichheit wird mit Gleichmacherei gleichgesetzt. Betont wird wie in den alten Zeiten des GRECE noch immer das »Recht auf Differenz«. Der grundlegende Unterschied zwischen demokratischen und rechten Ideologien ist und bleibt eben die Bejahung oder die Ablehnung des Gedankens der grundlegenden Gleichheit aller Menschen.

Die hauptsächlichen »Egalitarismen« sind für die Synergies Européennes – wie in allen »neu«rechten Strömungen – die ihrer Meinung nach grundsätzlich wesensgleichen ideologischen Strömungen Liberalismus, Marxismus und Christentum. Folgerichtig erklärt Sincyr im Interview: »*Das bestehende Europa ist nicht das Europa der Völker, sondern das der Technokraten und Politiker, die an Schulen des Universalismus, des Ökonomismus und der Gleichmacherei studiert haben. Also bestimmen derzeitig unsere Gegner die Bereiche Erziehung, Medien, Finanzen und Wirtschaft. Ihre Philosophie hat dazu geführt, daß die Jugend moralisch entwaffnet wurde. Statt eines Ideals, geben sie ihre amerikanische Mode als Beispiel, während wir über tausendjährige Kultur und alle nötigen Reichtümer verfügen.*«

Der Gedanke universell gültiger Menschenrechte wird von den „Neuen" Rechten in Bausch und Bogen verworfen. Im Editorial der Sinergias Europeias heißt es dazu: »*Wenn Sie kein Anhänger der Religion der Menschenrechte sind, wenn*

Sie sich dem gleichmacherischen und kosmopolitischen Projekt der westlichen Ideologien verweigern, wenn Sie daran teilhaben wollen, eine europäische Kultur der Avantgarde zu erarbeiten, dann dissidieren Sie sich auch.« Durch die antikommunistische Bedeutung, mit der der Begriff des Dissidenten in der Vergangenheit in Deutschland verbunden wird, haftet dem Begriff des Dissidenten die Aura eines Märtyrers an. Dieser Begriff wiederum ist in der Öffentlichkeit positiv besetzt.

Nicht am Gestern, sondern am Morgen sei man orientiert, verbreitet die „Neue" Rechte. Man deklariert sich selbst als kulturelle und politische Avantgarde. Worte machen Politik. Die neuen *»Verdammten dieser Erde«* (Frantz Fanon) sind in dieser Begrifflichkeit nicht mehr die BewohnerInnen des Trikonts, sondern die Völker der hochtechnisierten Industrienationen Europas, da Imperialismus, wie gesagt, vorwiegend als kulturelle Erscheinung definiert wird und so die USA zur einzigen imperialistischen Macht mutieren. Deutschland wäre in den Definitionsmustern der „Neuen Rechten" somit quasi ein Teil der »Dritten Welt«. Oder in den Worten der Synergies Européennes: *»Europa wird zu einem Museum von Amerika, wohin irgendein Händler von Hamburgern fährt, um die folkloristischen Tänze seiner Vorfahren anzuschauen.«*

Die Charta der Synergies Européennes will einen Ausweg aus dieser „Misere" zeigen. Man müsse *»Verwurzelung als einen wichtigen Faktor für Ausgleich und Entwicklung der Völker und Individuen anerkennen«*, um dann *»die wichtigsten Werte der Zivilisation von Mode und Slogans zu befreien, die den Interessen des vaterlandslosen Kapitals dienen.«* Die Idologen der „Neuen" Rechten unterscheiden z.B. säuberlich zwischen vaterlandslosem Kapital und solchem mit einem Vaterland. Das erinnert – wohl nicht zufällig – an die Unterscheidung der Nationalsozialisten zwischen „raffendem" und „schaffendem" Kapital. Das eine ist nach wie vor selbstverständlich böse, das andere noch immer selbstverständlich gut.

Die Synergies Européennes sind die bisher jüngste Ausprägung nationalrevolutionärer/«neu«rechter Theorie und Praxis. Ein relativer Erfolg ist dem Projekt schon heute sicher. Es ist zwar nicht anzunehmen, daß diese Strömung des Neofaschismus in absehbarer Zeit bei ihren Wahlparteien programmbildend werden könnte. Doch ist zumindest bei den erfolgloseren von ihnen in jüngster Zeit eine Debatte initiiert worden, die Ansätze der nationalrevolutionären Theoriebildung aufgreift. Besonders in der Bundesrepublik werden in der durch die Umbruchkrise des Neofaschismus verursachten Einigungsdebatte nationalrevolutionäre Konzepte aufgegriffen, die



Der Chefideologe der »Neuen« Rechten Alain de Benoist

beispielsweise FRANZ SCHÖNHUBER als »Sozialpatriotismus« bezeichnet. Der unübersehbare Mangel an ideologischen Vordenkern im deutschen Neofaschismus wird vermutlich dazu führen, daß die Analysen aus dem Bereich der Synergies Européennes und ihrer Mitgliedsgruppen zumindest zur Kenntnis genommen werden .

Wenn alles nach den Plänen der Initiatoren der im Herbst 1995 in Hamburg gegründeten deutschen Sektion der Synergies Européennes läuft, die sich SYNERGON (Einzahl von Synergies) nennt, dann könnten diese dem hiesigen Neofaschismus den so dringend benötigten Innovationsschub geben. Die führenden Kader von Synergon tanzen dabei auf mehreren »neu«rechten und neofaschistischen Hochzeiten gleichzeitig. MARC LÜDDERS, Vorsitzender des Synergon, hat im vergangenen Jahr sein Examen in Politikwissenschaften an der Universität Hamburg gemacht und war bis dahin auch Aktivensprecher der neofaschistischen BURSCHENSCHAFT GERMANIA HAMBURG. Das Haus der Burschenschaft Germania dient im übrigen auch als Treffpunkt für Synergon. Der Pressesprecher von Synergon, GUNNAR THÜMEN, kommt auch aus Hamburg. Unter den deutschen Mitgliedern der Synergies Européennes finden sich u.a.: HEINZ-DIETER HANSEN, Mitglied der DEUTSCH EUROPÄISCHEN STUDIENGESELLSCHAFT (DESG) und langjähriger Redakteur von deren Publikation DESG-INFORM.

Besonders aktiv und Mitverfasser des Ökologischen Manifests der Synergies Européennes ist HANNO BORCHERT, der auch im Bundesvorstand der UNABHÄNGIGEN ÖKOLOGEN DEUTSCHLANDS (UÖD) war. Er ist eine treibende Kraft im Hamburger Landesverband der UÖD und wird vom Hamburger Verfassungsschutzbericht als Beleg dafür genannt, daß die UÖD rechtsextrem unterwandert seien. Ebenfalls auf dem Gebiet der Ökologie engagiert sich DANIEL JUNKERS, Vorsitzender des HEIDEKREIS HAMBURG E.V., der Vorsitzender der Amicale Européenne Écologique ist, einer Unterorganisation der Synergies Européennes. Die Leiterin der Jeunes d' Europe, der Jugendorganisation der Synergies, ist BEATE SOPHIE GRUNSKE. Sie studiert Pädagogik an der Universität Hamburg und hat für die rechte Uniliste UNI AKTIV kandidiert. Darüber hinaus ist sie zweite Vorsitzende des Heidekreis e.V.

Es bestehen also bereits intensive Kontakte zu bündischen Gruppen und Burschenschaften, ebenso zu den Unabhängigen Ökologen Deutschlands und zu einigen neuheidnischen Vereinen. Mit der faktischen Übernahme des traditionsreichen JUNGEN FORUMS und der DESG-inform verfügt man zudem über eigene Organe, die auch deshalb notwendig sind, weil die behäbige Junge Freiheit nur eingeschränkt zur Verfügung steht. Nach dem Fehlschlag Thule-Seminar, das immer stärker in das Fahrwasser der NPD abgleitet, besteht somit erstmals ein ernsthafter organisatorischer Ansatz einer »Neuen« Rechten nach französischem Vorbild in Deutschland. ■

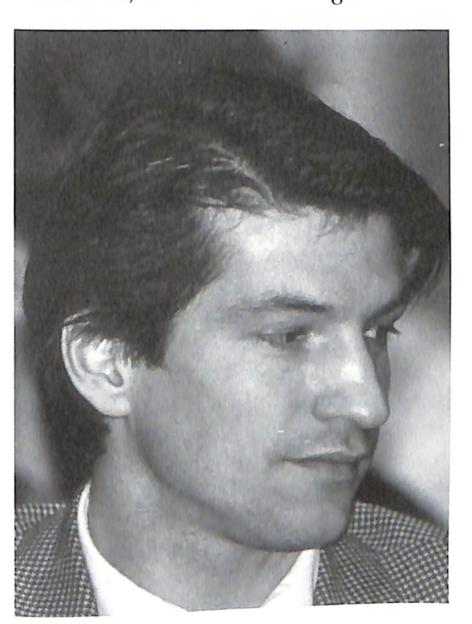
Sammlung oder Sackgasse?

Auf der Suche nach einer starken Sammlungspartei wurde das rechtskonservative Lager von der Bürgerschaftswahl in Hamburg im Herbst letzten Jahres schwer enttäuscht. Wollte man nach dieser Wahl doch entscheiden, auf welche Partei, BUND FREIER BÜRGER (BFB) oder REPS, bei den Bundestagswahlen gesetzt werden solle, da die DVU aufgrund ihres rechtsextremen Images nicht in Frage kam. Gerade diese schaffte es jedoch als einzige, große Teile von SPD-Stammwählern für sich zu gewinnen. Trotz des knappen Scheiterns an der Fünf-Prozent-Hürde, erreichte sie 4,97 Prozent, während sich die REPs und der BfB mit 1,9 und 1,3 Prozent zufriedengeben mußten. Dabei hatte Manfred Rouhs sogar mit zweistelligen Ergebnissen für den BfB gerechnet.

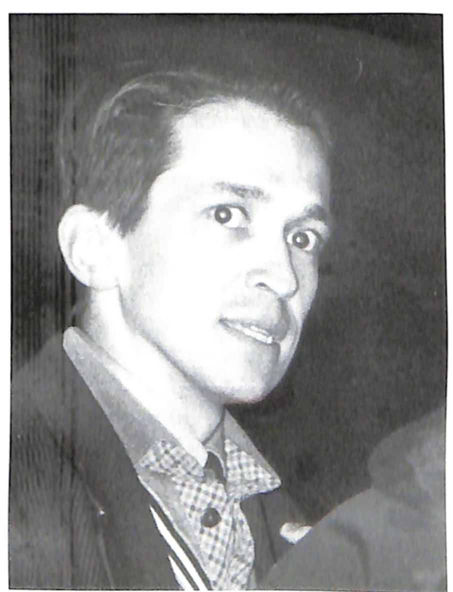
So tief enttäuscht, wollte nun auch der »Führer« rechter Sammlungsbestrebungen ALFRED MECHTERSHEIMER nicht mehr an eine Zusammenführung der Rechtsparteien bis zur Bundestagswahl glauben. Sein Augenmerk gilt nun vielmehr der Bundestagswahl 2002 in vier Jahren, bei der er mit einer bürgernahen Rechtspartei bis zu 15 Prozent erreichen will. Als Vorbild sehen Mitgliedern des Friedenskommitees 2000 die Gründung der GRÜNEN , die aus verschiedenen Bürgerinitiativen entstanden. Nur durch diese sei es möglich, *«vor Ort politisch Fuß zu fassen und sich auf lokaler Ebene in der Bevölkerung Anerkennung zu verdienen«*. Aus dieser breiten *»Bewegung«* solle sich dann die stärkste Partei herauskristallisieren, in der alle Kräfte gesammelt werden. Eine solche Partei solle ein Parteienbündniss bilden, daß nicht sofort als rechtsextrem erkannt werden kann und über Führerpersönlichkeiten verfüge.

Durch solche Sammlungsbestrebungen fällt zur Zeit der BfB auf. Angelehnt an die Wahlerfolge der FREIHEITLICHEN in Österreich, versucht MANFRED BRUNNER in Zusammenarbeit mit JÖRG HAIDER, dessen Parteikonzept auf Deutschland zu transferieren. In diesem Sinne schloß sich der BfB im Januar diesen Jahres mit der OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND des ehemaligen FDPlers Heiner Kappel zusammen. Kappel konnte so das langwierige Annerkennungsverfahren seiner OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND als Partei umgehen und direkt in den Wahlkampf einsteigen.

Mit dem Populisten Kappel, der aufgrund rechtsextremer Kontakte bereits vor seinem Austritt aus der FDP aus der hessischen Landtagsfraktion ausgeschlossen wurde, hat sich der profillose Brunner einen fähigen Mann geangelt. So bescheinigte ihm Mechtersheimer *»durchaus lutherische Fähigkeiten«* und sieht ihn als eine Bereicherung des BfB.



Markus Roscher...



...und sein Freund Torsten Witt

In der Parteispitze sitzen neben Kappel als Generalsekretär dessen Ziehkind aus der FDP, MARKUS ROSCHER, und der BDV-Funktionär PAUL LATTUSEK als stellvertretender Vorsitzende. Desweiteren sorgen Funktionsträger wie der Berliner TORSTEN WITT für gute Kontakte zur JUNGEN FREIHEIT.

Mittlerweile umfaßt der BfB dabei 1.000 aktive und passive Mitglieder und deckt 328 Wahlkreise ab. Nun soll versucht werden, mit einem am Bürgertum orientierten Parteiprogramm auf Wählerfang zu gehen. Dabei läßt das Parteiprogramm kein Thema der Neuen Rechten aus. So soll die D-Mark erhalten und der Euro durch eine Unterschriftenaktion gestoppt werden. Um das Leistungsprinzip und den Standort Deutschland zu erhalten, wird die Privatisierung staatlicher Betriebe und die Öffnung der Wirtschaft gefordert. Weiterhin soll in deutscher Tradition die Großfamilie gefördert und von Steuern befreit werden. Auch Forderungen der Vertriebenverbände finden Platz. Bei der Forderung nach Minderheitenrechte für die sogenannten Russlanddeutschen sowie Entschädigungen für Enteignete in der ehemaligen *»sowjetisch besetzten Zone (SBZ)«* werden auch rassistische Töne laut. So wird die *«Qualität«* von Aussiedlern im Gegensatz zu türkischen Mitbürgern betont. Auffällig an diesen Programmpunkten ist die Ähnlichkeit zu anderen Parteien, wie der DEUTSCHEN SOZIALEN UNION (DSU), der DEUTSCHEN PARTEI (DP) oder sogar den mißliebigen REPs. So ist es auch nicht verwunderlich, wenn nun weitere Bündnisse und Doppelmitgliedschaften mit der DSU und vielleicht sogar ein Zusammenschluß mit der DP, wie es deren Vertreter JOHANNES VON CAMPENHAUSEN ankündigt, geplant sind. Zur Wahl tritt der BfB jedoch weder in Sachsen-Anhalt noch in Bayern an, wodurch diese Parteien dort andere Bündnisse eingehen.

Die Meinungen innerhalb der Rechtskonservativen über das Projekt BfB sind gespalten. So wird die politische Ausrichtung an den Besserverdienenden als wenig vielversprechend gewertet. Es sei vielmehr eine Partei gefordert, die das Thema Arbeitslosigkeit aufgreife und mit »dem Volk« verbunden sei. Weiterhin befüchtet man durch eine Abwanderung rechter Wähler aus der CDU, diese zu schwächen und so der SPD indirekt zu helfen. »Nationale Politik« sei nur durch eine Abwanderung von SPD-Wählern zu einer rechten Partei möglich. Dies traut dem BfB jedoch kaum jemand zu. Ein weitere schwere Kritik wird im Bezug auf die Abgrenzung gegenüber den REPs geäußert. Dabei versucht der BfB, die Basis der REPs auf seine Seite zu ziehen, die Kader jedoch fernzuhalten. Mechtersheimer sieht hier die Lösung eher in der Gründung einer vollkommen neuen Partei, in welche Menschen aus allen Parteien eintreten könnten. Und so reicht der BfB über eine Sammlung der Nationalliberalen nicht hinaus und wird wohl auch kaum weitere Erfolge erzielen. ■

Wer es nicht schon wußte, der konnte sich am 14. März erneut davon überzeugen, daß sich der rechte Konsens in Saalfeld wie ein roter Faden durch die Äußerungen und Maßnahmen des Landratsamts, der Polizeiführung, des thüringischen Innenministeriums und Teilen der Bevölkerung zieht. Schon Wochen vor der antifaschistischen Demonstration »*Gegen jeden rechten Konsens*«, die an diesem Tag in Saalfeld stattfand, hatten Lokalpresse in Gestalt der Ostthüringer Zeitung und Kommunalpolitiker Stimmung gegen das »Bündnis gegen Rechts« gemacht und einzelne Bündnis-VertreterInnen öffentlich diffamiert. Die Situation unterschied sich somit nur unwesentlich von der im Vorfeld des ersten Demonstrations-Versuches am 11. Oktober vergangenen Jahres (siehe AIB Nr. 41).



Verharmlosen, verbieten, verprügeln

Der rechte Konsens in Saalfeld

Auf Initiative eines CDU-Abgeordneten sammelten CDU, SPD und FDP einträchtig 2.500 Unterschriften von SaalfelderInnen, die den Landrat aufforderten, die antifaschistische Bündnisdemo doch – wie schon im Oktober – zu verbieten. Es ist bestimmt keine Unterstellung, wenn man davon ausgeht, daß Landrat WERNER THOMAS (CDU) das am liebsten auch getan hätte. Schließlich ist er Seite an Seite mit CDU-Bürgermeister RICHARD BEETZ und Thüringens Innenminister RICHARD DEWES (SPD), zu dessen Wahlkreis Saalfeld gehört, einer der führenden Vertreter der »Saalfelder Linie« – verharmlosen, verbieten, verprügeln: »*Saalfeld ist auch nicht anders als andere Städte in Thüringen*«; »*Die linke Szene in Saalfeld ist viel gewalttätiger als die rechte Szene*«; »*Die Demonstration heizt die Situation erst auf. Vorher gab es so hoffnungsvolle Gesprächsansätze...*«; »*Warum ausgerechnet Saalfeld?*«. Derartige, mit Inbrunst vorgetragene Statements gehörten in den Tagen vor der Demonstration zum ständigen Repertoire von Politikern und Bürgern.



»Die Gewalt geht immer von der linken Seite aus«, sagt man in Saalfeld. Zumindest auf diesen Bildern stimmt dies auch.
Oben ist zu sehen, wie die Polizei ohne Grund gegen die antifaschistische Demo vorgeht. Unten greift ein Polizist anreisende DemoteilnehmerInnen mit Chemical Maze an.



Schützenhilfe bei dem Versuch, AntifaschistInnen aus Saalfeld fernzuhalten, erhielt das Landratsamt von der NPD. Wie bereits im Oktober meldete der thüringische NPD-Vorsitzende FRANK GOLKOWSKI parallel zur Antifa-Demo einen Naziaufmarsch an. Golkowski gab sich keine Mühe, sein Kalkül zu verbergen: Die Antifa-Demo sollte – wie schon im Oktober – mit Hinweis auf die »*Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung*« verboten werden. Doch Golkowski und das eifrig mit der NPD verhandelnde Landratsamt hatten sich verrechnet. Im Thüringer Innenministerium wollte man nach den empörten Reaktionen der Presse und Opposition auf den Polizeieinsatz und den Massenunterbindungsgewahrsam im Oktober vergangenen Jahres offenbar zumindest den Anschein der Existenz von demokratischen Grundrechten im Kreis Saalfeld wahren: Erst erlauben und dann be- und verhindern lautete deshalb die Devise aus dem Hause Dewes für den 14. März.

Das Saalfelder Landratsamt behielt sich dabei einen weitgehenden Interpretationsspielraum vor, den es dann auch zugunsten der »netten, ordentlichen Jungs« von nebenan nutzte: Die NPD erhielt kurzerhand die vom antifaschistischen Bündnis angemeldete Route, während die zuerst angemeldete Antifa-Demo aus der Innenstadt verbannt und mit haarsträubenden Auflagen eingedeckt wurde: Keine Seitentransparente, Blöcke à 50 Metern mit zehn Metern Abstand dazwischen etc. Die Presse wurde mit ominösen Staatsschutzerkenntnissen über die Anreise »*gewalttätiger linker Demonstranten*« gefüttert. Kurz: Das Landratsamt tat alles, um die NPD aufzuwerten und zu legitimieren.

Da mochte Saalfelds scheidender Polizeidirektor MANFRED KICK natürlich nicht hinten anstehen. In Feldherrenmanier überwachte er in Etzelbach, 30 km südlich von Saalfeld, die Festnahmen von 120 AntifaschistInnen nach einem Prügel- und CS-Gaseinsatz seiner Beamten. Der stillgelegte ehemalige DDR-Knast in Unterwellenborn, in den die in Unterbindungsgewahrsam genommenen AntifaschistInnen verbracht wurden, war in Erwartung des polizeilichen Jagdeifers dieses Mal – im Gegensatz zum Oktober – vorgeheizt worden.

Die 700 AntifaschistInnen, die bei Etzelbach stundenlang in ihren Bussen festgehalten und – sofern sie nicht zu den 120 Festgenommenen gehörten –



gegen Abend an die Thüringer Landesgrenze zurückverbracht wurden, waren jedoch nicht die einzigen, die Saalfeld an diesem Tag nicht einmal von weitem sahen. Auch zahlreiche andere Busse wurden von der Polizei an der Fahrt nach Saalfeld gehindert.

Trotzdem waren es 3.000 DemonstrantInnen aus Gewerkschafts- und Kirchenkreisen, Antifa-Gruppen und PDS-Kreisverbänden, die sich an der antifaschistischen Bündnisdemonstration beteiligten. Sie trugen ihr Anliegen auf die Straße – zumindest soweit, wie es trotz der massiven polizeilichen Behinderungen ging. Immer wieder suchten die zahlreichen, direkt an der Demonstration eingesetzten Hundertschaften der Polizei nach Gründen, um gegen die AntifaschistInnen vorgehen zu können. Es war offensichtlich, daß die örtliche Polizeiführung und die verantwortlichen Politiker ihr im Vorfeld verbreitetes Bild bestätigt sehen wollten: Die Demonstration verbreitet nur Unruhe, Chaos und Randale, und die Polizei muß eingreifen.

Ständige Provokationen von Nazis am Rande der Demonstration lieferten der Polizei dann den händeringend gesuchten Vorwand, um dies der Öffentlichkeit vorführen zu können und die Demo kurzerhand weiter zu verkürzen: Durch einen Prügeleinsatz im als rechte Hochburg geltenden Stadtteil Gorndorf wurde die Demospitze auseinandergeschlagen und die Umkehr der gesamten Demonstration erzwungen.

Unbelästigt von derartigen Hindernissen konnte dagegen die NPD ihre *»nationale Großkundgebung gegen linke Gewalt«* durchführen. Allerdings waren dem Aufruf nur eher lächerliche 150 Neonazis aus Saalfeld und Umgebung gefolgt. Angeführt von Frank Golkowski, dem Berliner Nazikader und NPD-Bundesvorstandsmitglied Frank Schwerdt und lokalen Saalfelder Nazi»größen« wie Marcel Eberlein zogen vor allem Naziskins aus Thüringen durch Saalfeld. Auf der Abschlußkundgebung in der Saalfelder Innenstadt dankte Schwerdt dann dem führenden Kader der Thüringer Anti-Antifa und des Thüringer Heimatschutzes Tino Brandt für dessen Koordinationsarbeiten und André Köppke für seine Bemühungen um die Logistik des Aufmarsches. Frank Golkowski wurde nicht müde, die Verfolgung der 20 Mitglieder des Saalfelder NPD-Kreisverbandes unter Leitung von Thomas Schintler zu beklagen.

Abends traf sich dann ein Teil der jüngeren Aufmarschteilnehmer im Gorndorfer Stadtteil- und Jugendzentrum – ihrem ständigen Aufenthaltsort – wieder. Stolz wurde Journalisten erklärt, daß Interviews und Fotografieren im Stadtteilzentrum nur mit Genehmigung des Pressesprechers des Thüringer Heimatschutzes stattfinden könnten, denn schließlich sei das Zentrum Treffpunkt der Neonazitruppe.

Was bleibt?

Eine erste Bewertung der antifaschistischen Bündnisdemonstration sollte zwischen Niederlagen, Teilerfolgen und Erfolgen differenzieren. Zu den Erfolgen gehört sicherlich, daß die Demo überhaupt stattgefunden hat, die große Zahl der DemoteilnehmerInnen und die Tatsache, daß sich das Bündnis trotz allen Drucks nicht spalten ließ. Durch die kontinuierliche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist es zumindest außerhalb von Thüringen gelungen, Saalfeld in den Medien in der immer länger werdende Liste der »rechten Hochburgen« zu etablieren. Andererseits gelang es auch dem breiten Bündnis nicht, den politischen Druck auf die örtlichen Entscheidungsstrukturen soweit zu erhöhen, daß sie ihren Schmusekurs mit der NPD beenden oder auch nur kaschieren mußten. Eine weitere Niederlage ist sicherlich, daß es nicht möglich war, die Demo in gewünschter Form bis zum Ende durchzusetzen und der skandalösen Aushebelung der Grundrechte im Kreis Saalfeld politisch weitergehend etwas entgegenzusetzen. Und auch wenn die Situation in Saalfeld eine besondere ist: Die Ereignisse am 14. März stehen ebenso wie Lübeck in einer Linie bundesweit angezogener staatlicher Repression gegen AntifaschistInnen. Die durchgesetzten polizeilichen Mittel werden voll ausgeschöpft und das Versammlungsrecht schamlos ausgehebelt.

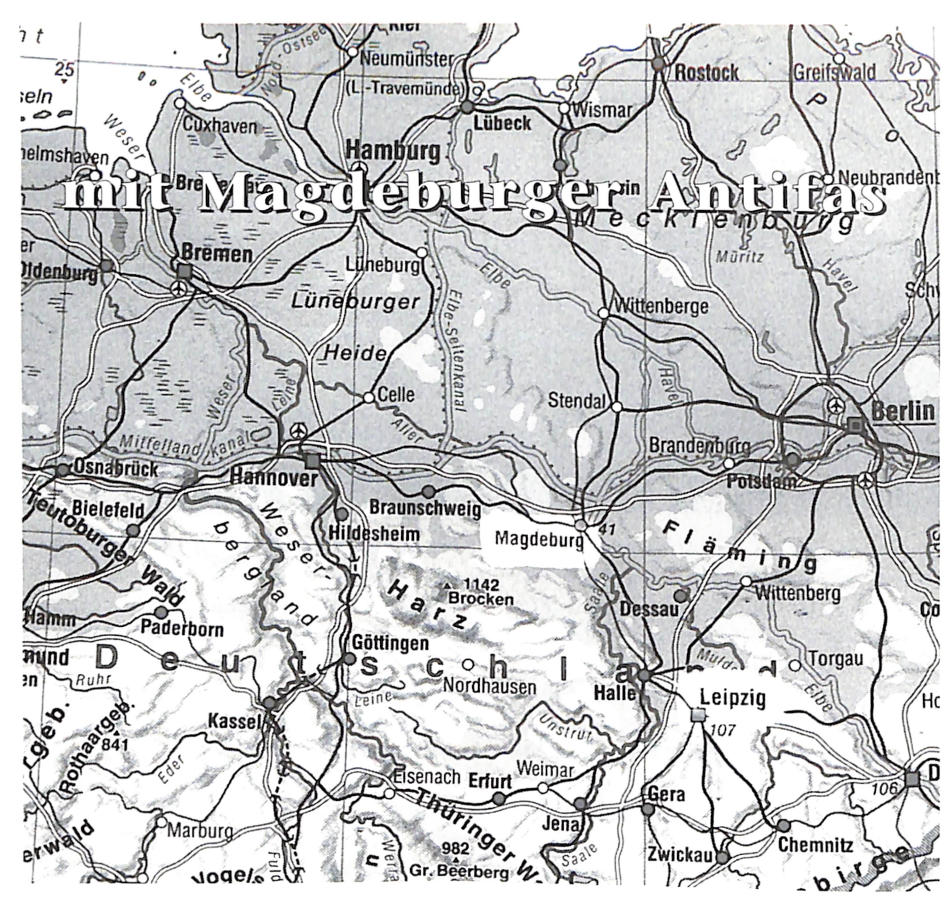
Bleibt zu hoffen, daß mit der Demo und den zukünftigen Aktivitäten des Saalfelder Bündnis gegen Rechts der Spielraum für linke und antifaschistische Gegenkultur in Saalfeld zumindest ein wenig größer wird. Das Bündnis hat jetzt schon angekündigt, zum offiziellen Antirassismusaktionstag und zum 9. November mit eigenen Veranstaltungen und Aktionen in Saalfeld präsent zu sein. Fatal wäre es, das Bündnis jetzt alleine zu lassen. ■



*oben: **Der Thüringer NPD-Chef Golkowski***
*unten: **Marcel Eberlein aus Saalfeld***







Interview mit Magdeburger Antifas

1992 wurde der 23jährige Punk Torsten Lamprecht in Magdeburg ermordet, 1994 jagte ein rassistischer Mob AusländerInnen durch die Innenstadt und 1997 brachten Nazis wiederum einen jungen Punk ums Leben – Höhepunkte einer zu keinem Zeitpunkt unterbrochenen Kette faschistischer Gewalttaten, die der Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts den Ruf verschafften, eine der schlimmsten braunen Hochburgen des Ostens zu sein. Aber: Stimmt dieses Bild? Was machen AntifaschistInnen vor Ort? Wie wird die Entwicklung im Osten eingeschätzt? Das AIB sprach mit Daniel und Karsten vom »Blaue Welt Archiv« aus Magdeburg.

AIB: Beschreibt doch bitte die Entwicklung antifaschistischer Arbeit in Magdeburg, bevor wir zur Situation der Nazi-Szene und zur generellen Lage im Osten kommen.

Karsten: Wie in vielen Städten der Ex-DDR gründeten Menschen aus der linken Opposition nach 1989 die erste Antifagruppe. Nach einigen wenigen Aktionen löste sich die Gruppe wieder auf, da ihre politische Herangehensweise noch an der Wendesituation orientiert und damit völlig ungeeignet war, auf die rasante Rechtsentwicklung zu reagieren. Dazu kam, daß Linkssein und Antifaschismus auf einmal bei vielen Menschen verpönt war.

Daniel: Von den Leuten, die in dieser Gruppe aktiv waren, ist kaum jemand übrig geblieben. 1991 setzte eine Art »Generationswechsel« ein. Jüngere Leute, vor allem durch Aktivitäten während der Mahnwache gegen den Golfkrieg politisiert, schlossen sich zur »Antifa-Jugend« zusammen...

Karsten: ...die allerdings ein recht isolierter Haufen war. Erst Anfang 1993 gelang es mit der Gründung eines »Offenen Antifaschitischen Plenums«, die Basis unter Jugendlichen zu verbreitern. Parallel wuchs auch die Bereitschaft, den Nazis die Straße – wenigstens im eigenen Stadtteil – streitig zu machen. Gemeinsam mit Punks und anderen Jugendlichen schafften sie sich dort einen Freiraum. Die »Antifa Jugend« löste sich Ende 1993 wieder auf, und die Leute engagierten sich teilweise in anderen Gruppen. Damals entstanden die »Unabhängige Infogruppe«, die »Antifa Jugendfront Magdeburg/Nord«, die »EdelweißpiratInnen« und die antifaschistische Gruppe »Bandiera Rossa«. Die Antifa-Bewegung erlebte 1993/1994 eine regelrechte Blütezeit. Nicht nur, daß es mehrere Gruppen gab, auch ein Zeitungsprojekt, »Subito«, und ein wöchentliches Antifa-Café entstanden. Das Wohnprojekt »U8«, in dem sich heute u.a. auch das »Blaue Welt-Archiv« befindet, wurde ebenfalls zu dieser Zeit erkämpft. Die zu dieser Zeit wohl wichtigste Gruppe war Bandierra Rossa, die sich mit ihrem Konzept an die Politik der AA/BO anlehnte. In diese Hochphase der Antifa-Bewegung fielen auch die Ereignisse am Himmelfahrtstag 1994. Dadurch war ein rasches und organisiertes Reagieren damals besser möglich als nach dem Mord an Frank Böttcher 1997. Die damalige Stärke zeigt sich auch daran, daß im Januar 1994 durch mehrere öffentliche und militante Aktionen der Druck auf die Magdeburger REP´s derartig wuchs, daß wir uns ihr Scheitern in Magdeburg ruhig als eigenen Erfolg anrechnen können.

Karsten: Auf diese Hochphase folgte dann auch schnell der Niedergang. Viele Gruppen lösten sich sang- und klanglos auf, und in der Folgezeit war von Antifas in Magdeburg nicht mehr viel wahrzunehmen. Erst 1997 mit der Ermordung von Frank Böttcher änderte sich das wieder.

AIB: Ihr habt die recht erfolgreichen Aktionen gegen die REP´s erwähnt. Funktionierte das mit den militanten Nazis genauso?

Daniel: Die waren nicht greifbar. Einige Naziorganisationen versuchten zwar in Magdeburg Fuß zu fassen, schafften es jedoch nicht. Das lag nicht an uns, sondern wohl eher daran, daß die eher subkulturell ausgerichtete Naziskin-Szene keine Lust auf politische Arbeit hatte. So gab es, anders als in Halle, Leipzig oder Dresden, bei uns auch keine eigenständigen, d.h. lokalen Bestrebungen, Nazi-Organisationen aufzubauen.

Karsten: Was es allerdings unabhängig von irgendwelchen Organisationen bis heute immer gegeben hat, ist eine gewalttätige rechte Szene, deren Hochburgen vor allem die Neubaugebiete sind. Diese Szene hat zu unterschiedlichen Zeiten auch eine unterschiedliche Stärke gehabt, aber das war nie eine greifbare Größe. Was sich geändert hat, ist die Qualität der Straßenmilitanz. Waren Anfang der Neunziger noch »Massenaktionen«, an den sich 30 bis 80 Nazis beteiligten, an der Tagesordnung, ist es jetzt vor allem die alltägliche rechte Gewalt, die von Kleingruppen und sogar Einzelpersonen ausgeübt wird.

Daniel: Ich würde sogar sagen, daß es sich einfach nur verlagert hat, von einer

Nazi-Massenmilitanz hin zu einem alltäglichen Bodensatz an Übergriffen, die von kleinen Nazigruppen, rechten Jugendlichen, Hools usw. ausgeübt werden. Das ist das , was in den Medien als typisch Magdeburger Problem dargestellt wird.

AIB: Was meinst du mit typisch Magdeburger Problem?

Daniel: Daß es natürlich schon eine Häufung von Ereignissen gegeben hat und Magdeburg öffentlich als besonders schlimme Stadt dasteht, wobei ich glaube, die Situation in Magdeburg unterscheidet sich nicht grundlegend von der in anderen ostdeutsche Städten. Ich möchte davor warnen, mit den zwei Morden und »Himmelfahrt« eine Statistik zu machen. Oft hängt es ja nur von einem Zufall ab, ob jemand bei einem Nazi-Überfall stirbt oder nicht. Wäre die Situation – außer in der öffentlichen Wahrnehmung – anders, wenn Frank Böttcher überlebt hätte? Wir hätten doch die gleichen Nazis und ihre Straßenmilitanz, aber dann hätte das kaum jemanden interessiert.

Karsten: Wenn wir das so sagen klingt das immer so, als wollten wir quasi das Image unserer Stadt verteidigen. Uns geht es aber darum klarzumachen, daß es sich nicht um ein Magdeburger Problem handelt, sondern daß es in vielen ostdeutschen Städten so ist. Die Gefahr, von Nazis angegriffen und lebensgefährlich verletzt zu werden, ist hier genauso groß wie anderswo. In vielen ländlichen Regionen, wo wir die Situationen nur nicht mitbekommen, geht´s noch viel härter ab.

Hier gibt es immerhin noch Leute, die sich gegen die Nazis wehren und Stadtteile, in denen die Nazis nicht die Oberhand haben.

AIB: Ihr sagt, daß Magdeburg im Osten kein Einzelfall ist. Was denkt Ihr, was die gesellschaftliche Lage von der im Westen unterscheidet?

Daniel: Vor allem das Fehlen einer liberalen Öffentlichkeit, die es im Westen ja immer noch gibt. In München sind gegen den Naziaufmarsch vor allem BürgerInnen auf die Straße gegangen, im Osten – ein konkretes Beispiel ist Dresden – müssen aus den verschiedensten Städten die autonomen Antifas herangekarrt werden, damit man wenigstens zahlenmäßig mithalten kann.

Karsten: In Magdeburg sind zu einer Aktion, die von KünstlerInnen, Prominenten und den Bündnisgrünen initiiert wurde, nur 250 Menschen gekommen. Eigentlich sollte das eine Massenveranstaltung werden, auf der die BürgerInnen zeigen sollten, daß die Stadt gegen Gewalt und auch ein bißchen gegen Rechtsextremismus und das Totschlagen von Punks ist.

AIB: Gibt es Unterschiede in der öffentlichen Reaktion bei rassistischen Übergriffen und bei Überfällen auf Punks?

Karsten: Ja, ziemlich große sogar. Punks scheinen in der Öffentlichkeit immer selbst schuld zu sein. Punk zu sein, wird sogar von den etablierten Linksliberalen auch immer als ein Angriff auf die eigenen Moralvorstellungen empfunden. Bei Angriffen auf Punks wird immer von einem »Szenekrieg« gesprochen, selbst wenn zu einem »Krieg« eigentlich zwei Seiten gehören. Schlägt aber der gleiche Persoenkreis, der für die Angriffe auf die Punks verantwortlich ist, auf AusländerInnen ein, sind das auf einmal Rassisten bzw. Nazis.

AIB: Nochmal zurück zu Euch. Ihr habt anfangs die Entwicklung der Antifa-Arbeit in Magdeburg seit 1990/1991 beschrieben. Wie ist die Lage jetzt?

Daniel: Naja, sie hat sich seit dem letzten Jahr deutlich verbessert. Das Interesse an antifaschistischer Arbeit ist unter Jugendlichen momentan recht hoch. Es gibt ein wöchentliches »Offenes linkes Treffen«, an dem zwischen 30 und 50 Menschen teilnehmen, vor allem SchülerInnen und andere Jugendliche zwischen 13 und 20 Jahren. Mit diesem Treffen wird versucht, jüngere Menschen an antifaschistische Arbeit heranzuführen und Erfahrungen zu vermitteln.

Karsten: Aber nicht nur an diesem »Offenen linken Treffen« ist der derzeitige Aufschwung zu erkennen. Außerdem hat sich ein Arbeitskreis gebildet, der zum Thema Antifaschismus arbeitet. Das Auftreten gegenüber den Nazis wird wieder offensiver, und die öffentliche Präsenz von Antifas nimmt deutlich zu. Die Frage ist nur, ob es gelingt, aus dieser bislang positiven Entwicklung heraus wieder zu einer notwendigen Kontinuität zu kommen, die es gestattet, längerfristig in Magdeburg einen gewissen Einfluß zu gewinnen.

AIB: Was wird Eurer Einschätzung nach von Seiten der Nazis in nächster Zeit zu erwarten sein?

Karsten: In Magdeburg ist zu befürchten, daß sich die NPD/JN auch hier verstärkt engagieren wird. Und bei der momentanen Nazi-Aufmarsch-Inflation wird sowas wohl auch hier irgendwann zu erwarten sein. An diesem Punkt, denke ich, sollte man auf großmäulige »Zerschlagt.../Verhindert...«-Parolen verzichten, wenn angesichts einer riesigen Polizei-Präsenz doch nichts in dieser Richtung möglich ist. Es kommt darauf an, die Nazis an den übrigen Tagen im Jahr so unter Druck zu setzen, daß ihre politische Außenwirkung gering bleibt. Nazidemos sind derzeit schwer zu verhindern. Deshalb sollten wir uns verstärkt darüber den Kopf zerbrechen, wie wir es schaffen, die Nazis im Alltag effektiver zurückdrängen, als daß wir uns anläßlich eines NPD-Aufmarsches mit der Polizei prügeln.

Daniel: Und wir müssen die beiden Hauptentwicklungsstränge innerhalb der Nazi-Szene im Auge behalten und genau analysieren. Damit meine ich zum einen die Etablierung der faschistischen Subkultur im Osten und ihre Vormachtstellung unter Jugendlichen und zum anderen den Aufschwung der NPD/JN. Das sind zwei Entwicklungen, für die wir uns auch neue Konzepte überlegen müssen. Bisher ist der Antifa-Bewegung dazu leider noch nicht soviel eingefallen.

AIB: Vielen Dank für das Gespräch. ■

Arbeitskreis Antifaschismus
c/oBlaueWeltArchiv
Uhlandstraße 8
39108 Magdeburg
Tel./Fax.: 0391/73 48 642





»Wir wollen einfach dem Rechtsruck an den Schulen etwas entgegensetzen«

mit dem Antifaschistischen Schulnetz (ASN) in Leipzig

AIB: Erzählt doch mal, warum und wann Ihr Euch zusammengefunden habt ?

Ronja: Wir haben uns vor ungefähr einem Jahr gegründet, weil es ziemlich viel Faschostreß an den Schulen gab und deshalb einfach die Notwendigkeit für einen engeren Zusammenschluß bestand. Es tauchten mehr NPD-Aufkleber an den Schulen auf, einzelne Leute, Punker, denen man ihr Linkssein oder Anderssein angesehen hat, wurden angemacht. Oft haben Punker auch mit Schuldirektoren Stress, die sich ziemlich eindeutig gegen sie positionieren, weil sie angeblich das Ansehen der Schule schädigen würden. Es hat sich dann gezeigt, daß in den Schulen gerade auch vor dem 1. Mai letztes Jahr massiv Faschopropaganda aufgetreten ist – was übrigens jetzt in Leipzig-Grünau auch schon wieder läuft. Dann gab es die Idee, an Schulen mehr Sachen von uns zu verteilen, was sich über so ein Netz leichter machen läßt. Wir haben dann zum Beispiel Flyer rausgebracht über Antifasachen, um die Leute ein bißchen mehr zu politisieren, und Aufrufe zu Antifa-Demos. Wir wollen einfach dem Rechtsruck an den Schulen etwas entgegensetzen.

AIB: Und wie seid Ihr organisiert ?

Uwe: Es gibt einen harten Kern, der bei den wöchentlichen Treffen immer da ist. Die Leute kommen so am Anfang der Pubertät ab 14 zum ASN und bleiben dann bis übers Schulalter hinaus. Die großen Unterschiede im Alter führen schon manchmal zu Spannungen. Im ASN sind Leute aus ungefähr 30 Schulen. Wir können in Leipzig eigentlich alle Schulen abdecken, und Berufsschulen sind auch mit dabei.

AIB: Könnt Ihr erzählen, was Ihr konkret macht ?

Ronja: Als das hier im Eiskeller angefangen hat, hatten wir ein ziemlich großes Treffen mit etwa 100 Leuten. Viele sind aber bloß aus Interesse gekommen, um erstmal zuzuhören. Da eine Arbeitsstruktur reinzubringen, war ziemlich schwierig. Das hat sich jetzt aber einigermaßen gegeben. Wir machen die Infoflyer, Infotische bei Schulfesten und eine eigene Zeitung. Außerdem führen wir innerhalb des ASN Diskussionen über Themen, die wichtig sind. Es gab zum Beispiel eine Art Militanzdebatte, um eine eigene Position dazu zu finden.

AIB: Und wie bringt Ihr 14jährige dazu, zu Euch zu kommen? Durch Diskussionen? Oder zieht Ihr einfach zusammen los zum Sprühen?

Uwe: Unsere Arbeit ist relativ zweigeteilt. Theorie und Praxis. In der letzten Zeit nimmt die Praxis in gewisser Weise überhand. Die Leute machen zuviel, ohne sich vorher Gedanken gemacht zu haben. Zur Zeit macht aber auch alle 14 Tage jemand einen Vortrag über ein Thema, z.B. über die Hippie-Bewegung, die Autonomen-Bewegung ....

AIB: Wie sieht denn das Kräfteverhältnis an den Schulen in Leipzig aus ?

Ronja: Das Kräfteverhältnis entwickelt sich immer weiter nach rechts. Es gibt wenig Leute, die sich offiziell zum Rechtssein bekennen, also beispielsweise in der JN sind. Aber es gibt diesen riesengroßen Mob, der so »normal rassistisch« drauf ist, wie halt die Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Die sind uns gegenüber negativ eingestellt. Ich würde sagen, wir sind absolut in der Minderheit. Deswegen wurde das ASN ja auch gegründet. Weil wir nur so eine Chance haben, irgendwelchen Situationen an den Schulen Herr zu werden.

Uwe: Ein Problem ist allerdings, daß viele Leute, die im ASN aktiv sind, vom Gymnasium kommen. An den Gymnasien gibt es aber noch kein so massives Faschoproblem, auch wenn in Diskussionen teilweise schon rechte Meinungen geäußert werden. An den Mittelschulen ist die Situation dagegen ziemlich kraß. Außerdem hängt es davon ab, in welchem Stadtteil die Schulen sind. In Grünau ist es ganz klar, daß der Stadtteil in Faschohand ist. Und da ist es auch so, daß die Faschos an Schulen offensiv auftreten. Wir hatten mal ein Beispiel, da gab es eine kleine Rangelei mit einem, der noch nicht mal Antifa war, aber irgendwie links aussah. Da standen dann abends zehn Nazis vor der Haustür und wollten ihn verprügeln. Der hatte dann noch eine ganze Weile lang Streß.

AIB: Wird denn im Unterricht darüber diskutiert, wenn Schüler mit Naziaufnähern in der Klasse sitzen ?

Ronja: An den Schulen wird das meistens totgeschwiegen. Die Lehrer wollen damit nichts zu tun haben, weil sie aus der eigenen Unfähigkeit nicht wissen, wie sie darauf reagieren sollen. Und wenn wir richtig politisch an Schulen agieren wollen, wird uns das verboten, weil die Schule laut Gesetz ein politikfreier Raum sein soll. Es gibt wenig Lehrer, die wirklich Zivilcourage zeigen und im Unterricht Leute auffordern, zum Beispiel Spuckis vom Hefter abzumachen. In den Schulen wird eben häufig irgendwelches Propagandamaterial unter die Leute gebracht.

AIB: Gab es Vorbilder für Euch, als Ihr angefangen habt ? Oder habt Ihr das Gefühl, Ihr müßt ganz von vorne anfangen?

Uwe: Ich hatte – und das ging auch anderen so – im Antifareader einen kurzen Artikel über Schulaktionen gelesen. Aber aus den anderen Städten im Osten gab es überhaupt nichts, keine Ansätze in der Richtung. Also war das ASN schon wie ein Neuanfang.

AIB: Habt Ihr Unterstützung von den Älteren? Und wie ist überhaupt Euer Verhältnis zu den älteren Antifas?

Ronja: Die Leute sind dem ASN gegenüber erstmal relativ positiv eingestellt. Das liegt daran, daß unser Ruf bei weitem besser ist, als das, was wir am Ende durchsetzen (Lachen im Hintergrund). Wir haben sogar schon Kontakte in Chemnitz und Dresden geknüpft. Die hatten vom ASN gehört und waren von der Idee begeistert. Und so kommen mir die Reaktionen in der Leipziger Szene auch vor: Wenn man was Neues anfängt, dann hat man eben Chancen, Sachen besser zu machen als die Alteingesessenen. Was mir aber noch fehlt, ist die Diskussion mit den Älteren. Ich habe häufig mal angefragt, ob uns nicht Fehler gezeigt werden können, die wir dann vermeiden könnten. Darauf gab es nicht soviele Reaktionen.

AIB: Was haben die »Alten« denn Eurer Eurer Meinung nach falsch gemacht?

Ronja: Vielen Leute gibt – und das merke ich aber auch bei mir selber – set-

zen, sobald sie in einem Bereich tiefer engagiert sind, bei anderen Leuten zuviel voraus.

Man muß einfach akzeptieren, daß Leute sich entwickeln und am Anfang noch Fehler machen, die sie aber nicht machen, weil sie rassistisch sind, sondern weil sie sich das einfach noch nicht überlegt haben. Wenn dann etwas besser rübergebracht würde, warum ein bestimmtes Verhalten Scheiße ist, würden sich viele schneller oder besser entwickeln. Es wäre gut, wenn es da weniger Überheblichkeit gäbe.

AIB: Aber wie könnte das besser laufen?

Uwe: Wir versuchen halt, daß immer irgendwer vom ASN bei Treffen teilnimmt und Informationen mitbekommt. Ich glaube nicht, daß das Schulnetz als die »kleine Antifa« betrachtet wird. Wir stecken schon im Infofluß mit drin, das ist ziemlich gut.

AIB: Warum engagiert Ihr Euch eigentlich bei der Antifa? Und warum landen andere in Eurem Alter bei den Nazis?

Uwe: Das ist schwierig zu beantworten. Wenn man älter wird, sich entwickelt und sich das Gewissen ausprägt, ist es eigentlich ein Muß, daß man selbst agiert, wenn man etwas in diesem Land Scheiße findet. Deswegen landet man aus meiner Sicht automatisch bei der Antifa. Wenn man was vom Leben will, muß man sich das auch nehmen. Und wenn man irgendwo Unrecht sieht, muß man auch was dagegen machen.

Und weil man nicht einfach auf die abstrakte Politik vertrauen kann, muß man die Sache selbst in die Hand nehmen, diese vielbeschworene Politik der ersten Person. Und deswegen landet man automatisch bei der Antifa.

Ronja: Das Umfeld formt einen ja auch. Ich komme zum Beispiel aus Leipzig-Connewitz. Ich bin damit aufgewachsen, daß hier Punker und Hausbesetzer leben. Und wenn ich aus dem Fenster rausgeguckt habe, habe ich manchmal Straßenschlachten gesehen. Wenn man sich dann mit faschistischen und rassistischen Theorien auseinandersetzt, dann ist der Schritt eigentlich total einfach, in die Antifa zu gehen.

AIB: Und wie sehen Eure Pläne für die nächste Zeit aus?

Uwe: Zunächst stehen der 1. Mai und die Mobilisierung an den Schulen im Mittelpunkt. Dazu wird auch der nächste Infoflyer sein. Weiterhin wird versucht, über die Repressalien der Polizei zu informieren. Weil jetzt wegen des Naziangriffs auf den Regionalzug bei Wurzen während des Naziaufmarsches in Dresden auch an den Schulen Leute von Polizisten angequatscht und zum Direktor geholt wurden.

Unser Ziel ist es, noch mehr Leute zu erreichen und mehr Infoarbeit an den Schulen zu machen.

AIB: Danke für das Gespräch. ■



»Wir wollen den Faschoaufmarsch am 1. Mai be- bzw. verhindern«

mit dem »Bündnis gegen Rechts« (BgR) Leipzig

AIB: Wann, wieso und weshalb ist das BgR gegründet worden?

Johann: Wir haben uns Ende 95 gegründet, weil die bisherigen Antifastrukturen, die durch verschiedene Antifagruppen wie das Antifaplenum getragen wurden, der neuen Situation nicht mehr gewachsen sind. Das heißt, daß eine Interventionspolitik, wie sie bis dahin betrieben wurde, nicht mehr funktioniert.

AIB: An welchem Punkt habt Ihr gesagt, Ihr braucht ein Bündnis? Was für eine Analyse steht dahinter?

Klaus: Nach den Überfällen Anfang der 90er herrschte in Leipzig ziemliche Ruhe. Viele Leute, gerade in Szenevierteln wie Connewitz, haben sich zurückgelehnt. Um Leipzig herum hat sich dann ein brauner Ring gebildet. Leute aus Delitzsch, aus Wurzen und aus Altenburg, kamen immer öfter nach Leipzig und haben gesagt: »Bei uns brennt es.« Dann ging man da hin, Aktionen wurden gemacht, und dann hat sich die Situation in Wurzen so zugespitzt, daß es mit solchen Kurzeinsätzen nicht mehr getan war. Dazu kam, daß in anderen Städten die linke Szene kaputtgegangen ist, weil das Kräfteverhältnis dort nicht mehr zugunsten der linken Szene beherrschbar war, wie z.B. in Altenburg oder Delitzsch. Daraus entstand die Idee, kontinuierlich zu arbeiten.

Paul: Wir kamen mit den Plenumsstrukturen des Offenen Antifaplenums nicht mehr zurecht. Es gab Zeiten, da kamen zum Plenum nur 5 Leute zusammen, die sich auch so hätten treffen können. Dadurch entstand die Idee eines Bündnisses, dem BgR, weil wir als Autonome alleine nicht mehr genügend Druck aufbauen konnten. Das Bündnis ist jetzt auf jeden Fall nicht so, wie es eigentlich gedacht war. Nach der Wurzen-Demo im November 1996 kam es im BgR auch ein bißchen zum Crash. Danach wurde inhaltlich nicht mehr allzuviel gemacht, die Bündnispartner blieben weg, die damaligen Konzepte waren gescheitert. Das BgR war kein arbeitsfähiges Bündnis mehr. Dann kam der 1. Mai 1997, wo das BgR wieder so aufgebläht war, daß wir als autonome Gruppe im Bündnis nicht mehr handlungsfähig waren, weil unter uns keine Diskussionen mehr stattfanden. Bei BgR-Treffen saßen damals zum Teil 30 – 50 Leute, und es war überhaupt nicht mehr klar, wer denn und was denn nun das BgR eigentlich ist. Einige sind dabei, weil sie ein Mandat von ihrer Partei bekommen haben, die das Thema Antifaschismus irgendwie abdecken muß. Aber inhaltlich stehen sie nicht dahinter, sondern für die ist es eine Frage des Nutzens für die

eigene Partei. Mit dem Thema Antifaschismus kann man halt auch eine bestimmte Wählerklientel abdecken. Nach dem 1. Mai ist es so geworden, wie es jetzt ist: Daß wir bis auf einen Zulauf von einer Handvoll Personen von anderen Gruppen rein autonom besetzt sind.

AIB: Woran liegt das?

Paul: An dem fehlenden weitergehenden Interesse aus Kirchen- und Gewerkschaftskreisen. Es war eben alles sehr zentriert auf ein Happening, danach kam der Abschwung. Es gab kein kontinuierliches Dranbleiben. Die meisten Leute aus diesem Spektrum kommen, wenn etwas ansteht, wie eben zum 1. Mai, da wird es wieder voll. Aber in Trockenphasen kommt keiner mehr.

AIB: Wie lief das denn im letzten Jahr zum 1. Mai mit den Gewerkschaften und den anderen Bündnispartnern?

Johann: Es ist ein Buckel Arbeit, sich mit den Gewerkschaften auseinanderzusetzen, weil es teilweise noch FDGB-Strukturen sind. Der DGB hatte eigene Plakate, mit denen sie noch den letzten Arbeiter mit vollkommen schwammigen Parolen mobilisieren wollten. Da gab es keine klare Position, daß eine Nazimobilisierung stattfindet, die verhindert werden muß, sondern es ging um den Tag der Arbeit, den historischen 1. Mai. Daß die Gewerkschaften wirklich die Nazis von der Straße haben wollten, hat man nur in Ansätzen gemerkt. Was die Parteien betrifft, beziehen sich die Erfahrungen nur auf die PDS in Leipzig. Der Rest im BgR sind doch eher Splittergrüppchen.

AIB: Würdet Ihr nach zwei Jahren Bündnisarbeit im BgR das Modell für andere Städte weiterempfehlen? Hat es eine Perpektive?

Paul: Es ist schwierig, das als kontinuierliches Konzept weiterzuempfehlen. Punktuell ist es bestimmt hilfreich. In Leipzig profitieren wir davon, daß es die Szenespaltungen und Kleingruppen wie im Westen in der Form noch nicht gibt. Es ist leichter, die Leute an einen Tisch zu bekommen. Daß so ein Bündnis punktuell funktionieren kann, hat schon die Vorbereitung zu der Saalfeld-Demo gezeigt. Aber immer wieder stellt sich eben die Frage, wann die inhaltliche Grenze erreicht ist. Wie weit will man um der gemeinsamen Aktion willen mitmachen, wie weit steckt man dann die eigenen politischen Ziele zurück? In der Zeit der großen Bündnisarbeit ist unsere inhaltliche Positionierung total ins Hintertreffen geraten. Entweder muß das dann eben außerhalb passieren und die eigene Position ins Bündnis reingetragen werden, so weit das geht, oder man sagt, man macht eben kompromißlerische Bündnisarbeit auf dem Antifaminimalkonsens.

AIB: Gibt es auch Punkte, die Ihr als Niederlagen bezeichnen würdet, wo Ihr sagt, da kommen wir nicht weiter?

Paul: Der Punkt ist, daß wir in Wurzen nicht mehr wissen, wo wir inhaltlich ansetzen sollen. Es gibt keine linken Leute vor Ort mehr. Das Faschohaus war zwar ab einem bestimmten Zeitpunkt weg, aber die Villa – der autonome oder Punk-Treffpunkt – ist schon viel früher vorher von der Stadt und der Polizei geräumt worden. Da muß man an einem ganz anderen Punkt ansetzen.

Johann: Die jetzige Lage in Wurzen wird sehr unterschiedlich eingeschätzt. Einige sagen, wir hätten in Wurzen nichts erreicht. Es gab aber in Wurzen ein Haus von den Faschos, was es dann eine Zeitlang nicht mehr gab. Bloß, mittlerweile gibt es wieder ein Nazihaus, das noch viel schlimmer ist. Das neue Haus der Nazis in Wurzen ist in der Nähe des ehemaligen Nazitreffpunkts in der Käthe-Kollwitz-Straße. In einer Sendung von Kennzeichen D wurde das Haus neulich auch gezeigt. Es scheint regulär angemietet zu sein und wird wohl regelmäßig von NPD-Kadern besucht. Dort werden Krafträume, Musikräume, Treffpunkte gebaut. Sie wollen das zu einer Art nationalem Zentrum ausbauen.

AIB: Überlegt Ihr denn jetzt an einer Weiterführung der Kampagne?

Klaus: Es kann nur ein Ziel geben: Das neue Nazihaus in Wurzen muß weg. Wir müssen die Nazistruktur aufs Korn nehmen. Es gibt nichts Schlimmeres, als wenn die Nazis einen Ausgangspunkt für ihre Agitationen haben, gerade im Muldentalkreis.

AIB: Gibt es noch andere Sachen, wo Ihr sagen würdet, da sind wir mit dem, was wir vorhatten, nicht durchgekommen?

Johann: Das Problem der Prioritätensetzung: Wir haben uns auf die Bündnisarbeit für den 1. Mai gestürzt, und die ganze andere Arbeit ist auf der Strecke geblieben. Es gab aber auch keine andere Gruppierung, die diese Mobilisierung gegen den Nazi-Aufmarsch hätte machen können. Uns hat dieses Jahr beschäftigt, wie wir gleichzeitig die kontinuierliche Arbeit machen können – z.B. Prozeßbeobachtung – und den Naziaufmarsch verhindern können. Wir haben uns ein Arbeitsgruppenkonzept überlegt – Jugendgruppe, Prozeßgruppe, Saalfeld, 1. Mai. Bis jetzt sind wir damit aber noch nicht richtig weiter gekommen.

AIB: Womit rechnet Ihr zum 1. Mai, und was erwartet Ihr von Leuten außerhalb Leipzigs?

Paul: Erstmal, daß sie kommen – vor allem die BerlinerInnen. Wir rechnen nicht mit einem Verbot des Naziaufmarsches und denken, daß um die 10.000 bzw. noch mehr Nazis kommen. Wir denken aber auch, daß wir durchaus Chancen haben, den Aufmarsch zu bebzw. verhindern. Wir wollen den Aufmarsch verhindern, nicht eine Riesendemo hinlegen. Es gibt verschiedene Strategien. Einerseits gibt es mehrere Kundgebungsplätze, die um die Nazikundgebung herum angemeldet werden. Das sind dann legale Sammlungspunkte. Dann gibt es die traditionelle 1.Mai-Demo aus dem linksradikalen Spektrum, die wie im letzten Jahr Ausgangspunkt für Aktionen sein kann. Und es gibt den Aufruf an alle couragierten LeipzigerInnen, die Route zu besetzen. Wobei ich da wenig Hoffnungen habe. Die meisten werden sich an den Aufruf des Oberbürgermeisters halten und zu einer »Demo gegen Rechts« 5 Kilometer von den Nazis weg gehen.

AIB: Danke für das Gespräch. ■

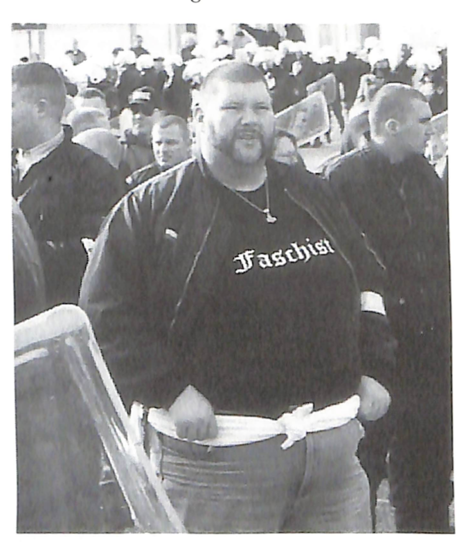
Hehl's Welt wankt

Schon kurze Zeit nachdem der Neonazi Christian Hehl den Fascho-Gemischtwarenladen Hehl's World im Ludwigshafener Südviertel eröffnet hatte (siehe AIB Nr.41), formiert sich im betroffenen Stadtteil der Widerstand. Eine Bürgerinitiative-Süd gegen Rechts, in der ca. 80 Menschen vornehmlich aus dem Stadtteil aktiv sind, hat sich die Schließung des Ladens als Ziel gesetzt.

Von offizieller Seite sieht sich die BI in ihren Bemühungen im Stich gelassen. Stadtverwaltung und Polizei flüchten sich in Verharmlosung und in formaljuristische Ausweichmanöver. Das Angebot in Hehl's World sei legal, heißt es dort, und da auch sonst »*keine Erkenntnisse über kriminelle Aktivitäten des Ladeninhabers vorlägen*«, sei eben »*nichts zu machen*«. So blieb als Fazit einer Informations- und Diskussionsveranstaltung am 4. März, zu der die BI eingeladen hatte, daß ein Verständnis des eigenen Engagements mehr Aussicht auf Erfolg haben dürfte, als das Delegieren des Problems an offizielle Stellen. Schon der Andrang von über 200 Menschen und das starke Medieninteresse an der Veranstaltung machten deutlich, daß die Existenz von Hehl's World und des ihm benachbarten Tätowierladens Mikes Tattoo Studio, das ebenfalls überwiegend von Neonazis frequentiert wird, für die Menschen im Stadtteil ungeachtet aller offiziellen Abwiegelungsversuche sehr wohl eine ernste Bedrohung darstellt. In dem Dia-Vortrag »Rechtsrock – Begleitmusik zu Mord und Totschlag« und auf einer anschließenden Podiumsdiskussion erläuterten VertreterInnen der Bürgerinitiative, des Antifaschistischen Autorenkollektivs »Drahtzieher im braunen Netz« und der Frankfurter Kampagne »Weg mit rechtem Sounddreck« die aktuellen Strategien der Neonazis, die Rekrutierungsarbeit und Strukturaufbau in den subkulturellen Bereich verlagerten, um sich – so der Vertreter des Autorenkollektivs – »*der staatlichen Regulierung und Kontrolle zu entziehen*«. Die Hilflosigkeit gegenüber der »*kulturellen Hegemoniestellung*«, die der Neonazismus in manchen Regionen bereits erreicht habe, äußere sich in einer »*Strategie des Verdrängens und Verschweigens*«, welche dazu beigetragen habe, daß dort mittlerweile regelrechte »no-go-areas« für AusländerInnen und Andersdenkende entstanden sind. Anhand der Betrachtung der gesellschaftlichen Umbrüche der letzten 20 Jahre in England und Deutschland wurde verdeutlicht, wie »*im Windschatten eines gesellschaftlichen Rechtsrucks eine neonazistische Jugendkultur aus ihrer Isolation herausgeführt wird und an Einfluß gewinnt*« und wie den Neonazis »*immer wieder Freiräume geöffnet werden*«. Darüber, daß sie heute in Teilen der Gesellschaft als akzeptierbar gelten, könnten sie sich mehr denn je als »*der militante Flügel des gesunden Volksempfindens*« legitimieren. Die sozialpädagogischen Konzepte, die auf die (Re-)Integration ihres neonazistischen Klientels abzielten, würden von diesen allzu oft zum eigenen Strukturaufbau genutzt, während die linke Gegenkultur, als ein »*wirksamer Regulativ der Verhältnisse*«, zunehmend an den Rand der Gesellschaft gedrängt wird.

Die VertreterInnen der BI berichteten, daß Hehl's World zur Anlaufstelle für Naziskins aus der ganzen Region geworden sei, daß schon Zehn- und Zwölfjährige aus dem Stadtteil den Laden als Freizeitangebot sehen würden und daß das neonazistische Propagandamaterial aus dem Laden bereits an der naheliegenden Grundschule im Umlauf sei. Desweiteren lägen Berichte über die Zunahme »*verbal sehr aggressiver Attacken gegen Menschen mit dunklerer Hautfärbung*« im Stadtteil vor. Die politische Gefahr liege zudem in der Normalität, die der Laden suggeriert, »*als sei es mittlerweile völlig normal, einen Laden mit rechtsradikalen Waren zu eröffnen*«. Ein weiterer Schwerpunkt der Veranstaltung war, die Person Christian Hehl, mittlerweile Mitglied der NPD und der Jungen Nationaldemokraten, und dessen Umfeld zu durchleuchten. So taucht als eine Art Teilhaber von Hehl's World und dem von Christian Hehl betriebenen Sturm-Versand beispielsweise Andreas Gängel aus Bruchsal auf. Gängel betrieb bis 1993 den Endsieg-Versand, der seinerzeit die Hauptversorgungsstelle für neonazistische Propaganda im südwestdeutschen Raum war. 1996 gründete er den Vision Verlag und Versand, der mit einem Angebot von Heinz-Erhard-Platten oder auch schlesischen Bierkrügen bis ins konservative Spektrum auf Kundenfang geht. Dennoch, so betonten die Referenten am 4. März, sei Gängel nach wie vor im militanten Kern der Szene zu verorten. Als Aktivist der Anti-Antifa war er bereits 1993 (nach Aussagen von Neonazis) an der Herstellung der Anti-Antifa-Abschußliste Der Einblick beteiligt, und erst im letzten Jahr ließ er sich von der Polizei dabei erwischen, wie er um die Wohnhäuser von Antifaschisten spionierte. Michael Haber, der Inhaber von Mikes Tattoo Studio, welches direkt neben Hehl's World ansässig ist, ist ebenfalls kein unbeschriebenes Blatt. Er bewohnte 1994 zusammen mit Christian Hehl und anderen Neonazis eine Wohnung in Ketsch (bei Mannheim). Als der Mannheimer Kroatien-Söldner Michael Baatz 1994 mit dem Auftrag, eine neonazistische Terrororganisation im Stile einer »Braunen Armee Fraktion« aufzubauen von Kroatien nach Deutschland geschickt wurde, war die besagte Wohngemeinschaft seine erste Anlaufstelle.

Am 9. März stand Haber zusammen mit dem Ludwigshafener Neonazi Ralf Schwaigert in Mannheim vor Gericht. Sie wurden zu zwei bzw. eineinhalb Jahren Knast verurteilt, weil sie im März 1997 »völlig ohne Grund« einen Passanten minutenlang zusammengetreten und erheblich verletzt hatten. Die beiden wurden überführt, weil eine Überwachungskamera die Tat aufgezeichnet hatte. Der »Geschäftsmann« Christian Hehl indes gibt sich betont moderat und bedauert, daß die BI nicht das Gespräch mit ihm suchen würde – eine Masche, mit der er anfangs auch bei lokalen Medien durchkam, die aber nach der Veranstaltung am 4. März passé sein dürfte. Erst 1997 wurde ihm vom Gericht und von seinem Bewährungshelfer eine »*positive Lebensgestaltung*« attestiert, was bei den AnwohnerInnen nur Kopfschütteln auslöst. Diese wollen weder als Versuchsfeld für sozialpolitische Reintegrationskonzepte herhalten, noch wollen sie tatenlos die drohende Etablierung neonazistischer Subkultur im Stadtteil hinnehmen. Daß die BI mit ihrem Anliegen vor Ort breite Unterstützung erhält, läßt erkennen, wie über gezielte Aufklärung und durch klare Stellungnahmen Menschen angesprochen und mobilisiert werden können. ■



Christian Hehl am 14. März in Lübeck

Bündnis contra Naziaufmarsch

Die Meldung im Thule-Netz Anfang Februar war eher kurz, aber unmißverständlich: Der »Unabhänige Freundeskreis Mecklenburg/Vorpommern« aus Neustrelitz mobilisierte für den 28. Februar unter dem Motto *»Gegen Massenarbeitslosigkeit und keine Macht den Drogen«* zu einem Naziaufmarsch nach Neustrelitz, einer 30.000 Einwohnerstadt im Süden von Mecklenburg-Vorpommern. Anmelder des Aufmarsches war Ronny Klein, einer der führenden Kader des Unabhängigen Freundeskreises, der auch als »Kameradschaft Neuteutonia Neustrelitz« auftritt. Das Ordnungsamt des Landkreises genehmigte den Aufmarsch zunächst im Glauben, es handele sich um einen Protest von Arbeitslosen.

Die Kameradschaft ist schon seit 1996 in Neustrelitz aktiv und besteht aus einem harten Kern von ungefähr 10 Nazis, die aber ein wesentlich größeres rechtes Potential in der Region mobilisieren können. Die Kameradschaft hat enge Kontakte zu Nazikadern aus dem Spektrum der Freien Nationalisten in Norddeutschland, aber auch zu dem JN-Kader André Goertz aus Hamburg. Darüber hinaus verbreitet der Unabhängige Freundeskreis über sein Postfach Adressenlisten von einer breiten Palette von Neonaziversänden in Deutschland und im inner- und außereuropäischen Ausland. Auch kommunalpolitisch versucht der Unabhängige Freundeskreis, Fuß zu fassen. Am Rande einer Veranstaltung gegen Sozialabbau im Herbst 1997 tauchten Ronny Klein und seine Nazifreunde mit Transparenten auf und störten die anschließende Diskussion in einer Kirche mit rassistischen und antisemitischen Parolen. Die Kameradschaft versuchte auch durch die Gründung einer eigenen Jugendorganisation Wanderfreunde e.V., Jugendliche zu rekrutieren. Unter diesem Namen beantragte sie – wenn auch erfolglos – finanzielle Zuschüsse von der Stadtverwaltung. Und im mittlerweile geschlossenen rechten Jugendclub »Saftladen« bemühte sich Ronny Klein, unorganisierte Skinheads stärker in die Strukturen der Kameradschaft einzubinden. Klein und die Kameradschaft fühlten sich offensichtlich in dem seit Jahren als rechte Hochburg verschrieenen Neustrelitz so sicher, daß sie im Thule-Netz vollmundig ankündigten: *»Die Veranstaltung wird von vielen Bürgern der Stadt Neustrelitz besucht werden. Also eine gute Chance. einen guten Eindruck zu machen, um das Bild des bösen ... eindeutig auszuräumen.«* Als Kontakttelefon der Nazis wurde eine Telefonnummer veröffentlicht, die in der Vergangenheit auch schon als Nationales Infotelefon Mecklenburg-Vorpommern fungiert hatte. Neben der Kameradschaft existieren in Neustrelitz durchaus auch andere organisierte rechtsextreme Strukturen: So besuchte im August 1996 eine Delegation ehemaliger SS-Angehöriger, darunter der SS-Hauptsturmführer und Kommandeur des Bataillon 58 im Waffengrenadierregiment der SS-Charlemagne, Henri Fenet, eine Kriegsgräberstätte bei Neustrelitz. Seit Jahren bemühen sich Wilfried Lemcke, ein Neustrelitzer, und ein *»Kamerad Heinz Behnke vom Regiment Westland«* um die Errichtung einer Gedenktafel für dieses Grab.[1]

Die Kameradschaft rechnete jedenfalls vor dem 28. Februar wohl mit einem ungestörten Aufmarsch. Die Aktivitäten von AntifaschistInnen machten ihnen an diesem Tag jedoch einen Strich durch die Rechnung. Innerhalb von zwei Wochen gelang es, ein breites lokales Bündnis – von Gewerkschaften, LehrerInnen, Grünen, Jugendorganisationen und PDS – gegen den geplanten Naziaufmarsch auf die Beine zu stellen. Die DGB-Jugend meldete unter dem Motto *»Soziale Gerechtigkeit verträgt keine nationalistischen Parolen«* eine Gegendemo an, die zum Aufmarschort der Nazis führen sollte, um diesen zu verhindern. Das Landratsamt reagierte dann mit einem Verbot beider Demos. Allerdings stieß das Verbot der Antifademo in der Öffentlichkeit und bei der Regionalpresse auf wenig Verständnis. Schließlich hob das Verwaltungsgericht Greifswald das Verbot der Antifademo auf. Ronny Klein verzichtete dagegen auf einen Widerspruch gegen das Verbot. Am 28. Februar nahmen dann rund 400 Menschen – autonome AntifaschistInnen, GewerkschafterInnen und PDS-Mitglieder sowie eine ganze Reihe von älteren Neustrelitzer BürgerInnen – an der Antifademo teil. Rund 50 Nazis, die sich trotz des Aufmarschverbots am Rande der Demo und im Innenstadtbereich herumtrieben, wurde von AntifaschistInnen sehr deutlich gemacht, daß sie – zumindest an diesem Tag – in der Stadt unerwünscht sind.



Nach diesem für AntifaschistInnen durchaus erfolgreichen Tag, verfielen aber sowohl Antifas als auch das Demobündnis ersteinmal in einen Dornröschenschlaf. Schon vorher war bekannt, daß Ronny Klein für den 14. März einen weiteren Aufmarsch in Neustrelitz angekündigt hatte. Klein zog diese Anmeldung zwar in Erwartung eines erneuten Verbots zurück. Stattdessen übernahm dann aber die NPD Aufmarschroute und Ort. Anstelle des breiten Bündnisses vom 28. Februar riefen dann nur noch der SPD-Bürgermeister Rainer Günther und SPD-Landrat Michael Kautz zu einem *»Protestmarsch Gemeinsam gegen Extremismus«* auf. So konnte dann der NPD-Aufmarsch unter Führung des NPD-Vorstandsmitglieds und Nazianwalts Hans-Günter Eisenecker und des stellvertretenden hessischen NPD-Landesvorsitzenden Manfred Zutt aus Heringshausen unter starkem Polizeischutz ungestört stattfinden. Rund 200 Nazis, vor allem jugendliche Naziskins aus Mecklenburg-Vorpommern, aber auch viele NPD/JN-Mitglieder beteiligten sich an dem Aufmarsch. Die NPD in Mecklenburg-Vorpommern kann mittlerweile auf flächendeckende Strukturen zurückgreifen. Daneben sorgt vor allem Der Kamerad, die Mitgliederzeitschrift des NPD-Landesverbands Mecklenburg-Vorpommern, für eine ständig wachsende Vernetzung. Aber auch wenn die NPD am 14. März ungehindert in Neustrelitz aufmarschieren konnte, sind AntifaschistInnen zuversichtlich, daß mit der Bündnisdemonstration und den positiven Reaktionen darauf ein Anfang für weiteres antifaschistisches Engagement in Neustrelitz gemacht wurde. ■

1) Der Freiwillige, Vereinsblatt der »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit« (HIAG) Nr. 9/97

Aushungern und Abschieben

Bundesregierung und Länder wollen die Sozialhilfe für 250.000 geduldete und ausreisepflichtige Flüchtlinge streichen. Nur noch in Ausnahmefällen sollen ausreisepflichtige sowie geduldete AusländerInnen künftig noch Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhalten können. Betroffen sind AusländerInnen mit einer Duldung[1] sowie sonstige ausreisepflichtige AusländerInnen[2].

Die betreffenden AusländerInnen erhalten bereits seit dem 1. Juni 1997[3] ausnahmslos nur noch abgesenkte Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die gegenüber der Sozialhilfe um mindestens 20 % gekürzt sind und zudem vorrangig als Sachleistungen, das heißt als Wertgutscheine bzw. Essenspakete, gewährt werden sollen. Auch die medizinische Versorgung ist bereits erheblich eingeschränkt. Am 6. Februar 1998 hat der Bundesrat mit den Stimmen auch der SPD-Länder (Brandenburg, Niedersachsen, Saarland, Rheinland-Pfalz) aufgrund einer Gesetzesinitiative Berlins, die durch Vorstöße Bayerns, Baden-Württembergs und Niedersachsens noch erheblich verschärft wurde, einen entsprechenden neuen Gesetzentwurf beschlossen.[4]

Neben weiteren Änderungen soll folgende Regelung in das AsylbLG neu eingefügt werden. § 1 a AsylbLG - Anspruchseinschränkung:

Leistungsberechtigte nach § 1 Abs. 1 Nr. 4 und 5 [=AusländerInnen mit einer Duldung sowie sonstige ausreisepflichtige AusländerInnen] und ihre Familienangehörigen nach § 1 Abs. 1 Nr. 6,
1. die sich in den Geltungsbereich dieses Gesetzes begeben haben, um Leistungen nach diesem Gesetz zu erlangen, oder
2. bei denen aus von ihnen zu vertretenden Gründen aufenthaltsbeendende Maßnahmen nicht vollzogen werden können, oder
3. die nicht freiwillig ausreisen, obwohl ihrer Ausreise in den Herkunftsstaat oder in einen anderen zur Aufnahme bereiten Staat keine rechtlichen oder tatsächlichen Hindernisse entgegenstehen, erhalten Leistungen nach diesem Gesetz nur, soweit dies im Einzelfall unabweisbar geboten ist.

Abschieben durch Aushungern

Wenn nur einer der drei genannten Tatbestände erfüllt ist, führt dies zu einem vollständigen Ausschluß des Anspruchs auf Leistungen: Keine Leistungen zum Lebensunterhalt, keine Leistungen für die Unterkunft, keine medizinische Versorgung. Obdachlosigkeit und Aushungern sind die Folgen, da (von wenigen Ausnahmen abgesehen) zugleich auch keine Arbeitserlaubnisse erteilt werden. Betroffen sind zum großen Teil Familien mit Kindern. Die Betroffenen werden in ausweglose Situationen gezwungen. Wer sich etwas zu Essen beschaffen will, zum Arzt fahren muß oder auch nur seine Anwältin anrufen will, ist gezwungen sich das erforderliche Bargeld auf nicht legale Weise zu beschaffen. Praktische Bedeutung hat vor allem die Streichung der Sozialhilfe aufgrund der unterstellten Möglichkeit der freiwilligen Ausreise. Es ist davon auszugehen, daß künftig zur Streichung der Sozialhilfe die rein technische (Rück)-Reisemöglichkeit in das Herkunftsland reicht (eine Verkehrsverbindung zu Land, Wasser und/oder Luft ist technisch gesehen verfügbar, und das Herkunftsland ist grundsätzlich aufnahmebereit). Auf die Zumutbarkeit der Rückkehr kommt es nach dem Wortlaut des Gesetzentwurfs nicht mehr an. Als »unabweisbare Leistung« kommt dann nach der Rechtsprechung zum Sozialhilferecht regelmäßig

Gastbeitrag vom Flüchtlingsrat Berlin

nur eine Rückfahrkarte sowie ein Zehrgeld für die Rückreise (»Butterbrot und Fahrkarte«) in Frage. Im Ergebnis bedeutet dies, daß bis zu 300.000 Menschen, die nicht abgeschoben werden können, durch Aushungern gezwungen werden sollen, »freiwillig auszureisen«. Darauf, daß eine Duldung erteilt wurde, weil in der Heimat Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht, soll es künftig nicht mehr ankommen. Die größte von der geplanten Sozialhilfestreichung betroffene Gruppe sind ca. 200.000 Kriegsflüchtlinge aus Bosnien. Betroffen sind weiterhin bundesweit mindestens 50.000 vor den serbischen Machthabern im Kosovo geflohene Angehörigen der albanischen Volksgruppe. Gestrichen werden soll die Sozialhilfe auch für ehemalige AsylbewerberInnen mit Duldung aus allen anderen Herkunftsländern. Betroffen sind daher zahlreiche weitere Gruppen, wie z.B. ehemalige DDR-VertragsarbeiterInnen und AsylbewerberInnen aus Vietnam, Kriegsflüchtlinge aus Afghanistan, geduldete Flüchtlinge aus der Türkei, dem Irak, dem Libanon, Algerien, Angola, Somalia, usw. usw. Gestrichen werden soll die Sozialhilfe schließlich auch, wenn jemand aus humanitären Gründen oder aus Gründen des öffentlichen Interesses eine Duldung erhalten hat, etwa wegen Heirat mit einer/em Deutschen, als Zeugin in Menschenhandelsprozessen, usw. Ausnahmen sind nur möglich, soweit jemand akut (reiseunfähig) krank und behandlungsbedürftig ist.

Hintergründe

Im Vorfeld hatte Berlins Ausländerbeauftragte John (CDU) die geplante Neuregelung gefordert. John hatte sich immer wieder darüber beschwert, daß AusländerInnen, die nicht abgeschoben werden können, *»Duldungen und Sozialhilfe«* erhalten und daß deshalb die entsprechenden Regelungen in Ausländergesetz und Sozialrecht geändert werden müßten.[5] John und Berlins Sozialsenatorin Hübner (CDU) hatten öffentlich beklagt, daß allein nach Berlin im Laufe des Jahres 1997 ca. 800 »Serben« mißbräuchlich eingereist seien und hier Duldungen sowie Sozialhilfe beantragt hätten. Fakt ist – was auch Frau John weiß – daß es sich bei den 1997 neu eingereisten »800 Serben« zwar um Staatsangehörige der Bundesrepublik Jugoslawien handelt, allerdings keineswegs um ethnische Serben, sondern um vor der Unterdrückung durch die Serben geflohene Kosovo-Albaner. Am 10. September 1997 hat Berlins Sozialsenatorin Hübner im Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Streichung der Sozialhilfe für AusländerInnen vorgelegt, die anstelle der gesetzlich eigentlich vorgesehen Duldungen nur sogenannte »Grenzübertrittsbescheinigungen« besitzen. Diese Praxis der Berliner Ausländerbehörde, nur noch Grenzübertrittsbescheinigungen auszustellen, wurde im übrigen durch ein Urteil vom 25. September 1997 vom Bundesverwaltungsgericht für rechtswidrig erachtet. John und Berlins Innensenator Schönbohm (CDU) haben daraufhin vorgeschlagen, allen 42.000 in Berlin mit einer Duldung oder Grenzübertrittsbescheinigung lebenden AusländerInnen die Sozialhilfe zu streichen.[6] In einem Gespräch mit dem Flüchtlingsrat erklärte Frau John, in Berlin lebten nach offiziellen Schätzungen bereits 100.000 *»illegale Ausländer«*. Sie könne sich durchaus vorstellen, daß in der Stadt noch weitere AusländerInnen illegal überleben könnten, ohne daß der Staat immer auch die Verantwortung für

diese Menschen übernehmen müsse. Faktisch forderte die Ausländerbeauftragte damit eine Illegalisierung. Nach Bekanntwerden des Gesetzentwurfes zur weiteren Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes Ende Januar 1998, haben noch vor der Abstimmung im Bundesrat die Bundesverbände des paritätischen Wohlfahrtsverbandes, der AWO, der Caritas, des Diakonischen Werkes, des DGB, Teile der Kirchen sowie das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR öffentlich protestiert. Auf Antrag der GRÜNEN wurde der Entwurf am 6. Februar in einer aktuellen Stunde auch im Bundestag debattiert. Berlins Sozialsenatorin Hübner, die den Entwurf federführend für den Bundesrat vertreten hat, behauptete in ihren Redebeiträgen in Bundesrat und Bundestag am 6. Februar, Bosnier sowie nach § 53 Ausländergesetz wegen Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit geduldete Ausländer seien aus rechtlichen Gründen von der geplanten Neuregelung nicht betroffen. Dies widerspricht allerdings nicht nur dem Wortlaut des Entwurfs, sondern auch der einhelligen Meinung aller juristischen ExpertInnen.[7] Auch die Innenminister Berlins[8], Niedersachsens und des Saarlandes haben inzwischen bestätigt, daß grundsätzlich auch alle geduldeten Bosnier von der geplanten Sozialhilfestreichung betroffen sind. Offenbar hatten die Verwaltungen in den Ländern eine Strategie verabredet, die Öffentlichkeit über das Ausmaß der geplanten Sozialhilfestreichung zu täuschen, wie die von ihnen immer wieder verbreiteten Behauptungen belegen, Bosnier seien nicht betroffen. Innerhalb der Länder hat dies inzwischen zu Differenzen geführt. Im Berliner Abgeordnetenhaus erlitt Sozialsenatorin Hübner (CDU) eine Abstimmungsniederlage, als ihr Koalitionspartner SPD sie am 5. Februar mit den Stimmen der GRÜNEN und der PDS aufforderte, im Bundesrat der Neuregelung nicht zuzustimmen – was sie tags drauf dann aber dennoch tat. Der Brandenburger Landtag beschloß am 26. Februar, daß die Landesregierung – entgegen ihrer im Bundesrat bereits erfolgten Zustimmung – im weiteren Gesetzgebungsverfahren darauf hinwirken solle, daß die Neuregelung nicht für Ausländer mit einer Duldung gelten soll. Schröder und Glogowski hatten ihre im Namen Niedersachsens im Bundesrat erteilte Zustimmung weder mit ihrem Kabinett noch mit dem Landesparlament abgestimmt, was zu Differenzen innerhalb der niedersächsischen SPD geführt haben soll.

Das Letzte: Bundesregierung plant Internierungslager

Das Bundesgesundheitsministerium hat inzwischen einen Änderungsvorschlag erarbeitet, der belegt, daß auch nach Auffassung der Bundesregierung Kriegsflüchtlinge aus Bosnien unter den vom Bundesrat beschlossenen Gesetzentwurf fallen. Offenbar auf Vorschlag von Innenminister Kanther plant die Bundesregierung Internierungslager für AusländerInnen, die über die grüne Grenze eingereist sind. Der Entwurf beinhaltet folgende Änderungen des geplanten § 1a AsylbLG: Kriegsflüchtlinge aus Bosnien werden bis Juni nächsten Jahres von der Streichung der Sozialhilfe ausgenommen, AusländerInnen mit Duldung, für die eine freiwillige Ausreise nach Auffassung der Sozialämter und der Ausländerbehörden nicht möglich ist, sollen, wenn sie z.B. (auch vor Inkrafttreten der Novelle) »illegal eingereist« sind, in Sammellager ohne einen Pfennig Bargeld eingewiesen werden. Jede medizinische Hilfe bei chronischer Krankheit oder Behinderung soll ausgeschlossen werden. Die AusländerInnen und ihre persönlichen Habe sollen jederzeit ohne Ankündigung durchsucht werden können, um sämtliche noch vorhandenen Geldbeträge zu beschlagnahmen (§ 7 AsylbLG-Novelle), AusländerInnen mit Duldung, für die eine freiwillige Ausreise nach Auffassung der Sozialämter und der Ausländerbehörden technisch möglich wäre, sollen als *»unabweisbare Hilfe«* im Regelfall nur *»einen Rückfahrschein und Reiseverpflegung«* erhalten. Daß die Regelung für Bosnier erst im nächsten Jahr in Kraft treten soll, ist ein Zugeständnis an die Kritik der Wohlfahrtsverbände. Dies ändert aber nichts daran, daß das von der Bundesregierung vorgeschlagene Ausmaß der Leistungseinschränkungen sogar noch über das hinausgeht, was der Bundesrat plant. Das weitere Gesetzgebungsverfahren: Der Entwurf soll voraussichtlich am 18. März im Bundeskabinett behandelt werden. Am 23. März ist eine erste Lesung im Bundestag geplant. Als nächstes wird voraussichtlich eine Expertenanhörung im Gesundheitsausschuß des Bundestages stattfinden. Nach einer gemeinsamen zweiten und dritten Lesung im Bundestag folgt eine nochmalige Abstimmung im Bundesrat. Wenn beide zustimmen, könnte das Gesetz dann in Kraft treten.

Widerstand

Nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf lokaler und Landesebene haben Wohlfahrtsverbände, Flüchtlingsräte, Initiativen und autonome Gruppen vielfach Protest geäußert und Bündnisse gegen die geplante Sozialhilfestreichung gegründet. Auf den öffentlichen Druck hin haben die rot-grün regierten Länder den Gesetzentwurf im Bundesrat bereits abgelehnt. Auch in SPD-alleinregierten Ländern zeigt der Widerstand erste Wirkungen. Es scheint durchaus erfolgversprechend, zu versuchen, durch aktives Handeln und breiten Widerstand, durch Druck auf Landesparlamente (die Länder müssen nach einer Verabschiedung im Bundestag im Bundesrat nochmals über die Novelle abstimmen) und Bundestag sowie vor allem durch einen breiten außerparlamentarischem Widerstand die geplante Sozialhilfestreichung noch zu verhindern. ■

1) Definition nach § 1 Abs. 1 Nr. 4 AsylbLG.
2) Flüchtlinge mit einer Grenzübertrittsbescheinigung, Passeinzugsbescheinigung o.ä., § 1 Abs. 1 Nr. 5 AsylbLG
3) am 1.6.1997 wurde die 1. AsylbLG-Novelle verabschiedet.
4) 2. AsylbLG-Novelle, Bundesratsdrucksache 691/97 -Beschluß- vom 6.2.1998
5) vgl. z.B. Tagesspiegel vom 6.7.97, Kommentar in der TAZ vom 27.9.97
6) Berliner Morgenpost v. 25.11.97
7) vgl. z.B. Stellungnahme des UNHCR vom 5.2.98
8) Tagesspiegel v. 7.2.98

Aufruf zum Schwulen/Queerblock auf der 1.Mai-Demo in Leipzig

Gegen die Nazis im ganzen Land!
Gegen die Macker in den eigenen Reihen!
Kämpft für offne Grenzen - keine Macht den Schwänzen!

Wir wollen uns als linke Schwule und Queers mit einem eigenen Block an der 1.Mai-Demo gegen den Naziaufmarsch in der Heldenstadt beteiligen.
Zugleich wollen wir den Blick nicht nur auf die Faschisten vor uns richten, sondern durch unsere sichtbare Präsenz dem patriarchalen Normalzustand, der auch vielzuoft in der linken Szene herrscht, etwas entgegensetzen.
Wir rufen alle Schwulen und Queers auf, einen kämpferischen, bunten, entschlossenen, zärtlichen, lustvollen Block auf der Demo zu bilden.
Wir freuen uns, wenn viele Lesben den Block zu einem lesbisch-schwulen-queer Block werden lassen.

Für freies Fluten -
Für das Schöne und Gute.

Die Queerulanten

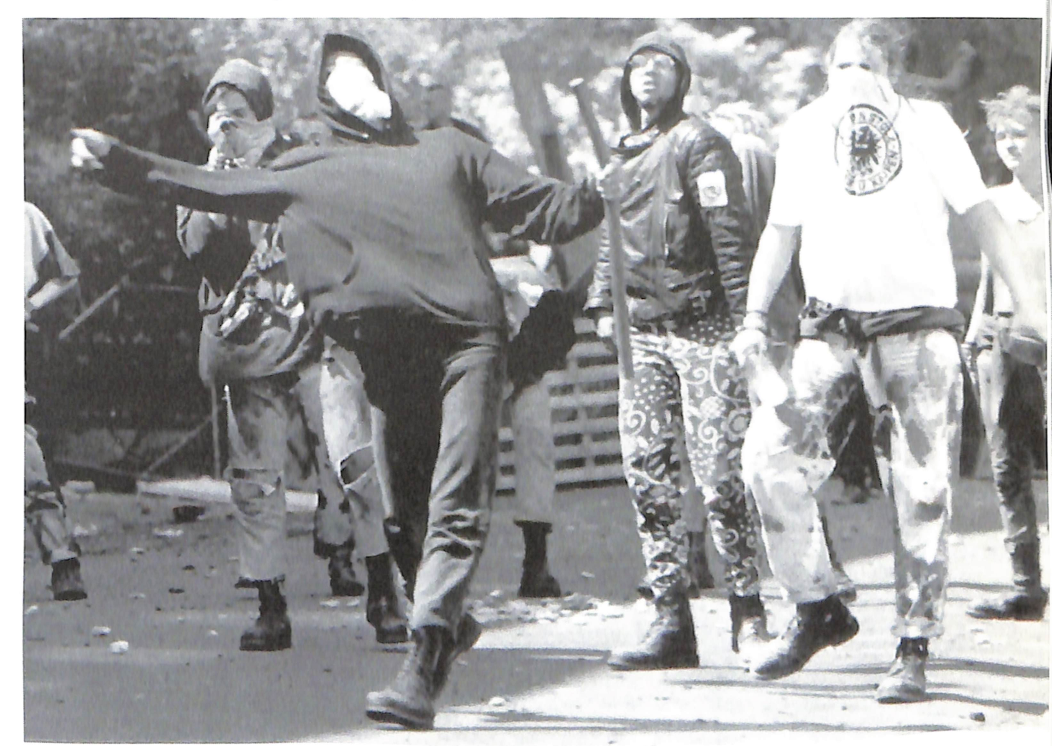
Die Diskussion hat erst angefangen

Fortsetzung

Nachdem wir im AIB Nr. 42 einiges zu Mackerverhalten auf Antifa-Demos und dem Verhältnis der antifaschistischen Bewegung zu Sexismus angerissen haben, wollen wir im zweiten Teil etwas theoretischer darstellen, warum wir die Auseinandersetzung mit Sexismus (aber auch mit Rassismus) für eine notwendige Grundlage antifaschistischer Arbeit halten.

Einen guten Teil dessen, was in der BRD unter dem Namen Antifa-Politik läuft, würden wir eher als Anti-Nazi-Politik bezeichnen. Zentrale Punkte dieser Arbeit sind das Aufdecken von Nazi-Strukturen, Organisation von Demonstrationen, direkte Aktionen gegen Nazis, Flugblätter erstellen. Einige Gruppen oder Zeitschriften beschäftigen sich noch mit Themen wie Antimilitarismus, deutschem Großmachtstreben, staatlichem Rassismus und ähnlichem. Diese Aufzählung ist selbstverständlich nicht vollständig. Es geht uns nicht darum diese Arbeit geringzuschätzen. Sie ist bitter notwendig und ohne sie wäre der Bewegungsspielraum der Nazis noch weitaus größer. Dennoch empfinden wir die Politik der antifaschistischen Bewegung an zentralen Punkten als zu kurz gegriffen. Eine Analyse, inwieweit eine patriarchale Gesellschaft ein wichtiger Bestandteil vom Entstehen des Faschismus und faschistischen Gruppen ist, wird fast nirgends betrieben. Auch die Thematisierung der eigenen Verstrickung von Antifas in die Macht- und Herschaftsverhältnisse Sexismus und Rassismus fehlen außerhalb von Frauen-Antifa Gruppen (Fantifa) völlig. Unser Anliegen ist es, diese Diskussionen auch in Antifagruppen voranzubringen. Wir sind uns bewußt, daß unser Text in Teilen eher abstrakt ist, aber wir wollen am Ende unseres Artikels auch einige konkrete Fragestellungen anführen, welche das Verhältnis von Männern und Frauen in Antifa-Gruppen betreffen.

Der Begriff der Dominanzkultur hat eine zentrale Stellung in unserer Sichtweise auf die mitteleuropäische und nordamerikanische Gesellschaft. Er wurde von der feministischen Sozialwissenschaftlerin Birgit Rommelspacher geprägt. Dominanzkultur bedeutet, daß es innerhalb einer Gesellschaft, die sich insgesamt als höherwertig gegenüber anderen begreift, eine immer wiederkehrende Struktur gibt: Diese ist gekennzeichnet durch ein Wechselspiel von Dominanz (Vorherrschaft) und Unterwerfung und hat drei Merkmale: 1. Die von uns erlebten Unterschiede zwischen den Geschlechtern, sind nicht naturgegeben, sondern wir erlernen sie von Kindheit an. Zusätzlich wird diese erlernte Verschiedenheit in eine Rangordnung einsortiert, was zur Bildung von Geschlechterhierarchien führt. 2. Rassismus und Sexismus sind keine Probleme von »Zukurzgekommenen« (zum Beispiel von arbeitslosen Jugendlichen), sondern die Angst, seine/ihre eigenen Privilegien bedroht zu sehen, beziehungsweise sie zu verlieren. Dies äußert sich unter anderem im Denken, als Deutsche(r) mehr Anspruch auf Wohlstand zu haben als hier lebende MigrantInnen. Eine Form, in der sich Sexismus in Antifa-Gruppen äußern kann, ist, daß Männern nach außen orientierte Aufgaben nicht an Frauen abgeben wollen, da sie das als Schwäche und Machtverlust empfinden würden. Das 3. Merkmal ist, sich selbst als Norm zu setzen, als das einzig Wahre, Richtige, Gesunde etc. Alles Fremde und Andere wird von sich selbst ferngehalten. Dies findet beispielsweise seinen Ausdruck im Umgang mit Menschen, die nicht der Gruppennorm im Verhalten oder in der Kleidung entsprechen. Sowohl Männer als auch Frauen haben in ihrer vielfältigen Identität unterschiedliche Rollen innerhalb dieser Struktur inne. Frauen gehören zur diskriminierten Gruppe, als Weiße gehören sie zur dominanten und so weiter. Spannend am theoretischen Ansatz von Birgit Rommelspacher ist für uns zum einen die Erkenntnis, daß wir als Antifas (Linke oder Autonome) nicht einfach auf der Seite der Guten stehen, nur weil wir gegen Nazis sind. Die Theorie von Birgit Rommelspacher gründet sich auf den Modernisierungsprozessen von Herrschaft vor allem in den letzten Jahrzehnten. Ältere Konzepte linker Theorie, vor allem solche, die sich auf den Klassenkampfgedanken beziehen, bemühen sich stets klar zwischen Herrschenden und Unterdrückten zu unterscheiden. Diese klare Unterscheidung ist heute in den meisten Bereichen nicht mehr haltbar, wenn sie es je war. Macht hat sich in der Moderne immer weiter differenziert und in die Gesellschaft hineinverlagert. Die Dominanzkultur wird nicht nur durch die Mehrdimensionalität von Macht gekennzeichnet, sondern auch durch die Allgegenwärtigkeit von Machtverhältnissen. Mit Mehrdimensionalität ist hier die Verwobenheit der einzelnen Machtverhältnisse untereinander gemeint, sowie der Fakt, daß es nicht nur eine Machtebene gibt. Hinzu kommt die relative Unsichtbarkeit dieser Mächte, sie sind in keine Rechtsverhältnisse gegossen und werden von keiner repressiven Instanz vertreten. Im Gegensatz zu einer Vorstellung von Macht als Repression beinhaltet der Begriff »Dominanz«, daß Macht sich auf weitgehende



Zustimmung stützt. Sie vermittelt sich über soziale Strukturen und verinnerlichte Normen. Damit verschiebt sich die Bedeutung von Macht und Unterordnung. Je nachdem, mit welcher Person, mit welcher sozialen Gruppe die Einzelnen in Beziehung stehen, können sie UnterdrückerIn und BeherrschteR sein. Macht und Unterordnung sind keine sich gegenseitig ausschließenden Positionen, sie können sich in einer Person vereinigen.

Das bisher Geschriebene soll natürlich nicht dazu führen, daß mensch denkt die Welt wäre so kompliziert, daß er oder sie ohnehin nur alles falsch machen könnte. Es geht uns darum aufzuzeigen, daß ein einfaches Strickmuster – hier böse Nazis, dort gute Antifas – so nicht existiert. *»Es ist naiv zu meinen, die Normierung des Menschen, die ihm zur zweiten Natur geworden ist, könne per Beschluß, könne in einem revolutionären Akt aufgehoben werden.(...) Sie kann auf absehbare Zeit nur unermüdlich in stetigen und beharrlichen Kämpfen thematisiert und damit infrage gestellt werden.(...) Sie ist kein äußerer Feind, den der Revolutionär, als ein ihm Fremdes bekämpft, sie nistet in seiner eigenen Seele, sie ist verwoben mit dem Material, aus dem er als gesellschaftlicher Mensch gemacht ist.«* Soweit Ingrid Strobl in ihrem Text *»Die Angst vor den Frösten der Freiheit«*.

Wir finden es als AntifaschistInnen wichtig, die eigene Verwobenheit in Machtverhältnisse zu erkennen. Der Fehler ist nicht, Mann oder weiß zu sein, sondern permanent die Augen davor zuzukneifen, was damit automatisch verbunden ist. Um eine Diskussion in (gemischtgeschlechtlichen) Antifazusammenhängen anzuregen, ist es notwendig, die Strukturen der eigenen Gruppe aufzudecken, zu hinterfragen und zu verändern. Mögliche Fragestellungen sind dabei: Wer übernimmt welche Aufgaben und warum? Wer kümmert sich um die persönlichen Belange in der Gruppe? Wer vertritt die Gruppe nach außen? Wie sieht das Redeverhalten in der Gruppe aus? Wir fänden es schön, wenn anhand dieser oder ähnlicher Fragen die Rollenverteilung in einer Gruppe festgestellt und hinterfragt wird, warum diese Verteilung so ist. ■

Ein Beitrag von »Paulinas Rache«

Weiteres Material zum Thema:
- »Dominanzkultur« von Birgit Rommelspacher, erschienen im Orlanda Frauenverlag;
- »Antirassistische Identitäten in Bewegung« von Sabine Hess und Andreas Linder; Verlag edition diskord;
- »Geschichte, Rassismus und das Boot« von der autonomen l.u.p.u.s. Gruppe; Verlag Edition ID-Archiv.

Aufruf an alle Frauen/Lesben

zu der antirassistischen Aktionswoche an der deutsch-polnischen Grenze Anfang Juli

Der Staat hat die Grenzen hochgerüstet um Flüchtlingen und MigrantInnen die selbstorganisierte Einreise unmöglich zu machen. Die Toten in der Neiße/Oder und Frauenhandel sind eine direkte Folge dieser Politik. Wir sind ein Zusammenschluß von Frauen/Lesben aus verschiedenen Antira(ssistischen) Gruppen aus Polen und der BRD, die der herrschenden Grenzpolitik etwas entgegensetzen wollen.

Hier einige Stichpunkte zu der derzeitigen Situation:

- in Eigeninitiative gegründete Bürgerwehrgruppen, die gegen die Flüchtlinge vorgehen
- ein »Infomobil des Bundesgrenzschutz« informiert AnwohnerInnen der Grenze über Grenzkriminalität und fordert zur Denunziation auf. Dafür sind eigene »Bürgertelefone« installiert worden.
- besondere Befugnisse des BGS in einer 30 km-Zone an der Grenze, z.B. »verdachtsunabhängige Kontrollen«
- Anwendung des § 92 a AuslG (Einschleusen von Ausländern) auf TaxifahrerInnen, die auf der deutschen Seite im Grenzgebiet illegalisierte MigrantInnen befördern. Durch bereits erfolgte Verurteilungen wird versucht eine ganze Berufsgruppe zu Handlangern des BGS zu machen. Wenn bei TaxifahrerInnen der Verdacht entsteht, daß ihre Fahrgäste »illegale Ausländer« sind (z.B. durch »undeutsches Aussehen«), sind sie verpflichtet, den BGS über Funk zu verständigen bzw. die Fahrgäste direkt zum nächsten Bullenrevier zu fahren.

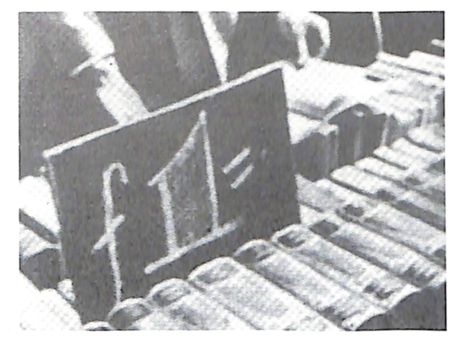
Bei unseren Aktionen soll es darum gehen, den reibungslosen Ablauf der rassistischen Maschinerie in der Grenzregion zu stören. Wir wollen zeigen, daß wir die Abschottungs- und Abschiebepolitik ablehnen und nicht hinnehmen. Mit den Aktionen soll eine breite Öffentlichkeit gegen das Vorgehen des BGS, die herrschende Grenzpolitik und das Denunziationsverhalten in Teilen der Bevölkerung erreicht werden.

Form und Ausdruck der Aktionen werden vielfältig sein, auch deine Phantasie ist gefragt.
Wir bemühen uns, die Aktionstage für möglichst viele Frauen/Lesben, die kommen wollen, zugänglich zu machen. Infos, Fragen Vorschläge und Absprachen über die Kontaktadresse.
So, wenn du jetzt neugierig geworden bist und Lust auf die Aktionstage hast, melde dich bei uns

Stichwort »Sommerfrische«
c/o Symbiose e.V.
Kinzigstr. 9, 10247 Berlin
Tel: 030/2947688
Fax: 030/29492120

Spendenkonto bei:
FFM
Stichwort: Frauen/Lesben Camp 98
KtoNr: 610024264
BLZ: 10050000
Berliner Sparkasse

Wenn Du nicht zu den Aktionstagen kommen kannst/willst, die Idee aber unterstützenswert findest: Wir freuen uns über zeitgleiche Aktionen anderswo und natürlich Geld- o. Sachspenden (auch leihweise Handy's, Laptop, Fax, Modem, ...)



Bücher, Broschüren, Zeitungen, Filme

Wienecke, Annette : Besondere Vorkommnisse nicht bekannt. Zwangsarbeiter in unterirdischen Rüstungsbetrieben. Wie ein Heidedorf kriegswichtig wurde. Bonn: Pahl Rugenstein, 1996, 242 S. 24,90 DM.

In Hannover stößt eine Lehrerin bei der Suche nach Quellen für den Unterricht im Keller ihrer Schule auf Ungereimtheiten in der Überlieferung. Aus dem Versuch, diese aufzuklären, entsteht ein reportagenhaftes Buch über Zwangsarbeitslager im Landkreis Celle, das mit etlichen Fotos und Textdokumenten angereichert ist.

Parallel zu unzähligen weiteren Projekten im Gebiet Niedersachsens wurde in der Zeit des Nationalsozialismus auch im Landkreis Celle mit zunehmender Bombardierung durch die Alliierten der Versuch unternommen, eine militärische Niederlage durch Untertageverlagerung der Rüstungsindustrie abzuwenden. Vor allem nach der Bombardierung der V-Waffen-Fabrik in Wiener Neustadt und der Raketenversuchsanstalt Peenemünde im August 1943 wurde die Untertageverlagerung im Zusammenspiel von Reichsbehörden, beteiligten Firmen und der SS in größter Eile vorangetrieben.

Es handelt sich in dem Buch im besonderen um Ovelgönne, wo von Oktober 1941 bis April 1945 zwischen 60 bis 80 ZwangsarbeiterInnen aus Osteuropa, vorwiegend aus Polen, interniert waren. Sie wurden zu Arbeiten für die Rüstungsindustrie herangezogen. Besonders kurios mag hierbei das Beispiel des Landschulheimverwalters anmuten, dessen Funktion sich nunmehr zum Lageraufseher umwandelt. Doch zugleich ist es ein Hinweis auf das Ein- und Übergreifen des Lagersystems in das Alltagsleben der örtlichen deutschen Bevölkerung. Es geht in dem Band nicht vornehmlich um die Bedeutung der Untertageverlagerung für den Krieg, sondern vielmehr um die Frage der Einbeziehung der gesamten Bevölkerung in die nationalsozialistischen Strukturen sowie darüber hinaus darum, wie nach 1945 mit dieser Geschichte umgegangen wurde.

Das Buch mag akademischen Ansprüchen vielleicht nicht genügen – besonders ärgerlich ist das Fehlen eines klaren Aufbaus. Infolgedessen fällt es streckenweise schwer, die Abfolge der Kapitel nachvollziehen zu können. Dieses Manko wiegt gerade aufgrund der Fülle an Informationen (sehr viele Elemente der NS-Vernichtungspolitik und des Themenkomplexes Zwangsarbeit finden Erwähnung) schwer. Ein Sach-, Personen- oder Ortsregister wäre u.E. unabdingbar gewesen. Zudem wird der LeserIn eine übergreifende Analyse des Dokumentierten vorenthalten.

Dennoch ist das Werk als lokalgeschichtliche Studie (und darüber hinaus) von Bedeutung, vermag es doch dazu anzuregen, vor Ort die Spuren des Nationalsozialismus zu verfolgen – gemäß der häufig strapazierten und etwas abgedroschenen Losung »Grabe, wo du stehst«. Und es ist unterdessen bereits fast schon eine Binsenweisheit, daß die historische Auseindersetzung mit der lokalen (und nicht nur dieser!) NS-Vergangenheit ein essentieller Teil antifaschistischer Arbeit vor Ort ist.

Willms, Johannes: Bismarck. Dämon der Deutschen. Anmerkungen zu einer Legende. München: Kindler 1997, 347 S. 44,90 DM.

Im Zuge der nahenden hundertsten Wiederkehr des Todes von Otto von Bismarck am 31. Juli 1898 erscheinen für das Bismarckjahr 1998 gleich drei Biographien über ihn. Willms ordnet sich dabei in die Reihe derer ein, die Bismarck kritisch zu hinterfragen suchen. Das Werk ist in journalistischem Stil gehalten, es versteht sich mehr als politischer Essay denn als wissenschaftliche Studie (obgleich eine Zeittafel durchaus zur Übersichtlichkeit beigetragen hätte!).

Es werden die Anfangsjahre Bismarcks geschildert, von der Zeit vor der – sich ebenfalls soeben im Jubeljahr befindlichen – 1848er Revolution über sein frühes Hervortreten als Reaktionär bei deren Niederschlagung, über das diplomatische Intermezzo in Frankfurt am Main bis hin zu seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten Preußens im Jahre 1862 und schließlich der Aufstieg zum Reichskanzler 1871.

Willms beschreibt sowohl den »Kulturkampf« gegen die Katholiken sowie die Entstehung der Sozialistengesetze als auch Bismarcks Rolle bei der Reichsgründung 1871 und der damit vollzogenen – in einigen Kreisen seit Beginn des 19. Jahrhunderts erstrebten – deutschen Einheit. In alldem versucht er, diese oftmals als omnipotent geschilderte Figur von ihrem Sockel herunterzuholen. Willms weist im Verlaufe der Biographie wiederholt auf den Bismarck hin, dem es zunächst um bloße Machterweiterung ging und dessen Politik bei weitem nicht dem planvoll-staatsmännischen entsprach, wie durch seinen Mythos impliziert wird. Er schlußfolgert, daß Bismarck der große Wegbereiter Hitlers war, ohne den der Nationalsozialismus mithin unmöglich gewesen wäre. Daß Willms den Bismarck-Mythos ankratzt, ist sehr verdienstvoll – vor allem in der zu erwartenden Jubeljahr-Begeisterung. Doch die Konzentrierung auf die Person Bismarcks läuft Gefahr, den politischen und ideologischen Hintergrund zu vernachlässigen, auf dessen Bühne sich Bismarck bewegte und der eine unabdingbare und weitaus wesentlichere Voraussetzung für die Entstehung des »Dritten Reiches« war. Der Versuch, Kontinuitäten in der deutschen Geschichte an Persönlichkeiten

festzumachen, verstellt den Blick auf die übrigen komplexen Antriebskräfte historischer und gesellschaftlicher Entwicklung. Dennoch eine überdenkenswerte These, gerade weil sie die Linie von Bismarck zu Hitler und eben nicht zur sich demokratisch gebahrenden BRD zieht.

In dem Werk wird deutlich, welch Geistes Kind einige bundesrepublikanische PolitikerInnen sind, wenn sie sich in die direkte Nachfolge Bismarcks zu stellen versuchen – schließlich war er von Anbeginn seiner politischen Karriere an als Wortführer der Konservativen bekannt und erst seine dortige Meinungsführerschaft trug ihm die Bedeutung ein, die er später erlangen sollte. Allerdings ist zu bedauern, daß die Versprechung des Untertitels »Anmerkungen zu einer Legende« nur ungenügend eingelöst wird, denn das Fortwirken Bismarcks in der Nachwelt bis in die Gegenwart hinein – was ja einen guten Teil der Legende ausmacht! – findet keine Berücksichtigung: Damals die Bismarckdenkmäler und -türme, die gleich nach seinem Tod errichtet wurden, und heute zunächst der Bismarckbund (1985 gegründet) und seit 1997 die Bismarckstiftung, die eine ganze Palette nationalkonservativer und »neu«-rechter Personen vereint. Bleibt zu hoffen, daß Willms' Buch, trotz aller Kritik, ein wirkungsvoller Beitrag zu der Entzauberung des nationale Identität stiftenden Bismarckbildes ist. (Zur Bismarckstiftung siehe Beitrag in AIB Nr. 40, S. 27f.)

Andreas Berger/Rudi Friedrich Kathrin Schneider; Der Krieg in Türkei-Kurdistan; Lamuv Taschenbuch, 19,80 DM, April 1998

»Selbst wenn Ihr hier alle Menschen töten solltet, würden sich die Steine der Berge gegen Euch erheben«, sagt ein Offizier, dem das Vorgehen des Militärs gegen die Zivilbevölkerung zuwider ist. Der Krieg des türkischen Staates im kurdischen Teil des Landes ist längst ein Krieg gegen die Zivilbevölkerung. Das Ergebnis sind Vertreibungen der Einwohner, verbrannnte Dörfer und 30.000 Tote seit 1984, als die PKK den ersten Angriff auf die Gendarmerie startete.

Die AutorInnen zeichnen detailliert die verschiedenen beteiligten militärischen und paramilitärischen Gliederungen nach, die an der Kriegsführung beteiligt sind. Struktur und Vorgehen der beteiligten Gliederung des türkischen Staates scheinen direkt aus den Handbüchern der Aufstandsbekämpfung und der Low Intensity Warfare (des Krieges niedriger Intensität) zu entstammen.

Getreu dem Prinzip der Kriegsführung niedriger Intensität strebt der türkische Staat keine politische Lösung an, sondern verwischt die Grenze zwischen zivil und militärisch. Der Einsatz der militärischen Einheiten wird begleitet von verdeckt operierenden Spezialeinheiten, von Kopfgeldjägern, dem Verschwinden und der Ermordung von Oppositionellen, Desinformationskampagnen, Aufbau von Wehrdörfern begleitet, eben alles, was zu einem »schmutzigen Krieg« im eignen Land gehört.

Die Kreise, die in der Türkei an einer Fortführung des Krieges schon aus ökonomischen Gründen interessiert sind, sind beträchtlich. Das Militär als einer der größten Kapitaleigner steht an erster Stelle, über die Angehörigen der militärischen und polizeilichen Verbände

Andreas Berger/Rudi Friedrich
Der Krieg in Türkei-Kurdistan
Lamuv

und Geheimdienste, die sich an Heroin- und Waffenschmuggel und jeder Form von Kriegsbeute bereichern, über die Faschisten bis hinunter zu den Dorfschützern, die plündern und Wegelagerei betreiben.

Der zweite Teil des Buches befaßt sich mit den Krieg führenden Soldaten: Wie die Rekruten in der Grundausbildung gedrillt werden, das Feindbild ausgebaut wird, so daß jeder Dorfbewohner Kurdistans zum potentiellen Terroristen wird und wie im Kriegsalltag die Menschlichkeit verloren geht. Ein Kapitel widmet sich der Folter und Vergewaltigung von Frauen, eine in der Türkei völlig tabuisierte Opfergruppe.

Die AutorInnen haben Interviews mit ehemaligen Soldaten geführt und ausgewertet und zitieren aus ihnen passagenweise unter thematischen Schwerpunkten . Dabei ist ihnen die Kluft aufgestoßen zwischen der Schilderung der Grausamkeiten und der Darstellung der eigenen Beteiligung der Interviewten. Das dürfte die grundsätzliche Schwierigkeit solcher Interviews ausmachen, da die eigene Täterschaft ins Blickfeld rückt. Dazu kommt die Tabuisierung jeglicher Kritik am Militär in der türkischen Öffentlichkeit und oft auch im familiären Umfeld.

Im Gegensatz zum ersten Teil des Buch zur Kriegsführung des Staates, der gerade durch die breite Nutzung von türkischen Veröffentlichungen stark ist, sind hier die türkischen Quellen rar. Dies ist schade, da der erste Teil darauf hinweist, daß trotz Zensur mehr in der öffentlichen Diskussion ist.

In einem Materialanhang sind Auszüge aus den Interviews nachzulesen, die einen tieferen Einblick in die Haltung der einzelnen kriegsbeteiligten Soldaten und deren Verarbeitung der Kriegserlebnisse geben.

Erstmals liegt ein deutschsprachiges Buch vor, das sich ausführlich mit der Kriegsführung des türkischen Staates befaßt und auch dies ein Novum, Soldaten zur deren Verarbeitung des Kriegsalltags befragt hat. Die ersten Kriegsdienstverweigerer haben sich in der Türkei öffentlich verweigert, angesichts der zu erwartenden Konsequenzen eine unheimlich mutige Tat, die nach breiterer Unterstützung ruft. Auch dazu kann das Buch beitragen.



Kein Ende der Repression

GöttingerAntifaschistInnen vor Gericht



Am 15. April '98 kommt es vor dem Landgericht Göttingen zu einem Prozeß gegen fünf AntifaschistInnen. Ihnen wird vorgeworfen, am 26. Oktober '91 – vor mehr als sechs Jahren – in Mackenrode an Auseinandersetzungen mit Nazis aus dem Umfeld des damaligen FAP-Funktionärs Karl Polacek beteiligt gewesen zu sein.
An diesem Tag trafen sich, wie so oft, ca. 30 Nazis aus Göttingen und anderen Städten bei dem niedersächsischen FAP-Landesvorsitzenden Karl Polacek in Mackenrode. Antifas demonstrierten daraufhin vor dem Versamlungsort. Die ca. 50 DemonstrantInnen wurden von den aus dem Haus stürmenden Nazis sofort angegriffen, so daß es zu einer ca. 20 minütigen Auseinandersetzung kam, in deren Verlauf vier Nazis schwerer und einige leicht verletzt wurden. Nach der Aktion stellte die Polizei, die in der weiteren Umgebung Mackenrodes Straßensperren errichtet hatte, willkürlich die Personalien von 15 Menschen fest.

Göttingen ist schon seit längerem Schauplatz unterschiedlichster Aktivitäten aus dem rechten Spektrum (s. Kasten). Obwohl erfolgreiche Antifa-Arbeit es den Nazis in Göttingen schon immer vergleichsweise schwer gemacht hatte, erforderten das immer massivere Auftreten und der zunehmende tägliche Terror der Faschos in dieser Zeit, eine neue Qualität der Organisierung der Antifa-Selbsthilfe. Doch wo immer sich in der BRD konsequenter Antifa-Widerstand, der auch militante Aktionen beinhaltet, regt, setzt massive staatliche Verfolgung und Kriminalisierung ein – ganz im Gegenteil zum staatlichen Umgang mit faschistischer Gewalt, wie sie sich beispielsweise 1991 in Hoyerswerda zeigte.

In Göttingen war es unter anderem durch militante Aktionen gelungen, das offene Auftreten von Nazis weitgehend einzudämmen und auch ihre Schlupfwinkel unsicher zu machen. Angesichts zahlreicher Antifa-Aktionen gegen Polacek wußte sich das Niedersächsische Innenministerium nicht anders zu helfen, als ihn im Frühjahr '92 nach Österreich auszuweisen. Für die StaatsschützerInnen war das Maß durch die antifaschistischen Aktionen von Bursfelde am 25.10. '95 (hier wurde eine Arbeitstagung des rechtsextremen Studentenbundes Schlesien zum Thema *»Beobachtung und Bekämpfung autonomer Antifas«* behindert) und Mackenrode am Tag danach, voll. Diese Ereignisse wurden zum Anlaß genommen, die gesamte Göttinger Antifa-Szene auszuleuchten und zu kriminalisieren. Das wurde möglich, als sich das LKA einschaltete und nach §129a (Bildung bzw. Unterstützung einer kriminellen/terroristischen Vereinigung) ermittelte. Sie warfen den 15 in den Straßensperren kontrollierten Menschen 52 (!) Anschläge der zurückliegenden zehn Jahre vor. Das BekennerInnenschreiben zu Bursfelde und Mackenrode nahmen sie zum Anlaß, gegen die Autonome Antifa (M) und die Antifa Jugendfront zu ermitteln. Die Antifa (M) wurde zur terroristischen Vereinigung erklärt.

Um an Namen zu kommen, legte der Staatsschutz allen bekannten Göttinger Nazis »Lichtbildmappen« vor und forderte sie auf, die ihnen bekannten Antifas zu identifizieren und nach ihrer vermeintlichen Funktion einzustufen. Desweiteren rollte eine in dieser Dimension in Göttingen bisher unbekannte Überwachungsmaschinerie an: Es kam zu Post- und Telefonüberwachungen, Einsatz von Video und Richtmikrofonen, Überwachung von MitbewohnerInnen, NachbarInnen, FreundInnen und Bekannten von aktiven Antifas. Selbst Grünen-Abgeordnete und GewerkschaftlerInnen waren betroffen – insgesamt wurden über 100.000 Telefonate abgehört. Auf diese Weise bastelte sich die Staatsanwaltschaft aus einem schier unüberschaubaren Angebot von Verdächtigen die Anklagen gegen die im Antifa (M)-Prozeß Angeklagten sowie gegen die fünf im nun anstehenden Prozeß Beschuldigten zusammmen. Ein weiteres Ergebnis dieser Kriminalisierungswut war das §129a-Verfahren gegen die BetreiberInnen des Buchladens Rote Straße. Ihnen wurde der Vertrieb angeblich verfassungsfeindlicher Schriften vorgeworfen.

5 Mackenrode PROZESS
ab 15. April 1998 in Göttingen
WIDERSTAND IST NICHT KRIMINELL SONDERN NOTWENDIG!

Den fünf Angeklagten des jetzigen Verfahrens – vier Männer und eine Frau – werden Landfriedensbruch, schwere Körperverletzung sowie in jeweils einem Fall versuchte Brandstiftung bzw. versuchter Totschlag vorgeworfen. Die Anklage stützt sich ausschließlich auf die Aussagen von drei Neonazis. Sie »identifizierten« aus den ihnen vom LKA vorgelegten »Lichtbildmappen« zunächst elf Leute, die sie – so den Vernehmungsprotokollen zu entnehmen – trotz Vermummung am 26.10.1991 erkannt haben wollen. Die StaatsschützerInnen interessierten sich auch für alle anderen Informationen über Personen und Strukturen der Antifa-Szene, die die Nazis zu haben glaubten. Die eindeutigen Lügen der Faschos bei diversen Vernehmungen legen den Schluß nahe, daß die BeamtInnen des LKA erheblich geholfen haben, ihre Aussagen so zu präzisieren, daß sich letztlich die fünf nunmehr Angeklagten als Hauptverdächtige des Mackenrode-Verfahrens herauskristallisierten. Diese Vermutung liegt umso näher, als einem großen Teil der Angeklagten nach dem selben Strickmuster (Vorlage von Fotos mit der Frage: »... war's nicht der/die hier?«) schon seit Jah-

ren wiederholt und willkürlich militante Antifa-Aktionen unterstellt worden waren. Bezeichnend, daß all diese Verfahren zu Freisprüchen führten bzw. eingestellt werden mußten! Die Liste der Belastungszeugen mutet wie ein »Who is Who« niedersächsischer Nazis an:

Thorsten Heise: ehemals Landesvorsitzender der FAP, versuchte mit seinem Wagen einen Flüchtling zu überfahren und wurde wegen diverser anderer Körperverletzungen verurteilt;

Michael Homeister: damals aktives FAP-Mitglied, Kroatien-Söldner, Waffenschmuggler; saß zuletzt in der JVA Wolfenbüttel wegen diverser schwerer Gewalttaten;

Stefan Koller: Polacek-Zögling, ehemaliger Leiter des Referats Propaganda der FAP, mehrfach verurteilt, schoß auf Polizeibeamte.

Mit Stefan Bliesmer, damals Schatzmeister der FAP-Niedersachsen, Mitglied in der Wiking-Jugend und Hilfsgemeinschaft nationaler Gefangener (HNG), und Glenn Goertz, ehemaliger FAP-Bundesgeschäftsführer, stehen zwei weitere überregional bekannte Nazigrößen auf der Zeugenliste. Weiteres Beweis- oder Belastungsmaterial existiert nicht! Dennoch: Trotz der ganzen Abstrusität des Verfahrens ist eine Verurteilung nicht ausgeschlossen, da dieser Prozeß die letzte Möglichkeit des LKA ist, den immensen Verfolgungsaufwand gegenüber der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Zudem kann nicht die Rede davon sein, daß die Kriminalisierungswut seit 1991 nachgelassen hätte, wie zahlreiche Prozesse gegen Antifas in Göttingen und der ganzen BRD in den letzten Jahren belegen.

Ebensowenig ist der gesamtgesellschaftliche Rechtsruck zum Stillstand gekommen. Vieles, was vor Jahren nur rechte Parteien forderten, ist heute Konsens der bürgerlichen Parteien. Das Asylrecht ist faktisch abgeschafft, Morde von FaschistInnen sind kaum noch eine Schlagzeile wert. Reaktionäres und nationalistisches Gedankengut ist hoffähig geworden, »Schwächere« und Minderheiten werden zu »Wohlstandsmüll« erklärt, »Law and Order« wird Parteiübergreifend propagiert.

Trotz alledem: Wir wollen den Prozeß nutzen, um auf all das aufmerksam zu machen. Wir wollen die Geschichte des antifaschistischen Widerstandes in und um Göttingen weiterschreiben und den Menschen Mut machen, ihren Teil dazu beizutragen. ■

Spenden zur Unterstützung des Prozesses bitte auf folgendes Konto:
A. Goldau
Kto-Nr.: 415672-303
BLZ: 250100 30
Postgiroamt Hannover

Dieser Beitrag wurde verfaßt von der
Mackenrode Soligruppe
c/o Buchladen
Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen

Rückblick auf die Entwicklung der Neonazi-Szene in Südniedersachsen

Nach der Gründung des FAP-Kreisverbandes Göttingen 1985 kam es auch in Göttingen zu einem stetigen Anstieg von Nazi-Aktivitäten. So wurde z.B. am 23.1.1988 das Jugendzentrum Innenstadt (Juzl) von 30 Naziskins, u.a. die im Mackenrode-Prozeß (s. Artikel) als Zeugen auftretenden Thorsten Heise und Michael Homeister, angegriffen. Aufgrund der anschließenden antifaschistischen Gegenwehr konnten sie nur unter Polizeischutz die Stadt unversehrt verlassen.

Ende 1989 entwickelte sich Göttingen zu einem überregionalen Treffpunkt von Naziskins. Gerade an Wochenenden kamen zum Teil bis zu 60 Nazis zusammen. An dieser Stelle darf natürlich nicht der 17. November vergessen werden, als Conny im Zusammenhang mit einer antifaschistischen Aktion von Polizisten in den laufenden Verkehr und somit in den Tod getrieben wurde, während die Nazis von der Polizei aus der Stadt eskortiert wurden. Die Aktivitäten der Nazis gipfelten schließlich in einem FAP-Aufmarsch am 9.12. mit ca. 80 TeilnehmerInnen, in dessen Verlauf auch das Juzl angegriffen wurde. Am 28.4.1990 plante Heise in Nordhausen ein Konzert u.a. mit Störkraft und Endstufe, was aber von der Polizei verhindert wurde. Während fast 1.000 Naziskins auftauchten, verschwanden Polacek und Heise mit der Kasse. Am 14.7. wurden vier Antifas in Mackenrode von Oliver Simon und Karl Polacek angegriffen. Letzterer verletzte dabei eine Frau mit einer Axt. Im August wurde er dafür wegen gefährlicher Körperverletzung zu 8 Monaten auf drei Jahre Bewährung verurteilt. In Rosdorf wurde in der Sylvesternacht 1990/91 der 21jährige Alexander Selchow von den beiden FAP-Aktivisten Oliver Simon und Sven Scharf durch mehrere Messerstiche und Fußtritte getötet. In derselben Sylvesternacht wurde in Weende bei Göttingen ein Passant von Nazis mit einem Messer ebenfalls schwer verletzt, in Adelebsen griffen 5-8 Naziskins zwei Personen an, die schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Obwohl am 22.1.1992 Polacek nach Österreich ausgewiesen wurde, waren die Nazi-Aktivitäten in Südniedersachsen mitnichten beendet. Im Gegenteil, 1992 kam es, wie überall, zu verstärkten Angriffen auf MigrantInnen und ihre Unterkünfte. Neben Hetendorf war das wichtigste Zentrum der Neonazis in Niedersachsen das Schulungszentrum in Mackenrode. Für die meisten Naziaktionen in und um Göttingen diente Mackenrode als Treffpunkt und Rückzugsort – so bei folgenden Beispielen: Am 16.1.1987 sprengte sich Ingo Kretschmann beim Basteln einer Bombe versehentlich selber in die Luft. In der Wohnung des Polacek-Zöglings und JN-Mitgliedes befand sich ein umfangreiches Waffenlager. Am Tag seiner Beerdigung wurden in Göttingen Brandanschläge auf ein Jugendzentrum mit vorwiegend türkischen BesucherInnen, den AStA und das Frauenzentrum verübt. Ostern 1987 griffen Nazis bei der Feier zu »Führers Geburtstag« in Northeim, unbehelligt von der Polizei, einen Türken an und lieferten sich mit daraufhin herbeigerufenen Antifas eine Straßenschlacht.



Thorsten Heise – hier beim Naziaufmarsch in Dresden am 24. Januar '98

Schon vor – aber erst recht nach – der Ausweisung Polaceks, entwickelte sich Heise zu einer der führenden Figuren der FAP. Nach dem Verbot der FAP 1994, widmete er sich verstärkt der Nazisubkultur. Er organisierte mehrere Nazikonzerte, vor allem in Sachsen-Anhalt und Niedersachsen.

Skinheadorganisierung und Morde in den USA

Nach drei von Skinheads in Denver verübten Morden, fragen sich AntifaschistInnen in den USA, ob der Rückgang neonazistischer Gewalt in den letzten Jahren nur eine vorübergehende Pause und die Ereignisse in Denver den Beginn einer neuen Gewaltwelle signalisieren.

Im November letzten Jahres ergaben sich der Naziskinhead JERALD DEAN ALLEN und ein Freund nach einer mehrstündigen polizeilichen Belagerung und einer Autoverfolgungsjagd der Polizei. Eine Woche später wurde ein Polizeibeamter von einem Skinhead, MATTHAEUS JAHNING, nach einer Autoverfolgungsjagd erschossen. Anschließend beging der 25jährige Jaehning Selbstmord, um sich nicht ergeben zu müssen. Zu seiner Beerdigung erschienen über 100 Skinheads. Nur wenige Tage später gestand ein vierter Skinhead, der 19jährige NATHAN THILL, den Mord an dem mauretanischen Migranten Oumar Dia. Nathan Thill hatte Dia erschossen, während er an einer Bushaltestelle wartete. Dann schoß Thill auf eine Passantin, die Dia helfen wollte. Die Frau wurde durch die Schüsse am Rückgrat verletzt und ist seitdem querschnittsgelähmt. Nach den Morden verbarrikadierte die Polizei ihre eigene Wache mit Schulbussen und verhaftete dann blitzschnell elf Skinheads.

Vor zehn Jahren, als den alten Naziorganisationen wie dem KU-KLUX-KLAN und den ARYAN NATIONS die alten Mitglieder davonliefen, füllten Skinheads die geschrumpften Reihen der älteren weißen Rassisten im Süden wieder auf. Sie organisierten eigene Hitlergeburtstagsfeiern in Idaho und Musikfestivals in Oklahoma und Kalifornien. In dieser Zeit übernahm TOM METZGERS WEIßER ARISCHER WIDERSTAND (WAR) die organisatorische Vorherrschaft in der Skinheadszene, indem er das Modell der BRITISCHEN NATIONAL FRONT (NF) kopierte.

Mord und Totschlag gehörten zum Programm. White-Power-Skinheads ermordeten obdachlose AfroamerikanerInnen in Florida und Alabama, einen äthiopischen Migranten in Florida und waren us-weit für Dutzende von weiteren rassistischen Morden verantwortlich. In der Folge kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Naziskins und AntirassistInnen über die Hegemonie auf den Straßen sowie in den Clubs und Jugendmusikszenen in vielen US-Bundesstaaten – von Atlanta bis Detroit und Los Angeles. Diese Phase der Skinheadaktivitäten endete, als Naziskinheads auf mittlerer Ebene in Führungspositionen von verschiedenen etablierten Klan und Neonaziorganisationen eingebunden wurden.

Der Kampf auf der Straße geht natürlich weiter. Aber AntirassistInnen berichten, daß WHITE-POWER Fanatiker sich in den meisten Städten – und insbesondere im Nordwesten – aus der offenen Hard-Core-Musikszene zurückgezogen haben. AntirassistInnen kontrollieren heute in den meisten Städten wieder die Tanzflächen. Stattdessen konzentrieren sich White-Power-Skins auf ihre eigenen Konzerte und Festivals im »arischen Stil«. Dementsprechend steigen auch die Verkaufszahlen der ständig wachsenden Anzahl von CDs von immer mehr us-amerikanischer Naziskinbands. Die Aktivitäten der zweiten Naziskinheadgeneration und ihre veränderte Taktik werden am Beispiel von GEORGE BURDI und RESISTANCE RECORDS aus Detroit am deutlichsten (siehe AIB Nr. 41).

Der Aufstieg Burdis, einem ehemaligen Aktivisten der CHURCH OF THE CREATOR in Kanada, wurde 1997 durch eine Beschlagnahmeaktion der Steuerbehörde von Michigan, die 10.000 CDs konfiszierte, und einer Haftstrafe in Kanada kurzfristig gebremst. Vor kurzem gaben die Behörden die CDs und Plattenbestände allerdings wieder zurück, so daß Resistance Records den Verkauf von CDs wieder aufgenommen hat. 1996 hatte Resistance Records angeblich einen Umsatz von 300.000 US-Dollar. Außerdem machen sie weiterhin Werbung für Konzerte. Nur mit der Herausgabe des Hochglanzmagazins RESISTANCE will Burdi noch abwarten, bis er alle seine rechtlichen Probleme aus dem Weg geräumt hat. ERIC DAVIDSON, der vor einiger Zeit Herausgeber der Zeitschrift BLOOD AND HONOR war, ist inzwischen Produktionsmanager bei Resistance Records. Während Burdi in Kanada im Knast saß, startete sein ehemaliger Partner MARK WILSON mit STORMFRONT RECORDS eine eigene Produktionsforma in Wisconsin, deren Aktivitäten in der letzten Zeit allerdings eher zurückgegangen sind. Vor seiner Inhaftierung hatte Burdi sich von der Church of Creator getrennt und seine organisatorischen Loyalitäten zur NATIONAL ALLIANCE von WILLIAM PIERCE verlagert (siehe Artikel auf Seite 14). In seinen Kommentaren in Resistance zitierte Burdi Reden von Pierce und erklärte, daß er dem Modell der National Alliance folgen wolle. Pierce konnte seinen Einfluß in der Naziskinszene im Nordwesten erheblich ausbauen. Das führte dazu, daß White Power Skinheads ihren Sicherheitsapparat ausgebaut haben und ihre ideologischen Positionen klarer definieren.

Während Tom Metzger und WAR vor zehn Jahren eine Linie in der Skinsszene vorgaben, die vor allem spontane Straßengewalt als Strategie für die Bewegung propagierte, lehnt Pierce wilde Straßenschießereien wie in Denver ab.



Während einer Anti-KKK-Demonstration wird ein KKK-Mitglied von antirassistischen DemonstrantInnen angegriffen.

Er betont vielmehr die Notwendigkeit, Parteien und Kader aufzubauen. Gleichzeitig propagiert er hochentwickelte, gut strukturierte Untergrundzellen, die sich ihre Ziele genau aussuchen. Seitdem er sich Pierce angeschlossen hat, trennte sich Burdi außerdem von COMBAT 18, da Pierce gute Beziehungen zu DAVID TYNDALL, dem Führer der BRITISH NATIONAL PARTY und erklärten Haßobjekt von Combat 18, unterhält. ■

Dieser Artikel wurde dem AIB von Searchlights USA-Korrespondenten zur Verfügung gestellt.

Frankreich ganz rechts

Skandale, Prozesse und der Erfolg des FRONT NATIONAL bei den französichen Regionalwahlen sorgen für Unruhe im Nachbarland

Am 15. März haben die Regionalwahlen in Frankreich stattgefunden. Wieder einmal hat der Front National für Schlagzeilen gesorgt, denn für diese Regionalwahlen hatte der FN zum ersten Mal in seiner Geschichte Kandidaten in allen Bezirken des Landes aufgestellt. Der Aufstieg des FN ist also noch lange nicht beendet. Heute ist der FN in jedem Bereich des politischen Lebens präsent.

Das Ergebnis der Regionalwahlen ist durchaus alarmierend. Die Wahlbeteiligung lag bei nur 57% aller Wahlberechtigten. Zwar gelang es der Vereinigten Linken, der Gauche Plurielle[1], die bisher nur drei Regionalpräsidenten gestellt hat, die relative Mehrheit der Stimmen in 12 von 26 Regionen zu gewinnen. Aber die Stimmengewinne für den FN haben die politische Landschaft in Frankreich tiefgreifend verändert. Der FN erhielt 15,7% der Stimmen und schlug daraufhin den Parteien der traditionellen Rechten, der RPR (RASSEMBLEMENT POUR LA RÉPUBLIQUE – Gaullisten) und UDF (UNION DÉMOCRATIQUE FRANCAISE – rechtsliberales Parteienbündnis), vor, Bündnisse zu bilden, wenn beide Parteien offiziell sechs Punkten des FN-Programms[2] zustimmen würden.

Die politischen Führungen beider Parteien lehnten diesen Vorschlag zwar offiziell sofort ab, aber fünf Regionalpräsidenten, die wiedergewählt werden wollten, akzeptierten das Bündnisangebot des FN. Jean-Francois Mancel, der ehemalige Generalsekretär der RPR, wurde daraufhin aus seiner Partei ausgeschlossen. In der Region Languedoc-Roussillon wurde Jacques Blanc (RPR) mit den Stimmen des FN zum Regionalpräsidenten der Region wiedergewählt, was ihn überhaupt nicht zu stören schien. Das Gleiche passierte auch in der Region Picardie und der Region Rhone-Alpes, wo Charles Baur (UDF) und Charles Millon (UDF) mit Hilfe der FN-Stimmen als Regionalpräsidenten gewählt wurden. Nur der ebenfalls mit FN-Stimmen gewählte Regionalpräsident der Region Bourgogne, Jean-Pierre Soisson, erwägt nach einer dramatischen Anti-FN-Rede von Präsident Chirac seinen Rücktritt. Die traditionelle Rechte befindet sich seit den Regionalwahlen in einer tiefen Krise, von der der FN profitiert, ohne seine Verachtung für die konservativen und liberalen Parteien zu verbergen. JEAN MARIE LE PEN erklärte am 17. März, also am selben Tag, als der FN sein Bündnisangebot machte, ganz offen, die traditionelle Rechte sei »*dekadent*« und befinde sich »*im Niedergang*«.

Die FN-Bürgermeister

1995 und 1996 wurden vier FN-Kandidaten zu Bürgermeistern der Städte Orange, Marignane, Toulon und Vitrolles (in Südfrankreich bzw. in der PACA-Region[3] gewählt. Seitdem versuchen diese FN-Bürgermeister eifrig, die rassistische Ideologie der Partei in die Praxis umzusetzen. Dabei zeigt sich, daß die konkrete Umsetzung der FN-Parolen in Kommunalpolitik zwar nicht immer gelingt; andererseits benutzen die Bürgermeister die Medienaufmerksamkeit immer wieder als Plattform, um weiter Werbung für den FN zu machen. Zum Beispiel hat BRUNO MÉGRET[4] versucht, die FN-Politik der sogenannten »*préférence nationale*« in die Praxis umzusetzen. Er schlug eine Prämie von 5.000 Francs für Babys von »französischen oder europäischen Eltern« vor, die er zwar per Plakat und Medien überall ankündigte, die jedoch am Veto des Provinzpräfekten scheiterte.[5]

Bruno Mégret, der ursprünglich selber für das Bürgermeisteramt in Vitrolles kandidiert hatte, ist im übrigen nicht der einzige FN-Kandidat, der von der Justiz als Wahlkandidat aufs Abstellgleis gestellt wurde. Die erneute Kandidatur von JEAN-MARIE LE CHEVALLIER, FN-Bürgermeister von Toulon und bisher einziger FN-Abgeordneter in der Assemblée National, dem französischen Parlament, ist vom Verfassungsrat, der höchsten rechtlichen Instanz Frankreichs, abgelehnt worden. Er hatte das amtliche Mitteilungsblatt der Stadt Toulon für seine Wahlpropaganda genutzt. Außerdem hatte er in seinem Rechenschaftsbericht nicht die gesamten Kosten seiner Wahlkampfkampagne angegeben. Da er jetzt ein Jahr lang nicht für ein Wahlamt kandidieren darf, hat er sofort seine Ehefrau CENDRINE LE CHEVALLIER als Kandidatin präsentiert. Möglicherweise wollte Jean-Marie Le Chevallier damit anderen potentiellen FN-Kandidaten aus dem engeren Kreis um Le Pen zuvorkommen, auch wenn er selbst als Vertrauter des FN-Vorsitzenden gilt. Cendrine Le Chavellier ist seit 20 Jahren Mitglied im FN und kommt aus einer monarchistischen Familie. Als stellvertretende Bürgermeisterin von Toulon beschäftigt sie sich vor allem mit Jugendpolitik. Sie hat nach und nach immer mehr Einfluß in der Stadtverwaltung gewonnen und sich damit bei einigen lokalen Mitgliedern der FN nicht nur Freunde geschaffen.

Die Skandale und Prozesse um den FN

Im November letzten Jahres rückte die DPS, der paramilitärische Ordnungsdienst des FN, ins Blickfeld der Medien und der Öffentlichkeit. Die Zeitung Libération veröffentlichte ein Interview mit einem ehemaligen DPS-Mitglied, der über alle illegalen Aktionen und Aktivitäten des DPS auspackte. Er beschrieb die »Stoßtrupps« und deren »Sonderaufgaben«. Ihre Aufgabe ist es, die »*führenden Köpfe*« der antifaschistischen Bewegung zu »*zerschlagen*«. In dem Interview wurden sowohl die persönlichen Daten und die Waffen der DPS-Mitglieder genannt, als auch die Namen, Adressen und Fotos, die der DPS von JournalistInnen gesammelt hat, die über den FN schreiben und recherchieren. Der FN hat – wie nicht anders zu erwarten – den ge-



FN-Chef Le Pen, als er wegen der Proteste von Résistance-Veteranen von der Polizei gehindert wurde einen Kranz auf einem Friedhof niederzulegen, auf dem französische Widerständler begraben sind

samten Inhalt des Interviews dementiert. Trotzdem wurde eine interne FN-Ermittlung begonnen, um den Namen des ehemaligen DPS-Mitglieds herauszufinden.

Wenige Monate später, im Februar diesen Jahres, folgte dann der nächste Skandal, der jetzt die Justiz beschäftigt. Am 3. Februar wurden in Paris sieben Personen und in La Réunion eine achte Person verhaftet. Dabei beschlagnahmte die Polizei Waffen, Scanner und 150.000 Francs, die nach Angaben der Polizei aus einem Banküberfall stammen sollen. Unter den Verhafteten befanden sich drei rechtsextremistische Polizisten: PATRICK GUILLERMIC und FRÉDÉRIC JAMET, zwei führende Köpfe der Front National Police (FNP)[6]. Frédéric Jamet ist außerdem weiterhin Mitglied des FN und kandidierte für den FN bei den Regionalwahlen.

Auch FN-Chef Le Pen hat momentan Ärger mit der Justiz. Er wurde von der Staatsanwaltschaft in Versailles angeklagt, weil er am 30. Mai 1997 in Mantes-la-Jolie mehrere Anti-FN-DemonstrantInnen, darunter eine sozialistische Bürgermeisterin und mehrere Mitglieder von SCALP, angegriffen hatte. Die Staatsanwaltschaft forderte bei Prozeßeröffnung das Gericht auf, Le Pen zu einer zweijährigen Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, drei Monaten Haft auf Bewährung und 20.000 Francs Geldstrafe zu verurteilen. Da ein Urteil in dem Verfahren allerdings erst im April erwartet wird, konnte Le Pen ungehindert bei den Regionalwahlen in der PACA-Region kandidieren. Der FN reagierte auf den Prozeß mit eigenen Aufmärschen. In Versailles versammelten sich am 21. Februar nach Polizeiangaben rund 5.000 FN-Anhänger, um Druck auf die Versailler Justiz auszuüben, Le Pen freizusprechen. Eine Woche später fand dann eine FN-Versammlung in Marseille statt. Unter den rund 1.000 Teilnehmern befanden sich fast alle führenden Köpfe und Spitzenkandidaten des FN: Bruno Mégret, JACQUES BOMPART (Bürgermeister von Orange) und Le Chevallier. Der FN hat seinerseits Strafanzeige gegen AntifaschistInnen gestellt, weil diese FN-Mitglieder am Marschieren gehindert und sie mit Parolen wie »Le Pen, Faschist und Mörder« beschimpft hätten.

Neben dem FN ist auch die neofaschistische Szene weiterhin aktiv. Die Affäre um die CHS, die CHARLEMAGNE HAMMERSKINS, ist ein gutes Beispiel für die Aktivitäten dieser Szene. Nach der Schändung des jüdischen Friedhofs von Toulon im Juni 1996, waren drei Jugendliche verhaftet worden. Die Brüder CHRISTOPHE und DAVID MAGNONI wurden für im Oktober 1997 deshalb zu Gefängnisstrafen verurteilt. Bei Hausdurchsuchungen in diesem Zusammenhang stieß die Polizei auf Dokumente, die zu Ermittlungen gegen die Zeitschrift WOTAN[7] führten. Wotan ist die Zeitschrift des CHS, die von HERVÉ GUTTUSO, einem 25jährigen ehemaligen Skinhead aus Marseille gegründet wurde. Guttuso war schon an einem anderen Skinhead-Fanzine namens NEUVIÈME CROISADE beteiligt. Nach einem einjährigen Aufenthalt in den USA veröffentlichte Guttuso eine Zeitung namens TERREUR D'ÉLITE, die die Theorien von DAVID LANE und THE ORDER verbreitete. Um sich der Justiz zu entziehen, flüchtete Guttuso zuerst von Marseille nach Paris und dann zum ehemaligen COMBAT 18-Anführer CHARLIE SARGENT nach England. Von England aus führte er dann die Charlemagne Hammerskins weiter. Dazu benutzte er unter anderem seine beiden neuen Zeitschriften Wotan und 14 MOTS sowie das Internet[8]. Guttusos Propaganda war extrem antisemitisch und rief zu terroristischen Aktivitäten und Morden an politischen Gegnern auf. Die bevorzugten Ziele seiner Hetze waren Patrick Gaubert[9] und Simone Veil[10]. Am 10. Februar diesen Jahres wurde Guttuso dann in Chalmsford bei Charlie Sargent von Scotland Yard verhaftet. Gleichzeitig wurden die CHS in Frankreich fast vollständig zerschlagen: Führende Mitglieder der CHS ÉRIC MONNIER, ein Student und Computerspezialist aus Lyon, und zwei Jugendliche aus Rouen (Normandie), RONALD ROBIN und CYRIL DIEUPART, sowie LAURENT FRANCHET aus Marseille wurden bei den Razzien verhaftet. ■

Dieser Artikel wurde uns von der Antifaschistischen Zeitschrift »Réflexes« zur Verfügung gestellt.

1) Vereinigte Liste der Sozialistischen Partei (PS), der Kommunistischen Partei (PC) und der Grünen (Les Verts). Hinzu kommt, daß die Trotzkistische Partei (Lutte Ouvrière) 3,2% und einen Regionalabgeordneten gewonnen hat.

2) Bei den Programmpunkten ging es um Bereiche wie Steuerpolitik, Innere Sicherheit, Bildungspolitik, »Schutz der französischen Identität«, aber nicht um die Politik der sog. »préférence nationale« (die diskriminierende Politik des FN, die darauf abzielt, Franzosen in allen gesellschaftlichen Bereichen, bei der Arbeitsplatz- und Wohnungsvergabe sowie bei Sozialhilfezahlungen, zu bevorzugen).

3) PACA steht für die Provinz Provence-Alpes-Cotes d'Azur.

4) Catherine Mégret soll Vitrolles mit Hilfe ihres Ehemannes verwalten. Er selbst durfte nicht mehr kandidieren, weil er die Wahlkampfkostengesetze verletzt hatte. Die Wähler, die Catherine Mégret gewählt haben, wußten genau, däß sie eigentlich für Bruno Mégret stimmten.

5) Diese staatliche Unterstützung gilt bisher für französische Kinder, aber auch für Kinder von MigrantInnen, die in Frankreich geboren sind.

6) Die FNP (Front National-Police) ist die vom FN gegründete Polizeigewerkschaft. Ihr wurde im letzten Jahr der Gewerkschaftsstatus aberkannt, was zu ihrer Auflösung führte.

7) Wotan ist sowohl der Gott der nordischen Mythologie als auch die Abkürzung von »Will of the Aryan Nation«.

8) Die Homepage wurde in Kanada von STC. Net betreut.

9) Leiter der LICRA und ehemaliger Antirassismusexperte der konservativen Regierung.

10) Simone Veil ist KZ-Überlebende und Politikerin im konservativen Lager.

Der Schatten von Blücher

COMBAT 18 und NORDLAND kämpfen um den lukrativen Nazi-Rock-Markt

In den vergangenen Jahren wurde die internationale Nazibewegung vom fortwährenden Bürgerkrieg zwischen der britischen Terroristenorganisation Combat 18 (C18) und der Schwedischen Nordland-Bewegung auseinandergerissen. Ein großer Teil des politischen Streits wurde in Skandinavien ausgetragen. Die Verbindungen führen zu der White-Power Musik-Company RAGNAROCK RECORDS und dem ehemaligen norwegischen »Führer« ERIK NILSEN, alias ERIK BLÜCHER, eine Schlüsselfigur des skandinavischen Nazismus.

Über mehrere Jahre hinweg hatte Erik Nilsen sich im Hintergrund gehalten und versucht, sich von der Festschreibung als einer von Skandinaviens wichtigsten Nazikadern zu distanzieren. In der Öffentlichkeit verleugnet er jegliche Verbindung zu militanten Nazigruppen. Darin war er einigermaßen erfolgreich, einige hatten ihn bereits als Aktiven abgeschrieben. Dennoch tauchen sein Name und die von ihm geführten Firmen immer wieder im Zusammenhang mit den gewaltätigsten Gruppen auf, und eine Reihe von Spuren führen von Ragnarock Records zu den Größen des internationalen Nazi-Terrorismus.

Bürgerkrieg unter Nazis

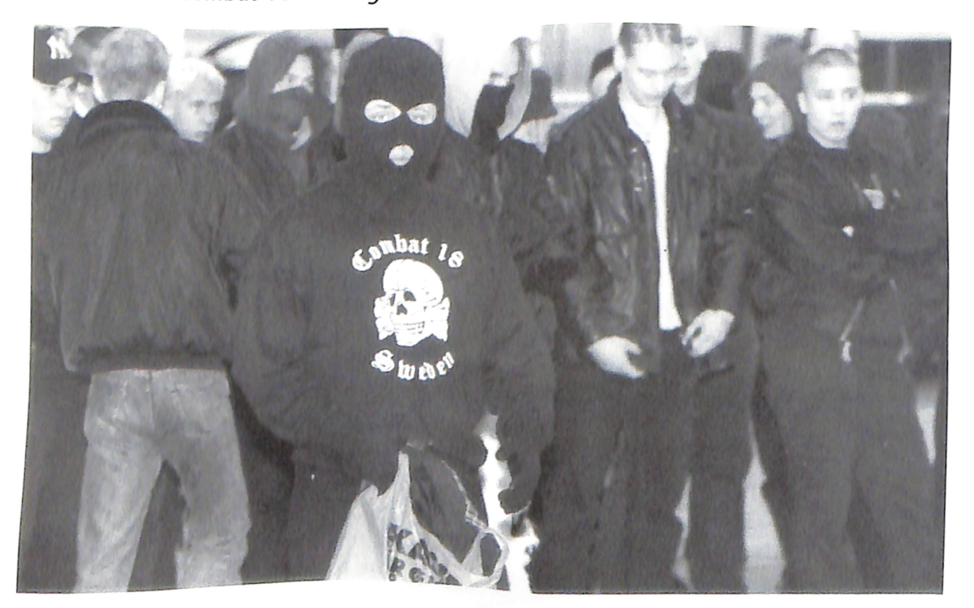
Seit einigen Jahren herrscht ein gewalttätiger Streit zwischen zwei Strömungen der internationalen Nazi-Bewegung.

Die eine Richtung besteht aus dem schwedischen White-Power Magazin NORDLAND und seiner amerikanischen Schwesterzeitschrift RESISTANCE. Die Nordland-Bewegung, die den weithin bekannt gewordenen Sylvester-Aufmarsch organisiert hatte, der zu einer Massenverhaftung von 310 Neo-Nazis geführt hat, wird von großen Teilen der Skinhead-Bewegung in Stockholm und Göteborg unterstützt. Nordland wird unter anderem von einigen ehemaligen Schlüsselkadern geführt, die in der von THE ORDER inspirierten terroristischen Gruppe WEIßER ARISCHER WIDERSTAND (VAM) und der aufgelösten Naziorganisation REICHSFRONT organisiert waren.

Die andere Richtung besteht aus dem britischen C18, die von der DÄNISCHEN NATIONALSOZIALISTISCHEN PARTEI (DNSB), der schwedischen NATIONALSOZIALISTICHEN FRONT (NSF) und der Nazi-Gefangenenorganisation ARISCHE BRUDERSCHAFT unterstützt wird. Eine zentrale Verbindung im C18 Netzwerk ist die schwedische Plattenfirma Ragnarock Records, einer der zentralen Hersteller von Nazi-CDs in den vergangenen Jahren.

Der Konflikt dreht sich nicht so sehr um ideologische Unterschiedlichkeiten – Nordland und C18 haben recht einheitliche Sichtweisen – als vielmehr um Schattierungen. Nordland hat versucht, die heftige »revolutionäre« Rhetorik runterzuschrauben, während C18 mit besonderem Stolz seine Fähigkeit zu Gewalttätigkeiten zur Schau stellt und offen Terrorismus propagiert. Der wichtigste Grund für den Konflikt ist simple Machtgier – es geht um die Frage, wer die lukrative White-Power-Industrie mit ihrem jährlichen Umsatz von mehreren Millionen kontrolliert.

Schwedischer Combat 18-Anhänger bei einem Nazi-Aufmarsch in Stockholm



Umzug nach Skandinavien

Im letzten Jahr hat C18 versucht, in Skandinavien Fuß zu fassen und dort eine Organisationsstruktur aufzubauen. Um dies erreichen zu können, mußte Nordland jedoch zunächst ausgeschaltet werden.

1997 gelang es C18, die Unterstützung von etlichen skandinavischen Nazigruppen zu gewinnen, unter ihnen die NSF und die Arische Bruderschaft.

Die Namen, die in diesem Zusammenhang immer wieder erwähnt werden, sind Nordlands Hauptkonkurrenten ERIK NILSEN und Ragnarock Records.

In den frühen 70er Jahren war Nilsen besser unter seinem ursprünglichen Namen Erik Blücher bekannt, ein »Führer« der militanten Norwegischen Front (NF) in Oslo. Blücher wurde infolge eines öffentlich gewordenen Bombenattentats an einer 1.-Mai-Demonstration 1979 gezwungen, die NF aufzulösen. Kurz danach wandelte er seine Organisation um in die Nationale Volkspartei – Natsjonalt Folkeparti. Diese wiederum wurde 1985 aufgelöst, nachdem einige ihrer Mitglieder einen Bombenanschlag auf eine Moschee in Oslo verübt hatten. Zu dieser Zeit hatte Blücher sowohl die Partei als auch Norwegen bereits verlassen. 1982 zog Blücher ins Ausland und wohnte gemeinsam mit ANTHONY HANCOCK in Brighton. Ein Jahr später änderte er seinen Namen zu Erik Nilsen und zog nach Schweden, wo er ein Geschäft in der südlichen Stadt Helsingborg eröffnete. Über einige Jahre hinweg unterhielt Nilsen eine Anzahl von Versandfirmen, die Nazipropaganda, Bücher, Videos und – in den letzten Jahren – CDs vertrieben.

Ragnarock Records

Als der Altnazi LARS MAGNUS WESTRUP, der Gründer von Ragnarock Records, 1995 starb, übernahm Blücher-Nilsen sofort die Firma. Neben Nordland ist Ragnarock einer der größten internationalen Hersteller von rassistischer White-Power-Musik.

In der Öffentlichkeit streitet Nilsen jegliche Anspielung auf seine Verwicklung in Nazigruppen ab oder verweigert zumindest eine Aussage darüber. Dennoch taucht sein Name in Verbin-

dung mit einigen der gewalttätigsten Gruppen immer wieder auf.

Einer von Nilsens nächsten Verbündeten ist der gebürtige Deutsche MARCEL SCHILF, der die Medienfirma NS88 in Dänemark betreibt. NS88 ist einer der wichtigsten europäischen Hersteller von Nazi-Videos.

Im Januar letzten Jahres wurde einer von Schilfs Teilhabern, THOMAS DERRY NAKABA, verhaftet, weil er von Dänemark nach Malmö in Schweden gereist war, um von dort drei Briefbomben nach England zu verschicken (das AIB berichtete). Die Bomben waren als Videokassetten getarnt – Teil einer Serie von 40 Bomben, die als die bisher größte Briefbombenkampagne in Europa bezeichnet wurde. Als die Polizei Nakaba festnahm, eröffnete er das Feuer, erschoß und verletzte einen Polizeioffizier.

Während des Verfahrens gegen Nakaba gab er zu, daß die Briefbombenkampagne von C18 in London angeleitet wurde.

Desweiteren gestand er, daß C18 versucht hat, ihn von einer Reise nach Schweden zu überzeugen, wobei er PER ANDERS »DIE TORTE« JOHANSSON, einen führenden Nordland-Aktivisten, mit einem Revolver umbringen sollte.

Unterschlupf für Terroristen

Schilf und Nilsen unterhielten gemeinsam den sogenannten WALHALLA-CLUB in Helsingborg, Schweden. Die Einrichtung des Clubs, in einem industriellen Gebiet angesiedelt, bestand aus einem Aufnahmestudio, einer Konzerthalle, einem Begegnungsort und einem sicheren Zufluchtsort zum Untertauchen für international gesuchte Terroristen. Zwei dieser Terroristen waren die österreichischen Staatsbürger WOLFGANG TOMSITS und CHRISTIAN ANDERLE, die beide von Interpol sowie der österreichischen Polizei wegen Beteiligung an den Briefbombenanschlägen in Österreich gesucht wurden. Mehrere Menschen, darunter der Bürgermeister von Wien, Helmut Zilk, wurden durch diese Bomben verletzt.

Tomsits und Anderle verbrachten 1993 einige Zeit in Südafrika, wo sie sich mit EUGENE TERREBLANCHES AFRICANER RESISTANCE MOVEMENT (AWB) zusammentaten. Im Februar 1995 tauchten sie in Schweden auf und arbeiteten eine Zeitlang in den Naziunternehmen von Nilsen und Schilf. Später kehrte Tomsits nach Österreich zurück, wo er von der Polizei festgenommen und wegen seiner Verantwortung an den Bombenattentaten und an der Verwüstung eines jüdischen Friedhofs zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Anderle umging die Verhaftung und kehrte 1996 nach Schweden zurück, wo er bis 1997 blieb.

Im September 1997 wurde NICLAS LÖFDAHL, Führer der schwedischen – an C18 angelehnten – Gefängnisorganisation ARISCHE BRUDERSCHAFT, wegen eines Briefbombenanschlags auf Justizministerin Laila Freivalds und wegen geplanten Mordes am Nordland-Aktivisten »The Pie« Johansson verhaftet. Löfdahl hatte die Bombe während eines kurzen Hafturlaubs an Freivald verschickt. Sie wurde in der Wohnung von MARIA MIKKONEN, Löfdahls Freundin, hergestellt. Zu dieser Zeit lebte Maria Mikkonen in Südschweden und arbeitete bei Nilsen Firma Ragnarock Records.

Eine Polizeirazzia in Mikkonens Wohnung erbrachte den Beweis, daß Christian Anderle in der Nachbarwohnung untergetaucht war. Diese Wohnung gehörte noch einem weiteren Angestellten von Ragnarock Records. Bei seiner Vernehmung durch die Polizei weigerte sich Niclas Löfdahl sechs Monate später, Aussagen über Anderle zu machen.

Nichtsdestotrotz scheint es so zu sein, daß Anderle versucht hat, das Gerücht zu streuen, er sei gestorben. Löfdahls Freundin ist etwas gesprächiger und gestand ein, daß Erik Nilsen ihre Wohnung in Begleitung von Anderle und dem amerikanischen Nazi BART ALSBROOK, einem weiteren Ragnarock-Angestellten, besucht hatte.

Die Herstellung des Brotherhood Magazines

Die Arischen Bruderschaft besteht aus einigen der gewaltbereitesten Nazis Schwedens. Einige Mitglieder wurden bereits wegen Brandstiftung, schweren Angriffen und Mord verurteilt. Auch in diesem Zusammenhang spielen Nilsen und Ragnarock Records eine wichtige Rolle. In einem privaten Schreiben an ein anderes Bruderschaftsmitglied erwähnte Löfdahl, daß Ragnarock Records ihm freie Verwendung des Firmenkopierers genehmigt hat, um das Brotherhood-Magazine herzustellen.

Zielscheibe Laila Freivalds

Löfdahls Briefbombe an Justizministerin Laila Freivalds wurde verschickt um zu belästigen und einzuschüchtern, nicht um zu töten. Aber in einer Notiz drohte Löfdahl, daß die nächste Bombe eine echte sein würde.

Kopf der Titelseite des schwedischen Nazi-Rock-Magazins Nordland

Außerdem gestand er einen Plan, eine Bombe an einen Gefängnisoffizier zu senden.

Der Grund, Freivalds als Zielscheibe zu wählen, ist einfach. Laut Löfdahl verkörpert sie die höchste justitielle Autorität der schwedischen *»ZOG-Regierung«* (ZOG steht für *»Zionist Occupation Government«* – *»Zionistische Besatzungsregierung«*) und ist persönlich verantwortlich sowohl für die *»Verfolgung unschuldiger Nationalisten«* als auch für das Durchsetzen einer Linie strikter Bestrafungen für rassistische Verbrechen.

Die Zeitschrift VIKING ORDER, von Ragnarock Records auf englisch veröffentlicht, gibt Löfdahls Einschätzung wieder. Die Titelgeschichte ihrer aktuellen Ausgabe ist ein direkter Angriff auf Freivald, überschrieben mit: *»Eine Botschaft von Schwedens Nationalisten an die Behörden: Hört auf, uns zu provozieren!«*

Die Geschichte in Nilsens Sprachrohr beschreibt Freivalds als die Anleiterin einer »Stasi«-Polizeiorganisation, die versuche, *»nationalistische Musik zu ächten und CD-Hersteller, politische Aktivisten und anti-zionistische Schreiber einzusperren«*. Viking Order warnt, daß die *»Geduld von Schwedens nationalistischer Jugend beinahe zuende ist«*, und schließt, daß *»sie keine andere Möglichkeit mehr haben werden, als in den Untergrund zu gehen«*. ■

Bei Oryol, einer russischen Stadt 360km südlich von Moskau, gelang der Roten Armee 1943 einer der entscheidenden Siege gegen die faschistische deutsche Wehrmacht. Heute sind die Erinnerungen an diese Schlacht und die Verbrechen der deutschen Besatzungsarmee allerdings höchstens noch Anlaß für ein paar Gedenkreden und alljährliche Veranstaltungen. Den öffentlichen Diskurs bestimmen längst lokale rechte Strukturen.

Russische Nazis in der Offensive

Der Prozeß gegen die RNE in Oryol

Ein momentan in Oryol stattfindender Prozeß gegen eine Gruppe von Aktivisten der RUSSKOYE NATSIONALNOYE YEDINSTVO (RNE), Partei der RUSSISCH NATIONALEN EINHEIT, hat das ganze Ausmaß der Unterstützung für extreme Nationalisten in der Stadt gezeigt. Die RNE ist eine paramilitärische, nationalistische Organisation, deren Netzwerk sich über ganz Rußland erstreckt. RNE-Mitglieder tragen schwarze Uniformen und rote Armbinden mit einem stilisierten, dreifingrigen Hakenkreuz. Sie werden in Anlehnung an den RNE-Vorsitzenden ALEXANDER BARKASHOV auch als »BARKASHOVTSY« bezeichnet. Einer der Hauptangeklagten in dem Prozeß vor dem Regionalgericht Oryol ist der Vorsitzende der örtlichen RNE-Sektion, IGOR SEMYONOV. Die Anklage stützt sich auf mehrere Vorwürfe: Im Dezember 1993 verteilte Semyonov ein Flugblatt, in dem die RNE den in Oryol lebenden Juden mit »Blutvergießen« drohte, wenn sie nicht die Chanukkafeiern absagen würden.[1] Der zweite Anklagepunkt stützt sich darauf, daß er bei einer RNE-Versammlung dazu aufgerufen hatte, *»ernsthaften Terror gegen Juden zu organisieren«*. Er hatte dort Juden und MigrantInnen aus dem Kaukasus als *»Feinde der menschlichen Rasse«* bezeichnet. Darüber hinaus zitiert die Anklageschrift aus unzähligen Reden und Aufsätzen von Semyonov, die eine Mischung aus nationaler Überlegenheit und Terror gegen Minderheiten beinhalten. Bei einer Hausdurchsuchung in seiner Wohnung fand die Polizei eine Liste mit Namen, Adressen und Telefonnummern von Juden und Jüdinnen aus Oryal. Laut Anklageschrift wurden diese Daten nach Moskau in die Parteizentrale weitergeleitet, wo sie in einem Computer gesammelt werden sollten, bis die barkashovtsy die Macht übernehmen. Semyonow organisierte darüber hinaus »Angriffsgruppen« und hatte geplant, Waffendepots in den Wäldern rund um Oryol einzurichten. Gemeinsam mit Semyonov sind noch drei weitere RNE-Mitglieder angeklagt. Die Staatsanwaltschaft hat erklärt, daß ein gewisser DUMNOV Semyonovs Unterstützung dazu benutzt hat, um eine Verwandte umzubringen, um ihre Wohnung zu erhalten. Die von Semyonov empfohlenen Killer waren gleichzeitig Mitglieder in einer der »Angriffsgruppen«. Sie brachten die Frau zusammen mit ihrem kleinen Sohn im Oktober 1994 um. Der kaltblütige Mord schockierte die Bevölkerung der Stadt. Den Ermittlungsbehörden gelang es, die Mörder zu finden und die Beteiligung von Dumnov und Semyonov nachzuweisen, der im Januar 1996 verhaftet wurde. Das Mordverfahren wurde dann mit dem Verfahren wegen Nazipropaganda zusammengebracht.

Anhänger von Barkashovs Russisch-Nationaler Einheit



Die Reaktion der Öffentlichkeit

Sehr schnell wurde deutlich, daß Semyonov in der Stadt wesentlich populärer ist, als man annehmen sollte. Die lokale Tageszeitung ORLOVSKAYA PRAVDA verteidigte ihn öffentlich. Die Zeitung, die eng mit der Regionalverwaltung verflochten ist und ohne den Segen der örtlichen Behörden keine Stellung bezieht, nannte Semyonov einen *»sehr ehrlichen Mann mit Prinzipien«* und stellte dann die rethorische Frage: *«Kann ein Russe, dem im heutigen Rußland die Beleidigung von Juden vorgeworfen wird, seine Unschuld überhaupt unter Beweis stellen?«* Auch NINA ANDREEVAS ALLRUSSISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI DER BOLSCHEWIKEN (AKPB) veröffentlichte einen offenen Brief zur Unterstützung von Semyonov, in dem sie erklären, daß sie Semyonov *»aus vielen Jahren gemeinsamer politischen Aktivitäten«* kennen. Es ist davon auszugehen, daß sich dieser Kommentar auf Semyonovs ehemaligen Job bei dem lokalen Fernsehsender »NAKANUNE« bezieht. Dort war er zwar offiziell als Kameramann angestellt. Tatsächlich nutzte er seinen Job aber hauptsächlich, um seine politischen Kommentare im Fernsehen zu senden. Es gibt Berichte, daß die örtliche AKPB-Sektion scharf protestierte, als Semyonov dann endlich von seinem Job beim Fernsehsender gefeuert wurde. Die Tatsache, daß die Kommunisten in Oryol Semyonov als ihren Sprecher ansahen, ist nur ein weiterer Beweis für die engen ideologischen und politischen Verbindungen zwischen der extremen Rechten und den Kommunisten in Rußland. Im allgemeinen wird die AKPB als radikaler und weniger nationalistisch als GENNADY ZYUGANOVS zur Mitte orientierte KOMMUNISTISCHE PARTEI DER RUSSISCHEN FÖDERATION (KPRF), die die stärkste Fraktion in der Duma stellt. Im übrigen stellte sich auch ein KPRF-Abgeordneter der Regionalduma mit antisemtischen Sprüchen hinter die RNE. Nachdem die langwierigen Ermittlungen abgeschlossen waren und der Prozeß begann, wurde sehr schnell deutlich, daß die Sympathien der Jury beim Angeklagten liegen. Dazu kommt, daß der vorsit-

zende Richter Zeugen der Anklage oft sehr unhöflich unterbricht, während Semyonov im Gerichtssaal ungehindert seinen rassistischen Theorien verbreiten kann. Auch der örtliche Vertreter der russisch-orthodoxen Kirche drückte als Zeuge vor Gericht öffentlich seine Unterstützung für Semyonov aus. Das ist allerdings kaum verwunderlich. Hochrangige Vertreter der russisch-orthodoxen Kirche wie der verstorbene Metropolit von Petersburg sind für antisemitische Äußerungen bekannt. PAISY, der orthodoxe Bischof von Oryol, gab der Gründung der sogenannten ORTHODOXEN JUGEND UNION, die von dem bekannten RNE-Aktivisten DIMITRY LYUTYKH geleitet wird. Die Initiative zum Aufbau dieser Gruppe ging allerdings von der Regionalverwaltung aus.

Semyonovs größte Trumpfkarte ist die Unterstützung, über die er innerhalb der regionalen Administration verfügt. Der Gouverneur der Region, YEGOR STROYEV, ist gleichzeitig Vorsitzender des russischen Föderationsrates, dem Oberhaus des russischen Parlaments, und daher eine hochrangige Figur in den russischen Machtstrukturen. Das ehemalige Mitglied der Kommunistischen Partei Stroyev liebt es, sich als unabhängigen Administrator darzustellen, der in erster Linie an wirtschaftlichen Fragen und nicht an Politik interessiert ist. Sein Triumph bei den Gouverneurswahlen im Oktober 1997, wo er 95% der Stimmen gewann, wurde in den westlichen Medien als ein »SIEG DER VERNUNFT ÜBER PARTEIINTERESSEN« bezeichnet. Aber Stroyevs Antwort auf die Frage eines Journalisten der in Moskau ansässigen Menschenrechtszeitung Express-Khronika nach seiner Meinung über das faschistische Revival in Oryol, zeigt seine Unterstützung für die RNE: »*Ich glaube, daß das russische Volk das gleiche Recht auf eine nationale Kultur hat wie alle anderen Völker.*« Die RNE hatte sich 1993 an Stroyevs Wahlkampagne beteiligt. Später schrieb Semyonov dann, daß es der RNE gelungen sei, die Anerkennung der regionalen Administration zu erhalten, »*die uns den Rücken freihält und es uns erlaubt, unsere Arbeit durchzuführen, ohne Angst vor Festnahmen haben zu müssen*«. Später arbeitete Semyonov für das Regionalkomitee der Russischen Jugendföderation, die in Oryol ein Instrument der Regionalverwaltung ist. Für seine Arbeit mit Jugendlichen erhielt Semyonov sogar eine Auszeichnung. Stoyev war bestens über den Charakter von Semyonovs Aktivitäten informiert: Semyonov unterzeichnete seine Briefe – auch an den Gouverneur – immer mit einem Hakenkreuz. Und vor Gericht erklärte er stolz:« *Ich habe unsere visuellen Propagandamterialien immer zur Kontrolle zum FSB gebracht und es gab nie Kritik.*« Das heißt,cdie »Experten« vom KGB-Nachfolger FSB waren immer über den gewalttätigen Antisemitismus der RNE-Poster und Flugblätter informiert und gaben ihren Segen dazu. Gleichzeitig lehnten die Vorsitzenden des Regionalparlaments von Oryol die Einführung eines Gesetzes gegen die Verwendung von Nazisymbolen ab.[2] Ihre Erklärung war einfach: »*Es gibt keine faschistischen Organisationen in der Region.*« In einer Stadt, in der RNE-Poster mit Hakenkreuzen an jeder zweiten Mauer kleben, spricht eine derartige Reaktion für nichts anderes als bewußte Blindheit, hinter der sich eine offene Sympathie für die Ideen der RNE verbirgt.

Die Zukunft sieht düster aus

Obwohl die Staatsanwaltschaft eine Vielzahl von Beweisen gesammelt hat, ist das Ergebnis des Prozesses gegen Semyonov alles andere als vorhersehbar. Die Sache wird noch komplizierter dadurch, daß viele ZeugInnen sich geweigert haben, Aussagen, die sie während der Ermittlungen gemacht haben, vor Gericht – und Zuschauerrängen voller Semyonov-Sympathisanten – zu wiederholen. Die Situation in Oryol ist für russische Verhältnisse keineswegs einmalig. Es gibt nur zwei Regionen, die versucht haben, RNE-Aktivitäten zu verhindern. In Moskau scheiterte die RNE an den Registrierungsvorschriften, und in der Region von Swerdlowsk im Ural wurde sie durch ein Gerichtsurteil verboten. Andererseits wird die RNE in vielen Gegenden am Rande der Großstädte Moskau und Petersburg immer stärker. Barkashovtsy sind besonders in Krasnodar im Süden Rußlands einflußreich, wo der Gouverneur offen auf Seiten der Nationalisten steht. Die RNE verfügt östlich von Moskau in Vladimir über ein gut entwickeltes Netz von Sportclubs, um Kinder und Jugendliche in ihre Organisation zu locken. Gemeinsam mit der Bahnpolizei patroullieren sie in Vorortzügen auf einer Reihe von Strecken, darunter auch die diejenigen, die direkt nach Moskau führen. Während westliche JournalistInnen und Politiker damit fortfahren, die russische Regierung als Garanten für Demokratie anzusehen, können sich die Faschisten in Rußland einer wachsenden Zustimmung durch die Behörden und bei der allgemeinen Öffentlichkeit erfreuen. ■

1) traditionelles jüdisches Neujahrsfest
2) Die Moskauer Duma hatte einen derartigen Entwurf zugestimmt.

Schweden

JÜRGEN RIEGER kassiert Millionen aus EU-Agrar-Subventionen

Der herrschaftliche Hof von Nazi-Anwalt und Rassenfanatiker Jürgen Rieger im schwedischen Sveneby steht auf wirtschaftlich sicherem Boden. Nachdem sein Plan, in Schweden eine Neonazi-Kolonie *»unbeieinflußt von Umerziehung, Überfremdung und Drogen«* zu gründen, scheiterte, engagiert er sich jetzt in der Landwirtschaft. Ein cleverer Zug, denn für die 650 ha landwirtschaftliche Nutzfläche auf seinem Gut erhält er eine Menge Subverntionen aus dem EU-Agrarfond. Nachdem sein Antrag auf Förderung für ökologische Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung bewilligt wurde, floß das Geld. Nach Angaben des Direktors der Landwirtschaftsbehörde der Region Westgotland, Jan Lundegren, erhielt Rieger 1996 umgerechnet etwa 280.000 und 1997 etwa 300.000 Mark. Die Förderung läuft zunächst bis zum Jahr 2000. Bis dahin wird Rieger etwa 1,5 Millionen Mark aus EU-Steuergeldern erhalten haben. *»Das ist zwar ärgerlich, aber in Schweden gibt es kein Gesetz, das verbietet, Neonazis EU-Subventionen auszuzahlen«*, verteidigt Lundegren den Vorgang. Ob Rieger das Geld in den Hof investiert oder für politische Zwecke nutzt, wisse er nicht. Daß Kühe und Schweine in Zukunft Riegers Hauptbetätigungsfeld sein werden, ist jedoch mehr als fragwürdig.

Ungarn

Boneheads marschieren

Am 14. Februar versammelten sich etwa 600 Nazi-Skinheads mit schwarzen Uniformen in der ungarischen Hauptstadt Budapest. Mit dabei waren deutsche HAMMERSKINS und BLOOD&HONOUR-Anhänger aus Berlin. Der Aufmarsch gedachte des Jahrestages des Abzuges der Roten Armee aus der Stadt.

Schweiz

Nazi-Konzert in der Westschweiz

Am 7. März fand in der französischen Schweiz ein Konzert mit den Bands THE VOICE (USA), CORONA FERREA (Italien) und der deutschen Gruppe NOIE WERTE statt. Nach Schätzungen der Antifa Bern waren 700-800 Nazi-Skinheads anwesend. Die größte Gruppe waren eindeutig deutsche Faschos. Daneben waren auch Autos aus Österreich, Italien, Frankreich und dem Fürstentum Liechtenstein zu sehen. Organisiert wurde die Aktion von den HAMMERSKINS sowie Neonazis aus dem Umfeld des Neuenburger Fanzine MJÖLNIR, die bereits einmal aufgrund der in der Schweiz relativ neuen Anti-Rassismus-Gesetzgebung verurteilt wurden.

Die Gemeinde in den Neuenburger Bergen, die den Nazis für die Konzerte ihre Mehrzweckhalle vermietet hatte, sah trotz der Hinweise örtlicher Antifas keinen Anlaß, gegen die Präsenz von Faschos in ihrem Dorf vorzugehen. Auch die Polizei war in keiner Weise präsent.

Bereits im Oktober vor einem Jahr fand in der gleichen Region, nur wenige Kilometer entfernt, ein vergleichbarer Abend statt. Damals gelang es einem Journalisten, unerkannt Aufnahmen zu machen. Das Treffen vom 7. März war nach Informationen aus Antifa-Kreisen das grösste Nazi-Treffen, das je in der Schweiz stattgefunden hat.

Deutsche Teilnehmer des Nazi-Aufmarsches in Budapest



Abo & Nachbestellung

Abos
Ein Abo kostet 30.- DM für fünf Ausgaben / 60.- DM für zehn Ausgaben, bei zwei Exemplaren pro Ausgabe 50.- DM bzw. 100.- DM. Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten fünf / zehn Ausgaben. Wenn Du diese bezahlst, läuft das Abo weiter, wenn nicht, gilt dies als Kündigung.
Abos müssen bezahlt sein, bevor wir sie rausschicken, egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung. Bei Überweisungen bitte immer ganz sorgfältig drauf schreiben, von wem und für was das Geld ist. Besonders freuen wir uns über Förderabos und sonstige Spenden, da wir an notorischer Geldknappheit leiden.

○ Ich abonniere das AIB ab Ausgabe Nr. ☐ (incl.)
○ für fünf Ausgaben (30.- DM)
○ für zehn Ausgaben (60.- DM)

○ Geschenkabo: Ich möchte an die untenstehende Person ein Abo verschenken.

○ Knastabo: Ich übernehme ein Knastabo für untenstehende Person oder ihr sucht jemanden aus.

Nachbestellung
Die nebenstehenden Ausgaben können nachbestellt werden. Ausverkaufte Ausgaben sind nur noch als Kopien für Archive und in Sonderfällen erhältlich. Zu dem Preis für die Ausgaben (siehe Liste rechts) kommt nochmal der entsprechende Portobetrag dazu (3,- DM bis fünf Stück, darüber 7,- DM) und es muß ebenfalls im Voraus bezahlt werden.

○ Ich bestelle folgende alte Ausgaben / AIB-Pakete: ☐

Adresse:

Den Betrag von DM ☐ habe ich bar / als Scheck beigelegt / überwiesen (Beleg liegt bei).

Weiterverkauf

Bedingungen
Darüber freuen wir uns besonders. Ihr sagt uns, wieviele Ausgaben (mindestens drei) Ihr haben wollt und ab welcher Ausgabe. Wir verschicken die Ausgaben mit beiliegender Rechnung. Vorkasse ist schön, aber nicht Bedingung. Die Preise stehen unten. Nicht verkaufte Exemplare könnt Ihr zurückschicken.

Preise
ab drei Stück pro Ausgabe: 6,- DM
ab fünf Stück: 20% Rabatt
ab 50 Stück: 25% Rabatt
(alle Preise inclusive Porto & Verpackung)

Ich möchte das Antifa Info-Blatt weiterverkaufen. Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung, die ich auf Euer Konto überweise.

○ Bitte sendet mir ☐ Hefte ab der Nr. ☐ solange, bis ich Euch eine Änderung mitteile, an folgende Adresse:

Adresse:

Konto: J. Lehmann, Konto-Nr.: 411 960 - 105
BLZ: 100 100 10, Postbank Berlin

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist. Als Absender bitte Name und Adresse angeben, wenn bereits eine Lieferung erfolgt ist, unbedingt die Lieferadresse angeben.

Noch lieferbare AIBs

AIB 14 (Früh/91): 3,00 DM
Gladio +++ Antifa in Leipzig +++ die »Deutsche Allianz« +++ Interview mit franz. Antifas

AIB 17 (3/92): 4,00 DM
Kühnen-Beerdigung, Fiasko für seine Erben +++ »Revisionismus« als faschist. Strategie +++ Schweden & Frankreich

AIB 18 (5/92): 4,00 DM
»Neue Rechte« +++ Neues von der GdNF +++ Rassismus in Medien & auf der Straße +++ Dänemark

AIB 19 (7/92): 4,00 DM
Wunsiedel +++ HIAG - die SS heute +++ Banknotenfälschung im KZ +++ Kroatien, CSFR, Südafrika +++ Diskussion: Organisierung & Kaindl

AIB 23 (Som/93): 4,00 DM
Solingen: Einzeltäter? +++ Behinderte im NS +++ DESG und Denkfabrik +++ »Die Bürger« +++ die alte »Neue Front« +++ die hist. Antifaschist. Aktion

AIB 24 (10/93): 4,00 DM
NF- & NB-Nachfolgegruppen +++ Aufmarsch in Fulda +++ VDA +++ Junge Freiheit +++ Südafrika

AIB 25 (12/93): 4,00 DM
Verhaftungen wg. Kaindl +++ Nazi-Rock i.d. BRD +++ Staatlicher Rassismus +++ Eichberg, Burschenschaften +++ Organisierung d. Naziszene

AIB 26 (3/94): 5,00 DM
Innere Sicherheit, Briefbomben, Anti-Antifa +++ »Moderne Zeiten« +++ Roma in Europa

AIB 27 (6/94): 5,00 DM
illegale NSDAP +++ FAP-Aufmarsch verhindert +++ CDU und Innere Sicherheit +++ Italien: Faschisten a.d. Regierung

AIB 28 (11/94): 5,00 DM
der Apparat rückt nach rechts +++ NF-Nachfolge +++ Nationalbolschewismus +++ Prozeßbeginn in Berlin +++ Schweden: VAM

AIB 29 (3/95): 5,00 DM
Wohin treibt die FDP? +++ Frauen und Neofaschismus +++ Einblick-Prozeß +++ DKeG +++ die KZs Oranienburg & Treblinka

AIB 30 (6/95): 5,00 DM
Werwolf - Nazis go terror +++ Gedenkveranstaltungen zur Befreiung +++ der 8. Mai und die Rechte +++ Anschlag in Oklahoma

AIB 31 (9/95): 5,00 DM
aus dem Parteiarchiv der NF +++ Roskilde: Nazis packen ein +++ Verbrechen der Wehrmacht +++ der Begriff »Neue Rechte« +++ Frauen in der Anti-Antifa

AIB 32 (11/95): 5,00 DM
Ausbau der Inneren Sicherheit +++ Graue Wölfe +++ Veganer auf rechtem Weg? +++ Österreich: Prozeß, Bomben, Wahlen

AIB 33 (2/96): 5,00 DM
Runde Tische +++ das Netzwerk der Neonazis +++ Beilage: Faschismus i.d. USA +++ Nazis i.d. Hermann-Niermann-Stiftung +++ »Lebenslänglich« im ersten Söldnerprozeß

AIB 34 (5/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Deutschland auf dem Weg zur Weltmacht +++ Umstrukturierung d. Naziskinszene +++ »Befreite Zonen« +++ Oklahoma-Prozeß

AIB 35 (7/96): 5,00 DM
Nazis in der Offensive +++ Aufmarsch in Marzahn +++ neue Bedeutung der JN +++ Ostpreußenblatt +++ Band-Interview: rechte Grufties?

AIB 36 (9/96): 5,00 DM
Schwerpunkt I: Regionalismus +++ Schwerpunkt II: Lübeck - Grevesmühlen +++ Interview mit der Antifa (M) +++ Geschichte: die Sudetendeutschen

AIB 37 (12/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Osteuropa +++ Nazis in Internet und Offenem Kanal +++ Heitmeyer-Kritik +++ Goldhagen +++ Österreich

AIB 38 (4/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Soziale Frage +++ Nazimarsch in München +++ Berührungen zwischen Faschismus & Feminismus +++ Interview mit russischen Antifas

AIB 39 (7/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Jugend & Subkultur +++ Nazimärsche am 1. Mai +++ JN-Kongreß +++ Deutschland-Stiftung +++ »WGA?«

AIB 40 (9/97): 5,00 DM
10 Jahre AIB +++ Prozeß gegen Kay Diesner +++ Nazi-Versände +++ Front National +++ Kirchenasyl +++ »Otto-von-Bismarck-Stiftung« +++ »WGA?«

AIB 41 (11/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Rückblicke & Ausblicke +++ Befreite Zonen +++ Wehrmachtsausstellung in Marburg +++ Antifa in Canada +++ »WGA?«

AIB 42 (2/98): 5,00 DM
Schwerpunkt: Extreme Rechte, Ostexpansion & die Bundeswehr +++ NPD mit Führungsanspruch +++ Interviews: Antifas aus Saalfeld & Meck-Pom +++ Sababurgrunden +++ »WGA?«

AIB 43 (4/98): 6,00 DM
Schwerpunkt: NPD – Hinter den Kulissen +++ Saalfeld: Rechter Konsens +++ Bündnis Rechts +++ »Neurechtes« Netzwerk »Synergies Européennes« +++ Rußland, Frankreich, Schweden +++ »WGA?«

AIB-Pakete !

Paket A: Ausgaben 14,17,18,19,23,25,26 für 15,- DM incl. Porto.
Paket B: Ausgaben 27,28,29,30,31,32,33 für 22,- DM incl. Porto.
Paket C: Ausgaben 34,35,36,37,38,39,40 für 22,- DM incl. Porto.

Alle AIB-Pakete zusammen gibt´s für 50,- DM incl. Porto!





GEGEN JEDEN RECHTEN KONSENS
Antifaschismus läßt sich nicht verbieten
Stoppt rassistische und faschistische Übergriffe